

Ulrich Brand
Gegen-Hegemonie
Perspektiven
globalisierungskritischer
Strategien



Ulrich Brand
Gegen-Hegemonie

Ulrich Brand, Dr. phil., hat in Ravensburg, Frankfurt/Main, Berlin und Buenos Aires Tourismus und Politikwissenschaft studiert. Er ist Assistent am Fachgebiet Globalisierung und Politik, Universität Kassel, aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Er ist Autor und Herausgeber mehrerer Bücher über NGOs, soziale Bewegungen, Umweltpolitik und internationale Politik. Derzeit arbeitet er an seiner Habilitation mit dem Arbeitstitel »Kritische Theorie internationaler Politik«.

Ulrich Brand

Gegen-Hegemonie

Perspektiven globalisierungskritischer Strategien

VSA-Verlag Hamburg

Titelfoto: Während eines der zentralen Panels auf dem Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre; Foto auf der Rückseite: Eröffnungsveranstaltung des Weltsozialforums in Porto Alegre (beide Fotos stammen von Conny Hildebrandt, Berlin)

© VSA-Verlag 2005, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz und Druck, Hamburg
ISBN 3-89965-116-2

Inhalt

Einleitung: Gegen-Hegemonie als strategische Perspektive 7

Glokale Resonanzen 15

Zum Weltsozialforum 2005 und wieder zurück

Das Verhältnis von praktischer Globalisierungskritik und kritischer Gesellschaftstheorie

Theorie als »Strukturwissen« emanzipativen Handelns 24

Die umkämpfte Schaffung von Märkten 30

Ein regulationstheoretisches Verständnis der Globalisierung

Den Staat als soziales Verhältnis denken 45

Nicos Poulantzas und die Reformulierung

kritischer Internationaler Politischer Ökonomie

Unnachhaltige Entwicklung

»Nachhaltige Globalisierung?« 62

Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens

mit *Christoph Görg*

Biopolitik im High-Tech-Kapitalismus 80

Konflikte um genetische Ressourcen, indigenes Wissen

und geistiges Eigentum

Zwischen Co-Eliten und Alternativen 90

Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Biopolitik

Globale soziale Bewegungen zwischen Aufbruch und Dilemma

»Seattle 1999« als erster Kristallisationspunkt	100
Gemeinsamkeiten, Differenzen und Ambivalenzen der aktuellen Bewegungen	
Demokratie in Zeiten »nachhaltiger Globalisierung«	112
Suchprozesse emanzipativer Politik	119
Resonanzen des Zapatismus in Westeuropa <i>mit Joachim Hirsch</i>	
Glokaler Widerstand: Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik	133
Ein Gespräch mit Ana Esther Ceceña und John Holloway	

Alternativen – welche Alternativen?

Unilaterale oder multilaterale Weltordnung?	150
Die Debatte um Global Governance	
Globale Öffentliche Güter	163
Alternative zur neoliberalen Globalisierung?	
»De-Globalisierung«	180
Walden Bellos Vorschlag ist auch eine Kritik an Vorstellungen eines globalen Keynesianismus	
»WTO abschaffen!« bleibt eine legitime Forderung	188
Nach dem Neoliberalismus	191
Perspektiven radikaler Veränderungen	
Textnachweise	219

Einleitung: Gegen-Hegemonie als strategische Perspektive

Dieses Buch soll dazu beitragen, Möglichkeiten emanzipativen Handelns auszuloten. Nach den für linke Politik schwierigen 1990er Jahren haben sich im letzten Jahrzehnt einige Perspektiven eröffnet. Das neoliberale Projekt ist zwar nicht eingestellt, gleichwohl zeigen sich unübersehbare Risse. Der Unmut über die herrschenden Entwicklungen und Kräfte wächst bei vielen Menschen. Krisen, insbesondere in Gesellschaften des globalen Südens, werden nicht mehr als Kollateralschaden der neoliberalen Globalisierung hingenommen. Selbst im Establishment mehren sich kritische Stimmen. Immer deutlicher wird, dass die proklamierte Schöne Neue Welt des Neoliberalismus die Versprechen von Wohlstand und Glück für alle nicht erfüllen kann. Im Gegenteil: Neben enormen Spaltungs- und Verarmungsprozessen müssen »der Markt« und die damit verbundenen Kräfte immer mehr auf einen sich zunehmend repressiv gebenden Staat zurückgreifen, der einerseits mittels staatlich verordnetem Arbeitszwang, andererseits über militärische Gewalt sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch auf internationaler Ebene eingreift.

Die Risse im Gebälk werden transparent. Primär ist das ein Verdienst der sich seit Mitte der 1990er Jahre immer stärker konturierenden globalen sozialen Bewegungen. Auf dem 5. Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre wurde deutlich, an wie vielen Stellen Kritik formuliert, praktischer Widerstand organisiert und konkrete Alternativen entwickelt werden – und mit welchen Problemen sich die Bewegungen gegenwärtig konfrontiert sehen.

Gleichzeitig ist nach der Aufbruchstimmung in Seattle und Genua oder hierzulande etwa bei den Großdemonstrationen am 1. November 2003 und am 3. April 2004 ein Strategie- und Motivationsloch zu beobachten. In gewisser Weise könnte dies auch als »Durchatmen« verstanden werden. Erfahrungen müssen reflektiert, in längerfristigen Prozessen vergegenwärtigt, Strategien überdacht werden oder sie bedürfen einer Neuentwicklung: Offene Konzepte eigenständiger Organisationsformen sind von Nöten, um weitere Menschen und Vereinigungen – wie etwa Gewerkschaften – zu erreichen und davon zu überzeugen, dass ein anderes Leben und eine andere Welt möglich sind. In der Öffentlichkeit müssen neoliberale und neoimperiale Projekte noch

stärker infrage gestellt werden, um weitreichende Veränderungen in den politischen, ökonomischen und kulturellen Feldern zu ermöglichen. Dafür sind Nachdenken und Diskussionen notwendig. Das vorliegende Buch will einen kleinen Beitrag hierzu leisten.

Bewegung heißt Veränderung

Unter »Bewegungen« werden in diesem Buch zum einen protestierende und kritisierende, sich organisierende und vernetzende, lernende und mitunter streitende Kollektive verstanden, die den neoliberalen Zuständen in emanzipativer Absicht entgegen treten. Häufig ist darauf hingewiesen worden, dass aktuelle Bewegungen enorm heterogen und ihre Pluralität eine Stärke seien. Deshalb sprechen einige von der »Bewegung der Bewegungen«.

Dennoch ist »Bewegung« mehr als ein beobachtbares und öffentlich agierendes globalisierungskritisches Kollektiv oder Netzwerk. »Bewegung« ist darüber hinaus ein komplexer Prozess, in dem Menschen gesellschaftliche Verhältnisse verändern bzw. verändern wollen.

Dies zu betonen, ist keine akademische Spitzfindigkeit, sondern von enormer Bedeutung, weil gesellschaftliche Veränderungen unendlich viele Lebensbereiche und -formen berühren: politische, ökonomische und soziale Institutionen, den Alltag, die »Nahverhältnisse«. Die wenig sichtbaren Gärungsprozesse, alltägliche Verweigerung oder kritische Praxen von Menschen in Institutionen, sind neben öffentlichen Mobilisierungen und Kampagnen zentral. Und es müssen jeweils unterschiedliche Strategien verwendet werden. Kritisches Lehren und Lernen an Schulen und Hochschulen zu ermöglichen, bedeutet etwas anderes, als eine öffentliche Kampagne gegen die Verschuldung südlicher Länder zu führen.

Eine Aufgabe von rebellierenden, mit den Verhältnissen nicht mehr einverstandenen Menschen kann darin bestehen, Politisierung in Lern- und Organisationsprozesse zunächst in kleinen Gruppen umzusetzen oder sich in einem Netzwerk wie der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) oder Attac zu engagieren. Unzufriedene GewerkschafterInnen, Kirchenmitglieder oder ArbeitnehmerInnen, die globalisierungskritisch in ihrer Organisation etwas verändern wollen, müssen sich auch neue Strategien, andere Ansätze überlegen und für diese offen sein.

Dieses Buch soll unter anderem Perspektiven öffnen, um »Bewegung« im Sinne weitreichender Veränderungen zu verstehen, über die eigenen Praxen

nachzudenken, sie mit anderen zu diskutieren und konkrete Strategien zu entwickeln.

Hegemonie und Gegen-Hegemonie

Immer wieder wird in der politischen wie auch wissenschaftlichen Diskussion der Begriff der Hegemonie verwendet. Meist bezieht er sich auf die internationale Politik und meint die Vorherrschaft der USA. In den folgenden Kapiteln soll in Anlehnung an Antonio Gramsci ein anderer Hegemonie-Begriff entwickelt werden.

Hegemonie wird hier verstanden als Fähigkeit herrschender Gruppen und Klassen, ihre Interessen durchzusetzen, so dass sie von subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und es weitgehend gemeinsame gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt. Insofern erzeugt Hegemonie einen »Konsens der Regierten«. Heute kann zum Beispiel in den nordwestlichen Ländern durchaus von einer neoliberalen Hegemonie in dem Sinne gesprochen werden, dass im globalen Wettbewerb scheinbar ein »gemeinsames Interesse« unter dem Stichwort »Wirtschaftsstandort« erzeugt wird, um den »Standort (zu) retten«. Die Gegner sind nicht Unternehmer oder jene, die von dieser Entwicklung materiell profitieren, sondern Menschen an anderen »Standorten«. Mit Hegemonie ist entweder die ausdrückliche Zustimmung zu bestehenden Verhältnissen und Praktiken oder aber zumindest ihre passive Hinnahme gemeint. Darüber hinaus ist Hegemonie eine umfassende materielle Praxis. Sie wird von Menschen alltäglich gelebt, wird von Kollektiven wie Unternehmern und Gewerkschaften, Staatsapparaten und Medien etc. weitgehend akzeptiert und vorangetrieben. »Konsens« ist dabei kein harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen zu verstehen. Die relative Stilllegung oder Institutionalisierung von Kämpfen erfolgt über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen die relevanten und artikulierten Interessen mehr oder weniger berücksichtigt werden. Auf die heutige Situation bezogen kann dies bedeuten, dass viele Gewerkschaften sich in das Projekt der neoliberalen Globalisierung einbinden lassen, indem sie die KernarbeiterInnenschaft organisieren und soziale Spaltung und Ausgrenzung hinnehmen. Hegemonie wird dabei nicht nur über den Staat, sondern gesamtgesellschaftlich hergestellt. Der gesellschaftliche

»Ort« der Kämpfe um Hegemonie ist, so Gramsci, die Zivilgesellschaft. Soziale Auseinandersetzungen fokussieren sich nicht nur auf den Staatsapparat, sondern nehmen die *gesellschaftlichen* Kräfteverhältnisse in der Zivilgesellschaft und im Bereich privatkapitalistischer Produktion in den Blick. Ein weiterer Aspekt von Hegemonie besteht darin, dass es den herrschenden Kräften gelingt, die diskursiven und institutionellen Terrains der Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen vorzugeben. Und schließlich ist ein wesentlicher Bestandteil hegemonialer Verhältnisse, dass die bestehende Gesellschaft als alternativlos angesehen wird, ein Großteil der Menschen damit zufrieden ist und/oder resigniert hat.

Ein Hegemonieverständnis im Sinne Gramscis impliziert, dass alternative Strategien, d.h. »gegen-hegemoniale« Projekte zwar innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können, aber nie durch die Zivilgesellschaft als Ganzes. Denn wenn unter Zivilgesellschaft in Anlehnung an Gramsci die sich herausbildende, reproduzierende bürgerliche Hegemonie über Medien, Verbände, Bildungsinstitutionen, Familie etc. verstanden wird, dann sind in ihr alle Konflikte und Ungleichheitsmuster der Gesellschaft präsent: klassen- und geschlechterförmige sowie ethnische Ausgrenzung, unterschiedliche Nutzung von Ressourcen, verschiedene Wertorientierungen etc. Außerdem bleibt der Bereich privater Produktion ein zentrales Terrain sozialer Auseinandersetzungen. Gegen-Hegemonie bildet sich also zunächst und notwendig in kleinen Bereichen der Zivilgesellschaft aus, nicht in deren mächtigsten Apparaten. Komplexe Herrschaftsverhältnisse müssen dementsprechend auf ähnlich vielschichtige Art und Weise infrage gestellt werden. Damit soll nicht die Flucht in die nichtssagende Formel »alles hängt mit allem zusammen« vorbereitet werden. Im Gegenteil: Die Suche nach *konkreten* Ansatzpunkten, strategisches Denken oder spezifische Verweigerungen sind enorm wichtig. Mit einem Hegemonie-Verständnis im Sinne Gramscis öffnet sich ein Feld für viele Auseinandersetzungen.

Nicht nur die »große Politik«, gegen die Bewegungen und kritische Öffentlichkeit den berühmten »Druck von unten« erzeugen, steht hier im Zentrum, sondern darüber hinaus ist es wichtig, das weite Feld hegemonialer Verhältnisse zu analysieren und zu verändern. Gesellschaftliche Verhältnisse, die es durch eine Stärkung emanzipativer und herrschaftskritischer Kräfte zu verschieben gilt, werden in sehr vielen Bereichen stabilisiert, nicht nur über den Staat.

Der Staat und die bürgerliche Öffentlichkeit bleiben wichtig, sie sind aber nicht die einzigen Ansatzpunkte. Zentral ist dabei m.E., den Staat weder als

Instrument des Kapitals oder monströses Gegenüber zu begreifen, noch als mehr oder weniger neutrale und der Gesellschaft entgegengesetzte Regulierungsinstanz. Der Staat beschreibt ein soziales Verhältnis, in dem Kämpfe präsent sind, die der Staat aber gleichzeitig maßgeblich beeinflusst. Zudem zeigen die historischen Erfahrungen, dass der Staat ja nicht nur von den Neoliberalen, sondern als paternalistischer und immer auch repressiver Apparat von links kritisiert wurde und wird.

Umgekehrt ist der Markt keine sich selbst regulierende Institution, sondern bleibt – auch als Weltmarkt – eingebettet in politische Institutionen und gesellschaftliche Wertvorstellungen. Der Markt funktioniert nicht, wenn er nicht rechtlich und mitunter offen gewaltförmig abgesichert wird, wenn Lohnabhängige oder KonsumentInnen sich massenhaft verweigern.

Perspektiven und Strategien

Die Motivationen, sich gegen die herrschenden Entwicklungen zu stellen, sind natürlich unterschiedlich. Dies geschieht meist nicht mit einem abstrakten Fernziel, sondern als heute beginnender Prozess, um konkrete und allgemeine Lebensverhältnisse zu verändern, vielfach unter äußerst ungünstigen Bedingungen. Von den unzähligen Mechanismen, die solche Veränderungen verhindern, können jene, die das versuchen, ein alltagspraktisches Lied singen.

Dabei ist heute keineswegs klar, wie eine andere Welt aussehen kann. Globalisierungskritische Strategien sind keine Bausteine im Sinne mehr oder weniger vorgefertigter Bestandteile eines noch zusammenzuführenden und zu verfeinernden Plans.

Vielmehr sind damit Elemente gemeint, die zum Teil erst in Auseinandersetzungen, sich verschiebenden Kräfteverhältnissen, vorher noch nicht bestehender Ideen und Praxen sowie Lern- und Erfahrungsprozessen entstehen. Es geht um konkrete politische Vorschläge, aber auch um neue Formen von Politik und materieller Reproduktion, von Zusammenleben und Identitäten, von institutionellem und außer-institutionellem Handeln.

Es gibt keinen klaren Weg. Hier liegen auch große Herausforderungen und Chancen. Denn »Masterpläne«, die einen Weg in eine andere Gesellschaft vorzuzeichnen versuchen, blenden notwendig vieles aus, legen fest, was wichtig ist und was nicht. Und ein weiterer Einwand gegen die »große Strategie« oder gar einen Masterplan eines radikalen Gesellschaftsumbaus

muss bedacht werden: Emanzipative Bewegungen, die soziale Veränderungen einfordern oder selbst über andere Formen des Zusammenlebens nachdenken, die neue Formen der Produktion oder des Konsums anstreben, entstehen und wachsen häufig ungeplant. Dieses Buch bietet daher auch keine Strategien im Sinne eines durchformulierten Programms, in dem sich dann verschiedene Akteure mehr oder weniger wiederfinden. Gegen-hegemoniale Strategien entstehen anders.

Ein weiterer Ausgangspunkt der in diesem Buch vorgestellten Überlegungen lautet, dass bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften – und damit auch die darin lebenden Subjekte – von Widersprüchen durchzogen sind. Herrschaft ist also nie total. Das ist aus einer »gegen-hegemonialen Perspektive« wichtig, denn es beinhaltet, dass es enorm viele Ansatzpunkte gibt für rebellische Subjektivität sowie widerständiges und emanzipatives Handeln.

Globalisierungskritische Analysen

Die Aufgabe von Analysen kann es sein, Möglichkeiten und Fallstricke auszuloten, denen sich konkrete Strategien und Handlungen gegenübersehen. Sie können dazu beitragen, die aktuellen gesellschaftlichen Bruchstellen und Widersprüche genauer zu umreißen. Solche Analysen sind häufig theoretisch angeleitet; ich spreche später von »Strukturwissen«. Dabei bedeuten Strukturen, also verfestigte Handlungsbedingungen, in konkreten Situationen durchaus Unterschiedliches.

Dies anzuerkennen, scheint bis heute schwer. Noch immer dominieren »Großinterpretationen«, die vermeintlich die ganze Komplexität der Lebensverhältnisse in den Blick nehmen und Veränderungen anleiten wollen. Nicht nur wird vieles hier ausgeblendet, sondern es besteht immer auch die Gefahr, dass »die Verhältnisse« übermächtig erscheinen und gegen diese vermeintliche Übermacht eine Gegenmacht auf Augenhöhe organisiert werden muss. Walden Bello nennt das »linken Gigantismus«; aktuelle Bewegungen sind nicht frei davon.

Und dennoch gewinnt die Einsicht der jüngeren Bewegungen an Bedeutung, dass die Welt verflocht kompliziert und vielschichtig ist, und eine Grundlage kompetenten Handelns darin besteht, ihre Wirkungsmechanismen sowie die offenen und verborgenen Interessen und Machtverhältnisse zu verstehen. Nicht umsonst begreift sich Attac als »Bildungsbewegung«. Der Erfolg des Neoliberalismus besteht darin, auf diese Komplexität und Vielschich-

tigkeit eine scheinbar einfache Antwort zu geben: »Der Markt macht's.« Dies infrage gestellt zu haben, ist zweifellos einer der größten Erfolge der globalisierungskritischen Bewegungen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Theorie und theoriegeleitete Analyse haben eine wichtige orientierende Funktion, insbesondere für politisch aktive Menschen, die sich oft in den konkreten Kämpfen zu verlieren und zu desillusionieren drohen. Klärungsprozesse über die verborgenen großen und kleinen »Mechanismen der Macht« und über die Elemente und Bruchstellen der scheinbar objektiv wirkenden Verhältnisse sind von großer Bedeutung. Auch hierzu soll für einige Bereiche in den folgenden Kapiteln ein Beitrag geleistet werden.

In dem vorliegenden Buch sind Aufsätze versammelt, die teilweise bereits an anderer Stelle erschienen sind. Sie sollen zur wichtigen und komplexen Diskussion um globalisierungskritische Strategien beitragen. Mein besonderer Dank gilt Christoph Scherrer, der am Fachgebiet »Globalisierung und Politik« der Universität Kassel hervorragende Bedingungen schafft, um nachzudenken, zu diskutieren und sich mit spannenden Menschen und Erfahrungen aus aller Welt auszutauschen. Gleichzeitig gibt er selbst produktive Rückmeldungen auf sich verfertigte Ideen.

Ein herzlicher Dank geht an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die mir die Teilnahme an manchen spannenden globalisierungskritischen Veranstaltungen ermöglichte – zuletzt am 5. Weltsozialforum – sowie an die Mitglieder der Delegation in Porto Alegre für die exzellente Zusammenarbeit und den spannenden Austausch. Ganz hervorragend hat die ermutigende und reibungslose Zusammenarbeit mit dem VSA-Verlag, und dort insbesondere mit Christoph Lieber, geklappt. Für Hinweise zu einem Entwurf dieser Einleitung danke ich Martina Blank, Juliane Hammermeister und Birte Weiss, für die Erlaubnis, ihre Fotos für den Umschlag zu verwenden, Conny Hildebrandt.

Widmen möchte ich dieses Buch all jenen, die mir so oft Inspiration und Ermutigung geben. Das sind, neben vielen anderen, die Menschen in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), und dort insbesondere jene im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (ASWW) und im SprecherInnenrat, viele Attac-Aktive in und außerhalb des wissenschaftlichen Beirates, Mitglieder der noch jungen Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG) sowie KollegInnen an der Universität Kassel und hier vor allem die

Studierenden, DoktorandInnen und KollegInnen am Fachgebiet »Globalisierung und Politik«.

Das aus Sicht der breiten Öffentlichkeit wenig Aufregende, die oft kaum sichtbaren Gärungsprozesse, der Humus einer besseren, freieren und gerechteren Gesellschaft, entsteht, wenn Menschen in ihren konkreten Lebensverhältnissen Anregungen und Erfahrungen übernehmen, wenn sie sich als gesellschaftliche Subjekte ernst nehmen und ganz praktisch nach Alternativen suchen und sie schaffen: am Arbeitsplatz, in der Schule oder Universität, in privaten Nahverhältnissen, der Politgruppe oder wo auch immer.

Eine solche Perspektive von Gegen-Hegemonie ersetzt weder Politik in staatlichen Institutionen, noch die Auseinandersetzungen in einer breiteren Öffentlichkeit oder Kämpfe gegen Kapital- und Unternehmensmacht. Sie ist und bleibt aber Voraussetzung, dass die derzeit noch schwachen Stimmen und konkreten Alternativen für immer mehr Menschen hörbarer und lebbarer werden – und sich möglicherweise gesellschaftliche Verhältnisse umfassend verändern. Wenn das Buch Anregungen dazu gibt, dass und wie eine andere Welt möglich ist, wenn es Reflexionen und Resonanzen ermöglicht, dann hat es seinen Zweck erfüllt.

Kassel, im Februar 2005

Glokale Resonanzen

Zum Weltsozialforum 2005 und wieder zurück

In der *Süddeutschen Zeitung* vom 1. Februar 2005 wird in einem Kommentar an die Tatsache erinnert, dass wöchentlich 30.000 Kinder sterben, weil sie nicht ausreichend Wasser und Medikamente zur Verfügung haben. Da die Bilder des Elends den Weg nicht ins hiesige Fernsehen finden, wird auch kaum mehr gespendet. Deshalb sollen sich westliche Regierungen, insbesondere in Konfliktregionen, einmischen.

Wasser und Gesundheit waren auch zentrale Themen auf dem einen Tag vor Erscheinen des SZ-Kommentars zu Ende gegangenen 5. Weltsozialforum (WSF) im brasilianischen Porto Alegre. Allerdings wurde weniger zu einer aktiveren Rolle nördlicher Regierungen aufgerufen. Im Gegenteil: Die Einmischung von nördlichen Regierungen, IWF, Weltbank sowie Konzernen wie RWE, Suez oder Vivendi-Veolia (die letzteren beiden mit Sitz in Frankreich) mit dem Ziel der Privatisierung von Wasser wie auch die teilweise katastrophalen Folgen für die Versorgung mit Wasser und die Wasserpreise standen im Zentrum der Kritik. In dem von 19 Intellektuellen verfassten »Manifest von Porto Alegre«, darunter Ignacio Ramonet, Bernard Cassen, Eduardo Galeano und die Nobelpreisträger José Saramago und Adolfo Pérez Esquivel, ist denn unter anderem die Forderung eines Menschenrechts auf Wasser wichtig.

Dieses Jahr zog es etwa 120.000 Menschen zum WSF, das zum vierten Mal in der südbrasilianischen Stadt stattfand (letztes Jahr in Mumbai). Zwischen der Eröffnungsdemonstration am Mittwoch und dem Abschluss am Montag fanden über 2.000 Veranstaltungen statt zu allem, was ein linker Kopf sich vorstellen kann bzw. ein linkes Herz begehrt (dazu kamen unzählige spezifische Workshops vor dem eigentlichen WSF). Aus Deutschland nehmen über die Delegationen der Rosa-Luxemburg-, Heinrich-Böll- und Friedrich-Ebert-Stiftung unterschiedliche Menschen aus NGOs, Bewegungen, Parteien und Hochschulen teil; dazu waren entwicklungspolitische Organisationen wie der Evangelische Entwicklungsdienst, der Deutsche Entwicklungsdienst und Misereor vertreten. Sozialpolitische Verbände fehlten weitgehend, dafür gab es eine starke Präsenz von GewerkschafterInnen.

In einem partizipativen Vorbereitungsprozess wurden elf »thematische« Achsen herausdestilliert, die für die globalen sozialen Bewegungen zentral sind: Wissen und Wiederaneignung von Technologien; Diversität, Pluralität

und Identitäten; Kunst und Kultur; Kommunikation; Gemeingüter als Alternative zu Privatisierung und Kontrolle durch transnationale Konzerne; soziale Kämpfe und Demokratie; Frieden und Demilitarisierung; internationale Demokratie; alternative Ökonomie; Menschenrechte, Ethik und Spiritualität. »Transversal« hierzu sollten die Themen soziale Emanzipation und politische Dimension von Kämpfen, Kämpfe gegen den patriarchalen Kapitalismus, Kämpfe gegen Rassismus, Geschlechterverhältnisse und Diversität in die Debatten eingewoben werden. Ein Blick in das Programm zeigt, dass die Themen Privatisierung (hier besonders Wasser), Landreform, Militarisierung und Menschenrechte bedeutend waren.

Eine Diskussion, so ein erster Eindruck, wird von den globalen sozialen Bewegungen angesichts der Krise des Neoliberalismus in den kommenden Jahren stärker geführt werden (müssen): nämlich jene nach Stellenwert und Inhalten einer »post-neoliberalen Agenda«.

Nationale Souveränität als Lösung?

Nach der Kritik vergangener Jahre an »Promi-Podien« mit bis zu 5.000 ZuhörerInnen und 2003 einer Abschlussveranstaltung mit 25.000 Menschen wurde dieses Jahr auf von den Veranstaltern konzipierte Großveranstaltungen verzichtet. Das führte natürlich dennoch dazu, dass sich zu einer Diskussion mit Emir Sader, einem der wichtigsten linken Intellektuellen in Brasilien, Michael Hardt und John Holloway 2.000 Menschen einfanden. Problematischer ist jedoch, dass der neben der Auftaktdemonstration einzige Ort des Zusammenkommens von jemandem besetzt wurde, der einem beim Stichwort WSF nicht sofort einfällt: dem Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez.

Nach der Enttäuschung vieler Linker Lateinamerikas gegenüber der brasilianischen Regierung von Lula da Silva – vor genau zwei Jahren wurde eben dieser auf dem WSF kurz nach Regierungsantritt frenetisch gefeiert – füllte Chávez eine offenbar von vielen so wahrgenommene Leerstelle. Er bediente aber nicht nur einen oft simplifizierenden Antiamerikanismus und das Bedürfnis nach einer personifizierten Projektionsfläche, sondern steht für eine wichtiger werdende Position, die ich mangels begrifflicher Alternative als »national-souveränistische« bezeichnen würde. Die Verwerfungen der neoliberal-neoimperialistischen Globalisierung werden von einem nicht unerheblichen Teil der Bewegungen gerade in Lateinamerika in einem klassischen

anti-imperialistischen Bezugsrahmen, und hier »die« USA angreifend, verortet. Letzteres ist nicht so ganz falsch. Gleichwohl zeigen die meisten empirischen Beispiele der Durchsetzung neoliberaler Strategien, besonders deutlich bei den Privatisierungen von Staatsbetrieben, die hochgradige Verflochtenheit der eigenen inneren oder Kompradoren-Bourgeoisie.

Dass sich an Chávez derart viele ausrichten, könnte zum Problem für radikalere Strömungen werden, die nicht durch die Hintertür einen Staat als Instrument emanzipativer Transformation ins Zentrum stellen. Allzu schnell schatten die mobilisierenden und andere positive Aspekte jene der Kontrolle einer Bevölkerung durch das Militär ab. Gleichwohl zeigt das Beispiel Venezuela deutlich, inwieweit eine unfähige Bourgeoisie und Staatsklasse unter bestimmten Umständen dennoch entscheidend geschwächt werden kann. Zudem finden in Venezuela durchaus Prozesse in Richtung Demokratisierung statt, unter anderem weil Chávez auch gegen die alte Staatsbürokratie vorgehen muss.

Die langsame Stärkung einer »national-souveränistischen« Position macht ein weiteres Dilemma deutlich: Es fehlt bei den Treffen – und wahrscheinlich auch darüber hinaus – eine entwickelte Streitkultur. Über teilweise erhebliche Differenzen oder sogar sich widersprechende Perspektiven wird oft hinweggegangen.

Das wird gerade dann zum Problem, wenn anerkannt wird, dass emanzipative Gesellschaftsveränderung nicht privilegiert über die Transformation staatlicher Institutionen stattfinden kann, sondern auch durch die Revolutionierung der Alltagsverhältnisse: Produktion, Reproduktion, Subjektivitäten, das Verhältnis von Gesellschaften zu Natur. Die enorme Vielfalt von konkreten alternativen Praxen und Ideen, von Politikvorstellungen und neuartigen Konstituierungen sozialer Subjekte, mit den mexikanischen Zapatistas gesprochen: die »Neuerfindung der Revolution«, könnte zu schnell wieder eingeführt werden auf eher traditionelle Vorstellungen. Gleichzeitig, und das macht Venezuela ja deutlich, gehen letztere in der Tat mit verbesserten Lebensbedingungen für viele Menschen einher.

Das WSF gibt einen – notwendig oberflächlichen – Eindruck, wie sich neue Formen materieller und sozialer Reproduktion herstellen. Der peruanische Intellektuelle Anibal Quijano fragte, ob mit diesen kriseninduziert sich verändernden Mikrostrukturen eventuell neue Reproduktionsmodi entstehen, die auf so etwas wie Staat im westlichen Sinne verzichten (müssen).

Deutlich wird an Reflexionen von, mit und über Bewegungen, dass neue Formen der Vergesellschaftung sich nicht über Postulate durchsetzen, son-

dern sich in widersprüchlichen Lernprozessen materialisieren müssen. So beschrieb etwa Nérida Jara von einer Bewegung der Erwerbslosen in Buenos Aires, dass Horizontalität für sie nicht nur ein wichtiges Prinzip sei, sondern über die konkreten Verbesserungen der Lebensbedingungen eben jene sich praktisch verankere. Ihr Kampf sei erfolgreicher, *weil* es das ständige Ringen um horizontale Binnenstrukturen gebe und bei allen Rückschlägen eben auch Fortschritte hinsichtlich der Positionsfindung gegenüber der Regierung, der alltäglichen Versorgung, der Geschlechterverhältnisse und anderem zu verzeichnen seien.

Bewegungen und Institutionen

Eine andere, viel diskutierte Ebene neben sich widersprüchlich verändernden Alltagsverhältnissen ist jene der nationalen und internationalen institutionellen Politik, des Agierens transnationaler Konzerne und der Schwächung des Druckes, der von den internationalen Finanzmärkten ausgeht. Im Bezug auf letztere wurde es als Erfolg der Bewegungen verbucht, dass Schröder und Chirac sich auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zumindest symbolisch hinter die Tobin-Steuer stellten. Das wurde nicht bejubelt, weil von vielen als PR-Maßnahme interpretiert, aber doch erfreut zur Kenntnis genommen. Wichtiger ist wahrscheinlich, dass die Amerikanische Freihandelszone FTAA, die ursprünglich bis Januar 2005 eingerichtet sein sollte, weit von ihrer Realisierung entfernt ist. Hier spielt das Verhältnis von Bewegungen zu staatlichen Regierungen natürlich eine Rolle. Und auch die vielfältigen subtil und offen repressiven Politiken, denen verschiedenste Spektren der Bewegungen ausgesetzt sind, sind oft genug staatlich organisiert und müssen über Kämpfe zurückgedrängt werden, die zu anderem Staatshandeln führen. Diese Aspekte gehen in manchen »großen« Interpretationen eines John Holloway oder Michael Hardt verloren.

Auffallend ist, dass es wenig Interesse daran gibt, die Rolle des Staates in seinen je unterschiedlichen Kontexten oder internationaler Institutionen gründlicher zu diskutieren. Für viele ist der Staat neben dem Kapital die Ausgeburt des Bösen, andere sehen in ihm eine unverzichtbare Regulierungsinstanz, die es angesichts der neoliberalen Verhältnisse zu demokratisieren gelte.

An der Spannung zwischen Emphase – manchmal auch Romantisierung – für soziale Bewegungen und deren absolute Notwendigkeit einerseits und

institutioneller Politik andererseits leiden jenseits von Events wie dem WSF Teile der Bewegungen. Denn selbst wenn sich das einige selbsternannte Avantgardisten anderes vorstellen: Gesellschaftliche Veränderung ist eben auch das »Bohren dicker Bretter«, bedeutet »Stellungskämpfe« (Antonio Gramsci) an vielen Orten mit klugen Strategien und langem Atem gegen Gegner, die nicht dumm sind und über ungleich mehr Ressourcen verfügen. Vorschläge für abstrakte Masterpläne oder der traditionelle Dreischritt »Analyse der Widersprüche – Programm – Bündnisse« sind eher am Rande zu finden.

An diesen Fragen wird deutlich, dass die aktuellen Bewegungen sehr ernst nehmen, dass es nicht zuletzt um alternatives Wissen geht: um konkurrierende Interpretationen zu den gegenwärtig herrschenden, sei es an den Universitäten oder im breiteren öffentlichen Diskurs; Wissen um komplizierte Sachverhalte, um gegen neoliberale Technokraten argumentieren und Vorschläge machen zu können; Wissen, wie ganz konkret das Leben anders gestaltet werden kann – sei es in der Landwirtschaft oder bei der Nutzung des Internet.

Dieses Wissen ist meist nicht akademisch. Es entsteht in den Bewegungen selbst oder wird dort erhalten, weil sich Menschen dagegen wehren, fremdbestimmt modernisiert zu werden. Insbesondere NGOs spielen hier eine wichtige Rolle, da sie häufig eine bewegungsorientierte Infrastruktur bieten hinsichtlich organisatorischer Erfahrungen, materieller Ressourcen, internationaler Kontakte und Sprachkenntnisse, spezifischer Wissensformen u.a.

Theoretisches Wissen verliert in dieser Konstellation seinen oftmals proklamierten (und von den »Empfängern« akzeptierten) überlegenen Status. Deutlich wird, dass das Wissen um Strukturen und Handlungshemmnisse, um Widersprüche und Kontingenzen in die je spezifischen Kontexte und Konflikte übersetzt werden muss. Wenn emanzipative Veränderungen an unzähligen Orten und Situationen stattfinden, wenn es keinen Fahr- und Masterplan hin zu einer anderen Gesellschaft gibt, wenn Bewegungen sich gerade nicht vereinheitlichen lassen, dann stellt das enorme Anforderungen an unterschiedliche Wissensformen. Theorie bleibt wichtig als Strukturwissen und Angebot zu Reflexion. Das ist enorm viel – und in der Praxis sehr schwierig.

Hier und da wurde die Frage der Repräsentation gestellt, nach dem »Mandat der Basis«. Das haben die meisten TeilnehmerInnen und genau das macht die Dynamik des WSF aus. Gleichwohl sind viele TeilnehmerInnen aus eigenem Interesse da, AkademikerInnen, NGO-MitarbeiterInnen – und das ist wichtig. Solch ein Treffen kann nicht den Anspruch auf Repräsentativität

erheben, allenfalls handelt es sich um eine regulative Idee, damit die TeilnehmerInnen regional und thematisch möglichst vielfältig sind.

Bereits von den früheren Veranstaltungen bekannte Probleme wiederholten oder verschärften sich: Zum einen dominierte eine Veranstaltungsform, bei der vier bis acht Menschen zunächst referierten und dann mit dem Publikum diskutiert wurde. Zudem waren nach meiner Schätzung und dem Eindruck, der sich aus etwa 30 Veranstaltungen gewinnen ließ, über drei Viertel der ReferentInnen Männer.

Das WSF hat viele Funktionen

Das WSF erfüllt, wie seine lokalen, nationalen und regionalen »Ableger«, verschiedene »Funktionen«. Die meisten dieser Funktionen werden abseits der großen Medienöffentlichkeit erfüllt, weshalb sie nicht weniger wichtig sind. Nach außen hin stellt das Forum, schon aufgrund seiner Parallelität zum Weltwirtschaftsforum in Davos, einen wichtigen *symbolischen Kontrapunkt* zu den herrschenden Kräften und Prozessen der neoliberal-neoimperialen Globalisierung dar. Hier die farbenfrohe und enorm dynamische Suche nach einer anderen Welt – dort die unter Polizeischutz tagenden, in ihren grauen Anzügen tristen Profiteure und Verwalter des Elends. Neben den Protesten gegen G8- oder Weltbank/IWF-Versammlungen wird auf einem WSF besonders deutlich, dass es den Bewegungen nicht nur um Kritik geht, sondern um emanzipative Alternativen. Das *agenda setting* wird weniger von außen vorgegeben wie etwa bei WTO-Verhandlungen. Auf der Ebene der Infragestellung neoliberaler Konsense sind die aktuellen Bewegungen zweifellos recht erfolgreich. Hierfür sind auch »Köpfe« und Begriffe wie De-Globalisierung, Gemeingüter, *ya basta!* (es reicht), radikale Transformation wichtig. Es dient zudem der *Identitätsbildung* der Teilnehmenden und vieler Nicht-Teilnehmenden, die sich den Bewegungen zugehörig fühlen. Zu wissen, dass andere Menschen ähnlich denken und handeln, stellt eine enorme Ermunterung für die eigenen Praxen dar. Zu verstehen, wie andere denken und handeln, und sich mit einigen sogar noch gemeinsame Perspektiven zu erarbeiten, ist eine ungleich größere Herausforderung, mit der man bei einem WSF wächst. Deshalb spielt die fantastische Stimmung eine wesentliche Rolle und man sollte das Forum nicht zum Festival abstufen. Stimmung heißt ja nicht nur, zu feiern oder sich inhaltlich-rhetorisch gelungene Vorträge anzuhören, sondern bedeutet Zufriedenheit nach einem konzentrierten dreistündigen

Workshop oder Gesprächen mit neuen Bekannten. Es geht auf einem WSF auch wesentlich munterer und weniger technokratisch zu als auf NGO-Foren um bestimmte UNO-Konferenzen herum. Eine weitere Funktion ist der *Erfahrungsaustausch*: Das WSF ist eine weltweit einzigartige Ideenbörse, bei der konkrete Kämpfe gegen die herrschenden Verhältnisse sowie entstehende Alternativen beschrieben und reflektiert werden. Das ist m.E. der prikkelndste Aspekt, denn hier werden die schwierigen Suchprozesse, Hindernisse und Kontingenzen am deutlichsten. Über große und kleine Diskussionen dient es der *Selbstverständigung* darüber, was die Dynamiken der gegenwärtigen Entwicklungen ausmacht. Das geschieht über Persönlichkeiten wie Immanuel Wallerstein, Vandana Shiva, Arundhati Roy oder Walden Bello eher aus Makroperspektiven oder in Workshops zur Regulierung der Finanzmärkte, Strategien gegen Staudämme oder alternativer Landwirtschaft entlang konkreter Konflikte. Insofern ist das WSF eine gigantische Bildungsveranstaltung.

Und schließlich dient es für *konkrete Absprachen und Strategieentwicklungen* – sei es für internationale Kampagnen, weiteren Erfahrungsaustausch, Treffen von Projektpartnern, Vernetzung von Intellektuellen. Hier entsteht in face-to-face-Kommunikation jenes Vertrauen, das für ein gemeinsames Agieren notwendig ist.

Wie weiter?

Das Weltsozialforum, das ist inzwischen deutlich geworden, ist ein Kristallisationspunkt enorm vieler Akteure und konkreter Kämpfe. Im kommenden Jahr soll es dezentral stattfinden, was für Europa wohl heißen wird, dass es mit dem Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006 stattfinden wird. In Lateinamerika wird höchstwahrscheinlich Caracas, eventuell mit Buenos Aires, das dezentralisierte WSF beherbergen. 2007 soll es ein zentralisiertes WSF in Afrika geben. Marokko und Südafrika hörte man hie und da am Rande genannt.

Die Frage, ob es sich beim WSF um einen Raum des Austauschs oder um einen spezifischeren Akteur handeln soll, beantwortet sich m.E. von selbst: Versuche, wie beispielsweise der von Bernard Cassen, im Namen des Forums zu sprechen, haben keine orientierende Wirkung und werden abgelehnt. Die oben genannte »Gruppe der 19« hat sich mit dem Vorstoß nicht nur Sympathien erworben, da hier der ohnehin immer aufscheinende und

kritisierte Wunsch von Intellektuellen nach Prominenz und orientierender Funktion durchschimmert.

War das WSF 2005 ein Erfolg? Die Beantwortung dieser Frage hängt natürlich von den jeweiligen Erwartungen und konkreten Erfahrungen ab. Die Sozialforen auf unterschiedlichen Ebenen sind *eine* Form des Austauschs der globalen sozialen Bewegungen. Sie werden ihre Suche nach einer besseren Welt nur vorantreiben können, wenn sie über sich selbst hinaus wirken.

Es geht daher von ganz konkreten Auseinandersetzungen »vor Ort«, in Betrieben, Universitäten, persönlichen Nahverhältnissen oder von bestimmten Aspekten nationaler und internationaler Politik zum Weltsozialforum – und wieder zurück. Eine andere Welt wird nur möglich, wenn die vielfältigen emanzipatorischen Ansprüche, Ideen, Strategien, Erfahrungen mit anderen *Resonanzen* finden, Lern- und Erfahrungsprozesse sowie Gegenmacht im umfassenden Sinne bilden.

Ausgezeichnete Analysen und Erfahrungsberichte vom 4. WSF 2004 in Mumbai und allgemein zur Forumsbewegung befinden sich in: Anand, Anita/Esco-bar, Arturo/Sen, Jai/Waterman, Peter (Hrsg., 2004): Eine andere Welt. Das Sozialforum, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

**Das Verhältnis von
praktischer Globalisierungskritik
und kritischer Gesellschaftstheorie**

Theorie als »Strukturwissen« emanzipativen Handelns

Kritische Gesellschaftstheorie und theoretisch angeleitete Analysen aktueller Entwicklungen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass emanzipative Akteure sich ihrer Handlungsbedingungen bewusst werden. Es geht darum, theoretisch informiert die aktuellen Entwicklungen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung sowie ihre Brüche und Widersprüche herauszuarbeiten. Dies geschieht auf sehr unterschiedlichen Ebenen und in vielen Bereichen. Worin liegen die Dynamiken und Krisenmomente, was sind die historisch-spezifischen Formen gesellschaftlicher Spaltung und Konkurrenz, die Herrschaft immer wieder renovieren und zu Veränderungen in politischen und ökonomischen, ideologischen und kulturellen Institutionen wie auch in den Subjekten selbst beitragen? Aktuell gewendet: Worin besteht die relative Stabilität des Neoliberalismus, der trotz Protesten, Krisen und nicht-erfüllter Versprechen weiterhin von vielen Menschen als alternativlos angesehen wird? Politisch schließt sich daran unter anderem die Frage an, welchen Stellenwert staatliche und intergouvernementale institutionelle Praxen bei der Durchsetzung neoliberaler Projekte haben – und welche Bedeutung sie möglicherweise für gegen-hegemoniale Strategien aufweisen.

Angesicht der immensen Ausdifferenzierung von Gesellschaft muss dies natürlich hinsichtlich verschiedener gesellschaftlicher Bereiche geschehen, doch wichtig bleibt, dass deren Bezug zur sozialen »Totalität« mitgedacht wird. Nur so können präzise Zeitdiagnosen formuliert werden.

Um einen wichtigen Bereich herauszugreifen: Heute wird immer deutlicher, dass der Staat für viele emanzipative Bewegungen nicht der zentrale Bezugspunkt gesellschaftlicher Veränderungen ist. Allerdings bleibt damit die politisch hochgradig relevante Frage unbeantwortet, warum der bürgerliche Staat doch immer wieder zentrales institutionelles Terrain der Formulierung und Austragung gesellschaftlicher Konflikte und der Stabilisierung von Herrschaft ist. Es bedarf dafür eines Wissens um Herrschaft, das nicht Herrschaftswissen ist.

Dabei geht es nicht um unverrückbare Wahrheiten. Die Produktion von Theorie, Vernunft und Wahrheit ist nämlich selbst eine politische Praxis und ein materielles Verhältnis, damit ein komplexer, von Machtverhältnissen

durchdringener Prozess. Theorien erzeugen spezifische Problemhorizonte und tragen zu einer Sicht der Dinge bei, die dann – in einem keineswegs unilateralen Prozess – wichtig sind für die Legitimität gesellschaftlicher Praxen (vgl. Demirovic 1999: 9-41 in Anlehnung an Foucault und die ältere Kritische Theorie). Das neoliberale Projekt ist gerade durch die Dominanz bestimmter Wissensformen über andere, besonders deutlich in den Wirtschaftswissenschaften, vorangetrieben worden. Wahrheit und Vernunft als soziales Verhältnis zu begreifen impliziert, dass andere Ansätze kritisiert, zurückgewiesen oder gar ausgeschlossen werden. Unter neoliberal-postfordistischen Bedingungen ist dies eine Erfahrung kritischer, d.h. historisch-materialistischer Gesellschaftstheorie und von dieser inspirierter Zeitdiagnose.

Ein weiterer Aspekt einer kritischen Gesellschaftstheorie ist ihr keineswegs einfacher Bezug auf emanzipative soziale Praxen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der realsozialistischen Erfahrungen argumentieren Michael Brie und Dieter Klein: »Eine gute Theorie ist sicherlich nicht die praktischste Sache der Welt, aber eine schlechte Theorie kann eine gute Praxis unmöglich machen, da sie geistig spaltet und strategisch falsche Kriterien für reales Handeln aufstellt.« (Brie/Klein 2004: 1f.) Kritisch-emanzipative Akteure sind darauf angewiesen, sich Klarheit über die historische Situation zu verschaffen, in der sie agieren. Dies ist jedoch nicht dahingehend gemeint, dass diese Klarheit Ausgangspunkt emanzipativen Handelns sei. Die historischen Erfahrungen emanzipativer Kämpfe legen nahe, dass diese auch nicht erst alles »theoretisch klar haben« müssen, sondern aus den unterschiedlichsten Gründen aufbrechen, sich rebellische Subjektivität entwickelt, Menschen sich wehren und organisieren, Alternativen entstehen. Gleichwohl ist es für die Entwicklung von Strategien hilfreich, sich der eigenen Handlungsbedingungen zu vergewissern. Theoretisches Wissen bzw. theoriegeleitete Zeitdiagnosen können hier eine wichtige Rolle spielen. Die scheinbar unveränderlichen Verhältnisse, d.h. die Tatsache, dass sie den handelnden Menschen und Kollektiven als quasi objektive gegenüberstehen, müssen – theoretisch angeleitet – entschlüsselt werden. Die auf den ersten Blick nicht sichtbaren Mechanismen sowie Macht- und Herrschaftskonstellationen können so als historisch entstandene und veränderbare dechiffriert werden.

Doch aus Theorie »leitet« sich nicht »richtige Politik« und die Entwicklung spezifischer Strategien ab; Strategien zu entwickeln ist ein ungleich komplexerer Prozess. Hier geht es um die Einschätzung je spezifischer Kräfteverhältnisse, sich eventuell öffnender Spielräume durch Dissens im Establishment, um sozio-ökonomische, politische, kulturelle oder sozial-ökologische

Krisen und vieles mehr. Zudem verweigern sich viele Bewegungen etwa einem Theorietypus, der die unterschiedlichen sozialen Verhältnisse nivelliert. Sie sehen demgegenüber die Notwendigkeit, übergreifende gesellschaftliche Verhältnisse auf ihre konkreten Lebenssituationen zu beziehen, in der Spannung beider Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Dabei kann Theorie einen Reflexionsrahmen bereitstellen und so zur Weiterentwicklung emanzipativer Bewegungen beitragen. Theorie und Analysen entwickeln *Resonanzen*. Es geht nicht um »Wahrheiten«, sondern um die keineswegs einfache »Übersetzung« theoretischer Einsichten in unterschiedliche gesellschaftliche Spektren. Theoretische Praxis verliert damit ihre vorgeblich avantgardistische Position. Theoretische Praxis bedeutet also zuvorderst, *Wissen um Strukturen* und darin eingelassene historische und aktuelle Kämpfe zu generieren und dieses in komplexen Prozessen zu vermitteln. Gerade in letzteren liegt eine grundlegende Schwäche der linken akademisch-ritualisierten Theorieproduktion, die damit unattraktiv für andere Praxen wird.

Damit geraten die Intellektuellen in den Blick. Theoretisch arbeitende Intellektuelle haben zu »ihren« Theorien ein soziales und damit historisch variables Verhältnis. Die Gültigkeit der verschiedenen Weltdeutungen wird wiederum nicht aufgrund eines rationalen Wahrheitskriteriums durchgesetzt, sondern in kapillaren institutionellen Praxen, die spezifischen Wahrheiten eine Materialität geben. »Vernunft und Wahrheit müssen in der alltäglichen politischen und kulturellen Praxis von Intellektuellen reproduziert werden.« (Demirovic 1999: 15)

Wissen wird reguliert, tendenziell monopolisiert, reproduziert eine gesellschaftliche Arbeitsteilung von Hand- und KopfarbeiterInnen. Dies war schon immer ein Dilemma kritisch-emanzipativer Wissensproduktion, nämlich die herrschaftlichen Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung zu kritisieren und aufbrechen zu wollen und sie doch tendenziell zu reproduzieren.

Intellektuelle sind alle Menschen in dem Sinne, dass sie die Welt deuten, doch nur wenige üben eine Funktion als Intellektuelle dahingehend aus, dass sie ein gesellschaftlich relevantes Wissen um die gesellschaftlichen Zustände mit ausarbeiten (Gramsci 1990ff.: 1500). Damit tragen sie ganz wesentlich zur Organisierung der Gesellschaft bei. In Anlehnung an Antonio Gramsci oder Michel Foucault kann deutlich gemacht werden, dass es immer auch um die Definition von »Wissen« geht, um dessen Kontrolle durch sog. ExpertInnen, den Ausschluss alternativer Wissensformen wie Alltags- und Erfahrungswissen. Durch die historisch spezifischen Organisationsformen von Politik, Kultur und Ökonomie, d.h. gesellschaftlicher Arbeit und Arbeitstei-

lung (Trennung von Hand- und Kopfarbeit, klassen-, geschlechtsspezifisch, ethnisch strukturiert, international), werden Intellektuelle in ihrer Funktion überhaupt erst konstituiert.

Professionelle Intellektuelle eignen sich intellektuelle Fähigkeiten an, entwickeln sie weiter, monopolisieren sie und entmündigen die Beherrschten in Bezug auf die Ausbildung von Institutionen sowie Denk-, Kommunikations- und Lebensformen.

Dies geschieht weniger über Großintellektuelle, sondern in kleinteiligen Entwicklungen und Auseinandersetzungen im Staat, in der Produktionssphäre und in der Zivilgesellschaft. Zu beobachten ist ein Übergang von allgemein orientierten, universellen Intellektuellen zu Spezialisten, die sich in soziale Auseinandersetzungen als ExpertInnen oder GegenexpertInnen einbringen. Schon Gramsci (1990ff.: 1503) unterscheidet zwischen großen und kleinen Intellektuellen, letztere sind Spezialisten und Fachleute, jene, die anderswo ausgearbeitetes Wissen anwenden und verbreitern.

Was bedeutet das nun für eine Zeitdiagnose? »Postfordistische Intellektuelle« – nennen wir sie heuristisch so, ohne Anspruch auf Verallgemeinerung – wären dann also Individuen und Kollektive, die durch Konflikte hindurch zur Ausarbeitung breit akzeptierter Weltbilder und Alltagsverständnisse heute unter neoliberalen, globalisierten, imperialen Bedingungen beitragen. Der »Sachzwang Weltmarkt«, die als unhintergebar interpretierte Globalisierung, das als notwendig postulierte Gürtel-enger-Schnallen zum Erhalt des Wohlstands, ein »aktivierender« Staat, der Menschen in jeglicher Lebenssituation darauf trimmt, sich flexibel den Markterfordernissen anzupassen, die Abwälzung von Prekarität auf die einzelnen, die sich verschärfende Konkurrenz zwischen Menschen und konkreten Räumen («Standorten») u.a. müssen ausgearbeitet, umgesetzt und plausibel gemacht werden. Das »postfordistische Allgemeininteresse« ist stärker als zuvor die »Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit«. Durch dieses Nadelöhr hindurch müssen nicht nur die zentralen Fragen staatlicher Politik, sondern auch die vermeintlichen *soft issues* umwelt-, migrations- oder frauenpolitischer Belange. Offenbar gelingt das einigermaßen.

Gramsci und Foucault wiesen auf die im herrschenden Diskurs nicht repräsentierten Erfahrungen hin. Das sind insbesondere jene von ethnisch strukturierter, geschlechtsspezifischer und klassenmäßiger Spaltung, Ausgrenzung und alltäglicher Krisenerfahrung jenseits der *imagined community* am Standort D. Fragen der Umverteilung oder Machtfragen hinsichtlich der Verfügung über das Kapital sind kaum stellbar bzw. werden mit dem Verweis, die

»Leistungsträger« (Peter Glotz) nicht vergrätzen zu können, als unzulässig abgetan. Wichtig ist heute und gerade auf internationaler Ebene schließlich die zunehmende Bedeutung von »kollektiven Intellektuellen« wie der Weltbank oder dem IWF.

In dieser – nicht vollständig, sondern nur holzschnittartig skizzierten – Konstellation müssen die Möglichkeiten kritischer Intellektualität ausgelotet werden: Indem auf Widersprüche zwischen Postulaten und realer geschichtlicher Entwicklung hingewiesen wird, indem Konsense infrage gestellt und andere Möglichkeiten sozialer Reproduktion aufgezeigt werden. Kritische Intellektualität zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist in dem skizzierten Kontext zu verorten, den sie herrschaftskritisch wahrnimmt (im weiten Sinne des Wortes, also nicht nur intellektuell-denkend) und analysiert. Wie reproduzieren und verändern sich die konkreten Lebens-, Arbeits- und Handlungsbedingungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen? Was sind die Strukturen, Modi und Dynamiken, in denen sich gesellschaftliche Reproduktion immer wieder als asymmetrische und vielfältige Herrschaftsformen vollzieht? Dies impliziert Perspektiven, die die Lebenserfahrungen der Subalternen nicht unberücksichtigt lassen. »Subaltern« sind im globalen Kapitalismus aber nicht per se die ArbeiterInnen in den materiell reichen Ländern oder jene ohne Lohnarbeit. Ein globaler Blick deckt schnell die hochgradig widersprüchlichen Konstellationen auf.

Damit geraten auch die materiellen Bedingungen der Produktion kritischen Wissens in den Blick, die eigenständiger Analysen bedürften. Waren es bis weit ins 20. Jahrhundert vor allem die Arbeiterparteien, politische Zwischengruppen und Intellektuellenzirkel, die diese ermöglichten, verlagerte sich die Produktion kritischen Wissens seit den 1960er Jahren zunehmend an die Hochschulen, teilweise auch in andere staatliche Einrichtungen. Seit den 1980er Jahren ist eine Ausdifferenzierung festzustellen, für manche Themen sind etwa Nichtregierungsorganisationen inzwischen unverzichtbar. Auch Stiftungen spielen eine gewisse Rolle. Gleichwohl bleiben die Hochschulen natürlich wichtig.

In der Einleitung wurde bereits auf den Begriff der Hegemonie im Sinne Antonio Gramscis eingegangen. In den folgenden Beiträgen werden zwei Bereiche genauer ausgeleuchtet und mit Theorien verbunden, die in der aktuellen Globalisierungskritik zentral sind: Staat und Markt. Dass dies in den knappen Beiträgen nicht erschöpfend geschehen kann, versteht sich von selbst. Vielmehr soll die Relevanz von theoretisch angeleiteter Analyse deutlich gemacht werden.

Zum einen wird mithilfe der Regulationstheorie das komplexe Verhältnis von Marktprozessen zu anderen gesellschaftlichen Bereichen untersucht. Die These lautet hier, dass es keine sich selbst regulierenden Märkte gibt, sondern deren Funktionieren an gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Wertvorstellungen und andere Institutionen gebunden ist. Im zweiten Beitrag soll mittels der Staatstheorie von Nicos Poulantzas deutlich werden, dass der Staat weder ein neutraler, über der Gesellschaft stehender Akteur ist, noch ein geschlossenes Herrschaftsensemble, das weitgehend als Instrument des Kapitals oder der herrschenden Klassen agiert. Poulantzas machte in Anlehnung an Marx den Vorschlag, den Staat als soziales Verhältnis zu begreifen. Im zweiten Teil des Beitrages werden einige Überlegungen angestellt, was das für ein kritisches Begreifen internationaler Politik heißen könnte.

Literatur

- Brie, Michael/Klein Dieter (2004): Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen. Manuskript für das Seminar »Reform oder Revolution« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Laboratório de Políticas Públicas im Juni 2004 in Rio de Janeiro (Spanisch in Rosa-Luxemburg-Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas (Hrsg.), *Reforma ou Revolução? (Reform oder Revolution? Jenseits des neoliberalen Kapitalismus: Konzepte, Akteure und Strategien)*. Sao Paulo: Expressão Popular, 205-239).
- Demirović, Alex (1999): *Der nonkonformistische Intellektuelle*, Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio (1990ff.): *Gefängnishefte*. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin.

Die umkämpfte Schaffung von Märkten

Ein regulationstheoretisches Verständnis der Globalisierung

Eine zentrale Aufgabe globalisierungskritischer Theorie besteht darin, den neoliberalen Mythos zu entlarven, dass Märkte per se die effizientesten gesellschaftlichen Mechanismen seien und sich selbst regulieren würden, d.h. staatliche Eingriffe schädlich seien. Schon auf den ersten Blick wird heute deutlich, was die »effiziente« Allokation von Kapital für viele Menschen in an natürlichen Ressourcen reichen Ländern bedeutet: Armut und Ausgrenzung.

Auch die theoretischen Prämissen des Zusammenhangs von Markt und effizienter Allokation müssen hinterfragt werden. Ihnen liegt die neoklassische Gleichgewichtstheorie zugrunde, die suggeriert, dass es über den Preismechanismus zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage und damit zu effizienter Allokation komme. Auch weitere theoretische Prämissen der Gleichgewichtstheorie, nämlich die Selbstregulierung der Märkte, Konsumentensouveränität, Vollständigkeit der Information und vollkommene Konkurrenz, können nur aufrecht erhalten werden, wenn von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und den grundlegenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen abgesehen wird.

Märkte als effektive Allokationsmechanismen zu begreifen, unterschlägt, dass es sich um gesellschaftlich hochgradig voraussetzungsvolle Einrichtungen handelt. Das wirtschaftspolitische Kriterium gelingender Allokation, die eben nur »der Markt« leisten könne, unterschlägt, dass die kapitalistische Marktvergesellschaftung weit mehr ist. Die kapitalistische Marktwirtschaft als gesellschaftliches System ist eine »historische Fundsache« (Lipietz), die aus komplexen historischen Prozessen und Auseinandersetzungen heraus entstanden ist.

Wenn der kapitalistische Markt etabliert wird, bedarf es einer tiefgreifenden Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse. Denn Märkte bedeuten in kapitalistischen Gesellschaften die Existenz von Waren als soziale Verhältnisse, die geschaffen werden müssen (etwa durch die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, Lohnarbeit, Tausch- und Geldverhältnisse). Marx nannte diesen Prozess der Kommodifizierung »ursprüngliche Akkumulation« und zeigte, dass dieser bei der Entstehung des Kapitalismus

überaus gewalt- und herrschaftsförmig abließ.¹ »Marktwirtschaft und Kapitalismus sind zwar nicht identisch, doch wenn Arbeitskraft, Geld, Grund und Boden in Sondereigentum verwandelt und kommodifiziert worden sind, wenn also Märkte nicht nur dem Austausch der Produkte der Arbeit dienen, sondern die Produktbildnerin Arbeitskraft gegen Lohn vermitteln, werden die gesellschaftlichen Beziehungen und Produktionsbedingungen umgestaltet, in kapitalistische transformiert... Die Marktrationalität setzt sich also als ein gesellschaftlicher Prozess durch, der nicht nur den ›ordinären Warenöbel‹ (Marx), sondern den Grund und Boden, das Geld und die Arbeitskraft erfasst.« (Altwater 1991: 71)

Grundzüge der Regulationstheorie²

In den späten 1970er Jahren entstand eine Theorie, die sich des Problems der gesellschaftlichen Einbettung des Marktes annahm. Sie baute auf früheren Erkenntnissen auf und integrierte historische Erfahrungen, insbesondere die Entwicklungen der 1950er bis 1970er Jahre. Zudem betont sie soziale Auseinandersetzungen und eine gewisse Offenheit der Geschichte stärker als andere Ansätze.

Eine zentrale Innovation dieser Regulationstheorie besteht darin, die grundlegend krisenhafte und instabile bürgerlich-kapitalistische Entwicklung als prekäres, sich jedoch gegebenenfalls stabilisierendes Verhältnis von Akkumulation und Regulation zu verstehen. Dieser Theorie geht es darum, angesichts der kapitalistischen Nachkriegsentwicklung – des von ihr so benannten Fordismus – diese Entwicklung zu verstehen und zentrale Theoreme der

¹ Dies verweist auf einen wichtigen Aspekt: Kapitalistische Vergesellschaftung ruht weiterhin auf nicht-kommodifizierten Verhältnissen auf. Dazu zählen auch bestimmte Formen des Wissens, das nur kollektiv und nicht-kommodifiziert entsteht und zweifellos für den »postfordistischen« Kapitalismus eine wesentliche Grundlage darstellt. Die Linie zwischen kommodifizierten und nicht-kommodifizierten Verhältnissen ist historisch variabel, Teil von Herrschaftsverhältnissen und sozialer Auseinandersetzungen und trägt zur Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung bei.

² Vgl. allgemein zur regulationstheoretischen und Postfordismus-Debatte etwa Aglietta (1979), Lipietz (1985), Hirsch/Roth (1986), Boyer (1990), Mahnkopf (1988), Hübner (1989), Esser et al. (1994), Amin (1994), Demirovic et al. (1992), Hirsch (1995), Aglietta (2000), Candeias/Deppe (2001), Becker (2002), Brand/Raza (2003), Candeias (2004), zu den fordistischen Geschlechterverhältnissen etwa Ruddick 1992 zu postfordistischer Politik etwa Jessop (1997), Hirsch (2001).

historisch-materialistischen Theorie zu reformulieren. Denn viele Theorien, auch bürgerliche, sagten nach dem Ersten Weltkrieg, der Phase des klassischen Imperialismus und der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre den Zusammenbruch des Kapitalismus voraus.

Die Regulationstheorie kehrte die Perspektive um: Obwohl vieles dafür spricht, dass unter kapitalistischen Bedingungen permanent Krisen stattfinden und die in sich widersprüchlichen Gesellschaften destabilisieren, gibt es offenbar Mechanismen, die zu einer zumindest vorübergehenden Stabilisierung und dynamischen Entwicklung beitragen. Dies ist der Grundgedanke kapitalistischer Regulation, der gleich noch ausgeführt werden wird. Damit geht ein zweites wichtiges Argument einher: Gelingende Regulation, als »glücklicher Fund« im Sinne erfolgreicher Widerspruchsbearbeitung und relativ stabiler Bedingungen des eingebetteten Akkumulationsprozesses, ist dabei kein intentional herstellbarer Zustand (etwa durch das Kapital oder den Staat gesteuert), sondern ergibt sich als kapillarer Prozess vielfältiger und unterschiedlich machtförmiger Strategien im Kampf um Hegemonie, der nicht unabhängig, aber auch nicht vollständig determiniert ist von gesellschaftlichen Strukturen (zum Hegemoniebegriff in der Regulationstheorie vgl. etwa Sablowski 1994 und Borg 2001). Die Regulationstheorie argumentiert, dass die widersprüchlichen Strukturprinzipien kapitalistischer Gesellschaften (das Verhältnis Arbeit-Kapital, die Trennung von Politik und Ökonomie, die private Aneignung gesellschaftlich erzeugten Reichtums, etc. bis hin zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen) zwar über Kompromisse hegemonial bearbeitet und vorübergehend prozessierbar gemacht werden können, aber nicht grundsätzlich aufhebbar sind. Dies impliziert jedoch, dass die Austragung, eventuelle Stabilisierung und Erosion dieser Widersprüche die Dynamik kapitalistischer Gesellschaften ausmachen. Die Dynamik kapitalistischer Gesellschaften liegt also nicht in einem abstrakten Akkumulationszwang begründet.

Die Figur Antonio Gramscis vom »integralen Staat« aufnehmend, geht die Regulationstheorie von einer »integralen Ökonomie« aus, weshalb es bei der Analyse weniger um abstrakte und formale Merkmale des Kapitals, sondern um die sich historisch verändernden Modalitäten der Akkumulation geht. Sie kann dafür fruchtbar gemacht werden, die aktuellen Entwicklungen besser zu verstehen. Denn die Formen der Akkumulation sind heute andere als in den 1960er Jahren, wofür die steigende Bedeutung der Finanzmärkte sicherlich ein herausragendes Beispiel ist.

Die »Logik der Kapitalakkumulation« selbst ist also Teil sozialer Auseinandersetzungen, das heißt gesellschaftliche Entwicklungen sind weder reiner

Zufall noch determiniert. Hier setzt der Begriff der *Regulation* an: »Wir nennen *Regulation eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert.*« (Lipietz 1985: 109, Hvh.i.O., zu den verschiedenen Definitionen Boyer 1990: 117ff.) Alain Lipietz meint damit die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Verhältnisse, die sich aufgrund sozialer Auseinandersetzungen und deren immer ein Stück weit offenen Ergebnisse historisch sehr unterschiedlich ausformen, zeitweise stabilisieren und damit erst den gesellschaftlichen Kontext für einen relativ dauerhaften Prozess der Kapitalakkumulation schaffen. Die Stabilisierung erfolgt über breit geteilte gesellschaftliche Werte und die vorübergehende Institutionalisierung sozialer Verhältnisse in Form einer Regulationsweise.

Relative makroökonomische Kohärenz ist Voraussetzung für ein einigermaßen krisenfreies Funktionieren kapitalistischer Gesellschaften. Denn wenn zu viel oder in verschiedenen Bereichen ungleich investiert oder produziert wird, wenn die Konsumnormen nicht jenen der Produktion entsprechen, dann kommt es zu Krisen. Diese relative Kohärenz wird jedoch nicht durch reine Marktprozesse ermöglicht, sondern ist institutionell eingebettet, wofür der Begriff der *Regulationsweise* entwickelt wurde. Hierbei handelt es sich um »die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus.« (Lipietz 1985: 121)

Konkret gefasst für die Phase des Fordismus bedeutet dies, dass die technologischen Möglichkeiten der Massenproduktion und die enorme Expansion des Weltmarktes bedingt und eingebettet waren in spezifische Kräfteverhältnisse und Akkumulationsstrategien, bestimmte Formen der Arbeitsorganisation, staatliche Politiken, Formen von Kredit und Geld, Institutionen der Konfliktaustragung (etwa das Tarifrecht), Konsummuster, als Fortschritt verstandene Fress-, Wohn- und Kleidungs-»Wellen«, Vorstellungen von Disziplin und Ordnung, spezifische Familienmodelle, Umgangsformen mit Natur etc.

Dabei sind die konkreten Regulationsweisen Ergebnisse von sozialen Auseinandersetzungen und in keinem Fall in einem funktionalistischen Verhältnis zur Kapitalverwertung zu verstehen. Robert Boyer (1990: 42ff.) beschreibt drei Eigenschaften der Regulationsweise: Sie sichere die Reproduktion der grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen über alle konkreten Gestalten institutioneller Formen hinweg; außerdem »steuere« sie die Re-

produktion des jeweiligen Akkumulationsregimes; schließlich gewährleiste die Regulationsweise die dynamische Vereinbarkeit vielfältiger dezentral getroffener Entscheidungen durch die Individuen oder die Institutionen, ohne dass die Logik des gesamten Systems berücksichtigt werden müsste.

Insbesondere der Staat ermöglicht die Durchsetzung hegemonialer Klassen- und Interessenkompromisse. Dabei bilden sich längerfristig so etwas wie kohärente Politiken heraus, die als Ergebnis konfligierender Strategien gesellschaftlicher Gruppen im Staatsapparat und um staatliche Politik zu verstehen sind. Hegemonie umfasst jedoch, wie oben dargestellt, mehr als staatliches Handeln.

Auch das Verständnis von *Krisen* in der Regulationstheorie kann Anregungen geben für die Analyse der Gegenwartsgesellschaften. Die Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften vollzieht sich strukturell krisenhaft. Es gibt eben keinen zentralen Plan, sondern eine Unzahl kurz-, mittel- und langfristiger Entscheidungen und antagonistische Interessen, die mittels Institutionen und gesellschaftlicher Wertorientierungen in »Einklang« gebracht werden (können). Unter Krise wird aus regulationstheoretischer Sicht jedoch nicht eine Krise »des« Kapitalismus verstanden, sondern zunächst werden zwei differente Krisentypen identifiziert: sog. »kleine« Krisen innerhalb einer Entwicklungsweise wie des Fordismus, die zu laufenden Anpassungen führen, und sog. »große« Krisen der Entwicklungsweise selbst (in Anlehnung an Gramsci könnte auch von »organischen Krisen« gesprochen werden). Hier geraten die relativ starren Institutionen der Regulationsweise in Widerspruch zum Akkumulationsprozess, dessen größere Dynamik sich etwa in einer veränderten Kapitalzusammensetzung, umgewälzten Technologien oder verschobenen Klassenverhältnissen ausdrückt. Die stabilen Bedingungen von Akkumulation wie auch die Akkumulation selbst sind gefährdet und daher grundlegende – und besonders umkämpfte – Umstrukturierungen notwendig, die entweder die kapitalistischen Grundstrukturen erhalten oder aber auch über die kapitalistische Vergesellschaftung hinaus führen können. Krisen werden in der Regulationstheorie also nicht ökonomistisch, sondern vielfältig bestimmt aus dem widersprüchlichen und irrationalen gesellschaftlichen Zusammenhang (und damit von Phasen gelingender Regulation unterschieden). Allerdings werden sie nicht per se als Krisen *des* Kapitalismus identifiziert, sondern als Krisen innerhalb einer bestimmten oder aber der gesamten Entwicklungsweise.

Ein weiterer Aspekt ist bedeutend für die Frage von Hegemonie und Gegen-Hegemonie. Christoph Görg betont, dass Krise ein Prozess sei, bei dem

»die *Deutungsmuster der Akteure*, soweit sie in die Institutionen eingegangen sind, *zueinander und zu bestimmten Funktionsimperativen des ökonomischen Systems in Widerspruch* stehen.« (Görg 1994: 124, Hvh.i.O.) Damit werden Krisen objektiv und subjektiv bedeutsam, die *Reflexion der sozialen Akteure auf ihre Handlungsbedingungen* wird wichtig. Diese Perspektive ist in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Globalisierung wichtig. Die Analyse von Krisen muss über ein »ökonomisches« Verständnis hinausgehen und gesellschaftstheoretisch umfassender eingebettet werden. Krisen der Entwicklungsweise sind *Hegemoniekrisen*, deren Kern unter kapitalistischen Bedingungen zwar eine unzureichende Akkumulationsdynamik ist, die jedoch umfassende ökonomische, politische und ideologische Krisen sind. Die Zurückweisung objektivistischer Krisenerklärungen und statt dessen die Verschränkung »objektiver« und »subjektiver« – oder besser gesagt: politisch relevanter – Faktoren bei der Krisenentwicklung machen neben den Strukturbedingungen andere Faktoren wichtig: Die Bedeutung von Orientierungen und Strategien, von sozialen Kämpfen und »hegemonialen Projekten« (vgl. auch Jessop 1990).

Auch ein anderer Grundgedanke der Regulationstheorie ist wichtig, um die aktuellen Entwicklungen, und zwar insbesondere ihre internationalen Dimensionen, zu verstehen. Die immer prekären Ungleichheiten, der weltweit geltende Akkumulationsimperativ sowie die strukturellen Konkurrenzverhältnisse zwischen Kapitalen und zwischen Nationalstaaten einerseits und notwendige Kooperation andererseits stellen grundlegende Widersprüche dar. Mit der Frage nach deren Prozessierbarkeit stellt sich also auch die nach *internationaler Regulation*: Was führt durch die verschiedenen Widersprüche hindurch zu Planbarkeit und gewissen Regularitäten in der internationalen Arbeitsteilung und im internationalen politischen System? Wie wird stabile Kapitalakkumulation gewährleistet? Die Integration der einzelnen Länder in die Weltwirtschaft erfolgt in bestimmten historischen Phasen über spezifische Regulationsformen, die ein Ensemble von Normen, Regeln, Zwangsmitteln und Institutionen schaffen, nach denen sich politische und ökonomische Akteure richten. Mit dieser theoretischen Aussage können die Etablierung internationaler Institutionen wie die WTO, aber auch die zunehmend offene Gewaltförmigkeit internationaler Politik eingeschätzt werden (siehe unten).

Die Analyserichtung verschiebt sich also mit der Regulationstheorie, was durchaus politisch-strategische Konsequenzen hat: Nicht die mögliche Wiedereinbettung des verselbständigten Weltmarktes steht im Zentrum, sondern

die vielfältigen konkreten Konflikte, die ihnen innewohnenden Kräfteverhältnisse und Interessengegensätze, die derzeit um die Gestaltung postfordistischer Verhältnisse ausgetragen werden. Denn die konkrete historische Konstitution von Märkten und insbesondere ihre politisch-institutionelle Einbettung ist Teil sozialer Kämpfe.

Eine verwandte Theorietradition entwickelte sich im Rahmen der Internationalen Politischen Ökonomie in den 1980er Jahren, die als Transnationaler Historischer Materialismus bezeichnet wird (Bieling/Deppe 1996, Gill 2000, Scherrer 1998, Borg 2001). Soziale Kämpfe und die Strategien der herrschenden Klassen stehen hier im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Es wird darauf hingewiesen, inwieweit Klassenformierung, insbesondere auf Seiten der Bourgeoisie, schon frühzeitig transnational stattfand und zwar mit dem expliziten Ziel, die internationalen Modi der Regulation zu beeinflussen. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik wird als Teil komplexer Hegemoniebildungsprozesse konzeptualisiert.

Markt kann daher nicht auf einen Allokationsmechanismus reduziert werden, sondern muss als gesellschaftliches Ensemble und dominante gesellschaftliche Rationalität verstanden werden. Dass die Ware zum durchgängigen und die Gesellschaft strukturierenden Prinzip wurde und sich das Privateigentum an Produktionsmitteln durchsetzte, ist integraler Bestandteil von kapitalistischer Marktwirtschaft.

Der Markt ist also zuvorderst ein Herrschaftszusammenhang, der untrennbar ökonomisch, politisch *und* kulturell konstituiert ist. Die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen von Kommodifizierungs- und Marktprozessen sind machtförmig konstituiert. Ist dies schon auf nationalstaatlicher Ebene deutlich, springt es auf internationaler Ebene geradezu ins Auge. Institutionen wie das GATT der Nachkriegszeit oder seit 1995 die Welthandelsorganisationen ermöglichen erst den Anstieg des Welthandels, schaffen Rechts- und Planungssicherheit.

Potentiale der Regulationstheorie zum Begreifen der Gegenwart

Die Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte haben auch die Regulationstheorie herausgefordert. Überwog in den 1980er Jahren noch die Analyse des Fordismus und die Anwendung der Theorie auf sehr unterschiedliche Gegenstände, so gab es in den 1990er Jahren erste Versuche, eine neue Formation zu identifizieren. Häufig wird diese neue Phase etwas unglücklich als

»Postfordismus« bezeichnet. Andere Begriffe, die auf die vorherrschenden Produktionsmethoden abzielen, nennen eine entstehende neue Phase »Toyotismus« in Anlehnung an die Produktionsmodelle von Toyota in den 1980er Jahren oder »Wintelismus«, ein Wortgeschöpf aus Windows und Intel. Bis heute ist umstritten, ob von einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung gesprochen werden kann (dezidiert befürwortet wird das von Candeias 2004; vgl. auch Hirsch 2001, Haug 2003).

Die Regulationstheorie war eher als andere Ansätze in der Lage, die Umbrüche zu fassen, und hat sich vor dem realhistorischen Hintergrund weiterentwickelt. Bei der Restrukturierung von Unternehmen und internationaler Arbeitsteilung konnte darauf zurückgegriffen werden. Mit der kritisch-staatstheoretischen Variante wurde es möglich, die (Selbst-)Transformation des Staates im umfassenden gesellschaftlichen Übergang vom Fordismus zum Postfordismus zu begreifen. Als institutionalistische Theorie setzt die Regulationstheorie in der Globalisierungsdebatte einen Kontrapunkt gegen die These vom »Verschwinden« des Nationalstaates durch die als zuvorderst ökonomisch verstandene Globalisierung. Das sich verändernde Verhältnis von Politik und Ökonomie, selbst Teil von Kräftekonstellationen, Strategien und nicht-intentionalen Folgen, wird vielmehr als zentral erachtet. Im Folgenden werden einige Aspekte knapp umrissen, die anderswo ausführlicher dargestellt sind (vgl. Literaturverzeichnis). Dabei fehlen wichtige Dimensionen wie etwa ein feministisches Verständnis von Politik und Ökonomie (Peterson 2003, Brensell/Habermann 2001, Kelly/Bayes/Young 2000) oder die Einbeziehung sozial-ökologischer Aspekte, d.h. die materielle Reproduktion der Gegenwartsgesellschaften (Görg 2003). Meines Erachtens ist die Regulationstheorie mit ihrem Verständnis eines »integralen Staates« und einer »integralen Ökonomie« aber anschlussfähig an feministische oder sozial-ökologische Ansätze.

Aus regulationstheoretischer Sicht geht es um komplexe Suchprozesse, in denen institutionelle und normative Ensembles geschaffen werden, um kapitalistische Dynamik sowie gesellschaftliche Ordnung zu entfalten. Diese Prozesse sollen kritisch analysiert werden. Damit wird der Blick auf Kämpfe um Institutionalisierungen (etwa im Staat oder durch die WTO) und Orientierungen (etwa der »flexible Mensch«) gelenkt, auf neue Formen von Produktion und Konsum (weltweite Arbeitsteilung und Hyperkonsum), auf politische Formen und Inhalte, auf alte wie neue Ungleichheiten und Spaltungen entlang Klassen-, Geschlechter-, ethnischer und nationaler Grenzen, auf Stabilitäten und Brüche.

Dies kann in einem kurzen Beitrag nicht erfolgen (wichtig wäre zudem die Entwicklung eines einigermaßen konsistenten Forschungsprogramms). Ich beschränke mich im Folgenden auf eher politische Fragen und lasse damit viele andere außer acht (zum neuen Produktionsmodell vgl. etwa Dörre/Röttger 2002, Bischoff 2003). In den letzten Jahren wurden verschiedene Aspekte der Transformationsprozesse herausgearbeitet.

Die heutigen neoliberalen staatlichen Politiken basieren demzufolge auf *gesellschaftlichen* Kräftekonstellationen, insbesondere einer im Vergleich zum Fordismus tiefgreifenden Veränderung des Verhältnisses verschiedener Kapitalfraktionen zueinander sowie des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, aber auch einer Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse. Neoliberale Politiken wurden von gesellschaftlichen Akteuren (Kapitalgruppen, Unternehmensverbänden, Medien, Denkfabriken, Wissenschaft etc.) in langjährigen Auseinandersetzungen ideologisch und institutionell gestärkt und dann zu staatlichen Projekten. Dies gilt insbesondere für die metropolitanen Länder, wobei die USA und Großbritannien unter Reagan und Thatcher Vorreiter der staatlichen Durchsetzung waren (vgl. Plehwe/Walpen 1999, Walpen 2004; für die USA: Scherrer 1999). In peripheren Ländern wurden Kräfteverhältnisse mitunter blutig durch Militärdiktaturen verändert und dadurch neoliberale Politiken ermöglicht.

Einige – natürlich immer nur zeitweise, aber doch machtvoll institutionalisierte – Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen lassen sich kurz zusammenfassen. Der Staat ist heute ein »nationaler Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1995). Was sich in den 1990er Jahren verändert hat, sind die überragenden Kriterien politischen Handelns: Konkurrenzfähigkeit, Effizienz sowie, damit verbunden, eine jegliche Alternativen desavouierende Realpolitik. Dem durch die Deregulierungen der 1970er Jahre flexibler gewordenen Kapital sollen »gute Standortbedingungen« geschaffen werden. Diese Kriterien des Handelns werden in alle gesellschaftlichen Bereiche »interiorisiert« (Nicos Poulantzas).

Die politisch ermöglichte Internationalisierung wichtiger gesellschaftlicher Prozesse wirkt damit als »Sachzwang« zurück, der wiederum in seiner konkreten Bedeutung umkämpft ist. Dies impliziert nicht notwendigerweise die Abschaffung des Sozialstaates; dessen Transformation bleibt Gegenstand sozialer Auseinandersetzungen. Insbesondere die Privatisierungen vormals öffentlicher Aufgaben schränken politisch-staatliche Spielräume und Steuerungsmöglichkeiten ein. Ein weiteres Merkmal ist die zunehmende Bedeutung von Prozessen wie Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Ge-

heimdienste, die durch Deregulierung und Privatisierung ermöglicht werden.

In der internationalen Politik dominiert ein »globaler Konstitutionalismus« (Gill 2000: 43-45, ähnlich Hein 1999: 47), dem zufolge die zentrale Orientierung internationaler Politik in der Sicherung des Privateigentums durch internationale Normsetzung besteht. Auch das internationale Institutionensystem ist wesentlich damit befasst, durch hochgradig machtförmige Kämpfe hindurch Akkumulations- und Konkurrenzprozesse politisch-institutionell abzusichern. Liberale Verfassungsvorstellungen sollen international gelten, was sich in Institutionen wie der WTO und dem dort angesiedelten TRIPS-Abkommen oder den Vorschlägen zu einem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI), das 1998 an internationalen Protesten und dem Dissens südlicher Regierungen vorläufig scheiterte, zeigt. Die dominanten Muster internationaler Politik sind jedoch hochgradig umstritten. Die neoliberale Restrukturierung kann zwar durchaus als Versuch verstanden werden, die ökonomische und politische Vorherrschaft der USA wieder herzustellen (Hirsch 2001: 176). Das gegenwärtige Wiederaufleben des recht aggressiven Unilateralismus der USA und die Konflikte innerhalb der »Triade« wie auch die zunehmende Kritik einiger südlicher Regierungen und zivilgesellschaftlicher Akteure deuten auf erhebliche Konflikte hin.

Der Nationalstaat ist weiterhin das zentrale Terrain sozialer Auseinandersetzungen und damit von Hegemoniebildungsprozessen, sowohl im politisch-institutionellen wie auch im darüber hinausgehenden Sinne. Gleichzeitig verschieben sich die Ebenen, Hegemonie wird »multiskalar« hergestellt (vgl. Winter 2003); so ist z.B. die Herstellung politischer Öffentlichkeit weniger nationalstaatlich als während des Fordismus oder auch Klassenbeziehungen internationalisieren sich teilweise (vgl. die Anwendung Gramscis auf die Internationalen Beziehungen bei Cox 1983, Gill 1993). Dabei sollte hier nicht unterschätzt werden, dass die transnationale Managementklasse und das international agierende Kapital eine zentrale Rolle im Prozess der Hegemonie einnehmen (van der Pijl 1999).

Ein zentraler Bestandteil des neoliberalen Projektes ist die »Privatisierung der Politik« (Brühl u.a. 2001). Sie führt dazu, dass zunehmend öffentlich-staatlich organisierte Felder Marktakteuren mit ihren privatwirtschaftlichen Gewinninteressen überlassen werden. Vormals öffentliche Angelegenheiten werden daher entpolitisiert und sind damit weniger Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Dies wird dadurch verschärft, dass die gesellschaftlichen »Transformationskerne«, in denen wichtige Entwicklungen

vorentschieden werden (wie etwa in der Technologienentwicklung), immer weniger öffentlich sind, sondern insbesondere von privaten Unternehmen vorangetrieben werden. Dies hat Auswirkungen darauf, was überhaupt als öffentlich gestaltbar und in öffentlicher Auseinandersetzung als »verhandelbar« gilt.

Das neoliberale Projekt wurde ganz wesentlich innerhalb der Zivilgesellschaft selbst durchgesetzt. Hier wurden neoliberale Kräfte aktiv, ganz zu schweigen von rechtsextremen und organisiert-kriminellen Kräften. Denn auch die Zivilgesellschaft ist von Machtbeziehungen (wenngleich mit anderen Modalitäten als im Staat im engeren Sinne mit seinem Monopol legitimer Gewaltsamkeit), von Konflikten und Widersprüchen durchzogen und keineswegs einheitlich. Es bilden sich jedoch nicht nur eigenständige, gleichwohl vom Staat gestützte Machtbeziehungen heraus, sondern es bestehen auch vielfältige Bezüge zum Staat und seinen Apparaten. Angemessen wäre heute m.E. von einer »neoliberalen Zivilgesellschaft« zu sprechen, um zu identifizieren, welche Kräfte und Strategien in der Herausbildung des Postfordismus hegemonial werden. Neuere Arbeiten schließen an Michel Foucaults Begriff der *gouvernementalité* an und versuchen aufzuzeigen, wie sich Macht- und Herrschaftsverhältnisse unter neoliberalen Bedingungen verändern (Bröckling u.a. 2000). Mit diesem Begriff gerät in den Blick, dass hegemoniale Verhältnisse von Subjekten aktiv bestätigt werden müssen. Und in der Tat sind die neoliberalen Diskurse weit in den Alltagsverstand eingegangen und Teil von »Selbsttechnologien« (Foucault). Das volks- und betriebswirtschaftliche Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit wird also auf die Individuen verlängert. Hier liegt eine der zentralen Stabilitätsreserven des neoliberalen Kapitalismus. Der Erfolg der gegenwärtigen Verhältnisse liegt gerade in der Entsolidarisierung der Menschen und Kollektive, in Zynismus, Apathie und Nicht-Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass auch eine postfordistische Politik auf Zwangs- und Gewaltverhältnissen beruht. Gerade dort, wo sich grundsätzliche Kritik an bestehenden Verhältnissen deutlich zu artikulieren vermag oder sich dominante Interessen nicht durchsetzen können, wird mitunter auf offene Gewalt zurückgegriffen. Zudem bestehen weiterhin Prozesse »ursprünglicher Akkumulation« in Form von Raub, Enteignung und offener Gewalt (bspw. mittels der Patentierung »traditionellen« Wissens). Insbesondere das Nord-Süd-Verhältnis, also jenes zwischen Triade oder »OECD-Welt« und dem »Rest«, ist ein neo-imperiales. Die Neue Weltordnung ist eben keine glückende Kooperation, sondern auch und zunehmend eine Ordnung militärischer Gewalt. Die Anschläge vom 11. September 2001

und die nachfolgenden Reaktionen rücken diesen Aspekt neoliberaler Globalisierung wieder ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Thematisierung von offener und struktureller Gewalt wie auch die scharfe Kritik an der gegenwärtigen Aufrüstung der inneren Sicherheit (mit der eine immer stärkere Untergrabung der eigenen Handlungsmöglichkeiten einhergeht) erfolgen dementsprechend und zunehmend prioritär.

Die skizzierten Dimensionen postfordistischer Politik im Zuge der neoliberalen Gesellschaftstransformation erzeugen *spezifische Widersprüche*. Dies ist deshalb wichtig, weil aus regulationstheoretischer Perspektive gerade interessiert, in welcher Form diese Widersprüche möglicherweise bearbeitet werden, d.h. sich Modi der Regulation herausbilden.

Die Auflösung fordistischer Kompromisse hat als zentrale Folge, dass spezifische Handlungsmöglichkeiten der nationalstaatlichen Institutionen geschwächt werden: Nämlich jene auf einen relativen sozialen Ausgleich angelegten Politiken, welche eine gewisse gesellschaftliche Kohäsion auch materiell ermöglichten. Nicht zufällig orientieren sich heute viele Kritiken an den Veränderungen am fordistischen Idealbild des Wohlfahrtsstaates. Zudem sind dem »nationalen Wettbewerbsstaat« die Widersprüche zwischen Finanz- und anderem Kapital, zwischen dominanten und subalternen Klassen und das Verhältnis von Politik und Ökonomie inhärent. Internationale Politik ist geprägt vom Gegensatz zwischen Konkurrenz und Kooperation sowie von Nord-Süd- und »inter-triadischen« Konkurrenzen. Die sich transformierenden Formen der *embeddedness* (der politisch-institutionellen Einbettung von Marktprozessen) sind gerade auf internationaler Ebene weiterhin umstritten und prekär, was insbesondere in der umkämpften Etablierung eines internationalen politischen Institutionensystems deutlich wird. Auch das Nord-Süd-Verhältnis ist keineswegs stabil, sondern generiert zunehmend Krisen und Kritik. Die Transformation der Demokratie erzeugt nicht nur Widersprüche zwischen Ansprüchen an Effektivität und Legitimation, sondern auch zwischen proklamiertem Anspruch und Wirklichkeit. Die Vorstellung, dass Demokratie mehr bedeutet als eine weitere Ressource im Standortwettbewerb, sondern den Versuch, ungleiche Lebensverhältnisse anzugleichen und Herrschaft einzuhegen, besteht weiterhin. Gerade dieser Sachverhalt wird von der so genannten globalisierungskritischen Bewegung aufgegriffen. Die Schwächung materieller Verteilungsspielräume des nationalen Wettbewerbsstaates wird durch rassistische, chauvinistische und populistische Diskurse auszugleichen versucht und führt de facto zu einer relativen Abschließung der Wohlstandsinseln.

Ausblick

Meines Erachtens ist eine entscheidende Aufgabe kritischer Gesellschaftstheorie in Zeiten neoliberaler Globalisierung das Begreifen der gegenwärtigen Umbrüche, unter denen soziale Auseinandersetzungen heute stattfinden. Hier haben die oben genannten Ansätze einiges zu bieten, wobei gerade die Dialektik von Politik und Ökonomie in die Lage versetzt, die Herrschaftsförmigkeit der Entwicklungen zu analysieren. (Dazukommen müssten kulturelle, sozialpsychologische, sozial-ökologische und andere Aspekte.)

Viele sozialwissenschaftliche und politische Kritiken an der neoliberalen Globalisierung konstruieren eine Gegenüberstellung zwischen Markt bzw. Ökonomie einerseits und Staat bzw. Politik andererseits. Damit wird in vielen Beiträgen jedoch der Staat bzw. die Politik zum zentralen Ort der »Re-Regulierung« eines als entfesselten, weil nur noch marktförmig funktionierenden Kapitalismus entgegengestellt. Differenzen innerhalb dieser Perspektive gibt es allenfalls dahingehend, ob dies vor allem auf nationalstaatlicher oder internationaler Ebene geschehen soll und inwieweit die »Zivilgesellschaft« Teil dieser Bändigung des »Raubtierkapitalismus« (Helmut Schmidt) ist bzw. sein sollte. Für eine kritische Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen gilt, » ... die prozesshafte politische Konstitution des Marktes zu ergründen, durch die der Formationsbruch des Kapitalismus (der Krise des Fordismus, UB) vollzogen wird.« (Röttger 1997: 39) Dieser Hinweis ist wichtig, denn Gesellschaftstheorie auf der Höhe der Zeit muss sich natürlich der Zeitläufe kritisch vergewissern. Gerade hier hat sich die Regulationstheorie Verdienste erworben und muss grundlagentheoretisch, methodisch sowie in Anwendung auf viele Bereiche weiterentwickelt werden.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London.
- Aglietta, Michel (2000): *Shareholder value and corporate governance: some tricky questions*, in: *Economy and Society* 29 (1), 146-159.
- Altwater, Elmar (1991): *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«*, Münster.
- Amin, Ash (Hrsg., 1994): *Post-Fordism. A Reader*, Oxford/Cambridge.
- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg.

- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze, in: *Das Argument* 217, 729-740.
- Bischoff, Joachim (2003): *Entfesselter Kapitalismus. Transformation des europäischen Sozialmodells*, Hamburg.
- Borg, Erik (2001): *Projekt Globalisierung. Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie*, Hannover.
- Boyer, Robert (1990): *The Regulation School: A Critical Introduction*, New York/Oxford.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg., 2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster.
- Brensell, Ariane/Habermann, Friederike (2001): Von Keksen und Kapitalismus. Intervention gegen »männlichen« Universalismus in Theorien zum Neoliberalismus, in: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.), 241-264.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg., 2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.
- Brühl, Tanja/Debiel, Tobias/Hamm, Brigitte/Hummel, Hartwig/Martens, Jens (Hrsg., 2001): *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*, Bonn.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Hamburg/Berlin.
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg., 2001): *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg.
- Cox, Robert W. (1983): Gramsci, Hegemony, and International Relations: An Essay in Method, in: *Millennium* 12: 2, 162-175.
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg., 1992): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster.
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (Hrsg., 2002): *Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells*, Hamburg.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg., 1994): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg.
- Gill, Stephen (Hrsg., 1993): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas*, Münster, 23-50.
- Görg, Christoph (1994): Krise und Institution, in: Esser, Josef et al. (Hrsg.), 85-132.
- Görg, Christoph (2003): Gesellschaftstheorie und Naturverhältnisse. Von den Grenzen der Regulationstheorie, in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg.), 175-195.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): *High-Tech Kapitalismus*, Hamburg/Berlin.
- Hein, Wolfgang (1999): Postfordistische Globalisierung, Global Governance und Perspektiven eines evolutiven Prozesses »Nachhaltiger Entwicklung«, in: ders./Fuchs, Peter (Hrsg.), *Globalisierung und ökologische Krise*, Hamburg, 13-76.

- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Amsterdam/Berlin.
- Hirsch, Joachim (2001): *Postfordismus. Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation*, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: *Die Zukunft des Staates*, Hamburg, 171-209.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg.
- Hübner, Kurt (1989): *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*, Berlin.
- Jessop, Bob (1990): *Regulation Theories in Retrospect and Prospect*, in: *Economy and Society* 19 (2), 153-216.
- Jessop, Bob (1997): *Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation?*, in: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.): *Jenseits der Nationalökonomie?*, Berlin/Hamburg, 50-95.
- Kelly, Rita Mae/Bayes, Jane/Young, Brigitte (2000): *Gender, Globalization and Democratization*, Lanham.
- Lipietz, Alain (1985): *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«*, in: *Prokla* 58, 109-137.
- Mahnkopf, Birgit (Hrsg., 1988): *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zu einer Theorie der Regulation*, Münster.
- Peterson, Spike V. (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*, London.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1998): *Eine »Art von internationaler fünfter Kolonne des Liberalismus«*, in: Stötzel, Regina (Hrsg.): *Ungleichheit als Projekt*, Marburg, 367-380.
- Röttger, Bernd (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*, Münster.
- Ruddick, Susan (1992): *Das Gesellschaftliche konstruieren. Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter*, in: Demirovic, Alex et al. (Hrsg.), 290-315.
- Sablowski, Thomas (1994): *Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie*, in: Esser, Josef et al. (Hrsg.), 133-156.
- Scherrer, Christoph (1998): *Neo-gramscianische Interpretation internationaler Beziehungen. Eine Kritik*, in: Hirschfeld, Uwe (Hrsg.): *Gramsci-Perspektiven*, Berlin/Hamburg, 160-174.
- Scherrer, Christoph (1999): *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*, Berlin.
- Van der Pijl, Kees (1999): *Transnational Classes and International Relations*, London u.a.: Routledge.
- Walpen, Bernhard (2004): *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg.
- Winter, Jens (2003): *Regulation und Hegemonie in nach-fordistischen Zeiten*, in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg.), 196-216.

Den Staat als soziales Verhältnis denken

Nicos Poulantzas und die Reformulierung
kritischer Internationaler Politischer Ökonomie¹

Das Wahrheitsregime der Globalisierung scheint in den letzten Jahren Risse bekommen zu haben. Sozialer Protest entsteht von der lokalen bis zur internationalen Ebene, aus dem Establishment kritisieren Intellektuelle den »Raubtierkapitalismus« (Helmut Schmidt) sowie die »Schatten der Globalisierung« (so der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz 2002). Dennoch scheinen sich neoliberale Kräfte weiterhin durchzusetzen, insbesondere das transnational agierende Kapital mit seinen Interessen an international guten Verwertungsmöglichkeiten, Privatisierungen, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, einem am internationalen Wettbewerb orientierten Staat und in Verbindung mit einer daraus Vorteile ziehenden Mittelklasse und Kernarbeitserschaft sowie einem Großteil von Medien und Parteien.

Die Produktion kritischen Wissens, insbesondere theoretischen Wissens, ist davon nicht unberührt. Die Produktion von Theorie, Vernunft und Wahrheit ist nämlich selbst eine politische Praxis und ein materielles Verhältnis, damit ein komplexer, von Machtverhältnissen durchdrungener Prozess. Theorien erzeugen spezifische Problemhorizonte und tragen zu einer Sicht der Dinge bei, die dann wichtig sind für die Legitimität gesellschaftlicher Praxen (vgl. Demirović 1999: 9–41). Das neoliberale Projekt ist gerade durch die Dominanz bestimmter Wissensformen über andere, besonders deutlich in den Wirtschaftswissenschaften, vorangetrieben worden. Kritisches Denken wurde seit den 1980er Jahren und insbesondere nach 1989/91 breit delegitimiert.²

¹ Dieser Text ist Teil eines derzeit laufenden Habilitationsvorhabens zu einer kritischen Theorie internationaler Politik. Für Anmerkungen danke ich Eva Hartmann, Miriam Heigl und Joachim Hirsch. Ein früherer Entwurf war Anlass einer intensiven Diskussion an der Uni Kassel, bei der ich von Stefan Beck, Francois Beilecke, Jan Bendix, André Bisević, Barbara Dickhaus, Eva Hartmann, Christoph Klutsch, Caren Kunze, Detlef Sack, Christoph Scherrer, Nicola Sekler und Gerd Steffens wichtige Hinweise bekam.

² Bei Fragen der Wissensproduktion geraten die Intellektuellen in den Blick. Auch deren Verhältnis zu »ihren« Theorien ist ein soziales und damit historisch variables. Die Gültigkeit der verschiedenen Weltdeutungen wird wiederum nicht aufgrund eines

In diesem Beitrag möchte ich ausloten, inwieweit die Staatstheorie von Poulantzas zu einem kritischen Strukturwissen über aktuelle Veränderungen beitragen kann (zum Begriff des Strukturwissens vgl. den eigenständigen Beitrag in diesem Band). Dazu gehe ich knapp auf sein Leben ein, skizziere die Grundzüge seiner Staatstheorie und verdichte einige Anregungen für eine Internationale Politische Ökonomie (vgl. Scherrer 2003). Schließlich versuche ich, entlang ausgewählter Aspekte den Gewinn einer solchen Perspektive anzudeuten, und gehe kurz auf die aktuellen Bedingungen der Produktion kritischen Wissens ein.

Der griechisch-französische Intellektuelle Nicos Poulantzas

Nicos Poulantzas wurde 1936 in Athen geboren, studierte von 1953-1957 an der Universität von Athen Rechtswissenschaften, v.a. weil ihm dieses Studium am ehesten die Möglichkeit gab, seinen Interessen an Philosophie und Sozialwissenschaften nachzugehen (zum skizzierten Abriss über das Leben von Poulantzas: Jessop 1985: 6-22 sowie mündliche Auskünfte von Joachim Hirsch). Er interessierte sich für Marxismus und war u.a. Mitglied einer studentischen Gruppe, die mit der klandestinen kommunistischen Partei verbunden war. Seit seiner Kindheit lernte er Französisch und war stark von der französischen Kultur beeinflusst. Anfang der 1960er Jahre ging er nach Paris, wo er an der Sorbonne lehrte, sich in den Kreisen um Sartre, de Beauvoir und Merleau-Ponty bewegte und regelmäßig für *Les Temps Modernes* schrieb. Er begann mit seinen staatstheoretischen Studien und wurde stark von Althusser, aber auch Gramsci beeinflusst. 1968 brach er mit dem stalinistischen Flügel der Kommunistischen Partei Griechenlands und wandte sich eurokommunistischen Positionen zu. Wenige Tage vor den Ereignissen im Mai 1968 wurde sein Buch *Pouvoir politique et classes sociales* publiziert und mehrere Tausend Mal verkauft, das ihn, 29-jährig, bekannt machte. In dieser Zeit erhielt er eine Soziologie-Professur an der neu gegründeten »experimentellen« Universität Paris VIII Vincennes und arbeitete einige Jahre eng mit Althusser zusammen, was Poulantzas – so Jessop (ebd.: 15) – weg vom Exi-

rationalen Wahrheitskriteriums durchgesetzt, sondern in kapillaren institutionellen Praxen, die spezifischen Wahrheiten eine Materialität geben. Die Frage der Intellektualität verweist zudem auf die spezifische Sozialfigur des Intellektuellen, auf ideengeschichtliche und soziologische Aspekte, Entstehungsbedingungen, Milieus und soziokulturelle Gemeinschaftsbildung (vgl. den Forschungsüberblick von Bock 1998).

stentialismus und hin zu seinem eigenen Marxismus führte. 1974 vertrat er an der Universität Frankfurt/M. eine Professur, auf die er dann auch selbst berufen wurde. Dennoch ging er nach einem Semester nach Paris zurück.

In dieser Zeit entstanden seine Arbeiten über den Faschismus (Poulantzas dt. 1977, in Griechenland herrschte von 1967 bis 1974 eine Militärdiktatur), zur sich internationalisierenden kapitalistischen Produktionsweise, der damit einhergehenden Transformation von Staat und Politik, der Klassenzusammensetzung sowie den Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, hier insbesondere zur Rolle von Parteien und entstehenden neuen sozialen Bewegungen. Nach und nach entwickelte Poulantzas seine Staatstheorie, sie an wichtigen Punkten immer wieder revidierend. Zudem setzte er sich mit den Arbeiten von Foucault, sein Kollege in Vincennes und damaliger Star der Pariser intellektuellen Szene, auseinander. Die Entwicklungen in den realsozialistischen Ländern wie auch in orthodoxen kommunistischen Parteien Westeuropas veranlassten ihn immer wieder zu scharfer Kritik, insbesondere hinsichtlich der Rolle politischer Freiheiten und der Intellektuellen, aber auch gegen die denunziatorische Dämonisierung der marxistischen Theorie als verantwortlich für den Gulag. Er wandte sich gegen ökonomistische Verkürzungen damaliger kritischer Staats-, Politik- und Demokratietheorien. Ein Übergang zum Sozialismus müsse demokratisch sein und die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft weiterentwickeln.

Wichtig war für ihn immer das Zusammengehen der Linken, deshalb war er Ende der 1970er Jahre für eine Kooperation zwischen PS und PCF. Poulantzas vereinigte wichtige Intellektuelle beider Parteien in dem von ihm herausgegebenen Band *La crise de l'État* (1976), der eine breite Diskussion entfachte. Zudem war er eines von zwölf Mitgliedern in der 1977 gegründeten Intellektuellen-Gruppe *Mélusine*, die einen undogmatischen Austausch führte und diesen in die Gesellschaft sowie in die PS und PCF tragen wollte.³ Seit Mitte der 70er Jahre orientierte sich Poulantzas stärker an sozialen Bewegungen.

Seine wichtigsten Werke wurden rasch ins Deutsche übersetzt, auch in der skandinavischen, lateinamerikanischen, portugiesischen, spanischen und natürlich griechischen Debatte spielten seine Arbeiten eine Rolle. Im angel-

³ Als linker Intellektueller mischte sich Poulantzas immer wieder in aktuelle Diskussionen ein. Interviews, die kurz vor oder nach seinem Freitod 1979 veröffentlicht wurden, zeigen die Resonanz seiner These eines sich entwickelnden »autoritären Etatismus«.

sächsischen Raum wurde Poulantzas in der Diskussion mit Ralph Miliband rezipiert (vgl. Aronowitz/Bratsis 2002). Die Arbeiten von Poulantzas wurden in den 1980er Jahren vom Poststrukturalismus Foucaults, Deleuzes oder Guattaris überschattet. Gleichzeitig erlahmte die staatstheoretische Diskussion insgesamt wie auch die marxistische.⁴

Mit Poulantzas' Namen sind zuvorderst entscheidende Innovationen der historisch-materialistischen Staatstheorie verbunden, die sich in den 1970er Jahren von der recht abstrakten »Staatsableitungsdebatte« abhoben und neben einer Theoretisierung des Staates auf einer präzisen Zeitdiagnose, verstanden als Analyse der Bedingungen emanzipativer Kämpfe, insistierten. Bob Jessop (1985: 4ff.) wies darauf hin, dass sich Poulantzas für wichtige blinde Flecken des »Westlichen Marxismus« (Perry Anderson 1978) interessierte, nämlich für Fragen der Demokratie, von Nation und Nationalismus, einer gründlichen Analyse des Imperialismus und der realsozialistischen Staaten sowie für Fragen gesellschaftstransformierender Strategie. Wenngleich viele seiner Einsichten zu verfeinern, manche überholt sind, kann bis heute konstatiert werden, dass er wesentliche theoretische Referenzpunkte gesetzt hat: »Poulantzas remains the single most important and influential Marxist theorist of the state in the post-war period.« (edb.: 5) Meines Erachtens bietet seine Staatstheorie heute wichtige Anknüpfungspunkte zeitgemäßer kritischer Intellektualität.

Grundzüge der Staatstheorie Poulantzas'

Staat ist für Poulantzas kein passives, gar neutrales Werkzeug, sondern ein soziales Verhältnis. Politisch und theoretisch argumentiert er gegen etatistische Politikvorstellungen, insbesondere gegen einen linken Technokratismus, gegen die instrumentalistische Staatsauffassung des PCF sowie gegen stalinistische und staatsmonopolkapitalistische Auffassungen. Scharf kritisiert er die vormaligen stalinistischen, dann gewendeten Antimarxisten wie André Glucksmann. Aber auch die Staatsvorstellung einer absolut gesetzten Autonomie und als zentral erachteten staatlichen Rationalität, verkörpert von ei-

⁴ Leo Panitch (1998) wies darauf hin, dass angesichts der neoliberalen Konterrevolution viele marxistische Intellektuelle – entgegen ihrer Einsichten – sich auf eine Verteidigung des Staates eingelassen hätten, anstatt das Projekt einer zeitgemäßen Gesellschaftstheorie und -kritik voranzutreiben.

ner nach klaren Regeln funktionierenden Bürokratie, weist er zurück. Ihn interessiert eine genauere Einschätzung der Volkskämpfe und die enorm schwierigen Bedingungen des Übergangs zu einem demokratischen Sozialismus. Insbesondere mit seinem Hauptwerk *Staatstheorie*, in gewisser Weise eine Weiterentwicklung und Zusammenfassung früherer Arbeiten, schuf Poulantzas einen unhintergehbaren Bezugspunkt. Das Buch sollte vom Anspruch her eine zentrale Lücke in der marxistischen Theorie füllen.

Poulantzas erklärt die Entstehung des kapitalistischen Staates aus der kapitalistischen Arbeitsteilung heraus (und nicht wie andere materialistische Staatstheorien zuvorderst damit, dass die Bedingungen für die Kapitalakkumulation gesichert werden müssen). Da nämlich die unmittelbaren Produzenten vollständig besitzlos werden und die Ware Arbeitskraft zur Grundlage der Mehrwertproduktion wird, kommt es zu einer relativen Trennung von Staat und ökonomischem Raum (Poulantzas 1978/2002: 46f.).

Eine zentrale Aufgabe des Staates – seine »globale Ordnungsfunktion« – ist die permanent umkämpfte Schaffung von sozialer Kohäsion bzw. von Konsens in klassengespaltenen und grundlegend widersprüchlichen Gesellschaften. Daher drückt der Staat offenbar so etwas wie das gesellschaftliche Allgemeinwohl aus – und ist anscheinend klassenneutral bzw. eine Art »Volksstaat mit Klassencharakter« (Poulantzas 1975: 121), der seine Legitimität aus der Volkssouveränität bezieht. Gleichzeitig liegt eine wesentliche Funktion des Staates darin, die herrschenden Klassen zu organisieren und die beherrschten zu desorganisieren.

Die Bourgeoisie steht untereinander in einem Konkurrenzverhältnis und kann daher ihre eigenen Interessen langfristig nicht sichern. Dieses Interesse besteht insbesondere an planbaren Rahmenbedingungen und rechtsstaatlichen Verhältnissen für dauerhafte Kapitalverwertung. Demzufolge interessiert sich Poulantzas vor allem für die »ökonomischen Staatsfunktionen«, hat aber auch ideologische und repressive Staatsfunktionen – jene von Althusser fokussierten – im Blick. Die Sicherung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen setzt sich über Konflikte durch, für die der Staat ein institutionelles Terrain bildet.

Die Bourgeoisie befindet sich zudem im Kampf mit den beherrschten Klassen. Kapitalistische Klassenherrschaft kann jedoch nicht einzig auf *direkter* Gewalt gründen, die bestimmte Klassen auf andere ausüben. Dafür verfügt der Staat über das »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« (Max Weber), er ist also eine Zwangsgewalt, die sich getrennt von allen sozialen Klassen herausbildet und mit den Interessen des Kapitals bzw. der herrschen-

den Klassen in einem durchaus widersprüchlichen Verhältnis steht. Genau hier liegt ein zentraler Grund für die relative Autonomie des Staates gegenüber den Partikularinteressen (auch der hegemonialen Klassenfraktion).

Eine entscheidende Innovation Poulantzas' liegt in dem Argument, dass das kapitalistische Klassenverhältnis dem Staat nicht äußerlich oder vorgelagert, sondern in die Form des kapitalistischen Staates eingelassen ist. Die Produktionsverhältnisse, Arbeitsteilung und ökonomische Struktur stehen also nicht außerhalb der Kämpfe und Klassen. Die sozialen Klassen gibt es nicht »an sich«, sondern sie konstituieren sich überhaupt erst in den Konflikten, wobei der Staat eine zentrale Rolle spielt. Im Staat werden nicht einseitig die Interessen des Blocks an der Macht durchgesetzt, der selbst eine »konfliktuelle Bündniseinheit« darstellt, vielmehr ent- und bestehen instabile Kompromissgleichgewichte.⁵ Da die Interessen aber konfliktiv sind, erfolgt dies, historisch unterschiedlich, unter der Hegemonie bestimmter Fraktionen.

Politische Führung und Herrschaft ausüben können die herrschenden Klassen nur dann, wenn ihre Projekte hegemonial sind (Poulantzas 1975: 135ff.). Hegemonie wird – in Anlehnung an Gramsci – verstanden als Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Interessen dahingehend durchzusetzen, dass sie von den subalternen Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und dass es weitgehend geteilte gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt. »Die Beziehung der Massen zur Macht besitzt in dem, was man insbesondere als *Konsens* bezeichnet, *stets ein materielles Substrat*. Unter anderem deshalb, weil der Staat in dem Feld eines instabilen Kompromissgleichgewichts zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen für die Erhaltung der Klassenhegemonie agiert.« (Poulantzas 1978/2002: 60, Hvh.i.O.) Herrschaft ist also immer ökonomisch, politisch und ideologisch, und entsprechend sind Konsens und Hegemonie nicht nur innerhalb des Machtblocks, sondern gesamtgesellschaftlich entscheidend.

Poulantzas (ebd., 159, Hvh.i.O.) begriff vor diesem Hintergrund den kapitalistischen Staat daher als *spezifische und materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen*. Mit der Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse ist nicht gemeint, dass der Staat nur deren Ausdruck ist, sondern dass er diese wiederum stabilisiert und durch seine

⁵ Der Block an der Macht verkörpert alle Fraktionen der herrschenden Klassen (also nicht nur die Bourgeoisie), die selbst unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Interessen haben. Auch innerhalb des Machtblocks finden daher Kämpfe um Hegemonie statt; eine oder mehrere Fraktionen setzen sich durch und verallgemeinern ihre Partikularinteressen zum Allgemeininteresse (vgl. auch Demirović 1987, 62ff.).

bestehende Materialität hindurch verändert. Der Staat ist ein soziales Verhältnis und daher das zentrale strategische Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, aber in seinen materiellen Apparaten auch »Akteur«, der nicht nur bestimmte Politiken formuliert und ausführt, sondern die Interessen der herrschenden Klassen organisiert und die der beherrschten desorganisiert. Natürlich ist der Staat nicht das einzige Terrain sozialer Kämpfe. Eine wesentliche materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse zugunsten der Bourgeoisie findet in den Produktionseinheiten statt (1975: 236).

Dennoch ist auch dort der Staat präsent. Dies führt zu einer bekannten, gleichwohl umstrittenen Zuspitzung: »Wo es Klassenteilung und daher Kampf und Klassenmacht gibt, *gibt es immer schon den Staat*, d.h. die institutionalisierte politische Macht. ... Der Staat steckt von Anfang an das Kampffeld ab, das Feld der Produktionsverhältnisse mit inbegriffen, er organisiert den Markt und die Eigentumsverhältnisse, etabliert die politische Herrschaft und die politisch herrschende Klasse, er markiert und kodifiziert alle Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die gesamte gesellschaftliche Realität im Bezugsrahmen einer Klassengesellschaft.« (1978/2002: 68f.; Hvh. UB)

Obwohl der Staat Garant und Teil von Klassenherrschaft ist, unterliegt politische Herrschaft dennoch anderen Modalitäten als etwa ökonomische Herrschaft. Dabei sind verschiedene Formen politischer Herrschaft möglich.⁶ Poulantzas differenziert zwischen verschiedenen Staatsformen mit entsprechenden demokratischen Verhältnissen: den liberalen und den interventionistischen Staat vom autoritären Etatismus, von denen er nochmals die Ausnahmezustände Militärdiktatur, Bonapartismus und Faschismus unterscheidet.

Der Staat besteht aus verschiedenen politischen, ökonomischen und ideologischen Staatsapparaten im engeren Sinne wie Regierungen und Verwaltungen, Parlamenten, Justiz, Polizei und Armee, Schule etc. Im Staat materialisieren sich, wie gesagt, Macht- und Kräfteverhältnisse, die wiederum außerstaatliche Beziehungen und Entwicklungen entscheidend beeinflussen. Das bedeutet, dass auch die Interessen der beherrschten Klassen und Fraktionen im Staatsapparat präsent sind.

⁶ Die liberale Demokratie ist ja offensichtlich nicht die einzige Herrschaftsform in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften – allen heute vorgenommenen Gleichsetzungen zum Trotz. Liberaldemokratische Verhältnisse, selbst immer das Ergebnis von Kämpfen, stehen jedoch in einem spannungsgeladenen Verhältnis zu kapitalistischer Klassenherrschaft.

Poulantzas heute: Staat und Internationale Politische Ökonomie (IPÖ)

Die Theorie von Poulantzas wurde unter »spätfordistischen Bedingungen« und im linken intellektuellen Milieu Frankreichs entwickelt. Kritisiert werden u.a. seine starke Fokussierung von Klassen und ein gewisser Etatismus (vgl. etwa Demirović et al. 2002; Jessop 2001: 84). Meines Erachtens bietet Poulantzas dennoch einige spannende, zukünftig noch genauer auszuarbeitende Ansatzpunkte für eine Staatstheorie einer historisch-materialistischen IPÖ und Anknüpfungspunkte für eine Debatte um kritische Intellektualität.

Beitragen könnte eine »neo-poulantzianische« Perspektive (Brand/Görg 2003, 6. Kapitel) zum noch unscharfen Forschungsprogramm eines Transnationalen Historischen Materialismus (Overbeek 2000). Sinnvoll scheint mir die Verbindung von Poulantzas mit der ebenfalls aus Frankreich stammenden und in Deutschland wie Großbritannien staats-theoretisch weiterentwickelten Regulationstheorie (Hirsch 2002, Esser et al. 1994) und der dort entstandenen These der »Internationalisierung des Staates« (Hirsch 2002), den sog. neo-gramscianischen Ansätzen (Cox 1993, Scherrer 1998) sowie mit post-strukturalistisch-feministischen Ansätzen der IPÖ (Steans 1998, Peterson 2003). Im Rahmen dieses Beitrages werde ich nicht darauf eingehen, sondern lediglich einige von Poulantzas selbst angestellte Anregungen für ein theoretisches Verständnis internationaler Politik bzw. eines sich internationalisierenden Staates skizzieren.⁷

Wenngleich Poulantzas in den 1970er Jahren noch nicht klar sehen konnte, was später von der Regulationstheorie als die Krise des Fordismus und ein entstehender Postfordismus charakterisiert wurde, öffnet sein Insistieren auf den genannten Zusammenhängen wichtige Analyseperspektiven. Wie gesehen, waren für den griechisch-französischen Theoretiker die historisch-konkreten Formen materieller Reproduktion, Fragen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Kräfteverhältnisse sowie damit verbundene Institutionalisierungs-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zentral. Politik im nationalstaatlichen Rahmen ist ein entscheidender Bestandteil der internationalen Konkurrenz. Internationale Verhältnisse und insbesondere die Integration in die internationale Arbeitsteilung haben wiederum Auswirkungen auf Entwicklungen in einzelnen fraktionierten Räumen.

⁷ Ebenfalls einer anderen Arbeit vorbehalten bleiben muss eine systematische Auseinandersetzung mit Poulantzas' imperialismustheoretischen Überlegungen.

Die nationalen, nach dem Ende des Kolonialismus formell souveränen Staaten organisierten historisch ganz wesentlich die Formen der internationalen Konkurrenz und Kooperation. Bereits seit dem Zweiten Weltkrieg, verstärkt aber seit den 1980er Jahren werden Organisationsleistungen auf internationale politische Institutionen übertragen.⁸ Damit wird die bilaterale Ebene nicht unwichtiger und erst recht nicht die nationalstaatliche Politikebene, die für die Politikformulierung und -implementierung zentral bleibt. Ein neopoulantzianischer Ansatz würde analysieren, wie politische und soziale Kräfte zur Strukturierung der internationalen Terrains beitragen, wie sich also (welt-)gesellschaftliche Interessen und Kräfteverhältnisse in den Apparaten materiell verdichten. Dies würde nicht nur, wie im (Forschungs-)Mainstream »Internationale Beziehungen«, im Sinne effizienter Problemlösungen untersucht werden, sondern an sozio-ökonomische Reproduktionsprozesse und soziale – nicht nur politische – Kämpfe und Konstellationen zurückgebunden. Christoph Görg und ich haben dafür den Begriff der »Verdichtung materieller Kräfteverhältnisse zweiten Grades« vorgeschlagen.⁹

Darüber hinaus versetzt ein Anknüpfen an Poulantzas in die Lage, die viel diskutierten »Kohärenzprobleme« internationaler Politik – etwa zwischen dem WTO-TRIPS-Abkommen und der Konvention über biologische Vielfalt hinsichtlich der grenzüberschreitenden Sicherung geistigen Eigentums – zu entschlüsseln. Weil sich in den jeweiligen Institutionen je spezifische Interessen und Kräftekonstellationen strukturiert verdichten, kommt es zu divergenten Problemwahrnehmungen und Bearbeitungsvorschlägen. Zudem kann die je spezifische Verdichtung samt dahinter stehenden Interessen erste Hinweise, denen empirisch nachgegangen werden muss, darauf geben, warum Institutionen wie die WTO ungleich bedeutsamer sind als etwa die so genannten Rio-Institutionen. Das spannungsreiche Verhältnis internationaler Institutionen zueinander wie auch die keineswegs unidirektionale Implementierung internationaler Regeln auf nationaler Ebene geraten damit in den Blick. Auch innerhalb der internationalen Institutionen bestehen »strukturelle Selektivitäten«, Prioritätendetermination und Filtrierung von Maßnahmen, was heute in Bezug auf neoliberalen Politiken deutlich sichtbar ist.

⁸ Wie z.B. auf formelle Organisationen wie die Welthandelsorganisation und Abkommen wie die Klimarahmenkonvention, komplexe Regime wie jenes zu Investitionssicherheiten, informelle Netzwerke wie die »Gruppe der 8«.

⁹ Insbesondere die RepräsentantInnen der international dominanten bzw. hegemonialen Länder/Räume strukturieren wesentlich das internationale *politische* System.

Poulantzas wies auch darauf hin, dass eine wesentliche Funktion des Staates die »allgemeine Ordnungsfunktion« ist. Dies bleibt bis auf absehbare Zeit eine von Nationalstaaten oder spezifischen Räumen wie der EU zu sichern- de Funktion. Andere Funktionen sind aber hochgradig relevant für die inter- nationalen Institutionen. Zum einen gilt das für ökonomische Funktionen wie die Schaffung von Rechts- und Planungssicherheit für das zunehmend international agierende Kapital. Stephen Gill, dem so genannten neo-gramscianischen Ansatz zuzuordnen, nennt diesen Prozess einen neoliberalen »Neuen Konstitutionalismus«. Zum anderen kann in empirischen Untersu- chungen durchaus beobachtet werden, inwieweit die institutionellen Modi hochgradig selektiv sind und tendenziell dominante Interessen bevorzugen.

Staaten sind, wie gesehen, die materielle Verdichtung sozialer Kräftever- hältnisse. In diesem Sinne sind Klassen und Interessen bzw. deren Organisa- tion und Artikulation wesentlich an die Ebene gebunden, auf welcher der Staat wirkungsmächtig ist. Über den Staat stellt sich wesentlich ein von der hegemonialen Klasse formuliertes Allgemeininteresse her. Breite national- staatliche Klassenbündnisse, dies zeigt sich etwa am Wettbewerbskorpora- tismus der bundesdeutschen Gewerkschaften, stehen im Verhältnis zu jenen in anderen Staaten.¹⁰

Die Verdichtung von Kräfteverhältnissen bestimmt damit auch das inter- nationale Agieren des Staates. Das bedeutet jedoch nicht, dass soziale Auseinandersetzungen ausschließlich auf der nationalstaatlichen Ebene stattfinden. Soziale Auseinandersetzungen können sich auch internationalisieren und internationale Klassen- und andere Akteursallianzen sich herausbilden. Es ist sogar plausibel, dass sich mit der zunehmenden Bedeutung interna- tionaler ökonomischer und politischer Prozesse auch Konflikte auf dieser Ebene vermehren. Der so genannte neo-gramscianische Ansatz der IPÖ hat diese Perspektive stark gemacht (van der Pijl 1998, Gill 2003).

Eine genauere Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Nicos Poulant- zas kann zudem den Blick dafür schärfen, Interessengruppen in ihrer Kon- stitution nicht nur an den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess rückzu- binden, sondern Großgruppen selbst als keineswegs homogen zu betrach- ten. Es gibt nicht »das internationale Kapital«, sondern es entstehen spezifische »konfliktuelle Bündniseinheiten« und gegebenenfalls hegemoniale Konstellationen sowie ein historischer Block.

¹⁰ Rassistische und nationalistische Inklusions- und Exklusionsprozesse sowie die Herausbildung »nationaler Identitäten« sind Teil dieser Bündnisse (Balibar 1990).

Andere Sachverhalte müssten stärker beachtet werden. Politische Akteure wie Unternehmen(slobbies) und NGOs – Kräfte, die mitunter als Zivilgesellschaft bezeichnet werden – agieren um internationale Institutionen herum, ja entstehen teilweise erst mit diesen. Sie versuchen, die dort zu verhandelnden Politiken qua *agenda setting*, *lobbying*, *bargaining and monitoring* zu beeinflussen. Institutionen schaffen sich mitunter auch ein entsprechendes Vorfeld mit der Intention, auf Ressourcen wie Expertise, Legitimität und Verbindungen zu anderen, insbesondere lokalen Politikebenen, zurückzugreifen (vgl. Brand et al. 2001; Walk/Brunnengräber 2000). Hier wird deutlich, dass ein genauer bestimmter Begriff von (internationaler) Zivilgesellschaft nötig ist, wobei ein an Gramsci angelehnter besonders vielversprechend scheint (vgl. Brand 2005). Poulantzas ging hier etwas schematisch von Klassen aus. Allerdings lässt sich mit ihm für die verschiedenen Modi der »Durchlässigkeit« der Apparate für bestimmte Interessen sensibilisieren (siehe oben).

Damit wären wir bei der komplizierten Frage, was eigentlich internationale Herrschaft ausmacht. Diess ist allgemein nicht zu beantworten, dennoch erfolgen ein paar Hinweise für ein mögliches Forschungsprogramm. Unter bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen ist ein wesentlicher Aspekt die Gewährleistung der erweiterten Kapitalreproduktion und die Sicherung der kapitalistischen Klassenverhältnisse, die mit ethnischen und Geschlechterverhältnissen spezifisch artikuliert sind.

Von Hegemonie kann gesprochen werden, wenn es bestimmten Klassenfraktionen gelingt, über Kompromisse und Zugeständnisse innerhalb der herrschenden Klassen ihre Interessen und Sichtweisen zu verallgemeinern, also ihre »korporativen Interessen« zu überwinden, und dies auch gegenüber den beherrschten Klassen erfolgt. Dann können sozio-ökonomische und kulturelle Projekte zu breit akzeptierter staatlicher Politik werden.

Es geht darum, so Alex Demirović (1987: 97), »die Langfristigkeit einer bestimmten Kräftekonstellation herzustellen, die die geregelte Lösung von »Konflikten« der Kompromissparteien ermöglicht, die Bedingungen möglicher Polarisierungen determiniert und die Definitionsgewalt über das, was sich als Gegnerschaft und Feindschaft gegenüber dem Kompromissgleichgewicht herausbilden kann, monopolisiert; sie besteht darüber hinaus in der Fähigkeit, geregelte Veränderungen vornehmen zu können, um neu entstehende gesellschaftliche Probleme zu lösen.« Angesichts der Internationalisierung politischer, ökonomischer und kultureller Prozesse werden sowohl Kräftekonstellationen als auch die Inhalte, Modi und Terrains geregelter

Konfliktaustragung internationalisiert. Dies bedeutet nicht nur eine Austragung auf räumlich »höherer« Ebene wie etwa der EU, sondern vor allem eine »Interiorisierung« (Poulantzas) internationaler Interessen, Kräftekonstellationen und Restriktionen in die jeweils nationalstaatlichen oder lokalen Auseinandersetzungen.

Ausblick: Formen, Inhalte und Kritikpotential Internationaler Politischer Ökonomie

In den jüngsten Protesten wie auch in den sich in den letzten Jahren konstituierenden globalen sozialen Bewegungen dominiert bislang die Option eines (globalen) Keynesianismus: Der Staat soll regulieren und umverteilen, gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Staaten. Die Nachkriegskonstellation wird zum Fluchtpunkt der Kritik (vgl. Brand 2003; zur Frage der Intellektuellen in den Bewegungen, vgl. Bensaïd/Brand 2004). In der allgemeineren Diskussion um die »Gestaltung der Globalisierung«, Global Governance u.ä. drohen demgegenüber das Verhältnis von Politik und Ökonomie, die tief verankerte kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus ausgeblendet zu bleiben. Robert Cox (Cox 1986: 208) fasste diese in sich heterogenen Positionen einmal als *Problemlösungstheorien* zusammen, denen er *kritische Theorien* gegenüberstellte.

Ein kritischer Blick auf die gegenwärtigen Veränderungen, auch dies wird mit dem Staatsverständnis Poulantzas' deutlich, kann das neoliberale Projekt der Gesellschaftstransformation nicht nur als ökonomisches konzeptualisieren. Die neoliberal transformierten Kräfteverhältnisse haben zu einer Transformation des Nationalstaates hin zu einem »Wettbewerbsstaat« (Jochim Hirsch) geführt. Also nicht »Politik (potenziell) gegen Ökonomie«, sondern zusammengedacht mit sozialen Kräftekonstellationen als Grundvoraussetzung neoliberaler Verallgemeinerung.

Das gilt auch für die internationale Politik. Zudem kommen neben den neoliberalen Projekten die historisch wichtigen emanzipativen Kritiken am paternalistischen, disziplinierenden und um ein weißes-männliches Normalarbeitsverhältnis organisierten nationalen Wohlfahrtsstaat in den Blick (diese Perspektive machen Hardt/Negri 2002 stark, weswegen sie m.E. derart intensiv in der gesellschaftlichen Linken diskutiert werden). Dann müssen, als eine entscheidende Frage, die je spezifischen Muster gesellschaftlicher Konsensbildung analysiert werden.

Ein reformulierter »Poulantzas« kann hier wichtige Anregungen geben, Theorie zu entwickeln, Zeitdiagnose auf dem aktuellen Stand zu betreiben und mit praktischer Kritik der Verhältnisse wieder stärker zusammenzudenken.

Fundierte und undogmatische Gesellschaftstheorie und -kritik könnte in einer »post-neoliberalen« Konstellation wieder an Legitimität und Gehör gewinnen. Sozialwissenschaft sollte sich gegen den Imperialismus der neoklassischen Ökonomik wie auch der neoliberalen Gesellschaftstransformation nicht auf die Option einer »besseren Regulierung« verlegen, so wichtig konkrete Vorschläge und alternative »Erzählungen« sind. In dem konsequenten Ausloten emanzipativer Potenziale unter sich dynamisch verändernden Bedingungen eines globalen, fragmentierend-vereinheitlichenden Kapitalismus liegt eine Kraftquelle kritischer Theorie – auch heute. Hier kann die Theorie von Nicos Poulantzas wertvolle Anregungen gerade auch für ein neu zu definierendes Intellektuellen-Engagement geben.

Literatur

- Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/M.
- Aronowitz, Stanley/Bratsis, Peter (Hrsg., 2002): *Paradigm lost. State theory reconsidered*, Minneapolis.
- Balibar, Etienne (1990): *Rasse, Klasse, Nation*, Hamburg/Berlin.
- Bensaïd, Daniel/Brand, Ulrich (2004): Intellektuelle und Demokratie in den neuen sozialen Bewegungen. Eine Diskussion, in: Fröhler, Norbert/Hürtgen, Stefanie/Schlüter, Christiane/Thiedke, Mike (Hrsg.): *Wir können auch anders. Perspektiven von Demokratie und Partizipation*, Münster, 57-75.
- Bieling, Hans-Jürgen (2000): *Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung*, Münster.
- Bock, Hans Manfred (1998): Der Intellektuelle und der Mandarin? Zur Rolle der Intellektuellen in Frankreich und Deutschland, in: *Frankreich Jahrbuch 1998*, Opladen, 35-51.
- Brand, Ulrich (2003): Das World Wide Web des Anti-Neoliberalismus. Entstehende Formen postfordistischen Protests und der unmögliche globale Keynesianismus, in: Albert Scharenberg/Oliver Schmidtke (Hrsg.): *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Münster.
- Brand, Ulrich (2005): Stichwort »Internationale Zivilgesellschaft«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Berlin/Hamburg.
- Brand, Ulrich/Demirović, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.) (2001): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): *Postfordistische Naturverhältnisse. Kon-*

- flikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Cox, Robert W. (1986): »Social Forces, States and World Orders«, in: Keohane, Robert O. (Hrsg.): *Neorealism and its Critics*, Princeton, N.J.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, hegemony and international relations: an essay in method, in: Gill, Stephen (Hrsg.): *Gramsci, Historical materialism and international relations*, Cambridge/Mass., 49-66.
- Demirović, Alex (1987): *Nicos Poulantzas. Eine kritische Einführung*, Hamburg/Berlin.
- Demirović, Alex (1999): *Der nonkonformistische Intellektuelle*, Frankfurt/M.
- Demirović, Alex/Hirsch, Joachim/Jessop, Bob (2002): Einleitung zur Neuauflage von Poulantzas (1978/2002), 7-34.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg., 1994): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1990ff.): *Gefängnishefte*, Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg/Berlin.
- Gill, Stephen (2003): *Power and Resistance in the New World Order*, London.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M.
- Jessop, Bob (1985): *Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy*, New York.
- Overbeek, Henk (2000): *Transnational historical materialism: theories of transnational class formation and world order*, in: Palan, Ronen (ed.): *Global Political Economy. Contemporary theories*, London, 168-183.
- Jessop, Bob (2001): *Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas – 25 Jahre später*, in: Hirsch, Joachim et al. (Hrsg.): *Die Zukunft des Staates*, Hamburg, 71-100.
- Panitch, Leo (1998): *Die Verarmung der Staatstheorie*, in: Görg, Christoph/Roth, Roland (Hrsg., 1998): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster, 20-37.
- Peterson, Spike V. (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*, London.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*, Hamburg (Französisch 1974).
- Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien*, Frankfurt/M. (Französisch 1975).
- Poulantzas, Nicos (1978/2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg (Französisch 1978).
- Poulantzas, Nicos (Hrsg., 1976): *La crise de l'État*, Paris.
- Scherrer, Christoph (2003): *Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik*, in: Hellmann, Gunter/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen*

- Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 465-494.
- Scherrer, Christoph (1998): Neo-gramscianische Interpretation internationaler Beziehungen. Eine Kritik, in: Hirschfeld, Uwe (Hrsg.): Gramsci-Perspektiven, Berlin/Hamburg, 160-174.
- Steans, Jill (1998): Gender and International Relations. An Introduction, New Brunswick.
- Stiglitz, Joseph (2002): Die Schatten der Globalisierung, Berlin.
- Van der Pijl, Kees (1998): Transnational Classes and International Relations, London.
- Wade, Robert Hunter (2002): US hegemony and the World Bank: the fight over people and ideas, in: Review of International Political Economy 9 (2), 215-243.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000): Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster.

Unnachhaltige Entwicklung

»Nachhaltige Globalisierung?«

Sustainable Development als Kitt
des neoliberalen Scherbenhaufens
mit Christoph Görg¹

In den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende Krise gesellschaftlicher Naturaneignung offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision der Leitvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung hinzudeuten. Ökologische Probleme sowie die Risiken der Atomkraft und anderer technologischer Großprojekte hatten nicht nur in den Ländern des Nordens die überkommenen Modernisierungsstrategien zweifelhaft erscheinen lassen. Auch das Modell »nachholender Entwicklung« wurde immer stärker kritisiert, zumal die seit Beginn der 1980er Jahre offenkundige Schuldenkrise viele südliche Länder immer stärker in die wirtschaftspolitische Defensive drängte.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation schien jedoch Raum geschaffen für eine grundsätzlich neue Ordnung in den internationalen Beziehungen. Mit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Reports (deutsch: Hauff 1987) setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neuer Begriff durch, welcher fortan richtungsweisend sein sollte: *sustainable development*, meist als nachhaltige Entwicklung übersetzt. In den Vorbereitungen auf die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992 manifestierte sich schließlich die Idee »nachhaltiger Entwicklung«; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen. Die Problemfelder »Umwelt« und »Entwicklung« sollten verknüpft und in Reformprozessen auf eine neue Grundlage gestellt werden.

¹ *Christoph Görg* arbeitete mehrere Jahre an der Universität Frankfurt/M., vertrat dann für zwei Jahre eine Professur an der Universität Kassel und ist seit Ende 2004 am Umweltforschungszentrum Leipzig (UFZ) zu Biodiversität und Governance tätig. Der vorliegende Text ist Teil einer mehrjährigen Zusammenarbeit zwischen ihm und mir zu internationaler Umweltpolitik und nachhaltiger Entwicklung, Staat und Nichtregierungsorganisationen sowie Staats- und Regulationstheorie. Achim Brunnengräber sei für Anmerkungen gedankt.

Auf dem Weg in einen »ökologischen« Kapitalismus?

Vor dem Hintergrund der »neuen Weltordnung« wie der sich verändernden Formen der Naturaneignung muss gleichwohl daran erinnert werden, dass die Richtung der weiteren Entwicklung erst durch soziale Konflikte auf verschiedenen Ebenen entschieden wird. Und hierbei spielt der Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« eine wichtige Rolle. Er stellt in gewisser Weise eine *Kompromissformel* dar, in der sich sehr unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen wiederfinden. Wenn immer wieder herausgestellt wurde, dass sein genauer Gehalt unklar oder schwammig bleibe, dann ist die Schwammigkeit des Begriffs gerade seine Stärke (Acselrad/Sedrez 1995; Armbrorst/Brand 1996; Görg 1996; Spehr/Stickler 1997; ähnlich von Braunmühl 2001: 188). Die sich zuspitzende Umweltkrise auf der materialen wie auch auf der politisch-diskursiven Ebene machte es notwendig, eine Formel zu finden, mittels derer sozial-ökologische Kompromisse zwischen Akteuren organisiert werden konnten, die divergierende und teilweise antagonistische Interessen hatten. Von daher ist es nur konsequent, dass im Zentrum dieses Leitbilds der Gedanke der Kooperation steht und dass Konkurrenzverhältnisse ausgeblendet oder zumindest als überwindbar dargestellt werden. Denn wenn das Problem der Konkurrenz ernst genommen würde, müsste man sich stärker mit der in den Diskussionen nicht hinterfragten ökonomischen Sphäre und den globalen Machtverhältnisse auseinandersetzen, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Entscheidend ist letztlich, wie genau der Begriff operationalisiert und durch welche Rahmungen die öffentliche Debatte strukturiert wird, wie die Prioritäten gesetzt werden und welche Aspekte dabei berücksichtigt werden und welche nicht.

Auf dem Weg in einen »ökologischen« Kapitalismus?

So wurde »im Norden« zunehmend von der Entwicklungsproblematik abgesehen bzw. diese von der Forderung nach gerechteren Bedingungen im Nord-Süd-Verhältnis hin zur notwendigen Ermöglichung »nachhaltigen Wachstums« für alle Länder umgedeutet. Exemplarisch kann dafür der Diskurs über nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gelten (vgl. K.W. Brand/Jochum 2000; Jörissen u.a. 2000). Es gab hier durchaus unterschiedliche Versuche, das Leitbild zu übersetzen und zu konzeptuali-

sieren und dabei seine verschiedenen Aspekte zu integrieren – von der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«, durchgeführt vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag von BUND und Misereor (BUND/Misereor 1996) bis zum Handlungskonzept des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI 1995). Neben dem sog. Umweltgutachten von 1994 (SRU 1994) hat der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages »Schutz des Menschen und der Umwelt« (Enquete-Kommission 1994) einen starken Einfluss auf die bundesdeutsche Diskussionen gehabt. »Nachhaltigkeit« wird dort als ein Drei-Säulen-Modell konzeptualisiert, bei dem die Interessen der Umweltakteure (ökologische Säule), der Gewerkschaften (soziale Säule) und der Unternehmen (ökonomische Säule) miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Damit wird die Tendenz des bundesdeutschen Diskurses am besten zum Ausdruck gebracht, der durch drei Merkmale charakterisiert werden kann:

Erstens lässt sich ein »ökologischer bias« feststellen (K.W. Brand/Jochum 2000: 177) – die Entwicklungsproblematik, so wie sie in dem internationalen Kompromiss des Brundtland-Berichts noch enthalten war, wird in den meisten Studien gar nicht aufgegriffen oder allein auf die Bevölkerung des eigenen Landes bezogen (vgl. auch Jörissen u.a. 2000). Selbst der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«, die in dieser Hinsicht noch am stärksten auf die Verknüpfung von »Umwelt und Entwicklung« aufmerksam gemacht hatte, wurde von KritikerInnen vorgehalten, dass sie hinter die Diskussionen der 1980er Jahre zurückfalle (Eblinghaus/Stickler 1996; Armbrorst/Brand 1996; vgl. auch den Überblick von Hermle (Hrsg.) 1997).

Zweitens ist mit dieser Verkürzung der ursprünglichen Zielsetzung eine starke Fokussierung auf die nationale Ebene verbunden (Jörissen u.a. 2000: 11), was man als »nationalen bias« bezeichnen könnte. Viele Ansätze, so auch die Studie »Sustainable Netherlands« (ISOE 1994), nehmen den »nationalen Umweltraum« als Ausgangspunkt, d.h. die von einem Nationalstaat genutzte Umwelt.

Je nach EinwohnerInnen werden Ansprüche auf Ressourcen und Schadstoffsenken »ausgerechnet« und entsprechende Vorschläge gemacht, um die dramatische Übernutzung zu reduzieren. Andere beziehen sich auf Fragen internationaler Kooperation implizit oder explizit eher negativ. Entweder wird das bundesdeutsche System der sozialen Marktwirtschaft als »zu bewahrendes Erbe« interpretiert (Jörissen u.a. 2000: 9) und werden dabei die ökologischen wie die globalen sozialen Kosten des »Modells Deutschlands« in seiner fordistischen Phase ignoriert. Oder es wird die Verbesserung der Wett-

bewerbsbedingungen explizit als Ziel einer »ökologischen Modernisierung« der Gesellschaft angesehen und damit die Konkurrenz als treibender Motor angenommen.

Drittens ist mit dieser Fokussierung eine Präferenz für eine prozedurale und dialogische Vernetzung und die Kooperation der unterschiedlichen Akteure verbunden, die nicht nur keine Eingriffe in wirtschaftliche Interessen erwarten lässt, sondern überhaupt die Kritikmöglichkeiten beschränkt (K.W. Brand/Jochem 2000: 185, 189 und 191). Zwar sei das Diskursfeld, so die Autoren einer Studie, »offen genug, um auch radikaleren, kapitalismus- und industrialismuskritischen Positionen« Zugang zu gewähren (ebenda 176). Faktisch seien diese Positionen aber nicht nur im Diskurs marginal, sondern auch die praktische Umsetzung des Leitbilds eher am Konzept »ökologischer Modernisierung« orientiert (ebenda 189). Man darf daher von einem »affirmativen bias« sprechen, bei dem kritischere Fragen hinsichtlich der Realisierungsbedingungen nachhaltiger Entwicklung zugunsten von pragmatischen und vor allem den etablierten Interessen gewogenen Konzepten in den Hintergrund gedrängt werden.

Der Diskurs um »nachhaltige Entwicklung« hatte, selbst in seinen besten Zeiten nach Publikation der Wuppertal-Studie, ohnehin einen eher geringen Stellenwert in der breiten Öffentlichkeit. Dies wurde in dem Maße weiter eingebüßt, in dem Fragen der internationalen Konkurrenz am »Standort Deutschland« an Bedeutung gewonnen haben.

»Ein Großteil der Faszination, die der Nachhaltigkeitsdiskurs auch im linken Lager ausübt, gründet sich auf seinem Ruf, ein Gegendiskurs zu ›Globalisierung‹ zu sein. Dies ist jedoch ein Irrtum. Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner. Beide sind Teil eines umfassenden Diskurswechsels, der das politische Terrain nach dem Zusammenbruch des Entwicklungsdiskurses neu organisiert.«

Spehr/Stickler 1997: 217

Die Operationalisierung des Begriffs kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Machtverhältnissen betrachtet werden. Drei wichtige Dimensionen, in denen ursprünglich durchaus ein kritisches Potential angelegt war, wurden durch die Diskussionen der letzten Jahre an den Rand gedrängt: die Problematisierung des Nord-Süd-Verhältnisses, eine grundlegende Umorientierung der internationalen Politik sowie eine Problematisierung des Verhältnisses der kapitalistischen Ökonomie zu ihren materiellen Grundlagen.

Ein Beispiel für letzteres ist der in der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« noch verwendete Subsistenzbegriff, d.h. die gesellschaftliche Thematisierung der Frage: »Was ist genug?«. Damit sollte auf die notwendige Begrenzung des Ressourcenverbrauchs hingewiesen und der unbegrenzten Steigerung des Naturverbrauchs eine öffentliche Debatte entgegengesetzt werden (denn nur durch einen sozialen Konsens, nicht durch wissenschaftliche Berechnungen können solche Grenzen etabliert werden). Dieser Aspekt ist in den Diskussionen der letzten Jahre fast vollständig hinter der *Suche nach technischer Effizienz* zurückgetreten. Dahinter ist einerseits ein erheblicher Steuerungsoptimismus zu erkennen, der glaubt, die Probleme auf dem Wege einer Optimierung des Stoffdurchsatzes bearbeiten zu können. Und andererseits steckt darin ein technokratisches Verständnis sowohl der Probleme als auch ihrer Bearbeitungsstrategien. Probleme werden als prinzipiell machbar angesehen und pragmatische Managementstrategien unter Ausblendung ihrer herrschaftsförmigen Implikationen bevorzugt. Im Zuge der Globalisierungsdiskussion sind die ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens noch stärker in den Hintergrund gerückt.

Im Hinblick auf die *Nord-Süd-Problematik* lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Einmal wird auch hier die Verbindung zwischen Umweltproblematik und globalen Machtverhältnissen oftmals ausgeblendet und statt dessen ein pragmatischer Regulierungsmodus bevorzugt.

Und schließlich wird die Einsicht vernachlässigt, dass unter dem Deckmantel der *internationalen Umweltpolitik* oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben werden. Beide Probleme spiegeln sich in der Frage nach dem Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen internationalen Vertragswerken und Institutionen. Zugespitzt formuliert, ist das wichtigste Abkommen der 1990er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) noch die Klimarahmen-Konvention (FCCC), sondern die WTO, die Welthandelsorganisation. Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in den wichtigsten internationalen Institution sehr weitreichende Folgen hat. Die »Liberalisierung des Welthandels« hat nicht nur direkte ökologische wie soziale Folgen, bspw. durch die Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem Gebiet der Umweltpolitik meist auch um die Durchsetzung neuer Technologien und der dazugehörigen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechno-

logie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz (Emissionshandel etc.). Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen i.e.S. sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen. »Global Player wie internationale Energie-, Wasser-, Chemie- und Saatgutmultis dominieren das Verhandlungsgeschehen.« (Unmüßig 2001: 3) Damit dienen diese Abkommen oftmals noch ganz anderen Zielen, als an ihrem Namen abzulesen ist.

Am *Beispiel der biologischen Vielfalt* wollen wir die Konsequenzen kurz verdeutlichen (vgl. dazu umfassender: Görg/Brand 1999 und 2001a und b). Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen.

Gerade im Bereich der internationalen Biodiversitätspolitik wird deutlich, dass hier versucht wird, die Aneignung des »grünen Goldes der Gene« durch die Agrar- und Pharmaindustrie politisch-institutionell abzusichern. Im Nord-Süd-Verhältnis geht es zentral um Rechts- und Planungssicherheit für die dominanten Akteure, insbesondere um einen gesicherten und effektiven, d.h. unter anderem kostengünstigen Zugang. Quasi-staatliche Politik hat – in engem Zusammenspiel mit der nationalstaatlichen Ebene – Funktionen wie die Regelsetzung für Wettbewerb und ökonomische Transaktionen, die Gewährleistung des Ressourcenflusses oder die Sicherung von Eigentum und Geld. Mit den neuen Formen der Nutzung und Inwertsetzung von biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen sind daher Fragen des geistigen Eigentums eng verbunden (vgl. ausführlicher Correa 2000; Seiler 2000). Es soll festgelegt werden, wer von den Vorteilen profitiert, die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben. Ein gewisses Paradox liegt dabei darin, dass die modernsten Akteure (Forschungseinrichtungen und vor allem transnational agierende High-Tech-Unternehmen) auf den Zugang zu diesen Ressourcen und damit in gewisser Hinsicht auf »marginalisierte« Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen sind. Denn solche Ressourcen sind vor allem in südlichen Ländern und dort oft gerade in den Siedlungsräumen

»marginalisierter« Bevölkerungsgruppen vorhanden. Zudem spielt bei der Aneignung genetischer Ressourcen das »traditionelle« Wissen darum, wie mit den Ressourcen umgegangen wird, eine wichtige Rolle, denn es dient vielfach als »Filter« bei der Suche nach ökonomisch wertvollen Substanzen (Kuppe 2001: 147ff.). Aufgrund dieses ökonomischen Interesses an genetischen Ressourcen sowie an damit verbundenem Wissen wird beides jedoch immer stärker aus einem kommerziellen Blickwinkel heraus betrachtet. Die Frage der Nicht-Kommodifizierung von Natur und »traditionellem« Wissen wird dementsprechend auf internationaler Ebene kaum gestellt.

Die Anerkennung der nationalen Souveränität (im Sinne der rechtlichen Regulierungskompetenz), wie durch die CBD erfolgt, ist in Zeiten des vermeintlichen Kompetenzverlustes von Nationalstaaten eine notwendige Voraussetzung zur Inwertsetzung der Biodiversität. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass die CBD ein Konflikterrain darstellt, auf dem unterschiedliche Akteure um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. So sind in die CBD auch andere Anliegen eingegangen, insbesondere jene lokaler Gemeinschaften und indigener Völker. In dem prominenten Artikel 8(j) ist festgelegt, dass deren Wissen und Praxen zu respektieren, zu schützen und zu erhalten seien und sie an den Entwicklungen teilhaben müssten. Allerdings haben ihre Interessen in einer Weise Niederschlag gefunden, die die Akteure schwächt. Denn zum einen sind die Regelungen im Artikel 8(j) durch ein instrumentelles Verständnis der Rechte lokaler Akteure geprägt: Zu achten seien diese nur, insofern sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen. Zudem seien sie der nationalen Souveränität unterzuordnen (Stoll 1999). Die konkrete Umsetzung ist Angelegenheit nationaler Implementierung der CBD.

Die Kommerzialisierung der Biodiversität als ein Element der Globalisierung ist nicht allein ein ökonomischer, über Marktkräfte induzierter Prozess, sondern wird politisch durchgesetzt. Dies bedeutet, dass ökologische Aspekte zu einem Faktor der »Standortkonkurrenz« werden, d.h. zu einem strategischen Element der Handels- und Wettbewerbspolitik. Dabei vermischen sich Fragen der Ressourcenverwendung, des Zugangs zu und der Rechte über Ressourcen sowie den daraus resultierenden Folgen und Belastungen mit Fragen des Gewinns und der Gewinnverteilung aus dieser Verwendung, vor allem auch (aber nicht nur) im »Nord-Süd«-Verhältnis. Auch wenn zwischenstaatliche Abkommen eine größere Relevanz erhalten, so verliert der Nationalstaat seine zentrale Bedeutung nicht. Vielmehr verstärkt sich diese. Insofern ist auch Claudia von Braunmühls (2001: 189) Einschätzung, der Versuch, globale Probleme über völkerrechtliche Rahmenkonventionen an-

zugehen, sei im Wesentlichen gescheitert, zu relativieren. Die Rahmenkonventionen stellen einen durchaus erfolgreichen Versuch dar, ein Terrain zu schaffen, auf dem um die gesellschaftlich legitime und rechtlich legale Aneignung der Natur gerungen wird. Allerdings geschieht dies insbesondere unter Berücksichtigung der Interessen herrschender Akteure. Und selbst das Label nachhaltige Entwicklung trägt in diesem Kontext zu einer Ökonomisierung der Natur bei.

Globales Umweltmanagement und »ökologische Sicherheit«

Wie gesagt, wird ein Hauptgrund für das relative Scheitern des Rio-Prozesses in der institutionellen Zersplitterung internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik gesehen. Ein Vorschlag rückt daher in den letzten Jahren immer stärker ins Zentrum, der bei der »Rio plus 5« Konferenz 1997 in New York von der Bundesregierung bereits vertreten wurde: Die Stärkung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer neuen und mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Supraorganisation im Rahmen der UNO. In Deutschland wird dieses Konzept am vehementesten von Udo Simonis (Biermann/Simonis 1999) vertreten, aber beispielsweise auch von Martin Khor vom »Third World Network« (Ling/Khor 2001). Bei Khor und Simonis geht dieser Vorschlag mit einer erhofften Aufwertung des *Umwelt*themas einher, da das UNO-Umweltprogramm UNEP und nicht etwa das Entwicklungsprogramm UNDP den Kern bilden sollen. Thomas Fues will für die »globale Rio-Architektur« die bislang bedeutungslose »Commission on Sustainable Development« zum Kern eines neu zu schaffenden »Council for Sustainable Development« machen, der u.a. die UNO Umwelt- und Entwicklungsorganisationen steuert und dem IWF, Weltbank und WTO berichtspflichtig sind (aber nicht gesteuert werden). Auch der UN-Generalsekretär erhebt die Forderung, IWF, WB und WTO sollten sich endlich auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung einlassen (Annan 2001).

Hier artikuliert sich eine Problemsicht, die die fehlende Macht der entsprechenden Institutionen als größtes Hindernis mangelnder nachhaltiger Entwicklung sieht. Sie legt nahe, globale Umweltpolitik sei am besten von zentralisierten, mit Entscheidungs- und Machtressourcen ausgestatteten Institutionen zu erfüllen und könne insofern nur »von oben« betrieben werden. Dieses Verständnis ist jedoch in mindestens dreifacher Hinsicht unzureichend. Zum *einen* wird den Gründen für die relative Machtlosigkeit um-

welt- und entwicklungspolitischer Institutionen nicht nachgegangen. Damit ist jedoch nicht nur die Hoffnung auf einen Machtgewinn dieser Institutionen ohne erkennbare Grundlage. Hinter diesem Defizit steckt zudem ein technokratischer Steuerungsoptimismus bzw. ein »Managerismus« (Redclift 1994), der davon ausgeht, dass Probleme bei richtigem Management im Kern lösbar seien. Dies ist in der Tendenz naiv. Vielmehr verdichten sich in verschiedenen Institutionen unterschiedliche Kräfteverhältnisse mit verschiedenen Interessen und Machtpotentialen im Rücken (Görg/Brand 2001a). Deshalb finden in den umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen im engeren Sinne schwächere Interessen auch eher Gehör. Es werden aber auch diese Institutionen längst von den dominanten Akteuren genutzt: Wie gesehen, dient die CBD immer stärker den transnationalen Unternehmen und Forschungsinstituten zur Absicherung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und »ihrer« geistigen Eigentumsrechte. Auch diese Institutionen können also nicht einfach als Gewinn an nachhaltiger Entwicklung interpretiert werden, da sich in ihnen die Ambivalenzen des Prozesses der letzten zehn Jahre niedergeschlagen haben. Zugespitzt gefragt: Warum sollte eine Supraorganisation daran etwas ändern? Im Gegenteil: dominante Interessen können sich noch stärker durchsetzen.

Zum *zweiten* hängt dies mit der Tendenz zur Sektoralisierung von Politik zusammen. Obwohl die realen Entwicklungen wie auch die Tendenz der wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahre deutlich gezeigt haben, dass eine abgegrenzte Umweltpolitik weder vorhanden noch machbar ist, wird weiterhin auf abgegrenzte Politikfelder gesetzt. Die Entwicklung der Regimeforschung hat deutlich gezeigt, dass selbst wenn sich problemspezifische internationale Institutionen herausgebildet haben, die Wirkungsweise und der Erfolg dieser Institutionen im hohen Maße vom widersprüchlichen Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Regime entscheidend beeinflusst werden – nicht zuletzt vom Verhältnis zwischen internationalen Umweltabkommen und Abkommen zur Handelsliberalisierung (Bernauer/Ruloff 1999). Die explizite Umweltpolitik kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern die gesamtgesellschaftliche Entwicklung gibt der globalen Regulierung der Naturverhältnisse den Rahmen vor.

Neben Managerismus und Sektoralisierung geht der Forderung zur Schaffung mächtiger internationaler Organisationen noch eine *dritte*, höchst problematische Annahme voraus: die »top-down« Perspektive. Besonders problematisch ist diese im Hinblick auf den Umgang mit den sog. »global commons«, den globalen Gemeingütern. Als zentrales Argument wird an dieser

Stelle genannt, dass es sich beim Schutz dieser Gemeingüter – wobei der Charakter *als* globales Gemeingut immer eine diskursive und oft höchst umstrittene Konstruktion darstellt – um globale Menschheitsprobleme handle und doch eigentlich alle zusammen ein Interesse an ihrer Lösung haben müssten. Faktisch entsteht dabei eine von Macht- und Herrschaftsinteressen durchsetzte Form des globalen Managements, das Michael Goldman (1998) als *globales Ressourcenmanagement* bezeichnet hat. Diese Commons-Debatte wurde Goldman zufolge deshalb wichtiger, weil soziale Bewegungen das Funktionieren der herrschenden Institutionen herausgefordert hätten und weil die materielle Degradierung die kapitalistische Reproduktion gefährde. In der Unterstellung, dass die lokale Übernutzung von Gemeingütern das entscheidende Problem sei, das durch ein globales Management korrigiert werden müsse, wird ausgeblendet, dass es sich tatsächlich um konkrete Nutzungskonflikte handelt, bei der sich Konflikte zwischen globaler und lokaler Ebene und zwischen Nord und Süd überlagern. »Durch die Verlagerung der Forschungsperspektive auf Gemeingüter von einer lokalen auf eine globale Ebene werden Weideflächen nicht länger nur als Konfliktzonen zwischen oder unter Viehhaltern und Bauern definiert, sondern als kleine Fragmente irdischer Biomasse, deren falsche Bewirtschaftung nicht nur lokale oder regionale Bevölkerungen negativ beeinflusst, sondern uns allen schadet. Mit anderen Worten: lokale Nutzungsformen von Gemeingütern im Süden sind gleichzeitig ein Problem für den Norden.« (ebenda 102)

Mit dem globalen Ressourcenmanagement bildet sich ein neuer Autoritäts- und Machttyp heraus, da globale Institutionen die als global definierten Ressourcen und Krisenherde verwalten sollen. Die einheimischen und regionalen Institutionen, so die Argumentation, seien dafür schlecht gerüstet. Das größte Problem für die globalen Ressourcenmanager bestehe – neben der Überbevölkerung, welche die Tragfähigkeit des Planeten gefährde – konsequenterweise darin, dass die globalen Institutionen nicht genug Macht hätten. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Restrukturierung und ihrer neuen Formen der Naturaneignung kommt Goldman zu seiner Einschätzung der Rio-Konferenz: Es sei »die größte ›Commons‹-Show aller Zeiten« gewesen, bei der es darum gegangen sei, »die Gemeingüter zu restrukturieren (d.h. zu privatisieren, zu ›entwickeln‹, ›produktiver zu machen‹, zu bewerten, ›den richtigen Preis zu bestimmen‹), um sie den krisengeschüttelten kapitalistischen Ökonomien anzupassen. Die Wirkung ist daher auch nicht, destruktive Praktiken aufzuhalten, sondern sie zu normalisieren und stärker zu institutionalisieren und somit die *commoners* (die lokale Bevölke-

«... rund um die Welt noch größeren Risiken auszusetzen.» (ebenda 91)

Damit wird auch das Wissen der lokalen Bevölkerung untergraben sowie deren Möglichkeit, überhaupt an den Auseinandersetzungen darüber teilzunehmen, wie Gemeingut überhaupt zu definieren sei. Gerade im Bereich der NGOs ist Umwelt für viele längst zum *green business* geworden, bei dem internationale Großorganisationen wie *The Nature Conservancy* oder *Conservation International* sich mit ihrer starken Schutzorientierung wenig um die Belange der lokalen Bevölkerung und viel um die wohlwollende Finanzierung durch transnationale Unternehmen kümmern. Die NGOs tragen durchaus bewusst dazu bei, dass Unternehmen und Forschungsinstitute in geschützten Gebieten besser ihre Bioprospektierungsprojekte durchführen können als in solchen, in denen sich die lokale Bevölkerung evtl. gegen die Aneignung ihrer Ressourcen und ihres Wissens wehrt (vgl. Delgado 2001).

Die Hoffnung auf ein top-down-Management des globalen Wandels wird also der Realität ökologischer Probleme in den Ländern des Südens nicht gerecht. Vielmehr wäre eine Stärkung der lokalen Ebene die allererste Voraussetzung, um dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung mehr Realitätsgehalt zu verschaffen (Barkin 1999). Auch die globalen Machtverhältnisse werden in fataler Weise verschoben. Dies alles ist die Konsequenz einer »Astronautenperspektive« (Sachs 1997), für die weltweite Ungleichheiten und die sozialen Herrschaftsverhältnisse, wenn überhaupt, nur noch eine nachgeordnete Bedeutung haben.

Zweifel an diesem Modell können schon dadurch geweckt werden, wenn seine historische Genese und damit der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Natur genauer betrachtet werden. Die Konstruktion »einer globalen Natur« aus der Astronautenperspektive ist nämlich lediglich die zeitgemäße Variante der ideologischen Verwendung des Naturbegriffs, in der diese gleichzeitig materiell als Gegenstand eines *globalen Managements* konstituiert wird. Unsichtbar gemacht wird mit der Konstruktion der einen Natur, dass ökologische Probleme in den verschiedenen Teilen der Welt vor dem Hintergrund verschiedener ökonomischer und kultureller Naturverhältnisse sehr unterschiedliche Formen annehmen können. So hat die »Third World Political Ecology« (Bryant/Bailey 1997) darauf aufmerksam gemacht, dass in Ländern des Südens die ökologischen Belastungen viel direkter in die alltäglichen Lebensprobleme eingelassen sind: als Mangel an gesundem Wasser, von Feuerholz bzw. Brennmaterial, als hygienische und sanitäre Probleme oder als Versteppung und Wüstenbildung. Klima, Ozon oder auch »die«

Biodiversität, also die typischen Kandidaten für vermeintlich globale ökologische Probleme, sind dann Ausdruck einer sehr selektiven, rein nördlichen Perspektive auf Natur, die ihre eigene *partikulare* Sicht der Dinge nicht reflektiert, sondern unterschlägt und zu universalisieren versucht. Und diese globale Selektivität ist vielfach mit einer Geschlechtsblindheit verbunden, die die geschlechtsspezifischen Auswirkungen nicht zur Kenntnis nehmen will.

Dieser selektiven Betrachtungsweise stellen Raymond Bryant und Sinéad Bailey (1997: 27ff.) den Begriff einer »politisierten Umwelt« (*politicised environment*) entgegen. Danach ist Umwelt (oder Natur) nicht eine unberührte, neutrale Umgebung menschlicher Aktivitäten, sondern in die Machtverhältnisse eingeschrieben: die natürliche Umwelt ist selbst umkämpft und stellt »ungleiche Machtverhältnisse, die zwischen Akteuren »eingeschrieben« sind«, dar (ebenda 43). Zentral ist dabei der Machtfaktor, der sich auf »die Fähigkeit eines Akteurs, die eigene Interaktion mit der Umwelt und die Interaktion anderer Akteure mit der Umwelt zu kontrollieren«, bezieht (ebenda 39). Die Kontrolle (oder Gestaltung) der Naturverhältnisse (»die eigene Interaktion mit der Umwelt«) durch eine Akteursgruppe ist demnach in Verbindung zu sehen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse einer anderen Akteursgruppe – *beides zusammen* konstituiert spezifische Machtpositionen. Machtverhältnisse im Hinblick auf die natürliche Umwelt erstrecken sich nicht allein auf soziale Beziehungen zwischen Akteuren, wie es in der Mehrzahl sozialwissenschaftliche Machtbegriffe sehen, sondern sie sind auch durch die Naturverhältnisse der jeweiligen Akteursgruppen vermittelt.

Dadurch ergeben sich komplexere und vielfach gebrochene Machtverhältnisse. Eine fehlende Kontrolle über die eigenen *Naturverhältnisse* (nicht: über die Umwelt/Natur) schwächt die Machtrelationen zu anderen Akteuren trotz überlegener sozialer Machtressourcen. Umgekehrt üben Gesellschaften einen Einfluss auf andere in dem Maße aus, wie es ihnen gelingt, auf die Gestaltung der Naturverhältnisse dieser Gesellschaften einzuwirken und sie ihren Zwecken zu unterwerfen. Beide Aspekte sind also zu beachten: Zum einen werden Regionen dieser Erde als Rohstoffressource oder als globale Schadstoffsenke für andere konstituiert. Zum anderen besitzen sie ein Machtpotential, das sich daraus ergibt, dass die nördlichen Industriegesellschaften auf die Natur anderer Regionen angewiesen sind. Hier, in der Bewusstwerdung dieses Machtpotentials durch Akteure im Süden (insbesondere der indigenen Völker), liegt gegenwärtig einer der spannendsten Aspekte internationaler Politik.

Es gibt aber auch eine stark gegenläufige Entwicklung: Seit einiger Zeit lässt sich verstärkt beobachten, welche Auswirkungen diese Verbindung von Macht und Ökologie hat – und wie beides nach dem 11. September neue Verbindungen eingeht. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verquickt werden. Mit dem Konzept der »politisierten Umwelt« lässt sich erklären, warum es sich dabei weder um einen Zufall noch um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Historisch gesehen ist dies nichts absolut Neues, denn auch die Kolonialzeit wie das imperialistische Stadium des Kapitalismus verquickten Machtinteressen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse (Crosby 1991). Aber im Zeitalter neuer technologischer Potentiale – neben den Informations- und Kommunikationstechnologien sind hier auch die neueren Bio- und Gentechnologien zu berücksichtigen – nimmt dies doch andere Formen an. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass auch in den Zeiten »nachhaltiger Globalisierung« die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte – und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).

Neue Dynamiken: Globalisierungskritik

Ungeachtet all dieser Tendenzen gilt es festzuhalten, dass es Widersprüche gibt im System internationaler Politik. Das bedeutet, die unterschiedlichen Terrains mit ihren je spezifischen Konflikten im Auge zu behalten: Die CBD ist nicht die WTO und wird von ihr auch nicht völlig dominiert. Vor allem die Widersprüche zwischen verschiedenen Foren bieten oftmals die Gelegenheit, auch schwächere Interessen mit Erfolg zu artikulieren. Dies lässt sich z.B. an den internationalen Diskussionen zum Schutz des traditionellen Wissens demonstrieren, die nicht zuletzt durch die erheblichen Spannungen zwischen der CBD sowie dem sog. Seeds-Treaty der FAO (dem sog. Saatgut-Vertrag von November 2001) und dem TRIPS-Abkommen der WTO

hervorgehoben wurden (Brand/Görg 2001). Im Rahmen dessen geht es nicht einfach nur um rechtliche Regelungen, sondern darüber hinaus um veränderte Kräfteverhältnisse und um andere Orientierungen, weit über Umwelt- und Entwicklungspolitik i.e.S. hinaus. Die eigentliche Hoffnung auf eine Tendenz hin zu einer »nachhaltigen Entwicklung«, die ernst machen würde mit einer tiefgreifenden Veränderung des gesellschaftlichen Entwicklungsmusters, kommt von ganz anderer Seite. Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Stichworte wie »Seattle« und »Genua« stehen für vielfältige Proteste, bei denen es um die negativen Auswüchse der neoliberalen Globalisierung geht. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende »Risiken« oder zu behebende Begleiterscheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe.

Gerade auf lokaler und nationaler Ebene bleiben die skizzierten dominanten Trends »nachhaltiger Entwicklung« keineswegs unwidersprochen. Das »Weltsozialforum« ist immer wieder ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass *Kritik und Alternativen* gerade auf lokaler und nationaler Ebene formuliert und vorangetrieben werden können. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, »Weltprobleme« ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED erstmals derart breit propagierte Politiktypus der »Globalen Runden Tische« und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt.

Interessant ist, dass z.B. in der bundesdeutschen Diskussion sozial-ökologische Themen kaum mehr eine Rolle spielen. Das Netzwerk *Attac* beispielsweise versteht sich eigenen Angaben zufolge als eine »Bewegung für ökonomische Gerechtigkeit« (so Sven Giegold auf dem Berliner Attac-Kongress im Oktober 2001). Auch im breiteren gesellschaftskritischen Spektrum hat die ökologische Dimension in den letzten Jahren an Bedeutung eingebüßt. Hinsichtlich aktueller Entwicklungen weist Barbara Unmüßig (2001: 3) darauf hin, dass auch die globalisierungskritische Bewegung auf diesem

Gebiet noch Nachholbedarf hat. Sie sitzt bislang der falschen Trennung von »harten« wirtschaftlichen und politischen Fragen einerseits und »weichen« Fragen vermeintlich geringerer gesellschaftlicher Relevanz auf – im Gegensatz zu vielen Bewegungen in südlichen Ländern. Die Aufgabe ist es also, der Krise der Naturverhältnisse wieder einen wichtigeren Stellenwert in der Kritik an den dominanten Strategien zur globalen Umstrukturierung zu verschaffen. Dabei ist Katastrophismus wenig angebracht. Der diene immer der Stärkung beharrender Kräfte und delegitimierte Kritik mit dem Verweis, dass jetzt sofort gehandelt werden müsse. Auch linke Intellektuelle wie Alain Lipietz skizzierten um Rio herum dramatisch: »Der ökologische Krieg hat begonnen. Wie der Golfkrieg, so markiert auch dieser einen Wendepunkt in der Geschichte der menschlichen Gattung. Er wird lange dauern: in etwa vierzig Jahre. So viel Zeit bleibt der Menschheit, sich entweder zu retten oder mit dem kleinen Raumschiff Erde unterzugehen. In dieser Zeit wird sich auch herausstellen, wen es erwischen wird.« (Lipietz 1993: 79) Solche Bilder führen paradoxerweise zu recht realpolitischen Optionen – bei Lipietz etwa zur notwendigen Stärkung Europas gegenüber den USA. Wichtiger wäre sicherlich eine *Remoralisierung der Ökonomie* (von Braunmühl 2001: 192f.) sowie eine Integration ökologischer und sozialer Belange bei der Gestaltung der Globalisierung. Dazu sind neue Leitbilder des guten Lebens gefragt und eine stärkere Einbeziehung demokratischer Kräfte in die auf politischen Ebenen zu treffenden Entscheidungen sowie in das Monitoring privatwirtschaftlicher Strategien.

Die größte Gefahr dürfte dagegen von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen; natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis. Denn die »zivilgesellschaftlichen« Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 1990er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich erwiesen haben. Oft genug dienten sie eher der Legitimation der »großen« Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik herauspicken und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt – und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem »von oben«. Heute zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und

dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. »Nachhaltige Globalisierung« – das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden. Es lässt sich leicht ausmalen, dass dieser Begriff, den Akteure wie NGOs oder Intellektuelle in kritischer Absicht auf die Tagesordnung setzen, nur wenig später in den Hochglanzheften von Opel und Aventis im ICE zu lesen sein wird. Die Funktion des Leitbegriffs hätte sich damit erneut erfüllt.

Wichtig wäre stattdessen in der öffentlichen Auseinandersetzung, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das »Management« von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der »nachhaltigen Entwicklung« beziehen, erscheint zweitrangig. Wichtiger scheint dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d.h. eine umfassende Herrschaftskritik mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: Der Glaube an die Unhintergebarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine »nachhaltige Globalisierung«, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann »nachhaltig« zu nennenden Gesellschaft.

Literatur

- Acsehrad, Henri/Sedrez, Lise F. (1995): Sustainability, Discourses, and Disputes. WEED/IBASE-Workshop »Sustainability: Non-governmental perspectives«, MS, Rio de Janeiro
- Annan, Kofi (2001): Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC. <http://www.johannesburgsummit.org>
- Armborst, Stefan/Brand, Ulrich (1996): Nachhaltig zukunftsfähig? Kritik der Wuppertaler Umwelt-Studie, in: Blätter des iz3w, Nr. 211/Februar, S. 38-40
- Barkin, David (1998): Wealth, Poverty and Sustainable Development, Mexiko City
- Bernauer, Thomas/Ruloff, Dieter (Hrsg., 1999): Handel und Umwelt. Zur Frage

- der Kompatibilität internationaler Regime, Opladen
- Biermann, Frank/Simonis, Udo Ernst (1999): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Funktionen, Chancen, Probleme. Policy-Paper Nr. 9 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, Text der Münchener Projektgruppe für Sozialforschung 1/2000
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich – das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität, hrsg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt&Entwicklung, Bonn
- Braunmühl, Claudia von (2001): Nachhaltigkeit, in: Leggewie, Claus/Münc, Richard (Hrsg.): Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt/M., S. 186-196
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology, London/New York.
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel
- Correa, Carlos (2000): Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries. The TRIPS Agreement and Policy Options, London/New York/Penang
- Crosby, Alfred W. (1991): Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900, Frankfurt/New York
- Delgado Ramos, Gian Carlo (2001): Biopiraterie und geistiges Eigentum als Eckpfeiler technologischer Herrschaft: Das Beispiel Mexiko, in: Das Argument 242, Nr. 4/5, S.481-494
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt/M.
- Enquete-Kommission (Hrsg., 1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Bericht der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des Deutschen Bundestages, Bonn
- Fues, Thomas (1998): Rio plus 10. Der deutsche Beitrag zu einer globalen Strategie für nachhaltige Entwicklung. Policy Paper 6 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Görg, Christoph (1996): Sustainable Development – Blaupause für einen »ökologischen Kapitalismus«?, in: Brentel, Helmut u.a. (Hrsg.): Gegensätze. Elemente kritischer Theorie, Frankfurt/New York, S. 178-193
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (1999): Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz. Zur Regulation der biologischen Vielfalt, in: Hein, Wolfgang/Fuchs, Peter (Hrsg.): Globalisierung und Ökologie, Hamburg, S. 231-264
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2001a): Postfordistische Naturverhältnisse. NGOs und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: Brand, Ulrich u.a. (Hrsg.) 2001, S. 65-93
- Görg, Christoph /Brand, Ulrich (2001b): Patentierter Kapitalismus, in: Das Argument 242, Heft 4/5, S. 466-480
- Goldman, Michael (1998): Allmacht und Allmende. Die »Commons«-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanager, in: Flitner, Michael/Görg, Chri-

- stoph/Heins, Volker (Hrsg.): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen, S. 87-118
- Hauff, Volker (Hrsg., 1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven
- Hermle, Reinhard (Hrsg., 1997): Ein Buch macht von sich reden, Aachen
- ISOE (Hrsg.) (1994): Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, herausgegeben vom Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/M.
- Jörissen, J./D.Rink/G.Kneer (2000): Nachhaltigkeit und Wissenschaft: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien, in: TA-Datenbank-Nachrichten, 9. Jg. Nr. 2, Juni 2000, Forschungszentrum Karlsruhe
- Kuppe, René (2001): Der Schutz des traditionellen umweltbezogenen Wissens indigener Völker, in: Klaffenböck, Gertrude et. al. (Hrsg.): Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen?, Frankfurt/M., S. 141-155
- Ling, Chee Yoke/Khor, Martin (2001): International Environmental Governance. Some Issues from a Developing Country Perspective. Working Paper by the Third World Network. (www.twinside.org.sg/title/ieg.htm) (Januar 2002)
- Lipietz, Alain (1993): Berlin, Bagdad, Rio. Das 21. Jahrhundert hat begonnen, Münster
- Redclift, Michael/Benton, Ted (Hrsg., 1994): Social Theory and the Global Environment, London/New York
- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines Leitbildes, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen, S. 93-110
- Seiler, Achim (2000): Die Patentierung lebender Materie. Das WTO-TRIPS-Abkommen und die Optionen zur Umsetzung des Artikel 27.3 (b), Bonn, (Forum Umwelt & Entwicklung)
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin (1997): Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken, in: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios (Hrsg.), Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Hamburg, S. 211-225
- SRU (1994): Umweltgutachten 1994. Sachverständigenrat für Umweltfragen, Drucksache 12/6995, Stuttgart
- Stoll, Peter-Tobias (1999): Werte der Vielfalt aus rechtlicher Sicht, in: Görg, Christoph u.a. (Hrsg.): Zugänge zur Biodiversität, Marburg, S. 187-202
- UNEP (2000): Global Environmental Outlook 2000, United Nations Environmental Program, London
- Unmüßig, Barbara (2001): Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfinanzierung. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 5/Dezember, S. 1-3
- VCI (1995): Sustainable Development, Verband der chemischen Industrie, Frankfurt/M.

Biopolitik im High-Tech-Kapitalismus

Konflikte um genetische Ressourcen, indigenes Wissen und geistiges Eigentum

»Globale Umweltprobleme« werden häufig dahingehend interpretiert, dass die »Tragekapazität« der Natur überlastet sei. Es geht um »den Planeten« und um »die Menschheit«, die gerettet werden müssen. Die vermeintlich objektive Grenze menschlichen Handelns ist der »Umweltraum«, der nicht überschritten werden darf. Am besten sollen diese Grenzen mit avancierter Technologie und »Effizienzrevolutionen« unter Beibehaltung der bestehenden weltwirtschaftlichen und -politischen Strukturen eingehalten werden. Am deutlichsten drückt sich diese Sichtweise im Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« aus, der in den vergangenen Jahren weitgehend seines kritischen Bezuges auf ökonomische und politische Machtfragen und gerade auf das Nord-Süd-Verhältnis entkleidet wurde. *Konkrete Konflikte* um die Aneignung von Natur drohen aus dieser Perspektive zu verschwinden. So etwa die Konflikte um genetische Ressourcen und »traditionelles« Wissen im Umgang mit ihnen sowie die Auseinandersetzungen um die kapitalistische Verwertung dieser Ressourcen im Rahmen des sich herausbildenden High-Tech-Kapitalismus (Wolfgang Fritz Haug 2003).

Mit der gegenwärtigen neoliberalen Globalisierung werden gesellschaftliche Verhältnisse tiefgreifend transformiert. Institutionen wie Staat und Unternehmen richten sich anders aus, nämlich am Dogma der ökonomischen Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Aspekte wie Verteilung oder gesellschaftliche bzw. internationale Solidarität spielen kaum eine Rolle. Im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen transformiert sich auch die Aneignung der Natur. Dimensionen von Natur, die vorher wenig interessant waren, werden nun zu (potenziell) wertvollen Ressourcen, die in Wert gesetzt und so Teil kapitalistischer Akkumulation werden sollen (vgl. Görg 2004; Heineke 2004). Der Geograph David Harvey (2004) vertritt gar die These, dass aufgrund der Akkumulationsprobleme des Kapitals gerade heute neue Bereiche erschlossen werden, was zu einer »Akkumulation durch Enteignung« führt. Die Aneignung der biologischen Vielfalt stellt daher ein zentrales Konflikterrain dar. Insbesondere die *genetischen* Ressourcen – also die erblichen Eigenschaften von Lebewesen – werden durch die Entwicklung neuer Technologien und die Herausbildung neuer Produktions- und

Konsummuster zum »Erdöl des Informationszeitalters« (World Resources Institute). Obwohl das genaue Ausmaß des kommerziellen Wertes der Biodiversität immer noch strittig ist (Ten Kate/Laird 1999), ist der Einsatz neuer technologischer Verfahren der entscheidende Hintergrund der neuen Interessen an der biologischen Vielfalt.¹

Zentral für die ökonomische wie auch die gesellschaftliche Bedeutung dieser neuen Biotechnologien ist die Gentechnologie. Diese ermöglicht es, im Agrarbereich neue Lebensformen über bislang bestehende Grenzen konventioneller Züchtung hinweg (und dies auch wesentlich schneller) zu produzieren und im Pharmasektor neue Produkte und Produktionsmethoden zu entwickeln. Dafür werden einzelne DNA-Sequenzen isoliert und auf das Erbgut anderer Organismen übertragen. Von den neuen Biotechnologien wird die Erschließung ganz neuer Produktionszweige und Märkte und letztlich die Erzielung immenser Profite erwartet. Doch bislang sind es eher die Erwartungen einer *zukünftig* hohen Kapitalrentabilität, die den Bereich derart attraktiv machen, und die sich keineswegs erfüllen müssen.

Von den Industrien, die auf der Anwendung der *life sciences* im Agrar- und Pharmabereich basieren, gehen weitreichende Impulse zur Neugestaltung der Naturverhältnisse aus.² Sie sind ihrerseits von den Entwicklungen im Bereich der Mikroelektronik abhängig und erschließen sich aktiv neue »natürliche Ressourcen«. Dazu dienen vor allem so genannte Bioprospektierungsprojekte, bei denen biologisches Material gesammelt und dann auf seine erblichen Eigenschaften hin untersucht wird (*screening*). Ziel ist es, auf neue Substanzen und damit auf potentiell profitable Entdeckungen zu stoßen.

Im Bereich der genetischen Ressourcen sind aus der Perspektive der dominanten Akteure – modernste Forschungseinrichtungen und vor allem trans-

¹ Der Begriff Biodiversität ist nicht mit dem Begriff der Artenvielfalt gleichzusetzen, obwohl beide Begriffe immer wieder synonym gebraucht werden. Die 1992 auf der Weltumwelt- und Entwicklungskonferenz (UNCED) unterzeichnete und Ende 1993 in Kraft getretene Konvention über biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD; www.biodiv.org) hat einen wesentlich weiteren Begriff: Neben der (a) Artenvielfalt geht es (b) um genetische Vielfalt sowie (c) um die Vielfalt an Habitaten und Ökosystemen.

² Der Begriff der Lebenswissenschaften ist zum einen ein PR-Begriff der Unternehmen und Forschungsinstitute, der sich von dem der Bio- oder Naturwissenschaften abheben soll. Kritisch gewendet drückt er den Anspruch der neuen Industrien drastischer aus als die anderen Begriffe – nämlich ungleich stärker als jemals zuvor auf der Grundlage wissenschaftlichen Wissens in Leben einzugreifen und es zu gestalten.

national agierende High-Tech-Unternehmen – drei Aspekte zentral: Zum einen geht es um den möglichst ungehinderten *Zugang* zu biologischer Vielfalt. Um Zugang zu den Ressourcen zu bekommen, sind Forschungsinstitute und Unternehmen teilweise auf »marginalisierte« Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen, da ein Großteil der biologischen Vielfalt in südlichen Ländern liegt.³ Bei der Aneignung genetischer Ressourcen spielt nämlich das »traditionelle« Wissen darum, wie mit den Ressourcen umgegangen wird, eine wichtige Rolle, denn es dient vielfach als »Filter« bei der Suche nach ökonomisch potenziell wertvollen Substanzen. Erfolgversprechender ist es daher, auf Material zurückzugreifen, dessen Wert schon in traditionellen Formen der Nutzung erkannt und ausgenutzt wird, seien es traditionell genutzte Heilpflanzen oder landwirtschaftlich genutzte Sorten. Damit gerät neben den Pflanzen auch das Wissen indigener Völker und lokaler BäuerInnen um diese traditionellen Nutzungsformen in den Blick von Bioprospektierungsprojekten.

Zum anderen ist die Sicherstellung einer möglichst *exklusiven Nutzung* der Forschungsergebnisse wichtig. Dies erfolgt zunehmend in Form von Patenten, dem weitestgehenden Schutzmechanismus. Als Rechtfertigung für den Patentschutz werden die hohen Investitionen genannt, die es später wieder zu erwirtschaften gelte, noch bevor ein Produkt Gewinn abwerfe. Aufgrund der generell schwer abschätzbaren Marktbedingungen ist die Sicherung des Eigentums an den neuen Technologien und ihrem genetischen Material inzwischen zu einem der zentralen Interessen der Industrie geworden – von großen Konzernen bis hin zu kleinen Forschungsinstituten. Ein Patent sichert dem Inhaber das exklusive Nutzungsrecht in der Regel über 20 Jahre. Wie die Entwicklungen im Bereich der Forschung zum menschlichen Genom oder zu menschlichen Stammzellen zeigen, geht es vermehrt darum, *Eigentum* an den genetischen Ressourcen und damit an den natürlichen Ausgangsstoffen selbst zu deklarieren. Obwohl diese Ressourcen erst über technologische Entwicklungen als solche konstituiert werden, wird das Ausgangsmaterial der ökonomisch-technischen Verwertungsprozesse zu einem zunehmend umkämpften Gegenstand, der mit exklusiven und monopolartigen Eigentumsrechten belegt wird (vgl. mit vielen Beispielen Wullweber 2004).

³ Übrigens längst nicht alle, denn in Genbanken, Herbarien und Botanischen Gärten sind im Laufe der letzten Jahrhunderten schon einmal große Mengen an biologischem Material in nördliche Länder gebracht worden; ein Prozess, den der Soziologe Jack Kloppenburg die »ursprüngliche Akkumulation« pflanzengenetischer Ressourcen nannte.

Zentrales biodiversitätspolitisches Anliegen der mächtigen Akteure ist daher drittens, *Planungssicherheit* (was immer auch heißt: Investitionssicherheit) zu schaffen. Während allerorten der Souveränitätsverlust des Staates beklagt oder befürwortet wird, zeigt sich im Bezug auf die Biodiversitätspolitik ein ganz anderes Bild. Weil die »Global Player« klare Verhältnisse benötigen, sind sie auf den Staat angewiesen, denn der nationale Staat mit seinem Gewaltmonopol kann diese allemal am besten herstellen.

Die neuen Interessen an bestimmten Ressourcen verstärken die »genetische Interdependenz« zwischen Nord und Süd. Dennoch erwächst daraus nicht zwingend eine neue Verhandlungsmacht der peripheren Länder, die über eine reiche biologische Vielfalt verfügen. Es gibt eine Konkurrenz zwischen den Ländern, in denen biologische Vielfalt vorkommt. In Zeiten immenser Kreditschulden vieler Länder mit großer biologischer Vielfalt und den dortigen »Strukturanpassungs-Maßnahmen« tendieren viele Regierungen zur zerstörerischen Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen und verfolgen damit häufig Interessen, die quer zu denen auf lokaler Ebene liegen. In der allgemeinen Wahrnehmung wird das »Nord-Süd-Verhältnis« oft simplifiziert: hier der ausgebeutete und arme Süden, dort der ausbeutende und reiche Norden. Die Verhältnisse sind aber komplizierter, denn auch innerhalb des »Südens« und »Nordens« bestehen erhebliche Interessenunterschiede. Schon gar nicht sind Regierungen als Ausdruck der Anliegen »ihrer« Bevölkerung (miss-) zu verstehen. Es ist durchaus denkbar, dass in Zukunft indigene Interessen von internationalen Gentech-Lobbies verteidigt werden, um so auch im Interesse der Industrie die biologische Vielfalt zu erhalten. Hinsichtlich des Nord-Süd-Verhältnisses spricht deshalb das *Third World Network* von einer »neuen Art genetischen Kolonialismus«.

Biodiversität und internationale Politik

Bei den gegenwärtigen Transformationsprozessen – die höchst unscharf mit dem Begriff der Globalisierung gefasst werden – handelt es sich sowohl um einen ökonomischen als auch einen politischen und kulturellen Prozess. Denn: Internationale ökonomische Transaktionen bedürfen der politisch-institutionellen Einbettung. Die Aneignung der biologischen Vielfalt setzt internationale Regeln voraus, zum einen hinsichtlich des Zugangs zu biologischer Vielfalt und zum anderen in Bezug auf die Absicherung der geistigen Eigentumsrechte im Falle der erfolgreichen Entwicklung und Vermarktung von

aus den genetischen Ressourcen entwickelten Waren (Medikamente, Saatgut etc.).⁴

Die wichtigsten internationalen Abkommen in Bereich der biologischen Vielfalt sind (teilweise mit unterschiedlichen Zuständigkeiten für »wilde« oder agrarbiologische Vielfalt):

- Die Konvention über biologische Vielfalt (engl. Abkürzung CBD) wurde seit 1989 im Rahmen des Umweltprogramms der UNO (UNEP) verhandelt, auf der UN-Konferenz zu Umwelt- und Entwicklung (UNCED) 1992 unterzeichnet, trat Ende 1993 in Kraft und war Anfang 2005 von 188 Ländern ratifiziert. Neben ihren drei Hauptzielen (Schutz der biologischen Vielfalt, nachhaltige Nutzung und fairer Vorteilsausgleich für jene, die über Jahrhunderte die Vielfalt entwickelt haben) enthält sie Bestimmungen zu Zugang und geistigen Eigentumsrechten, aber auch zu den Rechten lokaler BäuerInnen und indigenen Völkern.
- Das im November 2001 verabschiedete und seit Ende 2002 gültige Internationale Abkommen zu pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (engl. ITPGR) im Rahmen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) entwickelt ein bereits 1983 geschlossenes Abkommen weiter, das die wichtigsten Kulturpflanzen wie Reis, Weizen, Mais, Bohnen oder Kartoffeln schützen soll – und hier insbesondere die Rechte der BäuerInnen, sie anzubauen und zu züchten. Ein »Multilaterales System« wird dabei für 35 Nahrungspflanzen und 29 Futterpflanzen errichtet, die für die Welternährung zentral sind. Insbesondere die dort festgeschriebenen »Rechte der BäuerInnen« (*farmers' rights*) werden von progressiven Kräften betont.⁵
- Das seit 1995 im Rahmen der Welthandelsorganisation bestehende Abkommen zu handelsbezogenen geistigen Eigentumsrechten (TRIPS) wurde im Rahmen der so genannten Uruguay-Runde (1986-1994) des Allge-

⁴ Hier ist ein weiterer Aspekt angedeutet, nämlich die Auseinandersetzungen um das sog. *benefit sharing*, d.h. den in der CBD festgelegten »angemessenen« Vorteilsausgleich, der sich aus der Nutzung der biologischen Vielfalt ergibt. Dieses Thema steht bislang sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene im Schatten der anderen, also *Zugang* zu biologischer Vielfalt und *geistiges Eigentum* (vgl. hierzu Brand/Görg 2003, 2. und 4. Kapitel).

⁵ Wichtig für die Landwirtschaft ist auch das 1961 eingerichtete und mehrmals veränderte Internationale Abkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV), das aber zunehmend den TRIPS-Bestimmungen angepasst wird (kurze Überblicke unter http://www.biopiraterie.de/texte/biodemokratie/agrarinfo_feb.php; vgl. auch Brand/Görg 2003).

meinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) entwickelt und spiegelt die wachsende Bedeutung geistiger Eigentumsrechte (etwa Urheberrechte, Geschäftsgeheimnisse, Handelsmarken, Patente) für die Weltwirtschaft, die mit dem Abkommen angeglichen werden sollen. Die WTO hat Anfang 2005 148 Vollmitglieder (über 100 so genannte Entwicklungsländer, mit 25 Ländern laufen derzeit Beitrittsverhandlungen), die damit auch das TRIPS-Abkommen in nationales Recht umsetzen bzw. umsetzen sollen. Um die Art und den Zeitpunkt der Umsetzung in südlichen Ländern wird seit Jahren kräftig gestritten. Insbesondere südliche Länder, in denen geistige Eigentumsrechte nicht oder anderweitig gesichert sind, sollen sich den in nördlichen Ländern geltenden Standards anpassen. Auf den wichtigen Artikel 27 wird weiter unten eingegangen. Das Abkommen wird, wie andere auch, in Details weiterverhandelt. So wurde etwa bei der 4. WTO-Ministerkonferenz 2001 in Doha ermöglicht, dass lebenswichtige Medikamente nicht unbedingt dem Patentschutz unterliegen. Andererseits stehen die TRIPS-Bestimmungen zu Patenten im Gegensatz zu denen des FAO-Vertrages, da den BäuerInnen dort das Recht zugesprochen wird, eigenes Saatgut zu züchten und aus der Ernte einen Teil für die nächste Aussaat zu nehmen.

Internationale Biodiversitätspolitik ist also mehr als die ökonomische Taxierung von genetischen Ressourcen. Umweltschutzaspekte spielen genauso eine Rolle wie die Rechte indigener Völker. Nicht umsonst formuliert die CBD als zentrale Ziele den Schutz der Biodiversität, ihre nachhaltige Nutzung sowie den gerechten Vorteilsausgleich. Doch es kommt nicht von ungefähr, dass das dritte Ziel – der gerechte Ausgleich beispielsweise zugunsten von indigenen Völkern, die über Jahrhunderte eine Pflanzensorte entwickelt haben, die nun von einem Saatgutunternehmen weiterentwickelt und patentiert wird – eine deutlich untergeordnete Rolle spielt. Dasselbe gilt für die Bestimmungen der »Rechte der BäuerInnen« im FAO-Saatgut-Vertrag. Zudem werden Schutzaspekte immer stärker mit den Bedürfnissen einer effektiven Aneignung der genetischen Ressourcen in Einklang gebracht: Die Entwicklungen auf diesem Terrain werden v.a. angetrieben von den dominanten Interessen nördlicher Unternehmen und Forschungsinstitute, sich genetische Ressourcen anzueignen und sie im Agrar- und Pharmabereich zu verwerten. Deutlich wird an den drei Vertragswerken auch, dass die unterschiedlichen Bestimmungen immer wieder zu Spannungen bei der Weiterentwicklung und nationalen Umsetzung der internationalen Abkommen führen.

Konflikte um Patente

Das TRIPS-Abkommen der WTO spielt eine entscheidende Rolle und dominiert die anderen Institutionen. Es berührt Fragen der Ernährungssicherung, der Gesundheitsversorgung, des Schutzes von Nutzungsrechten indigener Gruppen sowie Umweltschutzfragen. Achim Seiler (1999: 312) schätzt, dass der Anteil der über geistige Eigentumsrechte geschützten Produkte von früher 10 bis 20 Prozent auf über 80 Prozent steigen wird, da der Großteil der Länder des Südens Patentrechte bisher noch nicht festgelegt hat und sich mit dem TRIPS-Abkommen nun dazu verpflichtet, dies zu tun. Diese Rechte erhalten damit auch eine zentrale Bedeutung in Unternehmensstrategien. Mit den längeren Schutzzeiten auf bestimmte Arten geistigen Eigentums werden zugleich die Möglichkeiten für südliche Länder verschlechtert, bestimmte Technologien zu übernehmen. Art. 27.1 des TRIPS-Vertrages besagt, »dass Patente für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik erhältlich sind, sowohl für Erzeugnisse als auch für Verfahren, vorausgesetzt, dass sie neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.« Ausnahmen gelten dann, wenn die öffentliche Ordnung oder Moral gefährdet ist, »einschließlich des Schutzes des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen oder zur Vermeidung einer ernsten Schädigung der Umwelt«. Dass die Interpretation dessen, was unter öffentlicher Ordnung und Moral zu verstehen ist, Gegenstand harter und ungleicher Auseinandersetzungen sein wird, versteht sich fast von selbst (der deutschsprachige Vertragstext ist einsehbar unter <http://www.attac.de/geig/trips.php>).

Heftig umstritten ist aber auch, welche Produkte und Verfahren patentierbar sein sollen. Laut TRIPS-Abkommen müssen nur »Erfindungen« patentierbar sein, nicht jedoch Entdeckungen. Dabei bleibt aber unklar, was genau eine Erfindung auszeichnet und von Entdeckungen unterscheidet. So erregte die Patentierung des indischen Neem-Baums durch die US-amerikanische Firma W.R. Grace großes Aufsehen, da die Firma keine Innovation vornahm, sondern den Baum und das jahrhundertealte Wissen um die Wirkungen seiner Teile für sich patentieren ließ. Am 8. März 2005 wurde das seit 1994 bestehende Patent, das 2001 von der Firma W.R. Grace an Thermo Trilogy verkauft wurde, vom Europäischen Patentamt in zweiter Instanz zurückgewiesen. Weiterhin bestehen über 60 Patente auf den Neem-Baum und seine wertvollen Substanzen in Blättern, Früchten und Holz (vgl. www.keinpatent.de).

Alternativ zum Patentrecht können die Staaten laut Abkommen ein eigenständiges Rechtssystem (*sui generis*) einführen, das existierende Rechtssysteme bestehen lässt, wenn sie im Sinne des TRIPS-Abkommens effektiv sind, das heißt geistiges Eigentum ausreichend schützen.

Eine zentrale Frage ist, welche Spielräume das TRIPS-Abkommen auf nationaler Ebene tatsächlich lässt und wie diese am besten ausgenutzt werden können (Correa 2000). Sowohl das »Third World Network« wie auch die »Organisation Afrikanischer Staaten« (OAS, jetzt »Afrikanische Union«) haben inzwischen Vorschläge für alternative *sui generis*-Systeme vorgelegt, wobei aber noch unklar ist, inwieweit diese auch akzeptiert werden. Auch wenn dies ein wichtiger pragmatischer Gesichtspunkt ist, geht das Problem doch erheblich darüber hinaus. Denn die noch ungeklärte Hauptfrage ist, ob und inwieweit solche *sui generis*-Systeme mit dem übergreifenden Verständnis des westlichen Begriffs von geistigem Eigentum kompatibel sind oder sein müssen und inwieweit sie daher international akzeptiert werden.

Aufgrund der großen Unstimmigkeiten zwischen nördlichen und südlichen Ländern wurde in den Schlussverhandlungen der Uruguay-Runde vereinbart, das gesamte Abkommen im Jahr 2000 zu überprüfen. Bislang ist das jedoch nicht geschehen; die Verhandlungen sind bis heute festgefahren (vgl. Wissen 2003), weil die USA lediglich über die Umsetzung des Abkommens diskutieren wollen, eine wachsende Anzahl von Entwicklungsländern jedoch über das gesamte Abkommen.

Aspekte demokratischer Biodiversitätspolitik

Wie gerichtliche Urteile der letzten Jahre zeigen, ist noch keineswegs endgültig geklärt, wie sich die Konfliktterrains weiterentwickeln werden. Das Beispiel des indischen Neem-Baums, bei dem die Patentansprüche eines US-amerikanischen Konzerns vom Europäischen Patentamt zurückgewiesen wurden, verdeutlicht, dass es durchaus Spielräume gibt. Seit einigen Jahren wächst die Kritik an den dominanten Aneignungsformen der biologischen Vielfalt. Insbesondere mit dem Begriff der *Biopiraterie* ist es gelungen, die illegale und illegitime Aneignung von genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen zum politischen Thema zu machen (vgl. Ribeiro 2002; www.biopiraterie.de).

Dabei stellen die »schwächeren« internationalen Vertragswerke wie die CBD oder der Saatgut-Vertrag der FAO durchaus völkerrechtlich verbindli-

che Regeln auf, um die Interessen schwächerer Akteure gegenüber transnationalen Unternehmen, nördlichen Forschungsinstituten und Regierungen zu stärken. Ein wichtiges Prinzip sind hier die Rechte der Bauern und Bäuerinnen, die mit dem Abschluss des Saatgut-Vertrags völkerrechtlich verbindlich wurden, sowie der Artikel 8(j) der CBD, der die Rechte indigener Völker hinsichtlich ihres Wissens und ihrer Ressourcen festschreibt.

Bei der internationalen Absicherung der geistigen Eigentumsrechte über das TRIPS-Abkommen handelt es sich um ein Kernelement des gegenwärtigen Kapitalismus. Dass dies immer mehr verstanden wird und die sich daraus ergebenden extremen Ungleichheiten deutlich und politisch hinterfragt werden – gerade mit Blick auf das TRIPS-Abkommen und unter dem Begriff der Biopiraterie –, ist ein wichtiges Element in der konzeptionellen und praktischen Kritik an der neoliberalen Globalisierung.

Chancen für eine demokratische Gestaltung ergeben sich auf *internationaler Ebene* vor allem dort, wo die Widersprüche zwischen Vertragswerken offenkundig geworden sind und ausgenutzt werden können. Deshalb steht der Widerstand gegen die Patentierung genetischer Ressourcen zu Recht im Zentrum vieler Kampagnen. Denn ein Sachverhalt ist wichtig: Das TRIPS-Abkommen ist in vielen Ländern noch nicht umgesetzt. Lokale und nationale Auseinandersetzungen bleiben deshalb ebenso unverzichtbar wie die Politisierung der Probleme. Schließlich wird dadurch deutlich, welche Interessen hinter welchen Vorschlägen stehen.

Deutlich wird in den letzten Jahren aber auch, dass Politisierungen und Widerstand gegen die unrechtmäßige Aneignung genetischer Ressourcen und des Wissens um ihre Verwendung auf lokaler und nationaler Ebene wichtig und oft auch erfolgreicher sind. Diese Auseinandersetzungen sind jedoch darauf angewiesen, dass der internationale politische Rahmen, der die Privatisierung der Natur vorantreibt, geschwächt wird.

In den aktuellen Widerstandskämpfen geht es nicht mehr in erster Linie um nationale Befreiung oder gesellschaftliche Veränderungen über den Staat. Die Leitlinien kritisch-emanzipativer Akteure in Nord und Süd sind heute vielmehr gemeinsame Interessen – etwa an gesunder Ernährung und allgemeiner Selbstbestimmung über Lebensverhältnisse. Es gilt Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, ohne Unterschiede zu negieren. So können Handlungsfähigkeit und Gegenmacht entwickelt werden.

Strategisch von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang etwa der Begriff der *Biopiraterie*. Er trägt dazu bei, dass kritische Akteure in der Debatte um Biodiversitätspolitik ihren Anliegen eine größere Legitimität verleihen

können. In den letzten Jahren gewinnt auch der Begriff der *Aneignung* an Bedeutung. Dies geschieht dahingehend, die dominanten Entwicklungen wie Privatisierung von gesellschaftlichem Wissen, sozialer Daseinsvorsorge oder öffentlichen Dienstleistungen sowie die hier skizzierten Prozess als »Aneignung von oben« zu begreifen. Dem wird als politische Perspektive eine »Aneignung von unten« entgegen gestellt, die individuelles und gesellschaftliches Leben nicht einfach der Kontrolle durch Staat und Kapital überlässt, sondern für emanzipative Lebensentwürfe und kollektive Praktiken, für kollektive Güter und die Zurückdrängung des »Marktes in den Köpfen« steht. Das Feld der Biopolitik und hier die Fragen geistigen Eigentums stehen im Zentrum dieser Auseinandersetzungen.

Literatur

- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Correa, Carlos (2000): Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries. The TRIPS Agreement and Policy Options, London/New York/ Penang.
- Görg, Christoph (2004): Stichwort »Inwertsetzung«, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/II; herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Berlin/Hamburg.
- Harvey, David (2004): Akkumulation durch Aneignung, in: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster, 183-215.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): High-Tech-Kapitalismus, Berlin/Hamburg.
- Heineke, Corinna (2004): Megadiverse Privatisierung. Genetische Ressourcen kommen unter den Hammer, in: Blätter des Informationszentrum 3. Welt, Freiburg, Nr. 276, April/Mai.
- Ribeiro, Silvia (2002): Biopiraterie und geistiges Eigentum. Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen, in: Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2002): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio plus 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«, Münster, 118-136.
- Seiler, Achim (1999): Das TRIPS-Abkommen und die für 1999 vorgesehene Überprüfung von Art. 27.3.(b), in: Nord-Süd-aktuell, Nr. 2, 312-314.
- Ten Kate, Kerry/Laird, Sarah A. (1999): The Commercial Use of Biodiversity, London.
- Wissen, Markus (2003): TRIPs, TRIPs-plus und WIPO, in: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (Hrsg.), 128-155.
- Wullweber, Joscha (2004): Das grüne Gold der Gene. Globale Konflikte und Biopiraterie, Münster.

Zwischen Co-Eliten und Alternativen

Nichtregierungsorganisationen
in der internationalen Biopolitik

Neue Akteure als vieldeutiges Phänomen

Mitte der 1990er Jahre schienen zwei Begriffe einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der internationalen Politik anzudeuten – und es schien nur eine Frage der Zeit, dass dieser auch auf der nationalen und lokalen Ebene wirkungsmächtig werden würde. Zum einen wurde mit dem Leitbild des *sustainable development* eine Kritik an den herrschenden produktivistischen Wachstumsvorstellungen und am Nord-Süd-Verhältnis formuliert und ein begrifflicher Rahmen bereitgestellt, um Alternativen zu diskutieren und zu realisieren. Mit dem neuen Leitbild traten zum anderen Akteure verstärkt ins politische Bewusstsein, die entscheidend dazu beitragen sollten, dieses Leitbild umzusetzen: *Nichtregierungsorganisationen* (engl. NGOs).

Das Phänomen NGO ist vieldeutig, wie die politische und sozialwissenschaftliche Diskussion zeigt. Das machte sich schon an seinen Interpretationen und begrifflichen Verdichtungen zur selben Zeit bemerkbar. Für manche standen »NGOs als professionalisierte Bestandteile der weltweiten sozialen Bewegungen« (Mohssen Massarrat), bildeten eine »Neue Internationale« (Der Spiegel); sie wurden als »anti-globalisierende« Bewegungen (Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf) oder gar Teil einer »Revolution der Barfüßigen« (so Bertrand Schneider bereits 1986) interpretiert.

Diese optimistischen Einschätzungen standen zwar in Widerspruch zu zwei ganz anderen und viel realitätsmächtigeren Erfahrungen: nämlich dem Siegeszug des neoliberalen Politikmodells und der im Golfkrieg 1991 erstmals evident gewordenen »Neuen Weltordnung« unter eindeutiger US-Führung. Dennoch schien ein vorsichtiger Optimismus angebracht, denn die Ausgestaltung der Weltordnung schien offen, die politischen Erfahrungen – gerade im Rahmen der UNO-Weltkonferenzen zwischen 1992 und 1997 – waren neu und aufregend. Die endgültige Richtung des »Bruchs im Umbruch« von 1989 (Lothar Brock) schien noch nicht festgelegt.

In den letzten Jahren hat sich in dieser Hinsicht einiges geklärt. »Nachhaltig« sind nämlich heute weniger »nachhaltige Entwicklungen« im Sinne einer tiefgreifenden weltweiten emanzipativen und sozial-ökologischen Trans-

formation, sondern viel eher der Neoliberalismus und, wie im Irak und anderswo zu besichtigen, die Neue Weltordnung. Von Alternativen ist heute gar nicht mehr die Rede, »der Süden« wird in den kapitalistischen Zentren eher als Bedrohung wahrgenommen (Metaphern sind Asylanten, Flüchtlingschwemme und Billiglohnkonkurrenz) und/oder als Chaos (in das bei Exzessen »humanitär interveniert« werden muss). Sozial-ökologische Fragen sind von der Tagesordnung zwar nicht verschwunden, werden aber – wie vieles andere – auf ihren Beitrag zur Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit hin geprüft. Letzteres ist heute *das* überragende Kriterium politischen Handelns.

Entsprechend haben sich in den letzten Jahren in die NGO-Euphorie zunehmend skeptischere Tönen gemischt. Peter Wahl (2001) sieht in ihnen die »meistüberschätzten Akteure der 1990er Jahre«. In der Tat werden die vormals hochgelobten »alternativen Akteure« in verschiedenen Bereichen zum integralen Bestandteil der Neuen Weltordnung. Wie Thomas Seibert (2000) aufzeigt, wäre der Kosovo-Krieg ohne die große und unkritische Bereitschaft vieler NGOs, sich in den Aufräumarbeiten zu engagieren (und dabei gut zu verdienen), so gar nicht möglich gewesen – einmal abgesehen von den ideologischen Rechtfertigungen. Seibert spricht daher am Beispiel Kosovo-Krieg von NGOs zu Recht als »Weltsozialarbeitern«.

Doch schon die Rede von »den« NGOs droht einen differenzierteren Blick auf das Phänomen zu verstellen. Denn es handelt sich um hochgradig heterogene Akteure und gerade ihre Heterogenität ist entscheidend für ihr Handeln (vgl. Walk/Brunnengräber 2000; Brand et al. 2001). Man sollte sich daher durchaus von dem vieldeutigen Gegenstand, d.h. den heterogenen NGO-Praxen in den verschiedenen Problembereichen, irritieren lassen. Zudem konstituieren sie sich unter widersprüchlichen gesellschaftlichen Bedingungen, wobei diese Widersprüchlichkeit ein zentraler Ansatzpunkt für ihr Handeln ist.

NGOs als Akteure internationaler Biopolitik

Die These von der Vielfältigkeit der Rollen der NGOs im Prozess »nachhaltiger Entwicklung« lässt sich im Konfliktfeld der internationalen Biodiversitätspolitik verdeutlichen.

Zwar kann auf materialer Ebene mithilfe der verschiedensten Indikatoren ein Verlust der biologischen Vielfalt festgestellt werden. Es »gibt« diesen

Verlust jedoch nicht einfach. Vielmehr ist das Problem selbst – in enger Verbindung mit der historisch-spezifischen Bedeutung von Ressourcen und den Interessen an ihrer Inwertsetzung – nur als politisch konstituiertes denkbar und damit integraler Teil sozialer Auseinandersetzungen um Definitionen, Problemverständnisse und Bearbeitungsversuche. Daher gibt es verschiedene Auffassungen darüber, welche Probleme überhaupt verhandelt werden und welche Ursachen ihnen zugrunde liegen. Beim Biodiversitätsbegriff handelt es sich also nicht um eine Bezeichnung für etwas Reales, sondern um einen *politischen Begriff*. In den verschiedenen Definitionskämpfen, was denn nun das Problem und ihm »angemessene« Politiken seien, spielen NGOs eine prominente Rolle.

Im Bereich der internationalen Ressourcen- und Umweltpolitik existiert eine entscheidende Bedingung, um am politischen Prozess teilnehmen zu können: umfassende und/oder spezifische Expertise. Diese Funktion ist nicht unabhängig von Ressourcen erfüllbar, wenngleich sehr unterschiedliche Akteure wie die Groß-NGO WWF (World Wildlife Fund; heute: World Wide Fund for Nature) oder IUCN (International Union for the Conservation of Nature - The World Conservation Union) im internationalen Verhandlungsprozess nicht unbedingt ein zur Größe und Finanzkraft proportionales stärkeres Gewicht haben als Klein-NGOs wie GRAIN (Genetic Resources Action International) oder ETC Group (Erosion, Technology and Concentration; vormals RAFI). Wissenschaftliche Forschung und Politikberatung haben bis heute einen überragenden Stellenwert, um Problem und Konfliktfeld zu strukturieren, und werden von vielen NGOs, wenn auch in unterschiedlichem Maße, systematisch betrieben. Ergänzt wird diese Art von Expertise durch eine andere, nämlich durch das nicht-kodifizierte (Erfahrungs-)Wissen, das so genannte *tacit knowledge*, darum, wie die spezifischen politischen Prozesse ablaufen und wie in sie interveniert werden kann.

Die Heterogenität von NGOs wird deutlich, wenn man zwei Typen von NGOs betrachtet, die aus dem Rahmen des allgemeinen NGO-Verständnisses fallen, sich aber in internationalen Politikprozessen selbst als solche bezeichnen bzw. von der UNO als NGOs verstanden werden: Zum einen Unternehmens-NGOs (*industrial NGOs*), in der Regel internationale Unternehmensverbände, und zum anderen privatwirtschaftliche »Consultings«, die vor allem in den, den politischen Prozessen vorgelagerten oder nachfolgenden, Implementierungsprozessen eine Rolle spielen (beispielsweise durch Informationsbeschaffung oder die Erstellung nationaler Pläne für bestimmte Länder; vgl. die Typisierung verschiedener NGOs in Brand 2000, 5. Kapi-

tel). Letztere NGO-Typen ähneln sich darin, dass sie privatwirtschaftliche Interessen vertreten (Unternehmensverbände) oder aber selbst welche haben (Consultings). Gerade für Consultings ist Expertise zentral.

Das Engagement in bestimmten Konfliktfeldern hängt auch mit den dort geltenden Regeln für NGOs zusammen. Innerhalb der CBD haben NGOs weitgehende Teilnahmemöglichkeiten, innerhalb der FAO ist es unterschiedlich. Innerhalb der WTO zeichnet sich eine Öffnung für NGOs seit den Protesten während der 2. und 3. WTO-Ministerkonferenz (im Mai 1998 in Genf bzw. Ende 1999 in Seattle) ab. Bedeutend ist zudem, dass viele NGOs einen direkten Zugang zu Regierungen und internationalen Organisationen haben, was eine große Offenheit der Konferenzen nicht zur einzigen Handlungsbedingung macht.

Die Heterogenität der NGOs wird zunehmend von den Akteuren selbst wahrgenommen. Man könnte von einer »strategischen Identitätspolitik« dahingehend sprechen, dass nach außen hin an einem relativ einheitlichen Bild der NGOs als Vertreterinnen progressiver Interessen festgehalten wird, obgleich den NGOs die Differenzen hinsichtlich der politischen Orientierungen, Ressourcen, Einflussmöglichkeiten u.a. relativ klar sind.

Angesichts der sich transformierenden Strukturen internationaler Politik ist ein weiterer Tatbestand wichtig: In gewisser Weise sind NGOs sehr etatistisch ausgerichtet, d.h. ihr Handeln richtet sich an staatlichen Akteuren (was internationale politische Institutionen auch sind) aus. Dies ist insofern plausibel, da hier am ehesten Einflussmöglichkeiten bestehen. Von einer auf privatkapitalistische Unternehmen bezogene Produktionsöffentlichkeit wie von einer internationalen bürgerlichen Öffentlichkeit oder gar »zivilgesellschaftlichen« Strukturen kann kaum gesprochen werden. Eine Ausnahme stellen die Auseinandersetzungen um die Gentechnologie dar, in denen NGOs über Öffentlichkeit gegenüber privatkapitalistischen und staatlichen Akteuren agieren.

Gerade deshalb ist die von den NGOs beizutragende Expertise hinsichtlich der Inhalte wie auch der Prozesse auf der internationalen politischen Ebene zentral. Andere Optionen wie Protest durch Mobilisierung oder die Infragestellung der sich herausbildenden Strukturen sind gar nicht denkbar, denn die Anknüpfungspunkte werden kaum sichtbar. Das »kritische Mitmachen« scheint entweder ausdrücklich gewünscht oder angesichts des Fehlens relevanter Gegenbewegungen als die bessere Option. Trotz der vorgenommenen Differenzierungen haben die NGOs in den hier interessierenden Konflikten eine Gemeinsamkeit: Sie lassen sich grundsätzlich auf das politische

Terrain ein und akzeptieren dessen Spielregeln. Es handelt sich um klassische, auf Einfluss auf den regierungsamtlichen Politikprozess drängende *pressure groups*. In seiner Analyse des NGO-Einflusses auf die internationale Biodiversitätspolitik im Rahmen der CBD arbeitet Arts (1998: 229ff.) u.a. heraus, dass NGO-Positionen nicht zu radikal sein dürfen. Wenn sie die vorgegebenen Regeln und Terrains, so die Selbstwahrnehmung vieler NGOs, weitgehend akzeptieren und ihre Forderungen eng an die bestehenden Regime anlehnen, haben sie größere Einflusschancen.

Für ihren Einfluss auf den CBD-Verhandlungsprozess sind aus NGO-Sicht zentral: Inhaltliche Expertise und Informationen für angemessene Interventionen, Kooperation und Kontakte zwischen NGOs, Lobbying- und Verhandlungsfähigkeiten; weniger wichtig sind die den NGOs insbesondere von den Regierungen zugesprochene Legitimität sowie ihre »watchdog«-Funktion. Bas Arts arbeitet auch heraus, dass in wesentlichen Fragen der CBD-Entstehung und -Weiterentwicklung NGOs ihre eigene Rolle weitaus positiver einschätzen als andere Akteure, nämlich Regierungsdelegierte, was auch die sozialwissenschaftliche Rekonstruktion selbst ergibt.

Die weitgehende Akzeptanz allgemeiner gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und politischer Konfliktstrukturen betrifft auch die Geschlechterverhältnisse. Sie spielen bei den in die internationale Biodiversitätspolitik involvierten NGOs schon programmatisch nur am Rande eine Rolle, in den politischen Aushandlungsprozessen gar keine. Auch in den NGO-nahen oder von NGO-AktivistInnen selbst verfassten politisch-wissenschaftlichen Standardwerken der internationalen Biodiversitätspolitik spielen Geschlechterverhältnisse keine Rolle. Das Ungleichheit strukturierende Prinzip ist den meisten NGOs zufolge das Nord-Süd-Verhältnis.

Zur Rolle von Expertise

Insgesamt ist im Kontext allgemeiner Entwicklungen zu erwarten, dass sich diejenigen politischen Mechanismen durchsetzen, die den dominanten politischen und ökonomischen Interessen eher dienen bzw. sich zumindest nicht dagegen stellen. Entsprechend werden derzeit die Vorstellungen einer »nachhaltigen Nutzung« der biologischen Vielfalt definiert, wobei die Weltbank eine sehr wichtige Rolle spielt. Die Abstimmungen der verschiedenen Vertragswerke untereinander bleiben Teil nationaler und internationaler Kräfteverhältnisse und Strukturen. Internationale Politik mit ihrer wettbewerbs-

staatlichen Ausrichtung wird auch zunehmend versuchen, Märkte für biologische Ressourcen zu schaffen, auf denen privatwirtschaftliche Akteure agieren können. In der Konkurrenz der politischen Regulierungssysteme sind die Versuche dominanter Akteure unübersehbar, die WTO zum bestimmenden und verbindlichsten System zu machen.

Neben der Ökonomisierung bilden sich Formen des internationalen politischen Managements heraus. Gemessen an den in den 1980er Jahren formulierten Ansprüchen waren sowohl die internationale Biopolitik und die darin involvierten NGOs relativ erfolglos. Der langjährige Aktivist Pat Mooney (1998) beispielsweise kommt zu einer sehr skeptischen Einschätzung hinsichtlich der Auseinandersetzungen um pflanzen genetische Ressourcen zwischen Mitte der 1980er und Mitte der 1990er Jahre. Das deutet darauf hin, dass im Prozess der kapitalistischen Restrukturierung wenig Platz für alternative Rationalitäten ist. Die neoliberale Globalisierung stellt einen Kontext dar, der auch ökologische Problemlagen nur durch die Brille ökonomischer Prozesse wahrnehmbar werden lässt. Nicht umsonst sind am ehesten die Vorschläge von NGOs relevant, die sich relativ dicht an die dominanten Entwicklungen anlehnen (wie etwa die Ökonomisierung der biologischen Vielfalt). Vor diesem Hintergrund folgen einige abschließende Bemerkungen zur Rolle von NGOs in der internationalen Biopolitik.

NGOs agieren in der internationalen Biopolitik unter Bedingungen und auf Terrains, die sie als »schwache Akteure« relativ wenig beeinflussen. Wird Biopolitik mit »harten« ökonomischen und Ressourcenfragen zusammengebracht, dann sind ihre Einflusschancen sogar noch geringer als wenn es sich um so genannte *soft issues* handelt, die eine geringere Priorität für die dominanten Akteure haben.

Internationale Biopolitik findet unter Bedingungen statt, die auf den ersten Blick für NGOs keineswegs vorteilhaft sind: Abgesehen von gentechnisch modifizierten Lebensmitteln ist das Thema derzeit in einer breiteren Öffentlichkeit wenig aktuell. Es wird aber auch in einem gesellschaftlichen Kontext diskutiert, in dem die »ökologische Frage« kaum mehr gestellt wird und in dem – zumindest in den Metropolen – die Nord-Süd-Verhältnisse kein politisch relevantes Problem und damit Gegenstand von Auseinandersetzungen mehr sind. Damit ist NGOs aber ein wichtiges »Instrument« genommen, nämlich das der Öffentlichkeit, um politisch ernst genommen zu werden. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied etwa zum Beginn der 1990er Jahre, als ökologische Themen etwa im Umfeld der UNCED politisierbar und mit anderen Themen verknüpfbar waren. Daher greifen NGOs

in der internationalen Biopolitik auf ein anderes »Instrument« zurück, das der Expertise. Allerdings ist zu erwarten, dass NGOs bei der Durchführung von Projekten eine zunehmend wichtige Rolle übernehmen (teilweise jedoch ganz andere NGOs als die bislang international aktiven, nämlich der Typ des »Consulting«).

Das ausschließliche Agieren vieler NGOs innerhalb des sich herausbildenden internationalen politischen Institutionensystems führt diese dazu, zum Teil einer »Klasse globaler Ressourcenmanager« (Michael Goldman) und damit zu einer Art Co-Elite zu werden. Probleme werden, so eine sich durchsetzende Wahrnehmung, »von oben« am effektivsten gelöst (wobei »oben« in vielen Fällen nicht nur international, sondern auch Norden heißt). Der zentrale Politikstil eines globalen Ressourcenmanagements, als dessen Teil sich einige NGOs wähen, ist kooperativ. Grundlegende Antagonismen existieren aus dieser Perspektive genauso wenig wie nicht versöhnbare Differenzen. Die Tatsache der Co-Eliten – wie auch der Expertise als zentrale Handlungsvoraussetzung – trägt einen weiteren Aspekt in sich, nämlich den der personellen Verflechtungen zwischen NGOs und internationalen oder nationalen staatlichen Apparaten.

Schließlich ist ein übergreifender Aspekt vielleicht der bedeutendste für die sich herausbildenden Strukturen internationaler Politik: Etwas zugespitzt könnte nämlich behauptet werden, dass eine zentrale Funktion von NGOs in der internationalen Biopolitik in einer Art *bürgerlicher Selbstkritik* besteht. Das politische System gewinnt seine Legitimität und Effektivität dadurch, dass es Kritik gerade in seinen verschiedenen Ausprägungen zulässt oder sogar aktiv organisiert. Insofern sind NGOs als »professionelle Intellektuelle« (Gramsci) daran beteiligt, gesellschaftliche Kompromisse und Konsens zu organisieren.

Die Tatsache der geringeren öffentlichen Aufmerksamkeit für »ökologische Themen« und ihre eigene Rolle als Co-Eliten, dies ist in der bisherigen Argumentation deutlich geworden, ist keineswegs für *alle* NGOs ein Problem. Probleme sehen aber die NGOs, die eine umfassendere Problemsicht haben und entsprechend ein »nord-westlich« dominiertes globales Ressourcenmanagement eher für ein Teil des Problems als für seine Lösung halten.

Ausblick: NGOs und die demokratische Frage

Nur von wenigen NGOs auf internationaler Ebene wird die »demokratische Frage« gestellt. Zu sehr scheinen sie damit beschäftigt zu sein, einzelne Aspekte auf die politische Agenda zu hieven oder nicht fallen zu lassen, als dass sie sich kritisch auf die Herausbildung internationaler politischer Strukturen beziehen und für deren Demokratisierung einsetzen könnten. Zu sehr scheint auch bei NGOs die strukturelle Benachteiligung »des Südens« eher ein Faustpfand, um die Verhandlungsposition südlicher Regierungen zu stärken, und weniger ein viel weitreichenderes Problem. Damit soll nicht negiert werden, dass es Protest gegen die dominanten Formen der Naturaneignung genauso gibt wie alternative Erfahrungen. Sie spielen allerdings auf der internationalen Politikebene kaum eine Rolle. In der Regel sind sie lokal.

Eine demokratische, d.h. nicht herrschaftsförmige Aneignung der Natur muss unhintergebar die vielfältigen Formen sozialer Herrschaft in Frage stellen. Für NGOs hieße das, Gegenmacht zu entwickeln bzw. bestehende Machtverhältnisse und -strukturen aufzuweichen. Zugegebenermaßen ist es schwerlich abstrakt zu entscheiden, wo und wie das genau vor sich geht. Daher ist die Grundbedingung für die Auseinandersetzungen hin zu einer demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse gerade die *kritische Reflexion* der allgemeinen und spezifischen Rahmenbedingungen und des Handelns der verschiedenen Akteure, also auch für die NGOs selbst. Dazu sind nicht nur Prozesse der Selbstorganisation notwendig, sondern auch relativ eigenständige Sichtweisen gegenüber den dominanten Problempereptionen und ihren Bearbeitungsvorschlägen. Dies geschieht von NGO-Seite im internationalen Prozess dann, wenn spezifische nationale und lokale Erfahrungen eingebracht werden. Für die (selbstkritische) Verarbeitung solcher Erfahrungen wären Terrains nötig, die sich gerade nicht auf das vorgegebene Konfliktfeld beschränken.

Zudem ginge es darum, auch auf internationaler Ebene eine Herrschaftskritik und dabei insbesondere eine adäquate Politikkritik zu formulieren, die sich mit den Fallstricken des Etatismus auseinandersetzt. Zentral ist dabei, verschiedene räumliche Ebenen miteinander zu verknüpfen. Akteure, die sich grundlegend kritisch auf die dominanten Restrukturierungsprozesse beziehen wollen, müssen die Notwendigkeit erkennen, dass es um Vielfalt, unterschiedliche Erfahrungen und lokale wie regionale Besonderheiten geht. Andererseits ist die derart heterogene lokale Ebene in einen tendenziell alles vereinheitlichenden »Sachzwang Weltmarkt« eingebunden. Es geht also dar-

um, auf allen Ebenen Gegenmacht sowie alternative Erfahrungen und Lernprozesse zu organisieren und nicht nur, wie oft in kritischen Beiträgen suggeriert wird, auf der lokalen.

Schließlich stellt sich auch für kritische Akteure in der internationalen Biopolitik die Frage der institutionellen Absicherung alternativer Rationalitäten und gesellschaftlicher Prozesse. Denn Alternativen setzen sich einerseits nur in Auseinandersetzung mit dominanten Entwicklungen durch, müssen aber andererseits sich zu ihrer Verfestigung in gesellschaftlichen Institutionen materialisieren.

Zugegebenermaßen stehen die Chancen für eine demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und damit der Durchsetzung ganz anderer Aneignungsformen von Natur heute denkbar schlecht. NGOs sind vor diesem Hintergrund ein integraler Bestandteil des sich herausbildenden Netzwerkes internationaler Regulation. Darin kann Kritik geäußert werden an verschiedenen Aspekten der gegenwärtigen Restrukturierung – ja sie ist sogar von dominanten Akteuren erwünscht. Ob der heterogene Politiktyp der NGOs bzw. Teile davon Träger alternativer Gesellschaftsvorstellungen sein können, ist gerade angesichts der dominanten Verhältnisse nicht zu beantworten. Aber das macht es keineswegs überflüssig, die Frage danach zu stellen.

Literatur

- Arts, Bas (1998): *The Political Influence of Global NGOs. Case Studies on Climate and Biodiversity Conventions*, Utrecht.
- Brand, Ulrich (2000): *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt*, Münster.
- Brand, Ulrich/Demirovič, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg., 2001): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster.
- Mooney, Pat (1998): *The Parts of Life. Agricultural Biodiversity, Indigenous Knowledge, and the Role of the Third System. Special Issue of Development Dialogue*, Uppsala.
- Seibert, Thomas (2000): *Weltsozialarbeiter*, in: *Jungle World*, Nr. 27, 28. Juni 2000.
- Wahl, Peter (2001): »Sie küssten und sie schlugen sich«. *Zum Verhältnis von Nichtsregierungsorganisationen und Internationalen Regierungsorganisationen*, in: Brand, Ulrich u.a. (Hrsg., 2001), 121-139.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000): *Die Globalisierungswächter. Transnationale Netze im Konfliktfeld Klima*, Münster.

Globale soziale Bewegungen zwischen Aufbruch und Dilemma

»Seattle 1999« als erster Kristallisationspunkt

Gemeinsamkeiten, Differenzen und Ambivalenzen
der aktuellen Bewegungen

Seit der dritten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) Ende 1999 in Seattle geistern die »Globalisierungsgegner« durch die Medien. Der *Spiegel* meinte gar, in ihnen die »erste soziale Bewegung der Postmoderne« ausgemacht zu haben. Dabei ist der Protest gegen den Neoliberalismus so schillernd wie seine Bewertung. Während die einen die Vielfalt des Widerstandes feiern, kritisieren andere Aktionismus und Theorielosigkeit. Gerade weil die Bewegung so heterogen ist, bedarf es einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Politikverständnis der verschiedenen Strömungen.

Seattle steht dabei nicht am Beginn der Kritik an der neoliberalen Globalisierung und noch weniger können die Aktionen von Seattle zum Ausgangspunkt einer globalen Protestbewegung stilisiert werden. Es gibt in Industriestaaten bereits seit Jahren Bewegungen wie die »Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung« (www.euromarches.org) oder die alljährlichen Proteste gegen das *Weltwirtschaftsforum* in Davos. In peripheren Ländern wie Indien, Südkorea, Südafrika, Mexiko oder Brasilien sind Gewerkschafts-, BäuerInnen- und Landlosenbewegungen teilweise schon seit Jahrzehnten aktiv.

Dennoch: »Seattle« war ein erster internationaler Kristallisationspunkt sozialer Bewegungen nach Jahren politischer Lähmung. Während die Proteste in den 1980er Jahren gegen Weltbank und IWF von der metropolitanen Solidaritätsbewegung getragen wurden und sich vor allem gegen die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme in peripheren Ländern richteten, agieren die Initiativen heute wirklich global. Deutlich wurde in Seattle auch, dass sich die politischen Konzepte von NGOs, die sich auf Expertise, gute Argumente und Appelle an aufgeklärte Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik konzentrieren, nicht als erfolgreich erwiesen haben. Vielmehr können sich Regierungen, Unternehmen und Medien die ihnen genehmen Aspekte der NGO-Kritik herauspicken und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Ein Kern vieler heutiger Proteste liegt in der Einsicht in diese Mechanismen. Auffällig ist, dass dabei zunächst einmal Unmut manifestiert wird, ohne

gleich einen »konstruktiven Vorschlag« parat zu haben. Der »bloße« Protest scheint nach vielen Jahren der Diskreditierung eine öffentliche Rehabilitation zu erfahren – insbesondere wenn er die Form des Massenprotests annimmt. Zwar haben die Protestbewegungen aus dem linken Spektrum die oft als ExpertInnen und Co-Eliten agierenden NGOs nicht abgelöst – vielmehr werden insbesondere die internationalen Groß-NGOs versuchen, den vermeintlich größeren Spielraum für politische Alternativen für sich zu nutzen und an den Runden Tischen auf mehr Gehör drängen. Aber die jüngsten Protestaktionen – gleich ob sie »gewaltfrei« oder »militant« sind – haben für Bewegung gesorgt: Sie beleben nicht nur die Kritik an den herrschenden Zuständen, sondern auch die Diskussion um grundlegende Politikverständnisse.

Spektren der globalen sozialen Bewegungen

Vor diesem Hintergrund lassen sich in den anti-neoliberalen Bewegungen exemplarisch sechs Ansätze innerhalb nördlicher Länder identifizieren. Diese skizzenhafte Einordnung soll jedoch keinesfalls das viel breitere Spektrum (eine breitere Typisierung nimmt Leggewie 2003: 2. Kapitel vor) in starre Kategorien pressen. Wenn, wie in der Einleitung betont, ein sehr weites Verständnis von Bewegungen sinnvoll ist, dann gehören auch jene WissenschaftlerInnen, Menschen in staatlichen Institutionen, Professionelle in verschiedenen Branchen, KünstlerInnen, kritische Medien und PublizistInnen bis hin zu Nicht-Organisierten dazu, sofern sie sich den globalisierungskritischen Anliegen verbunden fühlen.

Direkt nach der »Battle of Seattle« stand ein als *internationale Protestbewegung* zu bezeichnendes Spektrum von Gruppen und Individuen, das sich durch seine anti-institutionalistische und konfrontative Haltung auszeichnet, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die internationalen neoliberalen Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank werden von dieser als Hauptgegner identifiziert. Dementsprechend konzentriert sich dieser Teil der Bewegung auf Ereignisse wie WTO-Konferenzen, IWF/Weltbank-Tagungen oder Weltwirtschaftsgipfel. Ihre wichtigste Organisationsform ist das Netzwerk; darunter vor allem die 1997 gegründete *Peoples' Global Action* (PGA), die sich als Ausdruck einer vielfältigen und radikalen globalen Protestbewegung versteht. Assoziiert bei PGA (www.agp.org) sind nicht nur Bewegungen und Organisationen aus Nord und Süd, sondern auch Individuen. PGA

verweist auf die zunehmenden Kämpfe in peripheren Ländern, die Anstöße für die Metropolen bringen sollen. So organisierten europäische AktivistInnen im Vorfeld des Kölner EU/G7-Gipfels 1999 eine Karawane von 300 Mitgliedern einer indischen radikalen BäuerInnenorganisation durch Europa. Gerade in peripheren Ländern gibt es vielfältige Ansätze, die herrschende Verhältnisse viel konkreter und nachhaltiger in Frage stellen, international jedoch kaum wahrgenommen werden.

Als zweites Spektrum sind die klassischen Solidaritätsgruppen zu nennen, die sich zunehmend mit den Dynamiken des globalen Kapitalismus auseinandersetzen. Das ist nicht immer neu, denn schon in den 1970er Jahren gab es Kritik etwa am Vietnam-Krieg der USA oder in den 1980er Jahren an der Verschuldungskrise und den Strukturanpassungsprogrammen von nördlichen Banken und Regierungen. In den 1990er Jahren befand sich die Solidaritätsbewegung in der politischen Defensive.

Viele dieser Gruppen sind im 1977 gegründeten Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) bundesweit organisiert. Der BUKO stand in den 1990er Jahren der Orientierung an Lobbyismus und guten Argumenten gegenüber den Herrschenden skeptisch gegenüber. Allerdings wurde er damit nicht besonders gehört. In der Öffentlichkeit wurde der BUKO weiterhin über die einzelnen Kampagnen wahrgenommen. Da die Aktivitäten und dabei vor allem die jährlichen Kongresse in den 1990er Jahren von einer tiefen Verunsicherung gekennzeichnet waren, wurde immer wieder über Selbstauflösung debattiert. Nach den Protesten von Genua ist auch in Deutschland das Interesse an internationalistischen und globalisierungskritischen Positionen enorm gestiegen. Seit einigen Jahren nimmt die Bedeutung des Verbandes, der sich inzwischen in Bundeskoordination Internationalismus umbenannt hat, wieder zu. Zum Jubiläumskongress BUKO 25 im Mai 2002 in Frankfurt/M. kamen fast 1.000 Personen, zum BUKO 27 nach Kassel etwa 800 InternationalistInnen, darunter viele junge Menschen. Die Themen Globalisierung auf dem Jahreskongress 2002, Krieg und Militarisierung (2003), Aneignung von oben und unten (2004) sowie Imperialismus/innere und äußere Landnahme (2005) deuten Orientierungen und wichtige Diskussionen an. Die BUKO könnte sich wieder zum Kristallisationspunkt einer radikalen internationalistischen Linken entwickeln. Im Gegensatz zu anderen Spektren agiert sie jedoch jenseits der Projekte ihrer Mitgliedsgruppen kaum international.

Ganz anders eine dritte Strömung, nämlich international agierende Nicht-regierungsorganisationen (NGOs), seien es Großorganisationen wie der

World Wide Fund for Nature (WWF), Netzwerke wie »Friends of the Earth«, Greenpeace, spezialisierte ExpertInnengruppen oder gar quasi-staatliche entwicklungspolitische Organisationen, die schon vor den jüngsten Protesten international agiert haben. Viele NGOs setzen auf eher kooperative Politikansätze, andere wie Greenpeace agieren über starke Medienpräsenz. Diese können zwar im Unterschied zu den 1990er Jahren nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch für internationale Kritik für sich reklamieren. Die kritischeren Organisationen haben längst erkannt, dass sie sich als »Infrastruktur« für die aktuellen Bewegungen einbringen müssen. Sie sind mit Expertise, internationalen Kontakten und Ressourcen sowie ihrer organisatorischen Erfahrung Teil von Bewegungen. Dennoch besteht immer die Gefahr, dass spezialisierte NGOs breitere Bewegungen dominieren, wobei grundsätzlich auch nicht alle NGOs über einen Kamm geschoren werden können.

Im Gegensatz zu den bereits genannten international agierenden Organisationen haben sich in den letzten Jahren zunehmend Vereinigungen in die Proteste eingebracht, die vorher stark auf nationaler Ebene agierten. Man könnte sie als vierte Strömung bezeichnen. Zuvorderst sind hier Teile der Gewerkschaften und Kirchen, Sozialverbände und Erwerbslosen-Initiativen zu nennen, die nach und nach globalisierungskritische Aspekte in ihre Arbeit mit einbeziehen. Es sind etwa bei kirchlichen Organisationen wichtige Lernprozesse zu beobachten, in denen sie sich von einer rein assistentialistischen Perspektive auf die »Armen im Süden« zunehmend globaler Zusammenhänge bewusst werden.

Es gab natürlich immer ein internationalistisches Gewerkschaftsspektrum, das jedoch gerade in Deutschland marginalisiert wurde. In den Gewerkschaftsorganisationen, insbesondere in den nördlichen, dominieren immer noch das Mitmachen im globalen Standortwettbewerb und das Co-Management, um die Interessen der (Kern-)Belegschaften zu vertreten. Zaghaft deuten sich heute Umorientierungen über ein links-internationalistisches Spektrum hinaus an, das gewerkschaftlichen Internationalismus nicht nur postuliert, sondern sich in die widersprüchlichen Tiefen seiner Umsetzung begibt. Die Demonstration am 3. April 2004 in Berlin sowie der im Mai 2004 stattgefundenene »Perspektiven-Kongress« sind wichtige Meilensteine.

Eine fünfte Strömung innerhalb der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung unternimmt den Versuch, intellektuelle Kritik und soziale Bewegungen wieder stärker aufeinander zu beziehen. Ein Beispiel ist die in Frankreich aktive Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen um den verstorbenen Soziologen Pierre Bourdieu, *Raisons d'agir* (»Gründe zu handeln«). Aus-

gangspunkt war die Einschätzung von Intellektuellen, die sich 1995 mit den Streiks in Frankreich solidarisiert hatten, dass eine wirkungsvolle Organisation fehlte. Die Gruppe (www.raisons.org) hat mittlerweile ein beachtliches organisatorisches Netz entwickelt, um die entstehenden Bewegungen gegen den Neoliberalismus als »kritische Gegenmacht« miteinander zu verbinden. Die »kollektiven Intellektuellen« wollen mit Information, Analyse und Reflexion der Hegemonie des neoliberalen Denkens begegnen. In Frankreich scheint die Annäherung zwischen kritischen Intellektuellen und anderen Bewegungsformen zu gelingen und verleiht somit den dortigen Protesten Dynamik. Auch auf internationaler Ebene entstehen insbesondere um das Europäische und Weltsozialforum herum Intellektuellen-Netzwerke.

Eine sechste Strömung ist insbesondere in Deutschland und Frankreich das Netzwerk Attac. Die Initialzündung zu seiner Gründung ging von einem Artikel des Chefredakteurs der linksliberalen Monatszeitung *Le Monde Diplomatique*, Ignacio Ramonet, im Dezember 1997 aus. Vor dem Hintergrund der Asienkrise forderte Ramonet darin, die »Märkte zu entwaffnen« und regte die Gründung einer »Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der BürgerInnen« – im Französischen mit »Attac« (Association pour une Taxation des Transactions Financiers pour l'Aide aux Citoyens) abgekürzt – an. Die Anregung stieß auf große Resonanz, an vielen Orten bildeten sich spontan Gruppen, und von Frankreich ausgehend breitete sich Attac weltweit aus.

In Deutschland war Attac im Januar 2000 eine Initiative, die eher von NGOs ausging. Auch hier stand die Forderung nach einer Tobin-Steuer und der demokratischen Regulierung der Finanzmärkte im Vordergrund. Allerdings entwickelte Attac Deutschland zunächst nicht die Dynamik wie im südwestlichen Nachbarland. Erst mit den in einer breiten Öffentlichkeit rezipierten und kommentierten Ereignissen in Genua anlässlich des G-8-Gipfels wurde das Netzwerk wichtig. Die Medien suchten nach einem »Gesicht« der Bewegung und fanden es in Attac.

Gegenüber seiner Anfangszeit hat sich Attac thematisch mittlerweile ausdifferenziert und verbreitert. Der Gegenstand, die neoliberale Globalisierung, wird nicht mehr nur mit der Internationalisierung und Instabilität der Finanzmärkte verknüpft, sondern als tiefgreifender und machtförmiger gesellschaftlicher Transformationsprozess begriffen. Die im Rahmen der Globalisierung stattfindenden Entwicklungen zunehmend als umfassenden Transformationsprozess und herrschaftskritisch zu verstehen, ist selbst ein Prozess von Klärung und Politisierung. Damit wird es möglich, Kampagnen gegen

die Privatisierung der Rentenversicherung oder Gesundheitsvorsorge zu starten. Denn zunehmend erscheinen Privatisierungen als interessen-geleiteter und sehr viele Menschen benachteiligender Teil von »Globalisierung« und nicht mehr als »logischer« Prozess. Auch in den Protesten gegen den Irak-Krieg spielte Attac eine wichtige Rolle.

Das Netzwerk ist inzwischen in etwa 50 Ländern präsent und hat schätzungsweise 90.000 Mitglieder, die Hälfte davon in Frankreich (die Zahl ist sehr ungenau, da auch Organisationen mit Hunderttausenden von Mitgliedern selbst Teil des Netzwerkes sind). Bei Attac-Deutschland gibt es heute zahlreiche Regional- und Hochschulgruppen und etwa 17.000 Mitglieder, 160 lokale Ortsgruppen, mehrere bundesweite Kampagnen zu Themen wie »Stoppt Steuerklau – Stoppt Vodafone« oder gegen Wasserprivatisierung und zahlreiche bundesweite Arbeitsgruppen zu Themen wie Finanzmärkte, Alternative Weltwirtschaftsordnung, EU, WTO, Krieg, ökologische und feministische Fragen u.a.m. Seit April 2002 existiert ferner ein wissenschaftlicher Beirat.

Gemeinsamkeiten

Es sollen nicht die verschiedenen Initiativen und »Strömungen« vereinheitlicht werden. Die Pluralität der globalen sozialen Bewegungen macht ja einen Gutteil ihrer Dynamik aus. Viel zu häufig werden Differenzen jedoch nicht produktiv ausgetragen, sondern verharren in Animositäten, Misstrauen oder Desinteresse. Auf diesem Feld sind Lernprozesse in den kommenden Jahren wichtig.

Drei Gemeinsamkeiten des skizzierten linken anti-neoliberalen Spektrums können m.E. dennoch ausgemacht werden: Zum einen verorten sich alle Strömungen jenseits der Realpolitik. Der Hinweis auf fehlende Machbarkeit soll nicht jegliche Kritik und Alternativvorschläge vom Tisch wischen können. Zweitens haben die meisten Initiativen ein mehr oder weniger konfliktorisches Politikverständnis. So vereinfachend Slogans wie »Gegen Neoliberalismus« oder »Gegen die Herrschaft der Finanzmärkte« auch sein mögen – sie konstituieren, was jede Bewegung benötigt: einen Gegner. Es ist zunächst ein Vorteil, unter allgemeinen, schillernden und noch undifferenzierten Formeln verschiedene Spektren zu vereinen und handlungsfähig zu machen.

Drittens greifen alle Initiativen Widersprüche im Prozess der kapitalistischen Globalisierung auf: Die Erkenntnis von der Scheinheiligkeit des neoli-

beralen Glücksversprechens (»Jeder ist seines Glückes...«) und ein diffuses Unwohlsein angesichts der immer stärkeren globalen Normierung aller Lebensbereiche wachsen ebenso wie das Gefühl, dass die Kontrolle über das eigene Leben zunehmend Markt- und Standorterfordernissen ausgeliefert wird. Hier können die Kritik an der zunehmenden kapitalistischen Monokultur sowie die Forderungen nach Vielfalt und Demokratie politisierend wirken.

Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik

Die trotz solcher Gemeinsamkeiten deutlich gewordene politische Heterogenität stellt die Bewegungen vor ein Dilemma: Einerseits muss gemeinsame Handlungs- und damit Bündnisfähigkeit hergestellt werden. Gleichzeitig muss diese Handlungsfähigkeit permanent auf ihren sehr weitgehenden Anspruch gesellschaftlicher Veränderung (»Eine andere Welt ist möglich«) überprüft werden, die sich unter dem Bündnisdruck abzuschleifen droht. Wahrnehmungen, die in gute radikale Bewegungen hier und angepasste NGOs dort unterscheiden (oder umgekehrt: hier die konstruktiven Initiativen und dort die verbohrt Radikalen), helfen dabei nicht weiter.

Bewegungen und Staat

Ambivalent sind bis heute die Positionen gegenüber dem Staat. Insbesondere seine immer stärker neoliberalen Politiken werden von den Bewegungen kritisiert. Staat wird von einem großen Teil der Bewegungen zwar als herrschaftsförmige Institution verstanden; gleichwohl wird diesem ein potenzieller Bezug auf das Allgemeinwohl unterstellt. Vorherrschend ist dabei eine Sichtweise, die sich von adäquaten staatlichen Eingriffen ein relativ krisenfreies Funktionieren des Kapitalismus verspricht. Für die internationale Politik existiert in Teilen der aktuellen Protestbewegungen die Annahme, dass »die« Politik den ökonomischen Globalisierungsprozess einzubetten habe. Hier liegt eine deutliche Ambivalenz: Damit sind erhebliche Politisierungsprozesse gelungen, denn es wird an einem anderen Element des Alltagsverständnisses angeknüpft, nämlich dass der Staat zuvörderst Gemeinwohlinteressen zu verfolgen hat.

Es stellt sich dann die Frage, welche Rolle staatliche Politik in den jüngsten Veränderungen tatsächlich spielt. Wie auch in anderen Kapiteln gezeigt wird, hat sie als institutionalisierter Teil gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse

den neoliberalen Prozess aktiv mit vorangetrieben. »Die« Politik auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene steht ja gerade nicht gegen »die« Ökonomie und gesamtgesellschaftliche neoliberale Orientierungen, sondern sie sichert neoliberale Interessen institutionell und ideologisch ab. Daher ist es unangemessen, von politisch-staatlichen Akteuren nun anti-neoliberale Politik zu erwarten. In großen Teilen des »nördlichen« globalisierungskritischen Spektrums wird die neoliberale Perspektive »Markt versus Staat« reproduziert; der Staat als kapitalistischer mit seinen grundlegenden (umkämpften) Funktionen sowie seine aktuelle Transformation zum Wettbewerbsstaat wie auch der dominante globale Konstitutionalismus werden nicht thematisiert (vgl. hierzu ausführlich den Beitrag zur Regulationstheorie). Zum einen ist mit dieser Perspektive wie gesagt durchaus die Politisierung von Menschen erreicht worden. Andererseits lassen sich die Akteure auf ein vorgegebenes Terrain ein, das es selbst zu hinterfragen gälte.

Eine Paradoxie der aktuellen Gesellschaftstransformationen besteht darin, dass sie gegen die Illusion einer umfassenden emanzipativen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse durch den Staat die Grenzen staatlicher Politik aufzeigen. Das sollte für linke Positionen kein Anlass zur Häme sein, denn damit werden grundlegende Rechte der subalternen Klassen abgebaut. Dennoch öffnen sich auch Räume für eine linke Kritik. Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen aus emanzipatorischer Perspektive umfassender in Frage gestellt werden. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist zentraler Akteur und Terrain der Aufrechterhaltung von Macht und Herrschaft und sollte eben nicht als Bollwerk gegen den Neoliberalismus (miss-) verstanden werden. Dieses Verständnis aufzunehmen und voranzutreiben, ist eines der *Essentials* linker Politik. Gerade hier zeigt sich, dass ein wiederherzustellender Fordismus nicht als Folie der aktuellen Kritik dienen sollte. Gleichwohl, und dies stellt eine weitere Ambivalenz dar, ist die Verteidigung sozialstaatlich-fordistischer Errungenschaften ein wichtiger und weithin anerkannter Aspekt.

Die gegenwärtigen Bewegungen haben m.E. durchaus das Potenzial, die praktische Staats- und Politikkritik zu radikalieren und zu internationalisieren, um den aktuellen Veränderungen Rechnung zu tragen. Eine kritische Thematisierung des herrschenden Politikbegriffs kann mit den aktuellen (internationalen, europäischen oder wo auch immer artikulierten) Protesten eine *Relativierung* und gleichzeitig eine *Radikalisierung* erfahren. Relativiert werden kann er, wenn staatliche Politik nur als ein Teil umfassender Veränderungen verstanden wird. Dann geraten grundlegend veränderte Alltagspra-

zen in den Blick und es geht nicht (nur) um die Machtfrage, sondern um eine umfassendere Politisierung und Veränderung der Gesellschaft in komplizierten »Stellungskämpfen« (Gramsci). Die Radikalisierung bestünde darin, die Engführung von Politik und Staat aufzulösen. Dies gelingt den Bewegungen teilweise auch.

Die praktische und theoretische Staats- und Politikkritik muss sich aber auch *internationalisieren*. Am Beispiel der neoliberalen internationalen Institutionen WTO, IWF und Weltbank kann dies verdeutlicht werden. Diese sind weiterhin Ausdruck eines neoliberalen Gesellschaftsumbaus – was insbesondere bedeutet: die Unterordnung sozialen Handelns unter den Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit und die kritiklose Akzeptanz kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Das internationale Institutionensystem ist kein Instrument der herrschenden Länder und Büttel des Kapitals. In ihm verdichten sich jedoch weltweite bürgerlich-kapitalistische und imperialistische Kräfteverhältnisse und Ergebnisse sozialer Auseinandersetzungen. Diese sind wiederum, formuliert als »nationales Interesse«, Ausdruck nationaler Kämpfe und Kräfteverhältnisse (vgl. den Beitrag zur Staatstheorie in diesem Band, Seite 45ff.).

Gegen-Hegemonie

Ein herrschaftstheoretisches Verständnis, das nicht von einem dichotomischen gesellschaftlichen »Oben« und »Unten« bzw. »Bösen« und »Guten« ausgeht, kann fruchtbar an den Hegemoniebegriff in der Tradition Gramscis anschließen. Dies hat mindestens drei Implikationen. Die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung als gesellschaftliches Projekt impliziert zum einen, dass Alternativen dazu sich nicht nur auf staatliche Politiken fokussieren können. Es geht um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Eine zu eng angelegte Reformperspektive droht – strategisch oder aus Überzeugung – dem Glauben aufzusitzen, die aufgeklärten Eliten mit entsprechendem »Druck von unten« von einem notwendigen Politikwechsel überzeugen zu können. Eine Gefahr besteht zudem darin, kurzfristige mediale Erfolge mit der nachhaltigen Veränderung materieller Kräfteverhältnisse und herrschender Entwicklungen zu verwechseln. Um die neoliberale Hegemonie zu brechen, bedarf es umfassender gesellschaftlicher Lern- und Erfahrungsprozesse. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Ansonsten wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich gewesen ist. Die Verschiebung gesellschaft-

licher Strukturen und Kräfteverhältnisse findet nicht nur in öffentlichen Debatten statt. Gerade in Zeiten, in denen immer weniger öffentlich zur Diskussion steht und insbesondere die technologisch-ökonomischen Transformationskerne kaum zugänglich sind, wird eine solch verengte Perspektive problematisch.

Von Hegemonie kann zudem gesprochen werden, wenn es den herrschenden Kräften gelingt, die diskursiven und institutionellen Terrains der Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen vorzugeben. Auf der diskursiven Ebene haben die Bewegungen einige Erfolge zu verzeichnen, insbesondere – auch wenn man sich über gesamtgesellschaftliche Wirkungen keine Illusionen machen sollte – über die zunehmende Infragestellung des neoliberalen Alltagsverständes. Hier ist die Frage, inwieweit bestimmte »Diskurs-Settings« akzeptiert werden, in denen Anerkennungs- und Unterordnungsverhältnisse reproduziert werden, etwa in Form des Lobbyismus. Die herrschaftsförmige Form der Politik wird dabei kaum mehr in Frage gestellt. Auf der institutionellen Ebene sieht es schwieriger aus. Wie die Auseinandersetzungen um das MAI, die WTO, IWF/Weltbank u.a. zeigen, werden gerade auf internationaler Ebene die sich herausbildenden Formen von Politik zunehmend in Frage gestellt, und zwar nicht nur von der internationalen Protestbewegung, sondern auch von einigen Regierungen. Die Streits zwischen den USA und der EU um das MAI wie auch die wachsende Kritik der Entwicklungsländer zeigen, dass die grundlegende Richtung keineswegs klar ist. Dies negiert nicht die Dominanz der internationalen Institutionen und die übergreifende Bedeutung eines »globalen Konstitutionalismus«, zeigt aber deren Brüchigkeit.

Die Frage internationaler Hegemonie führt zu einem dritten Aspekt, der Joachim Hirsch (2002) dazu veranlasste, von einer »nicht-hegemonialen Situation« zu sprechen. Wenn Hegemonie darin besteht, dass die herrschenden Kräfte politische Führung auszuüben in der Lage und zu materiellen Zugeständnissen an die beherrschten Kräfte bereit sind, dann haben Deregulierungen und Privatisierungen im Zuge der neoliberalen Globalisierung dazu geführt, dass die dominanten Staaten Hegemonie immer weniger ausüben können – ihnen fehlen, überspitzt formuliert, zunehmend die Mittel dazu. Das Projekt eines globalen Keynesianismus wird hier historisch-konkret brüchig. Darüber hinaus besteht eine allgemeine Grenze globaler Umverteilung darin, dass das internationale kapitalistische Staatensystem eben nicht nur durch Kooperation, sondern ganz entscheidend durch ökonomische und politische Konkurrenz geprägt ist. Auch diese Konstellation führt dazu, mit

der Annahme eines globalen Keynesianismus und der Wiederkehr des Fordismus zu brechen.

Strategiefragen

Hinsichtlich theoretischer wie strategischer Fragen (vgl. ausführlich das letzte Kapitel) halte ich es in der nächsten Zeit für ungemein wichtig, neben der Dekonstruktion der Staatsillusion auch den Ökonomiebegriff zu entgrenzen. »Ökonomie« ist eben nicht der »harte Kern« gesellschaftlicher Entwicklung, sondern gesellschaftlich eingebettet und in vielfältige Verhältnisse eingelassen. Mit der Abspaltung sozial-ökologischer Fragen oder der Ausblendung der Geschlechterverhältnisse reproduziert die Bewegung einen bürgerlichen Ökonomiebegriff und suggeriert, nun im Zentrum der Auseinandersetzungen angekommen zu sein. Auch hier kann ein hegemonietheoretisch geprägtes Herrschaftsverständnis Klärung bringen. Ariane Brensell und Friederike Habermann (2001) weisen zu Recht darauf hin, dass auch linke Theoriebildung ganz entscheidenden Anteil daran hat, dass bestimmte Fragen de-thematisiert werden.

Ein hauptsächliches Dilemma jeder kritischen-emanzipativen Bewegung besteht darin, dass sie entgegen ihrem Anspruch durchaus integriert werden und letztendlich modernisierend wirken kann. Dagegen gibt es keinen Ausweg außer dem der permanenten Reflexion der (Kräfte-)Verhältnisse und eigenen Strategien.

Unter widersprüchlichen Bedingungen ist und bleibt auch kritisches und emanzipatorisches Denken und Handeln widersprüchlich. Mit einem kritischen Hegemoniebegriff geht es heute auch darum, Denk- und Handlungsräume jenseits der realpolitisch-plausiblen Orientierungen zu öffnen, die bei genauerer Betrachtung so real gar nicht sind.

Wie kann nun das hegemoniale Verständnis von Staat und Politik jenseits der sozialdemokratischen Vorstellung eines »Dritten Weges« unterlaufen werden? Wie sähe eine »realistische Utopie« (Bourdieu) aus? Dieter Plehwe und Bernhard Walpen (1999: 234) haben in ihrer Untersuchung neoliberaler Think Tanks gezeigt, wie wichtig es für die Durchsetzung des Neoliberalismus war, dass er sich nicht der Selbstzensur des Pragmatismus unterworfen hat, sondern sein Projekt zunächst unabhängig vom Gedanken der Realisierbarkeit entwickelte. Wenn linke Politik vom Neoliberalismus lernen kann, dann wäre es eben dies: »Eine radikal emanzipatorische Alternative muss als Minimalprogramm (...) Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Utopie entwickeln. Sie darf ihre alternativen Entwürfe ebenso wenig wie der Neoli-

beralismus durch Forderungen nach Praktikabilität, Sensibilität und Realismus unterdrücken lassen. (...) Ohne Utopie und Antizipation bleiben soziale Initiativen in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen befangen.«

Und schließlich: Wichtig für gegen- bzw. antihegemoniale Praktiken ist eine Bezugnahme von Bewegungen und Intellektuellen aufeinander. Das neoliberal-postfordistische Projekt hätte in der Tat nicht seine Konturen bekommen ohne ihre organischen Intellektuellen, die zur Ausarbeitung von Konsensen und Legitimierung der Verhältnisse entscheidend beitragen (Becker et al. 2003). Gramsci betonte immer, dass auch subalterne Kräfte ihre eigenen Intellektuellen hervorbringen. Daher stellt sich die Frage, wie sich kritische Intellektuelle auf die jungen globalisierungskritischen Bewegungen beziehen. Zunächst ist festzuhalten, dass es bislang im etablierten wissenschaftlichen Betrieb recht wenige kritische Intellektuelle gibt, die sich mit neuen Formen praktischer Kritik auseinandersetzen. Weit wichtigere Orte kritischer Reflexion sind heute NGOs oder außerakademische Netzwerke. Eine zentrale Funktion kritischer Intellektueller liegt auch darin, Herrschaftskritik zuzuspitzen und in praktische Kritik einfließen zu lassen. *Wie* das geschieht, ist eine Frage politischer und intellektueller Praktiken, die sich immer wieder neu herstellen müssen – einen »goldenen Weg« gibt es dafür glücklicherweise nicht.

Literatur

- Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Alternative Wissensproduktion und gesellschaftsverändernde Praxis, in: Faschingeder, Gerald/Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Strickner, Alexandra (Hrsg., 2003): *Bewegung macht Geschichte*. Wien, 137-155.
- Brensell, Ariane/Habermann, Friederike (2001): Von Keksen und Kapitalismus. Intervention gegen »männlichen« Universalismus in Theorien zum Neoliberalismus, in: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg, 241-264.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg.
- Leggewie, Claus (2003): *Die Globalisierung und ihre Gegner*, München.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: *Prokla* 115, S. 203-236.

Demokratie in Zeiten »nachhaltiger Globalisierung«

Mit den globalen sozialen Bewegungen wird eine Frage wieder verstärkt diskutiert, die in den 1990er Jahren allenfalls in südlichen oder osteuropäischen Ländern in den Blick geriet: Nämlich die Frage der Demokratie. Auf internationaler Ebene, etwa in Rio (UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992) und diversen anderen Weltkonferenzen, war das Zauberwort weniger das der Demokratie, sondern es ging – bescheidener – um Partizipation.

Das ändert sich langsam. Mit dem Begriff der Demokratie wird kritisch hinterfragt, wer eigentlich mit welcher Legitimation gesellschaftlich relevante Entscheidungen trifft: Die transnationale Managerklasse, angesichts der »Herrschaft der Konzerne«? Regierungen, die von immer weniger Menschen gewählt werden und scheinbar ohnehin nur dem »Sachzwang Weltmarkt« nachgeben können? Was heutzutage meist zur Folge hat: Sozialabbau, verstärkte Inwertsetzung natürlicher Ressourcen, »Standortpolitik«. Ist Demokratie das, in dessen Namen Kriege geführt werden? Oder vielmehr das, was auf WTO-Ministerkonferenzen oder den Treffen im Rahmen der Klimarahmenkonvention beschlossen wird?

In diesem Beitrag sollen Fragen der Demokratie mittels einer Unterscheidung angegangen – und an der Frage von *Environmental Global Governance* kurz ausgeführt werden. Meine These lautet: Analytisch ist ein *realistischer* Demokratiebegriff angebracht, der danach fragt, inwieweit die real existierenden Verhältnisse gerade als demokratische erhalten bleiben. Politisch sollte demgegenüber, insbesondere in den Nachhaltigkeitsdiskussionen im Umfeld sozialer Bewegungen sowie kritischer Wissenschaft und Publizistik, ein *emphatisches* Demokratieverständnis stark gemacht werden, also eines, das ganz entschieden gesellschaftliche Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Freiheit ins Zentrum stellt. Dieses war historisch immer wichtig und ist weiterhin ein wichtiger Orientierungspunkt sozialer Bewegungen und kritischen Denkens.

Beides sollte auseinander gehalten werden. In den meisten Beiträgen der Nachhaltigkeits-Diskussion geschieht dies nicht. Da wird oft recht hilflos den herrschenden Entwicklungen ein sehr reduzierter Demokratiebegriff entgegen gehalten. Wenn nur, so ein häufig vorgetragenes Argument, die um-

weltpolitischen Institutionen im nationalen und internationalen Rahmen mehr Gewicht hätten, dann wäre für schwächere Interessen wie jene einer nachhaltigen Entwicklung schon viel erreicht.

Analytisch: Ein *realistischer* Demokratiebegriff

Demokratie ist nichts per se etwas »Gutes«, sondern eine kritisch zu entschlüsselnde Tatsache. Auf nationaler Ebene wird sie mit einem parlamentarischen System und politischer Öffentlichkeit gleichgesetzt, international gelten Strukturen und Prozesse dann als legitimiert, wenn die politischen Subjekte, nämlich (oft) demokratisch gewählte Regierungen multilateral tätig werden – meist im Rahmen der UNO.

Wie die Beiträge zu »Unnachhaltige Entwicklung« verdeutlichen, steht es um die Möglichkeiten einer anderen, »nachhaltigen« Gesellschaftsentwicklung und Naturaneignung nicht gut. Das hat mit Interessen, Strukturen, Diskursen zu tun – und viel mit Demokratie. Denn für die herrschende bürgerliche Demokratie ist ein Sachverhalt entscheidend: Die formale politische Gleichheit ist eingebettet in soziale Herrschaftsverhältnisse. Historisch werden einigermäßen demokratische Verhältnisse erst in modernen bürgerlichen Gesellschaften möglich, in denen nämlich das Politische und insbesondere der Staat sich als relativ eigenständige Sphäre herausgebildet haben. Soziale Herrschaft, die insbesondere durch ökonomische Verhältnisse sowie geschlechts- und klassenspezifische Arbeitsteilung besteht, ist der als eigenständiger Bereich konstituierten (staatlichen) Politik nicht mehr grundsätzlich zugänglich.

Das Problem der aktuellen Diskussion ist, dass dieser Zusammenhang nicht mehr gesehen wird. Demokratie wird in der Regel mit politischen Institutionen gleichgesetzt, ihrem möglichst effizienten und/oder legitimen Funktionieren. Es wird ein Bild aufrechterhalten, das die Regierungen als »Machthaber« oder »Steuer männer« (selten -frauen) darstellt, welche zusammen mit den Parlamenten und eingebettet in öffentliche Diskussionen die wesentlichen gesellschaftlichen Entscheidungen treffen. Dies ist aber für viele Bereiche gar nicht der Fall, weswegen diese in der Regel als »unpolitisch« und »Sachzwängen« gehorchend dargestellt werden. Ein prägnantes Beispiel sind die Investitionsentscheidungen von Unternehmen.

Genauso wenig wird in den gegenwärtigen Debatten gesehen, dass Demokratie nicht nur ein Entscheidungsmodus ist, sondern mit materiellen

Rechten bzw. dem Ausschluss von diesen einhergeht. Dass sich historisch in einigen Ländern dieser Welt ein Wohlfahrtsstaat herausgebildet hat, der auch den schwächeren gesellschaftlichen Gruppen materielle Teilhabe ermöglicht, hat neben neokolonialen Weltmarktverhältnissen auch viel mit demokratisch erkämpften Rechten zu tun.

Ein weiterer Aspekt wird wichtig, wenn der Blick auf internationale Verhältnisse gerichtet wird. Zuvorderst dient die realexistierende Demokratie nordwestlichen Zuschnitts heute der Absicherung wohlstandchauvinistischer Verhältnisse. Sie fördert ja nicht tiefgreifende »nachhaltige« gesellschaftliche Veränderungen (der Benzinpreis ist und bleibt ein heißes Thema für den in dieser Frage sich schnell radikalisierenden Kleinbürger), sondern sichert eher Prozesse neoliberaler Globalisierung und eine Neue Weltordnung ab.

Die demokratiepolitische und -theoretische Diskussion verengt sich heute jedoch zunehmend darauf, wie politische Institutionen möglichst legitim und/oder effizient zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen sowie zur Bearbeitung der negativen Folgen und Krisen beitragen können. Dies in Zukunft noch genauer zu analysieren, ist notwendige Voraussetzung jeglicher Diskussion um Demokratie.

Politisch: Ein *emphatischer* Demokratiebegriff

Gerade wenn es um weitreichende und emanzipative Veränderungen geht, sollte Demokratie unter einer Perspektive diskutiert werden, welche die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Akteure berücksichtigt. Ein bewusst »aufgeladenes« Demokratieverständnis stellt Fragen von Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ins Zentrum. Es geht nicht nur um Legitimitäts- oder Effizienzgesichtspunkte in Bezug auf das existierende politische Institutionensystem, sondern um gesellschaftliche Gestaltung im weiteren Sinne. Das hat viel mit materiellen Rechten, der Zurückdrängung herrschender Interessen (auch der globalen Mittelklasse) und der praktischen Kritik von Herrschaft zu tun. Die italienische globalisierungskritische Gruppe der *Disobbedienti* (Ungehorsame) bringt dies auf den Punkt: »Eine andere Welt ist möglich zu sagen bedeutet, auch den Kampf gegen jene zu führen, die uns diese andere Welt nicht aufbauen lassen.«

Ein emphatisches Demokratieverständnis verweigert sich auch einem Denken in Bauklötzen, die lediglich zusammengefügt werden müssen. Demo-

kratie ist ein sehr voraussetzungsvoller Prozess, der neben Institutionen und formalen Entscheidungsprozessen mit Ressourcen und »politischer Kultur«, Lernprozessen und Konflikten zu tun hat.

Gleichwohl bleiben diese Auseinandersetzungen eingebettet in Strukturen wie die erwähnte Trennung von Politik und Ökonomie bzw. einen Staat, der in sich selbst strukturelle Grenzen demokratischer Gestaltung hat (das zeigen historisch alle linken Projekte, die Gesellschaft wesentlich über den Staat zu verändern gedenken). Die Herstellung demokratischer, d.h. gerechter, freier und – im emphatischen Sinne – nachhaltiger Verhältnisse ist nicht eine Frage geeigneter Konzepte, sondern ist eine von Praxis und sozialer Kreativität. Dazu tragen bislang auch so schnittige alternative Begriffe wie jener der »De-Globalisierung« wenig bei. Aber, und das ist ihr Verdienst, sie öffnen Denk- und Handlungsräume.

Globalisierung der Demokratie?

Obwohl die Frage der Demokratie ganz zentral für emanzipative gesellschaftliche Entwicklungen ist, erleben wir heute eher eine Ent-Demokratisierung bestehender, weitgehend nationalstaatlicher Strukturen und Prozesse. Und gerade auf internationaler Ebene wird deutlich, dass es eher zu einer »Refeudalisierung der Politik« (Ingeborg Maus) kommt, d.h. dass sich jene mit mehr ökonomischer und militärischer Macht durchsetzen. Der zunehmende Unilateralismus der USA – besonders deutlich in der Klima- und Biodiversitätspolitik – ist hier nur ein Problem unter anderen.

Die Probleme internationaler Demokratie hängen ganz entscheidend damit zusammen, dass die nationalen Staaten im Zuge des neoliberalen Gesellschaftsumbaus selbst ihr Handeln immer stärker Kapitalinteressen unterworfen haben. »Globalisierung« ist ein ökonomischer und politischer Prozess, an dem Regierungen und Parlamente in den nördlichen Ländern aktiv mitgewirkt haben (etwa über die Deregulierung der Finanzmärkte). Es haben sich »nationale Wettbewerbsstaaten« (Joachim Hirsch) entwickelt, die sich zentral an der Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit und der innergesellschaftlichen Umverteilung von Macht von »unten nach oben« orientieren. Diese Ausrichtung am Wettbewerb verlängert sich auf die internationale Ebene, indem von den Regierungen der mächtigen Länder und »ihren« Unternehmen den wirtschaftspolitischen Institutionen wie der Welthandelsorganisation überragender Stellenwert eingeräumt wird.

Ein zweites Problem besteht darin, dass selbst die grundlegenden Bedingungen politischer Demokratie auf internationaler Ebene weitgehend fehlen: Nämlich eine zur Kritik herrschender Entwicklungen fähige Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit der »Weltgesellschaft« wird über das Murdoch-Imperium und CNN hergestellt. Aber auch die nationalen Öffentlichkeiten unterliegen immer stärker einer Kommerzialisierung und politischen Verflachung.

Was hat das alles mit nachhaltiger Entwicklung zu tun? Die Denk- und Politikhaltung einer globalen Nachhaltigkeitspolitik, wie sie etwa in Rio konzipiert und seitdem praktiziert wurde, delegitimierte von Beginn an andere Ansätze, die die Frage der Demokratie – wenn auch notwendig – unscharf stellten. Grundsätzliche Kritik und der Verweis auf gar nicht nachhaltige Interessen von Konzernen und Wirtschaftsministerien wurden mit dem Argument abgebügelt, es sei keine Zeit für so etwas. Der Sieg der Technokraten in Rio trug, trotz aller Verweise auf die Bedeutung demokratischer Prozesse, zur Entpolitisierung des gesamten Prozesses bei. Die ständigen Verweise darauf, wie komplex alles sei, führte zu paternalistischen Vorgaben, wie eine »nachhaltige Welt« am besten auszusehen habe. Konkrete Lern- und Erfahrungsprozesse, das Elixier von Demokratie, sowie alternative Praxen hatten es schwer. Ein »Diskurs der Komplexität« wurde wirkungsmächtig und auch von vielen Nichtregierungsorganisationen akzeptiert. Es handelt sich um das, was Christoph Görg und ich einen der »Mythen globalen Umweltmanagements« nennen.

Entscheidend scheinen mir daher zwei Dinge: Zum einen sind die Grenzen der dominanten Nachhaltigkeitsvorstellungen zu sehen. Es handelt sich um einen Ansatz, der Fragen internationaler Demokratie auf zwischenstaatliche Verhandlungen und die effiziente Implementierung der Verhandlungsergebnisse reduziert. Der sozio-ökonomische Kontext, wie etwa die starken Interessen an der Privatisierung der Natur, bleiben außen vor. Ein Verdienst kritischer NGOs liegt darin, zumindest ein Stück weit die hochgradig vermacheten internationalen Prozesse zu politisieren.

Zum anderen werden internationale Verhältnisse nur dann demokratischer, wenn in den einzelnen Ländern massive Bewegungen eine Wiederbelebung, oder besser: Neuerfindung der Demokratie erreichen. Es wäre ein großer Fehler, dabei lediglich die internationale Ebene im Blick zu haben.

Und nun?

Eine Konsequenz aus der Argumentation lautet, dass die Diskussion um eine *Environmental Global Governance* auf dem Holzweg ist, wenn sie nur versucht, über Expertise, gute Argumente oder Katastrophenszenarien im internationalen Konzert die Umweltapparate gegenüber den Wirtschaftsapparaten zu stärken. Legitimation – so scheint es – erwächst aus der Effizienz von Institutionen. Das verkennt zum einen, dass »Effizienz« hochgradig umstritten ist. Der WTO-Generalsekretär dürfte darunter etwas anderes verstehen als eine landlos gewordene Bäuerin oder selbst als eine engagierte Mitarbeiterin in einem Umweltministerium. Zweitens entwickeln sich auch die internationalen Umweltapparate in eine Richtung, dass sie eher die Privatisierung von und den nicht-nachhaltigen Umgang mit Natur fördern. Und drittens ist die gegenwärtige Konstruktion des internationalen Systems insgesamt das Problem. Denn hier bilden sich Strukturen heraus, in denen Unternehmens- und »Nord«-Interessen systematisch im Vorteil sind.

Insofern ist es aus kritisch-emanzipativer Perspektive dringend erforderlich, die Frage der Demokratie sehr grundlegend zu stellen: Nach den Gestaltungsmöglichkeiten aller gesellschaftlicher Gruppen, und zwar im lokalen, nationalen sowie – und hier wird es richtig kompliziert – internationalen Rahmen. Deswegen muss sich eine *Analyse* der gegenwärtigen Verhältnisse mit einem *emphatischen* Begriff und neugierigen Blick auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen verbinden. Obwohl hier vieles am Anfang steht, so kann als gesichert gelten, dass ein demokratischer Prozess nicht aus Einsicht aufgeklärter Eliten vorangetrieben wird, sondern durch soziale Auseinandersetzungen, die an sehr vielen Orten geführt werden müssen. In den staatlichen Apparaten bzw. um sie herum, in der Öffentlichkeit, in den Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, im »Alltag« gegen die dramatische politische Verblödung, die immer noch die beste Voraussetzung für das ist, was einem in den USA beklemmend entgegenschlägt und in Lateinamerika nach Jahren der »Re-Demokratisierung« *democracia restringida* genannt wird: eine restringierte Demokratie.

In diesem Zusammenhang könnte ein Begriff der »nachhaltigen Entwicklung«, der sich grundlegend kritisch gegen bestehende Machtverhältnisse und dominante gesellschaftliche Orientierungen stellt, durchaus wieder zu dem werden, was er in den 1980er Jahren teilweise war: Den Blick zu schärfen für tiefgreifende Fehlentwicklungen, eine Diskussion weitreichender weltweiter Gerechtigkeit zu fördern, schwächere gesellschaftliche Gruppen zu stärken,

Denk- und Handlungsräume zu öffnen – anstatt sie mit Masterplänen gleich wieder zuzuschütten – und Gesellschaft in Lern- und Erfahrungsprozessen zu verändern.

Trotz dieser letzten Bemerkung ist mein gegenwärtiger Eindruck, dass die globalen sozialen Bewegungen (oder wie immer man sie nennen mag) in ihrer großen Mehrheit den Nachhaltigkeitsbegriff nicht für sich als Orientierungspunkt in Anspruch nehmen. Er ist zu sehr vom UN-System und privaten Unternehmen dafür genutzt worden, um die Privatisierung von Natur voranzutreiben. Der Versuch einer seichten »Versöhnung« von (technokratischer) Nachhaltigkeit und (neoliberaler) Globalisierung ist unattraktiv. Vielmehr scheint der Begriff der *Commons* (Gemeingüter) auszudrücken, um was es in vielen Auseinandersetzungen – sei es um Wasser, Saatgut, Bildung oder Gesundheit – geht: Um die Verhinderung einer immer stärkeren Verwandlung von Leben in eine Ware. Hier wird in Zukunft die Frage der Demokratie eine zentrale Rolle spielen.

Suchprozesse emanzipativer Politik

Resonanzen des Zapatismus in Westeuropa
mit Joachim Hirsch¹

Der sich seit den 1990er Jahren entwickelnde Protest und Widerstand gegen die neoliberale Gesellschaftstransformation sowie die schwierige Suche nach Alternativen sind eng verbunden mit den mexikanischen Zapatistas. Diese Einschätzung wird heute auch in Europa von vielen geteilt. Mit als erste und auf eine ungemein originelle Art und Weise ist es ihnen seit dem ersten Januar 1994 gelungen, in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung darauf aufmerksam zu machen, dass sich auch Widerstände und Alternativen in gewisser Weise globalisieren müssen.

Vergegenwärtigen wir uns die damalige Situation: Nach dem Fall der Berliner Mauer gewann nicht nur die in den 1980er Jahren begonnene neoliberal-kapitalistische Globalisierung eine noch stärkere Dynamik. Im Zusammenhang damit erstarkten gerade in den wohlhabenden westeuropäischen Ländern nationalistische, rassistische und wohlstandschauvinistische Bewegungen. Linke Kritiken waren zuvorderst defensiv und richteten sich gegen die Auswüchse aktueller Entwicklungen wie etwa im Zusammenhang mit Migration und Rassismus, der Umstrukturierung der Innenstädte oder der wachsenden Arbeitslosigkeit. Nicht mehr eine öffnende Perspektive, sondern jene der Verteidigung erreichter sozialer Standards dominierten. Und zudem ließen sich große Teile der Gewerkschaften auf das Projekt der Globalisierung ein, indem sie zuvorderst die Interessen der Kernbelegschaften in den weltmarktorientierten Unternehmen vertraten. Der italienische Politologe Marco Revelli nannte dies die Durchsetzung einer quer zu den traditionellen Klassenspaltungen liegenden »horizontalen Konfliktachse«, an der sich soziale Auseinandersetzungen immer stärker orientierten. Nicht mehr so sehr die »vertikalen« (Klassen-)Verhältnisse wurden als konfliktiv wahr-

¹ *Joachim Hirsch*, Prof. em. für Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., Vorstandsmitglied der Nichtregierungsorganisation *medico international* und Mitglied von *www.links-netz.de*. Seine gesellschafts- und staatstheoretischen Arbeiten beeinflussten während mehrerer Jahrzehnte die kritischen Diskussionen nicht nur im deutschsprachigen Raum. Als einer der wenigen Intellektuellen in Deutschland setzte er sich von Beginn an systematisch mit dem Aufstand der Zapatistas auseinander.

genommen, sondern eher der »Kampf« des eigenen lokalen und nationalen Wirtschaftsstandortes oder der eigenen Gruppe gegen andere. Die Zapatistas gehörten zu den entschiedensten und ersten, die den Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung praktisch formulierten und wieder eine »vertikale Perspektive« zu stärken versuchten, ohne dabei freilich einfach auf den traditionellen Klassenbegriff zurückzufallen. Zwar ist es ihnen gelungen, in Europa – und hier natürlich vor allem in den emanzipativen sozialen Bewegungen, aber auch darüber hinaus – positive Resonanzen zu erzeugen. Die Auswirkungen auf die politischen Diskussionen und Praktiken blieben insbesondere in Deutschland allerdings eher beschränkt. Das ist nicht ganz verwunderlich, weil natürlich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in Europa anders sind. Zunächst blieb eine »internationale Solidarität« eher traditionellen Mustern vorherrschend. Diese war wichtig genug, weil nicht zuletzt die starke internationale Resonanz und Unterstützung geholfen hat, dass die zapatistische Bewegung nicht unmittelbar militärisch ausgelöscht wurde. Aber von einer politisch-sozialen Bewegung, die den zapatistischen Ansatz unter den hiesigen Bedingungen aufgenommen hätte, kann man kaum sprechen. Es gab etwa in Deutschland – im Vergleich zur Solidarität mit Nicaragua oder Cuba – nur wenige Gruppen, die sich intensiv mit den Ereignissen in Chiapas auseinandersetzten. In Italien und Spanien sah das ganz anders aus; dort hatten die Zapatistas sehr viel mehr Auswirkungen auf politische Diskussionen und Organisationsprozesse.

Dennoch hat der Aufstand auch in Ländern wie Deutschland dazu beigetragen, die linke Diskussion, die Politikkonzepte und die Vorstellungen von der Art und Weise einer emanzipativen gesellschaftlichen Veränderung erheblich zu verändern. Durchaus im Sinne der Zapatistas sickerten in einer eher vermittelten Weise langsam einige Aspekte in die politischen Diskussionen und Praxen ein. Deutlich wird dies beispielsweise am Leitspruch der Attac-Bewegung, »Eine andere Welt ist möglich!«, der von den Zapatistas übernommen wurde, ohne dass dies bewusst ist.

Die etablierte akademische Diskussion, auch die »linke«, soweit es sie noch gibt, war davon wenig berührt. Das hängt mit dem Zustand der akademischen Sozialwissenschaft insgesamt zusammen, die in einer fatalen Weise von einem »Theorie-Mainstreaming« geprägt ist. Ein Grund dafür ist, dass nach dem Ende der sozialen Protestbewegungen in den achtziger Jahren der Bezug zu alternativen gesellschaftlichen Orientierungen und politischen Praktiken immer mehr verloren ging. Dies hat dazu geführt, dass zwischen den theoretischen Bemühungen im Umkreis der neuen Bewegungen und der aka-

demischen Sozialwissenschaft nur noch geringe Berührungspunkte bestehen. Die dabei oft feststellbare Skepsis gegen diverse Varianten auch linker Theorie ist durchaus nicht ungerechtfertigt, haben auch diese oft eher den Charakter von »Ordnungs-« als von »Befreiungs«-Theorien. Eine Bewegung ohne »Theorie« wäre allerdings ein Unding. Die Frage ist, was man darunter versteht. Man muss sich auf jeden Fall davor hüten, Theorie als Ausdruck unverrückbarer Wahrheiten zu betrachten. Theoriearbeit ist zunächst einmal Auseinandersetzung und Kritik. Richtig verstandene Theorie ist ein Akt gemeinsamer Erkenntnisgewinnung und Orientierung, der sich auf die Erfahrungen der Beteiligten bezieht und die Vorläufigkeit ihrer Aussagen immer in Rechnung stellt. Intellektuelle können dabei eine wichtige Rolle spielen, wenn sie ihre Arbeit so verstehen.

Zapatistische Anregungen

Wir skizzieren nun einige »zapatistische Anregungen« für linke Zusammenhänge in Westeuropa, wobei unser Hintergrund zunächst einmal die deutsche Diskussion ist. Unmittelbar beeindruckend war die ungewohnte Sprache, mit der die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) an die Öffentlichkeit ging, die besondere Art der Vermittlung theoretischer und politisch-strategischer Überlegungen mit dem kulturellen und historischen Kontext und vor allem das Fehlen des abgeklapperten revolutionären Jargons. Theoretisch und politisch war vor allem die Art und Weise des Umgangs mit der Macht wichtig, die Verabschiedung der traditionellen Konzepte einer Übernahme der Staatsmacht, die Betonung des politischen Kampfs gegenüber dem militärischen, der ganz andere Begriff von Subjektivität, die mit dem Begriff der »Würde« verbundene Vorstellung, dass sich die Menschen im Prozess der Revolte selbst verändern und entwickeln müssen, und zwar in der praktischen Gestaltung ihres Lebens. Wichtig war, dass hier ein Konzept von »Zivilgesellschaft« entwickelt wurde, das im Kontrast zu den Diskussionen stand, die damals hierzulande Konjunktur hatten. Angesichts der weltpolitischen Umbrüche nach 1989 hatte dieser Begriff innerhalb des linksliberalen Spektrums eine beachtliche Konjunktur. Grundlage dafür war die Vorstellung, dass es möglich sei, die kapitalistische Gesellschaft innerhalb der bestehenden ökonomischen und politischen Strukturen zu »zivilisieren«. Die bestehende »Zivilgesellschaft« wurde dabei ungeachtet der sie durchziehenden ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse und Machtstruk-

turen, der damit verbundenen Subjektprägungen und sozialen Praktiken als »demokratisch« angesehen. Dies bedeutete eine Orientierung an der frühbürgerlichen Zivilgesellschaftstheorie mit ihrer unvermittelten Entgegensetzung von demokratischer »civil society« und staatlicher Herrschaftsapparatur.

Die Zapatistas verstehen unter *sociedad civil* vor allem die um Emanzipation ringenden Menschen, wozu in den 1990er Jahren auch viele gehörten, die »nur« um eine Emanzipation von der Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) kämpften. Sie verwenden also zunächst einmal auch einen »bürgerlichen« Begriff von Zivilgesellschaft. In Mexiko wirkte in einer konkreten historischen Situation – dem von vielen ersehnten Ende der 70-jährigen Einparteiherrschaft – dieses strategisch eingesetzte Verständnis durchaus politisierend. Zugleich hatte der Begriff durch die zapatistischen politischen und sozialen Praxen immer etwas darüber Hinausweisendes, denn er lenkte den Blick auch auf die vielfältigen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, aus denen sich die rebellierenden Indigenen befreien wollen (zur Unschärfe des Begriffs vgl. auch Atilio Boron). Durch ihre praktische Kritik an bürgerlichen Vorstellungen ermöglichten die Zapatistas die Wiedergewinnung eines kritischen Begriffs. Antonio Gramscis Theorie, der die bestehende »societa civile« als Bestandteil der bürgerlichen Herrschaftsapparatur, als Teil des »integralen Staats« charakterisiert hatte, konnte so als Diagnose der gegenwärtigen Verhältnisse rehabilitiert werden. Folgt man Gramsci, dann ist die bestehende »Zivilgesellschaft« viel weniger »zivil«, als mit dem Begriff suggeriert wird. Sie ist der bevorzugte Ort, auf dem sich bürgerliche Klassenhegemonie herausbildet und stabilisiert wird. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Kampffeld, auf dem um alternative hegemoniale Konzepte gerungen wird. »Alle reden von ziviler Gesellschaft. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern«, wie später in einem treffenden Slogan formuliert wurde. Dass das nicht mehr nur eine Angelegenheit von Schreibtischarbeit und Theoriediskussionen war, sondern dass Menschen daran gingen, so etwas praktisch zu verwirklichen, machte Mut und Hoffnung.

Zapatistas und Globalisierungskritik

Die zapatistische Bewegung bildet eine interessante Folie für die Einschätzung der aktuell sich herausbildenden globalen sozialen Bewegungen. Dabei geht es vor allem darum, inwieweit ein von Chiapas und Mexiko ausgehen-

des und sich weltweit in Bewegungen und kritischen Öffentlichkeiten ausbreitendes »zapartistisches« Politikverständnis *Resonanzen* und Weiterentwicklungen erzeugt. Es gibt keine »zapartistischen Wahrheiten«, sondern eben Anregungen, die in je spezifischen Kontexten und Diskussionen Wirkungen entfalten können.

Eine wichtige Anregung betrifft das Verständnis vom und der Bezug auf den Staat. Die Staatsfixierung vieler GlobalisierungskritikerInnen ist teilweise mit der erwähnten Defensive der Linken in den 1990er Jahren erklärbar. Die weltpolitischen Umwälzungen, der Zusammenbruch des Staatssozialismus und der damit verbundene Niedergang radikaler Protestbewegungen hatten eine Reorientierung an den herrschenden Mustern von Politik zur Folge. Gleichwohl ist diese Staatsfixierung zumindest verkürzt, denn der Staat steht – entgegen der Rhetorik sozialdemokratischer Intellektueller – nicht gegen den Markt, sondern ist dessen Bedingung. Der kapitalistische Staat sichert die Eigentumsverhältnisse und die rechtlichen Regeln, die das Funktionieren des Markts überhaupt erst möglich machen. Das »Nullsummenspiel« Markt und Staat – der Staat als die Instanz, die gegen die Kräfte des Marktes, d.h. die Zwänge des kapitalistischen Verwertungsprozesses eingesetzt werden kann, was etwa in großen Teilen des Attac-Spektrums suggeriert wird – entspricht nicht der Realität. In den aktuellen Bewegungen besteht zudem eine sehr reale Gefahr, nämlich dass der »großen« Politik der Vorrang gegeben wird, gar noch der internationalen vor der nationalen und lokalen. Dabei werden »kleinteilige«, d.h. nicht-staatliche, gegen-institutionelle und alltägliche Praxen sowohl für die Reproduktion hegemonialer Herrschaft wie auch für deren Infragestellung als weniger wichtig erachtet.

In der Tat ist es plausibel, die gegenwärtig dominierende neoliberale Politik zu verändern, etwa die Privatisierungsdynamik zu stoppen oder eine immer weitere Kommodifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse aufzuhalten. Dabei dominiert jedoch die Perspektive, dass der neoliberale Staat wieder zu einem Staat werden müsse, der das gesellschaftliche Allgemeinwohl verfolgt. Dies unterschlägt, dass der bestehende Staat selbst ein Teil des Kapitalverhältnisses ist. Gleichzeitig ist der Staat aber auch nicht einfach ein Instrument der herrschenden Klasse(n). Er beruht auf den bestehenden Klassenstrukturen, ist aber eine davon formell getrennte Instanz.

Nicos Poulantzas folgend (vgl. dazu den Beitrag in diesem Band) kann man ihn als eine in spezifische institutionelle Formen gegossene materielle Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen betrachten, was zugleich heißt, dass seine Apparatur ein politisches Kampffeld darstellt. Forderungen an staat-

liche Instanzen und auf staatliche Politik gerichtete Kämpfe haben deshalb durchaus einen Sinn.

Es gilt dabei nur zu beachten, dass kapitalistische (Klassen-)Herrschaft und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise nicht mittels staatlicher Politik aufgehoben werden können, weil der Staat eben kein neutraler Akteur ist. Er beruht in seiner institutionellen Struktur auf den kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen und bleibt auf deren Erhalt angewiesen, ist finanziell und legitimatorisch an das Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie gebunden. Auch wenn sich emanzipativ-gesellschaftsverändernde Politik staatskritisch versteht, steht sie vor dem Dilemma, dass sie sich dem Bezug auf den Staat als Garant von Rechten und als Institutionalisierung sozialer Kräfteverhältnisse nicht entziehen kann. Dies wurde in Mexiko jüngst beim Versuch deutlich, ein Gesetz zu indigenen Rechten und Kultur durch das Parlament zu bringen. Dies hätte enorme, sowohl materielle als auch politisch orientierende Wirkungen für die Indigenen, aber auch für deren öffentliche Wahrnehmung und den Umgang mit ihnen haben können. Zugleich sollte der Staat – die Zapatistas sprechen hier von Regierung – als zentrale Herrschaftsapparatur grundlegend verändert werden. Die Antwort der Zapatistas auf das Scheitern der von ihnen angestrebten Verfassungsänderung zur Festschreibung indigener Rechte und Kultur im Frühjahr 2001 war für viele überraschend, aber folgerichtig: Sie zogen sich über eineinhalb Jahre aus jeglicher öffentlichen Diskussion zurück, zu der sie zu diesem Zeitpunkt nichts mehr beizutragen hatten, um sich auf den Aufbau autonomer Gesellschaftsstrukturen zu konzentrieren, die ihnen in ihrem spezifischen Kontext als adäquat erscheinen.

Im August 2003 stellten sie die nach langen Diskussionen entwickelten eigenen Repräsentationsstrukturen bei einem Fest mit 20.000 TeilnehmerInnen vor. Es gibt seither 30 »autonome rebellische Landkreise«, die etwa ein Drittel des Gebietes von Chiapas umfassen, und dort wiederum die - den zivilen Zapatismus repräsentierenden - »Räte der guten Regierung« (*Juntas del Buen Gobierno*; in Abgrenzung zu der als »mal gobierno« bezeichneten Regierung). Zudem wurden die nach dem Aufstand 1994 eingerichteten fünf überregionalen Treffpunkte (sog. *Aguascalientes*) in autonome Regionalräte umgebildet, die vor allem die Probleme innerhalb und zwischen den Gemeinden, ob zapatistisch oder nicht-zapatistisch, angehen sollen. Die entstehenden eigenen politischen Strukturen werden als *Caracoles* (Schneckenhäuser) bezeichnet, was wie eine Metapher der spiralförmigen Ausdehnung der indigenen Regierungsformen verstanden werden kann. Diese *Caracoles* stellen

die bislang deutlichste Infragestellung der etablierten staatlichen Strukturen dar.

Die Perspektive bleibt weiterhin, dass es nicht nur darum geht, von der Regierung Rechte zugesprochen zu bekommen, sondern von staatlicher Politik die Absicherung veränderter Lebensverhältnisse zu fordern. Dabei spricht die EZLN auch offen die Widersprüche dieses Projektes an. Denn in vielen Regionen bedeuten autonome Strukturen den Verzicht auf staatliche Unterstützung, was angesichts der großen Armut vielfach Probleme bereitet. Ein anderer dramatischer Widerspruch bleibt angesichts der Militarisierung von Chiapas durch staatliche und paramilitärische Truppen die Defensivhaltung der EZLN. Obwohl die Repression stark ist, immer wieder Zapatistas ermordet werden und über ein Eingreifen der bewaffneten Guerilla Morde teilweise verhindert werden könnten, verweigert sich die EZLN der militärischen Logik.

Wenn oben die häufige Fixierung auf die »große« (staatliche) Politik kritisiert wurde, so sind die Zapatistas demgegenüber ein gutes Beispiel, wie lokale Lern- und Organisationsprozesse sich ausweiten und wie sie selbst weitere Kämpfe in ihren jeweiligen spezifischen Kontexten anregen können. Insofern könnte man hier exemplarisch von *lokalem* Widerstand sprechen. Die Zapatistas waren sich der breiter politisierenden Wirkung von *konkreten* Forderungen – etwa an Regierung und Parlament – sehr bewusst, gleichwohl sehen sie die Notwendigkeit, »kulturrevolutionär« darüber hinauszugehen. Im Gegensatz zu den Zapatistas bestätigen viele politische Ansätze im europäischen Raum durch ihre Beschränkung auf *inhaltliche* Kritik (etwa an der ungenügenden Regulierung der Finanzmärkte) gerade die herrschenden *Formen* der Politik. Überspitzt ausgedrückt: Der Staat und die Regierung sollen es am besten per Machtwort richten. Der bürgerliche, auf stellvertretender Interessenwahrnehmung und der Trennung von »privat« und »öffentlich« beruhende Politikbegriff wird dabei nicht in Frage gestellt, sondern reproduziert: Politik ist das, was in Staat, Parteien und – die Zivilgesellschaft nicht zu vergessen – Verbänden geschieht. Probleme sind möglichst effizient »zu lösen« und »politikfähige« Konzepte zu entwickeln. Dahinter stehen technokratische Politikvorstellungen, in denen scheinbar objektiv vorhandene Probleme technisch zu bearbeiten seien. Schon mit der »Logik« dieser Herangehensweise gilt es sich aus »zapatistischer« Perspektive kritisch auseinanderzusetzen. Damit soll natürlich die Notwendigkeit übergreifender, auch staatlicher Regulierungen nicht negiert werden. Das Problem ist heute aber die »Fokussierung« allein auf diese Ebene.

Allerdings hat ein regionaler und die Veränderung von Alltagsverhältnissen fokussierender Ansatz Grenzen. Denn auch die lokalen Lebensverhältnisse werden neben der Militarisierung durch andere »große«, d.h. derzeit neoliberale Politiken – etwa die Durchsetzung großer Investitionsvorhaben in der Region – massiv beeinflusst. So gelang es der EZLN und anderen Gruppen bislang nicht, den mehrere Milliarden US-Dollar umfassenden Entwicklungsplan von Puebla nach Panamá für Industrieansiedlungen, Infrastrukturentwicklung und Ressourcenausbeutung zu stoppen.

Die Schwierigkeit besteht also darin, Politik in Bezug auf den Staat zu machen, ohne sich dabei selbst in staatlichen Formen zu bewegen und damit tatsächlich Herrschaft zu reproduzieren. Es geht um die praktische Realisierung eines Politikbegriffes, der sich vom herrschenden bürgerlichen und etatistischen radikal unterscheidet. Das ist natürlich eine recht widersprüchliche Angelegenheit, und für den Umgang damit gibt es keine einfachen Rezepte. Aber die Zapatistas geben hier mit ihrem klugen strategischen Umgang mit dem Staat und der Öffentlichkeit interessante Anregungen.

Die Zapatistas in Chiapas stehen vor einem weiteren Dilemma: Unter (para-)militärischem Dauerdruck und angesichts einer sich weniger als erhofft politisierenden und organisierenden mexikanischen Gesellschaft hat sich die EZLN seit Ende der 1990er Jahre immer stärker auf die Thematisierung indigener Rechte konzentriert. Dies könnte als »strategische Identitätspolitik« bezeichnet werden. Gleichwohl laufen sie damit Gefahr, dass die Gegenseite – insbesondere der Staat und die gegen die Zapatistas eingestellte Öffentlichkeit – die Aufständischen auf die indigene Identität festnagelt und ihnen den Anspruch auf umfassende Gesellschaftsveränderungen abspricht. Dies könnte auch den gegenwärtig sich konstituierenden globalen sozialen Bewegungen geschehen. Bei aller Heterogenität hält sie als identitätsstiftendes Moment die Kritik an den gegenwärtigen Zuständen zusammen und die Gefahr besteht darin, von herrschender Politik und Medien genau auf diesen Platz der Kritik dauerhaft verwiesen zu werden – als eine Art Problemindikator, der anzeigt, was dann wie gehabt von Staat und Kapital »gelöst« werden soll.

Deutlich wird insgesamt: Emanzipative Politik »geht« nicht schnell – wenn gleich »Sprünge« vor allem auf der symbolischen Ebene und als von Medien geförderte positive Selbsteinschätzung unverzichtbar sind. Deswegen sind der Aufstand in Chiapas und die Proteste in Seattle und Genua als international wahrgenommene Ereignisse wichtig. In überwiegendem Maße ist gesellschaftliche Veränderung in emanzipativer Absicht jedoch komplizierter

und muss an die alltägliche Praxis in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen rückgebunden werden. Denn meist wird unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen und sozialisatorischen Ebene überaus erfolgreich war, dass seine Herrschaft ganz wesentlich darauf beruht, dass seine Denkweisen und Verhaltensformen sich tief in den (meisten) Subjekten festgesetzt haben. Die Zapatistas bieten auf diesem Gebiet viele Anregungen. Die »Übersetzungsarbeit« muss jedoch in den je spezifischen räumlichen oder inhaltlichen Kontexten geleistet werden. Die Zapatistas sind, einem eigenen Ausdruck zufolge, *Katalysator*. Das scheint ein geeigneter Begriff, denn *sie regen an*, eigene Praxen zu überdenken, *sie motivieren*, weil es »am Ende der Geschichte« noch dynamische emanzipative Bewegungen gibt, *sie binden ein*, ohne Vorgaben zu machen. Mehr noch – und hier liegt eine vielleicht bislang unterschätzte Neuerung: Das radikale Denken und Handeln der Zapatistas wird gerade nicht im Sinne einer Wahrheitsproduktion verbreitet. Sie versuchen eine andere Sprache, einen anderen Ton zu finden, der nicht »Wahrheiten« verkündet, sondern oft auf Paradoxien verweist und sich über Macht lustig macht. Auch das bedeutet die Formel »preguntando caminamos«. Paradox ist beispielsweise die Antwort auf die Frage »wer denn nun hinter der Maske des Sub steckt«. Sie besteht in der Aufforderung »doch bitte schön in den Spiegel zu sehen«. »Todos somos Marcos« (Wir alle sind Marcos). Und subversiv ist die Aussage, dass wenn es sich bei der Globalisierung um einen unvermeidlichen Prozess handle, der wie die Schwerkraft nicht außer Kraft zu setzen sei, dann eben die Schwerkraft außer Kraft gesetzt werden müsse.

In den aktuellen globalen sozialen Bewegungen gibt es, wenngleich nicht dominierend, ein wachsendes »hegemonietheoretisches« Verständnis von sozialer Herrschaft, wozu die Zapatistas durchaus beigetragen haben. Insbesondere die relativen Stabilität neoliberaler Verhältnisse und ihre Verankerung in Alltagsverhältnissen sowie deren nicht zuletzt »alltagspolitische« Veränderungen scheinen bei zunehmend mehr AktivistInnen plausibel.

Kampf um Begriffe

Öffentliche Aufmerksamkeit über ein enges linkes Spektrum hinaus ist zweifellos wichtig, damit sich Bewegungen konstituieren sowie Legitimität und numerische Stärke gewinnen. Kämpfe von Bewegungen sind zudem immer auch *Kämpfe um Begriffe*. Sie zielen darauf ab, die herrschenden Deutungs-

muster anzugreifen und den von ihnen unterdrückten und unsichtbar gemachten Interpretationen von Wirklichkeit Anerkennung zu verschaffen. Hier spielen Intellektuelle eine wichtige Rolle, wobei allerdings heute kritisches Denken immer weniger von akademischen Intellektuellen formuliert wird, sondern von jenen aus NGOs und Bewegungen. Die EZLN mit ihrem Sprecher Marcos wurde auf diese Weise zu einem überragenden »Intellektuellen« bezüglich der Generierung eines rebellischen Bewusstseins und der Organisation transnationalen Widerstands in scheinbar aussichtslos-neoliberalen Zeiten. Gerade aus dieser Perspektive ist das 1996 in Chiapas veranstaltete interkontinentale Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft mit dreitausend TeilnehmerInnen aus aller Welt kaum zu unterschätzen. Hier inspirierte sich eine neue politische Generation, die in den späteren Protesten wie in Seattle ihren Ausdruck fand.

Der Kampf um Begriffe und damit der Wahrnehmung von Welt und eigenen Handlungsmöglichkeiten bedarf organisatorischer Voraussetzungen. Einen Hinweis darauf bietet die Tatsache, dass der »Sieg« des Neoliberalismus durch entsprechende Denkfabriken langfristig vorbereitet worden war, längst bevor die Krise des fordistischen Nachkriegskapitalismus die ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen dafür geschaffen hatte. Jackie Smith verwendet in ihrer kenntnisreichen Analyse der Proteste von Seattle den Begriff der »transnational social movement organizations« (TSBO), die das Rückgrat der internationalen Proteste bilden. Sie sind in den 1990er Jahren entstanden und antworteten auf die internationale neoliberale Wirtschaftspolitik. Das *International Forum on Globalization* (gegründet 1994) oder das *Third World Network* (1984 gegründet) werden als »Kaderorganisation« und *paradigm warriors* bezeichnet, denen es über ihr öffentliches Auftreten um Kritik am neoliberalen Paradigma und um grundsätzliche Alternativen geht. Alternative Expertise, Organisationserfahrung und Identitätsbildung sind wichtig für kollektive Lernprozesse und werden eher von formalisierten Bewegungszusammenhängen beigetragen. Hier liegt auch die Bedeutung kritischer NGOs. Gleichzeitig sind laut Smith *extra-movement-*Gruppen wichtig, wie etwa Kirchen oder Verbände von Professionellen, die zwar in der Regel weniger weitreichende Ziele haben, aber für breitere Beteiligung und Legitimität sorgen.

Allerdings bestehen auch hier einige Ambivalenzen: »Demokratie«, »Freiheit« oder »Gerechtigkeit« sind schöne Begriffe, die den Nachteil haben, dass sehr Unterschiedliches unter ihnen verstanden werden kann. Immerhin haben wir erlebt, dass die USA und Großbritannien unter solchen Labels An-

griffskriege führen. Wenn man die Begriffe so allgemein verwendet, entsteht die Gefahr, dass sie politische Gemeinsamkeiten suggerieren, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Auf diese Weise die Einheitlichkeit einer Bewegung zu symbolisieren, muss auf längere Sicht zu einer politischen Schwächung führen. Deshalb ist es notwendig, die Begriffe mit konkretem Inhalt zu füllen und dies wird zweifelsohne Kontroversen mit sich bringen. Derartige Auseinandersetzungen werden aber, wenn sie nüchtern und solidarisch geführt werden, die politische Kraft und die öffentliche Resonanz auf längere Sicht verstärken. Der Begriff der »De-Globalisierung« ist ebenso schwammig. Zu Recht ist immer darauf hingewiesen worden, dass sich die globalisierungskritische Bewegung nicht gegen »Globalisierung« als solche wendet, sondern gegen ihre herrschende Form. Bislang wird in Europa zu stark Kapitalismuskritik auf negative Folgewirkungen beschränkt, weswegen sie hochgradig anschlussfähig bleibt für den liberalen Mainstream. Das macht bestimmte Kritikmuster und Handlungsvorschläge auch in einer breiteren Öffentlichkeit attraktiv, droht aber Enttäuschungen nach sich zu ziehen.

Zudem besteht die Gefahr, dass öffentliche Aufmerksamkeit mit gesellschaftlichen Veränderungen verwechselt wird. Natürlich geht es bei politischen Auseinandersetzungen immer auch um Begriffe, Interpretationen und Sichtweisen. Man sollte aber berücksichtigen, dass Diskurse eine materielle Basis haben, die in den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Praktiken zu finden ist.

Das heißt, dass es eben auch und ganz zentral darum geht, diese zu verändern. Das bezieht sich auf den ganzen Komplex der herrschenden Lebensweisen, die Produktions- und Arbeitsformen, die Geschlechterverhältnisse und Konsumnormen und nicht zuletzt auch auf Formen der politischen Organisation, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht einfach reproduzieren. Geschieht auf dieser Ebene nichts, dann wird auch keine »Diskurshoheit« – was immer das sei – zu erreichen sein, sondern bestenfalls vorübergehende Medienresonanz. Gerade die Zapatistas haben dies immer betont, einmal abgesehen davon, inwieweit ihnen es wirklich gelungen ist, eine solche Politik in die Praxis umzusetzen.

Die konkreten Bedingungen linker Politik in Mexiko, Lateinamerika und weltweit sind jedoch weiterhin konfrontiert mit dem ungebrochenen Durchmarsch neoliberaler Politik. Auch wenn sich der Neoliberalismus auf der ideologischen Ebene vielleicht erschöpft hat und heute mit postulierten »anti-neoliberalen« Politiken durchgesetzt wird, so sind die den Umbau der Gesellschaft in diesem Sinne vorantreibenden Kräfte weiterhin am Zuge. Ihr

Erfolg liegt gerade darin, dass zentrale Merkmale wie die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit oder Standortpolitik von großen Teilen der Bevölkerung in Europa überhaupt nicht in Frage gestellt werden.

Es gilt also die Erfahrung ernst zu nehmen, dass die Fermente einer anderen Gesellschaft in komplizierten Lern- und Erfahrungsprozessen liegen. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der »Politik in der Manege« (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden. Zudem wurde nach Genua die Gefahr deutlich, die dann entsteht, wenn man sich die Stichworte der eigenen Debatte von etablierten Medien vorgeben lässt. Die Diskussionen beispielsweise zum Stellenwert von Militanz sind zweifellos wichtig, es wird aber manchmal zu schnell der Empörung der bürgerlichen Medien nachgegeben. So zum Beispiel, dass Militanz per se etwas Anstößiges und den politischen Ziele Schädliches sei. Damit werden auch ziviler Ungehorsam und kalkulierte direkte Aktion delegitimiert. Die Zapatistas, von vielen Linken vorschnell als Medienhype oder als längst nicht mehr interessante »Politiker im Wartestand« abgetan, sind ein Musterbeispiel politischer Klugheit, wenn es darum geht, die überragende mediale Aufmerksamkeit gerade *nicht* mit der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, materieller Verteilungsrelationen usw. zu verwechseln.

Konkrete Alternativen?

Derzeit wird in Europa, auch als Strategie der Delegitimierung des Protests, zunehmend die Frage gestellt, was denn bei aller berechtigter Kritik die konkreten »Alternativen« der Protestbewegungen seien. Aber auch innerhalb der Bewegungen haben viele Menschen den Wunsch, klarer zu sehen, für was sie kämpfen. Eine wichtige Perspektive in Europa besteht darin, dem neoliberal-kapitalistischen Modell ein anderes entgegenzustellen, um damit an Glaubwürdigkeit und Kampfkraft zu gewinnen. Am prominentesten sind hier keynesianische Konzepte, die auf veränderte staatliche Politiken setzen: Für eine Regulierung der Finanzmärkte, für gesellschaftliche Umverteilung und ein Stopp der Privatisierung, eine sozial gerechtere staatliche Politik u.a.m.

Es wäre jedoch falsch, sich der Forderung nach der Präsentation von »Alternativen« einfach zu beugen – etwa der öffentlichen »Anschlussfähigkeit« halber, die sich sehr schnell als realer Anschluss an die herrschenden Verhältnisse erweisen kann. Wenn in sinnvoller Weise von Alternativen geredet wer-

den soll, dann nicht im Sinne eines Masterplans für eine andere Gesellschaft. Wie eine solche auszusehen hätte, muss sich in demokratischen Auseinandersetzungen und Kämpfen erst entwickeln. Wenn wir eines aus der Geschichte gelernt haben, dann dies, dass es keine fertigen Modelle für eine vernünftige und freie Gesellschaft gibt. Wenn es also um Alternativen gehen soll, dann vor allem in der Gestalt anderer Lebens-, Arbeits- und Praxisformen und um die Schaffung von Möglichkeiten, damit zu experimentieren. Dies ist ein vielfältiges Feld und eine Arbeit, die ohne Rezepte und Strategieranweisungen auskommen muss.

Auch linke Alternativen laufen immer wieder Gefahr, die herrschenden Machtstrukturen zu reproduzieren. Gleichzeitig ist es jedoch naiv zu glauben, man könnte sich außerhalb der Macht stellen. Wir alle sind immer schon ein Produkt und Bestandteil von Machtverhältnissen. Eine Gesellschaft ohne Macht gibt es nicht. Macht ist nicht etwas, was ein definiertes Zentrum hat, sondern eine umfassende und komplexe soziale Beziehung, wie Foucault gezeigt hat. Es gibt also nicht das »Wir« (die Guten) und das »Sie« der Herrschenden, wenngleich diese Zuschreibungen analytisch und in konkreten Auseinandersetzungen wichtig sind. Die Frage ist, wie Machtbeziehungen konkret aussehen, wer in welchen Formen darin positioniert ist und inwieweit es möglich ist, auf bewusste und demokratische Weise damit umzugehen.

Schließlich: Die Weltpolitik wird offenkundig immer stärker durch die gewaltsam durchgesetzten Interessen konkurrierender Machtstaaten bestimmt. Dem wäre eine Politik entgegen zu setzen, die internationales Recht und Formen geregelter internationaler Kooperation einklagt, die globalen Ungleichheiten und Unterdrückungsverhältnisse zum Thema macht und die notwendig nationale Grenzen überschreitend sein muss. Von den Staaten ist dies kaum zu erwarten, und auch nicht von den Vereinten Nationen. Dazu bedarf es der Mobilisierung eines internationalen politischen Drucks, der wiederum nur erfolgreich sein wird, wenn er sich auf global vernetzte politische Strukturen stützen kann. Die politischen Auseinandersetzungen werden in der nächsten Zeit vor allem darum gehen, welche »Globalisierung« sich durchsetzen wird.

Das bedeutet gerade nicht, dass lokale Kämpfe allein entscheidend sind. Ein internationaler Austausch ist wichtig. Von den Zapatistas kann aber auch etwas anderes gelernt werden: Suchprozesse emanzipativer Praxis entwickeln sich erst in Resonanz mit anderen Teilen der Gesellschaft, d.h. über die Rezeption zapatistischer Ideen und Praxen, die in das eigene Denken und

Handeln eingefügt werden, was wiederum auf die in Chiapas und Mexiko agierenden Zapatistas zurück wirkt. Seattle, Genua und die vielen anderen sichtbaren und weniger sichtbaren Widerstände stärken die Kämpfe in den Bergen des mexikanischen Südostens. Radikale Praxis benötigt eine Reflexion der bestehenden Bedingungen, gegen die sie agiert, und muss sich ihrer eigenen Widersprüche vergewissern. Hier können die vielfach kurzatmigen Kampagnen und Mobilisierungen in Europa einiges lernen; nicht durch naives und von spezifischen gesellschaftlichen Kontexten abstrahierendes »Abgucken«, sondern durch kluge Resonanzen.

***Glokaler* Widerstand: Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik**

Ein Gespräch mit *Ana Esther Ceceña* und *John Holloway*

Als Subcomandante Marcos am 11. März 2001 auf dem Höhepunkt der Reise der Kommandantur der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) vor mehreren Hunderttausenden Menschen auf dem Hauptplatz in Mexiko-Stadt das Wort ergriff, warteten die meisten auf *die* große Rede schlechthin, an deren Ende klare Vorschläge eines weiteren Vorgehens stehen würden. Die Ansprache ging, wie auch die seiner VorrednerInnen, unter die Haut. Was das weitere Vorgehen anbelangte, so waren Marcos und die anderen RednerInnen jedoch sehr zurückhaltend. »Mexiko, wir sind nicht gekommen, um Dir zu sagen, was zu tun ist, wir sind nicht gekommen, um dich irgendwo hinzuführen; wir sind gekommen, um dich bescheiden und mit Respekt zu bitten uns zu helfen.« Und einige Minuten vorher ging es um die verborgenen und schmerzenden Menschen Mexikos, die Ausgegrenzten und Unbeachteten. »Wir sind nicht dein Lautsprecher, wir sind eine Stimme zwischen diesen Stimmen... Wir sind Reflexion und Schrei.« In dieser Szene drückt sich bereits ein zentraler neuer Aspekt der mexikanischen Zapatistas aus: ihr Anti-Avantgardismus. Dieser steht zweifellos in einer gewissen Spannung mit den an sie herangetragenem Erwartungen. Viele wollen in Marcos einen neuen *líder* sehen, den Che Guevara des 21. Jahrhunderts. Doch dies würde dem zapatistischen Politikverständnis widersprechen.

Protest und Widerstand gegen die tiefgreifende neoliberale Gesellschaftstransformation sowie die schwierige Suche nach Alternativen sind eng verbunden mit den mexikanischen Zapatistas (vgl. Siller 2003, Das Argument 2003). In dieser Hinsicht waren die beiden Interkontinentalen Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft 1996 in Chiapas und 1997 in Spanien wirklich außergewöhnliche Ereignisse (vgl. REDaktion 1997). Wenn auch auf diesen Treffen mehr Fragen als Antworten aufkamen – und die Treffen natürlich nicht überschätzt werden sollten –, so wurde doch eine neue Dimension von globalem Austausch und Organisation deutlich.

Der folgende Beitrag besteht im zweiten und längeren Teil aus einem Gespräch mit Ana Esther Ceceña und John Holloway. Das Hauptinteresse liegt

dabei darin, verschiedene Aspekte des Aufstandes herauszuarbeiten und darauf hin zu prüfen, inwieweit sie Anregungen für Denken und Handeln in einem ganz anderen sozialen Kontext als dem westeuropäischen geben können. Bei der Nutzung des Begriffs Zivilgesellschaft werden beispielsweise die Grenzen der Verallgemeinerung deutlich, Ähnliches gilt für den Bezug auf die Nation.¹ Ich möchte mich einleitend auf einige Aspekte beschränken. Dabei geht es mir weder darum, die Zapatistas *richtig* zu interpretieren, noch ihr keineswegs eindeutiges Politikverständnis als Folie zu nutzen, um andere Ansätze zu bewerten. Kritische Reflexion von Protest und Bewegung sollte Bezüge zwischen verschiedenen Erfahrungen herstellen, Lernmöglichkeiten und produktive Kritik ermöglichen.

Eine zentrale Erfahrung der Zapatistas – und Differenz zu hiesigen Verhältnissen – liegt darin, dass die EZLN als Guerilla über zehn Jahre im Verborgenen agieren musste. Denn die Guerillas bzw. ihre Köpfe sind in Mexiko in den 1970er kooptiert oder militärisch vernichtet worden (vgl. die spannende Erzählung von Montemayor 1998). Um überhaupt an die Öffentlichkeit treten und Forderungen aufstellen zu können, mussten also komplizierte Lern- und Organisationsprozesse stattfinden. Letzteres trifft – und hier liegt eine Gemeinsamkeit – auch auf andere emanzipative Bewegungen zu. Entgegen der Wahrnehmung in der bürgerlichen Öffentlichkeit und vieler Linker sind die GlobalisierungskritikerInnen nicht vom Himmel auf den Boden von Seattle gefallen.

Anne Huffs Schmid (2000, 2004) zeigt, wie sich das radikale Denken und Handeln der Zapatistas gerade nicht im Sinne einer Wahrheitsproduktion verbreitet. Daher ist Reflexion, die in der anfangs zitierten Rede auf dem Zócalo von Mexiko-Stadt erwähnt wird, so wichtig. Die Zapatistas befinden sich in einigen Dilemmata, die auch für andere emanzipative Bewegungen gelten. Zum einen ist ihre Aufmerksamkeit nicht nur einfach einer anderen Politik geschuldet, sondern einem guten Teil der klugen Inszenierung des *Sub*. Dies als undemokratisch zu kritisieren, weil hier der Promi die Bewegung für seinen eigenen Ruhm ausnütze, wäre unsinnig. Dennoch wird die Fokussierung auf die Figur von den Zapatistas selbst als Problem gesehen.

¹ Weitere Literatur ist am Ende genannt, wobei insbesondere auf die Bände von Muñoz Ramírez (2003), Kerkeling (2003), Huffs Schmid (2004), Brand/Ceceña (2000), Vázquez Montalbán (2001) und Martha Durán de Huerta (2001: 91ff.) hingewiesen sei. Spanischkundige Interessierte haben natürlich den Vorteil des Zugangs zu Originalliteratur, wobei insbesondere die Zeitschrift Chiapas empfohlen sei, die von Ana Esther Ceceña herausgegeben wird (www.ezln.org/revistachiapas).

»Wir denken, dass ein Bild von Marcos geschaffen wurde, das nicht der Realität entspricht. Das hat wiederum mit der von den Medien beherrschten Welt zu tun, die ein Bild zeichnen, dem zufolge er (Marcos) keine Verbindungen mehr zu den Menschen hat, sondern entschied, Verbindungen mit der politischen Klasse zu haben.« (Marcos im Interview in Proceso, 11.03.2001)

Ein zweites Dilemma, nämlich der Umgang mit dem Staat, wurde in dem mit Joachim Hirsch verfassten Beitrag diskutiert. Schließlich besteht eines der Probleme im angedeuteten Wunsch vieler Linker, den Weg *gewiesen* zu bekommen und damit Gesellschaftsveränderung als Annäherung an vorgegebene Alternativen zu sehen. Dies ist zweifellos ein Problem, auch für anti-avantgardistische Politik. Wenn auch alternative Großmodelle (derzeit) weitgehend zu den Akten gelegt wurden, muss die Attraktivität dessen deutlich werden, warum sich Menschen für etwas einsetzen, kämpfen, Denkweisen und Handeln verändern. Gerade auf diesem Gebiet sind in den kommenden Jahren interessante Entwicklungen zu erwarten.

International sind Bewegungen in gewisser Weise »ein Stein im Schuh des Imperialismus« wie der US-amerikanische Marxist James Petras es ausdrückte (zu aktuellen Bewegungen in Lateinamerika vgl. Kaltmeier et al. 2004). Das sind sie aber nur, weil sie Resonanzen entwickeln, weil sie rezipiert werden und Unterstützung erfahren. Bislang wird in Deutschland der Zapatismus von Linken jedoch noch stark im Sinne »gut, dass es die gibt« wahrgenommen. Es fehlt noch die intensivere Auseinandersetzung um bestimmte Aspekte des Politikverständnisses – und zwar nicht nur des zapatistischen. Auch andere Erfahrungen und Bewegungen hierzulande oder in anderen Teilen der Welt sollten breiter diskutiert werden – auch historische Aspekte wie etwa in den radikalen Teilen der neuen sozialen Bewegungen und der Neuen Linken. Die Diskussion sollte in einem anti-avantgardistischen Sinne geführt werden und die historischen Erfahrungen von Machtpolitik ernst nehmen. Mit diesem letzten Aspekt beginnt das Gespräch.

Über Zapatismus, emanzipatives Denken und Revolution: Ein Gespräch mit Ana Esther Ceceña und John Holloway²

U.B.: Was ist eurer Ansicht nach das Neue an der zapatistischen Rebellion?

J.H.: Die Tatsache des Aufstandes selbst ist sehr wichtig. Im Jahr 1994 schien es, als gäbe es nirgends mehr die Möglichkeit eines Aufstandes. Aber es ist natürlich viel mehr als das. Für mich besteht das Neue vor allem darin, die Welt verändern zu wollen, ohne die staatliche Macht zu erobern. Das ist offensichtlich ein deutlicher Bruch mit der Tradition der Guerillas und der weltweiten revolutionären Tradition.

AE.C.: Wichtig ist, dass der Aufstand am Rand der Gesellschaft entsteht, in einem Sektor, der weder mit der Arbeiterklasse noch einer Partei etwas zu tun hat und also nicht dem entspricht, was traditionell als revolutionäres Subjekt verstanden wurde. Offenbar ist er Teil eines neuen revolutionären Subjekts, das der aktuellen kapitalistischen Entwicklung entspricht. In verschiedenen historischen Momenten gibt es unterschiedliche Formen der Herrschaft. Aber auch unterschiedliche Modalitäten, wie sich die Gesellschaft organisiert, wie sich die gesellschaftlichen Subjekte konstituieren und damit auch das revolutionäre Subjekt. Da bin ich mit John einverstanden: Es ist ein revolutionäres Subjekt, das nicht die Macht ergreifen möchte. Das unterscheidet es von allem, was wir bisher kannten.

U.B.: Und was ist der Vorschlag für eine radikale Gesellschaftsveränderung?

AE.C.: Der Vorschlag lautet, dass radikale Veränderung nicht ein Ziel, sondern ein Weg ist. Dieser muss im Alltag, jeden Tag, gegangen werden. Es ist kein Vorschlag, der alles auf die Zeit nach der Machtübernahme vertagt. Die Zapatistas sagen auch, dass wir uns selbst rekonstruieren müssen, indem wir uns gegenseitig anerkennen und zusammen für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit³ arbeiten. Demokratie ist wichtig, weil die Zapatistas sehen, dass die Gesellschaft vielfältig zusammengesetzt ist, dass es unterschiedliche Weltauffassungen gibt. Die einzige Möglichkeit, unsere Unterschiede anzu-

² *Ana Esther Ceceña* ist Professorin an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Autonomen Nationalen Universität in Mexiko-Stadt und Herausgeberin der Zeitschrift *Chiapas*. *John Holloway* ist Professor an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Autonomen Universität von Puebla und Verfasser zahlreicher Artikel über den Aufstand in Chiapas. Beide Intellektuelle sind von Beginn an mit dem Aufstand eng verbunden gewesen.

³ Diese drei Begriffe sind so etwas wie die Losung der Zapatistas.

erkennen, basiert auf der Schaffung eines demokratischen Raumes. Vormalig wirkten revolutionäre Praktiken eher homogenisierend, worin sie sich nicht vom Kapital unterschieden. Deshalb gab es auch nur einen Weg gesellschaftlicher Veränderung. Die Zapatistas sehen das als Teil der Niederlage, als Teil des Falls der Mauer von Berlin, als Teil der Tatsache, dass die Menschen nichts mit Parteien anfangen können. Es geht also nicht darum, ein Herrschaftssystem durch ein anderes zu ersetzen, sondern mit Herrschaftsverhältnissen als sozialer Norm zu brechen. Daher die Notwendigkeit eines demokratischen Raumes, in dem Unterschiede gelebt werden und Minderheiten sich artikulieren können. Die Idee, das Tempo des Langsamsten zu gehen – »caminar al paso del más lento«, gefällt mir sehr gut.

J.H.: Es geht um das Wie der Politik. Ein anderes Konzept linker oder anti-kapitalistischer Politik steht auf dem Spiel. Ein zentraler Aspekt ist das »mandar obedeciendo« (gehorchend regieren) in dem Sinne, dass wer regiert, auch denen gehorchen muss, die er repräsentiert. Konkret wird dieses Prinzip in Gestalt der Gemeinderäte in Chiapas, oder man denke an die Sowjets in der Russischen Revolution oder den Vorschlag des holländischen Revolutionärs Anton Pannekoek. Dieses Prinzip muss sich an verschiedenen Orten unterschiedlich ausformen.

U.B.: Von außen gesehen besteht die Kraft des Zapatismus darin, dass er in den vergangenen sieben Jahren konkrete Vorschläge und Gegner hatte: gegen die schlechte Regierung der ehemaligen Staatspartei oder für die indigenen Rechte und die Abkommen von San Andrés.⁴ Ich sehe eine gewisse Spannung zwischen der umfassenderen Perspektive gesellschaftlicher Transformation, wie ihr sie darstellt, und den konkreten Vorschlägen, die ja wichtig waren, um eine breite Unterstützung zu sichern.

⁴ Die Abkommen von San Andrés über indigene Rechte und Kultur wurden nach langen Verhandlungen im März 1996 zwischen der mexikanischen Regierung und der EZLN abgeschlossen. Darin verpflichtet sich die Regierung unter anderem, die Verfassung dahingehend zu reformieren, dass die indigenen Völker als solche und ihr Recht auf Selbstbestimmung anerkannt werden. Die Initiative der Parlamentskommission COCOPA (Comisión de Concordia y Pacificación; Kommission für Eintracht und Befriedung) zur Verfassungsreform war ein Vorschlag, den ein Teil der Mitglieder dieser Kommission kurz nach der Unterzeichnung der Abkommen machte, um die Abkommen von San Andrés umzusetzen. Sie wurde von der EZLN und ursprünglich auch von der Regierung akzeptiert. Dennoch zog die Zedillo-Regierung später ihre Zusage zurück. Um den COCOPA-Vorschlag, den der neue Präsident Fox an das Parlament geleitet hat, ging es bei der Reise der zapatistischen Kommandantur nach Mexiko. Vgl. auch den Aufsatz von Luis Hernández Navarro in Brand/Cecena (2000).

AE.C.: Die Zapatistas weisen immer wieder darauf hin, dass man alles zusammen sehen muss. Den fernen Horizont zu sehen, bedeutet eben nicht, das Alltägliche beiseite zu lassen. Wenn ich mich auf das Denken beziehe, dann immer auch auf das Handeln, denn es ist ein Denken-Handeln (»pensamiento acción«). Sie entwickeln ihr Denken, indem sie alle Bewegungen berücksichtigen, durch die eine neue Welt geschaffen wird. Sie haben eine Utopie, aber das Wichtige ist, sich dieser Utopie anzunähern, den Weg zu schaffen. Und diesen Weg baut man auch dort, wo die alte Staatspartei PRI ist. Das wirkt auf den ersten Blick nicht sehr radikal. Aber wenn man den Zusammenhang sieht, dann eben schon.

J.H.: Ich denke, dass die konkreten Vorschläge der Zapatistas ihre Stärke und Schwäche zugleich sind. Es gibt eine Spannung, die unvermeidlich ist. Insgesamt ist das positiv, denn von Beginn an gab es die Idee, dass es sich um eine indigene Bewegung handelte und gleichzeitig um eine, die über das Indigene hinausreichte.

Bereits vor 1994 hatten sie sich als »Bewegung der nationalen Befreiung« bezeichnet. Ein innovativer Aspekt war stets, dass sie jede Festlegung verweigerten. Seit den Abkommen von San Andrés vom März 1996 und deren anschließende Nicht-Umsetzung durch die Regierung gab es indes die Tendenz, den Kampf auf die Implementierung von San Andrés zu konzentrieren. Einerseits war das sofort verständlich, andererseits implizierte dies eine veränderte Beziehung zwischen der EZLN und uns zivilen Zapatistas. Wenn die Bewegung sich nämlich als indigene Bewegung definiert, dann ist die einzige Option der Nicht-Indigenen die Solidarität.

Zur Bedeutung der Zivilgesellschaft

U.B.: Natürlich war der Zapatismus seit 1994 auf Unterstützung angewiesen. Seht ihr eine Spannung zwischen der Radikalität ihrer Vorschläge und gewissen Taktiken, um sich die breite Unterstützung der so genannten Zivilgesellschaft zu sichern?

AE.C.: Durchaus. Es gibt viele Veränderungen, die schneller mit einem großen Teil der Zivilgesellschaft zu erreichen sind. Diese Sektoren unterstützen die Zapatistas nicht im gesamten Prozess. Viele sagen: »Jetzt ist die PRI weg, das reicht«. Die Zapatistas sagen: »Wir fangen an zu gehen, und wir werden nicht aufhören«. Sie können gar nicht aufhören, denn ihre eigene Existenz wird in diesem System negiert.

J.H.: Ich sehe einen taktischen Widerspruch zwischen einer radikalen Politik und bestimmten Maßnahmen, die sie ergreifen, um sich zu verteidigen.

Beim Intergalaktischen⁵ im Sommer 1996 diskutierte man viel die Tatsache, dass Daniëlle Mitterand und Alain Tourraine eingeladen waren. Das kann man aus der Sicht der Zapatistas verstehen, denn es geht um ihre eigene physische Verteidigung. Es gibt aber keinen Widerspruch hinsichtlich der Radikalität ihrer Vorschläge und der Suche nach Unterstützung durch die Zivilgesellschaft. »Wir sind ganz normale Menschen, das heißt rebellische Menschen«, heißt es in einem Kommuniqué. Wenn alle Menschen einen rebellischen Anteil haben, dann ist es wichtig, diesen rebellischen Aspekten eine Form zu geben. In vielen Fällen geschieht das ja gerade nicht über linke Gruppen oder revolutionäre Organisationen.

U.B.: Aus meiner Sicht haben die Zapatistas einen sehr emphatischen Begriff von Zivilgesellschaft, der eher an das liberale Verständnis erinnert, wonach die Gesellschaft außerhalb des Staates steht, statt sie im Sinne Gramscis als Ort der Kämpfe um Hegemonie zu begreifen. Marcos sagte in einem Interview mit Carlos Monsiváis, dass Zivilgesellschaft die »unförmige Masse sei, die nichts mit traditionellen politischen Organisationen zu tun haben will«. Ich habe den Eindruck, dass die Zapatistas unterschätzen, dass gerade in der Zivilgesellschaft um Hegemonie gekämpft wird und diese nicht homogen dem Staat und dem Kapital gegenüber steht.

J.H.: Sie verwenden nicht das Gramscianische Konzept. Sie suchen ein neues Vokabular, um die Kämpfe um die Veränderung der Welt, die Frage von Rebellion und Revolution auszudrücken. Dazu gehört die Zivilgesellschaft. Der Begriff selbst gefällt mir nicht besonders, er ist nicht sehr hilfreich. Vor allem wollen die Zapatistas damit ausdrücken, dass es sich um die kämpfenden Teile der Gesellschaft handelt, um die Einheit in der Vielheit sozialer Kämpfe. Insofern scheint mir der Begriff nützlich.

AE.C.: Zivilgesellschaft war ein diskursives Mittel, das es erlaubte, von allen zu sprechen, die sich zu Beginn mit den Zapatistas erhoben. Seither haben wir uns an den Begriff gewöhnt. Zivilgesellschaft ist nicht unbedingt eine Kategorie, die ich verwenden würde, aber im konkreten Kontext war sie notwendig. Die Zapatistas kritisieren die Trennung in politische und Zivilgesellschaft, das Politische als einen vom Sozialen unterschiedenen Bereich. Wenn Marcos sagt, Zivilgesellschaft sei die nicht in traditionellen Organisa-

⁵ Das Intergalaktische: Das erste Interkontinentale Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft, zu dem die Zapatistas im Sommer 1996 nach Chiapas einluden. 3.000 Menschen aus aller Welt nahmen teil. Vgl. dazu REDaktion (Hrsg., 1997).

tionen aktive Bevölkerung, dann bezieht er sich auf die Leute, die außerhalb des im engeren Sinn politischen Raumes Politik machen. Es ist die für gesellschaftliche Veränderungen kämpfende Bevölkerung. Das Politikmonopol soll den Politikern entrissen werden. Damit löst sich die Zivilgesellschaft in gewissem Sinne im Transformationsprozess auf; sie wird zum kämpfenden Volk.⁶

U.B.: Ist den Zapatistas klar, dass Kämpfe eben nicht nur gegen Staat und Kapital geführt werden müssen? Simplifizieren sie nicht die Konfliktlinien?

J.H.: Ich denke nicht. Ihre Verwendung des Begriffs ist für Vieles aufnahmefähig. Insgesamt ist ihre Politik bewusst doppeldeutig, was Probleme mit sich bringt, aber auch Vorteile.

U.B.: Könnte man sagen, dass die Zapatistas in den letzten Jahren zu stark waren und es zu hohe Erwartungen an ihre Vorschläge gab, was der Selbst-Organisierung eher abträglich war?

AE.C.: Auf jeden Fall. Vielen Leuten fällt es bis heute schwer zu sehen, dass wir uns selbst organisieren müssen und dass es keine Avantgarde gibt. In der Theorie akzeptieren wir, dass es keine gibt, praktisch warten wir in vielen Fällen darauf, dass uns die Zapatistas sagen, was zu tun ist. Diese Prozesse der Gesellschaftsveränderung benötigen Zeit.

U.B.: Zentral für die Zapatistas ist ja, sich gegenseitig anzuerkennen. Dennoch kann ich mir vorstellen, dass es immer wieder Versuche anderer Sektoren gibt, sie zu instrumentalisieren.

AE.C.: Was mit allen Avantgarden passiert, geschieht auch hier. Im Allgemeinen haben wir eine Linke, die es gewohnt ist, andere zu instrumentalisieren. Unsere Praktiken sind diesbezüglich wenig revolutionär. Es gab und gibt viele Versuche, die Zapatistas zu instrumentalisieren, das ist unvermeidbar, und sie wissen das. Sie lassen sich benutzen, wenn es um die Verbreitung der Idee geht, dass es eine Welt geben muss, in der viele Welten Platz haben. Wenn es aber darum geht, sie für andere Dinge einzuspannen, etwa so widersprüchliche Zwecke wie die Machteroberung oder Wahlkämpfe, dann lassen sie das nicht zu. Die zapatistische Bewegung ist sehr klug. Manchmal werden sie Guerilla genannt, sind es aber nicht. Der Zapatismus ist mehr eine Volks-erhebung, keine Volksarmee.

U.B.: Ana Esther, auf was beziehst Du Dich, wenn Du von der »Dekolonisierung des Denkens« sprichst?

⁶ »Pueblo en lucha; pueblo« hat im Spanischen eher die Konnotation des gesellschaftlichen Unten.

AE.C.: Der Kampf gegen Herrschaft ist natürlich ein materieller Kampf. Gegen die transnationalen Konzerne, für demokratische Politik, usw. Aber wichtig ist, für emanzipatives Denken zu kämpfen. Die Linke tut sich auch deshalb schwer mit Alternativen, weil sie auf dem begrifflichen Terrain bleibt, das ihr das System vorgibt.

Wir können uns beispielsweise eine Gesellschaft ohne Machtverhältnisse, ohne den Staat nicht vorstellen. Oder uns ist in den Kopf gesetzt worden, dass Moderne das ist, was in Europa oder den USA darunter verstanden wird, und dass wir rückständig sind. Die Moderne ist eine polarisierende Totalität – je mehr sie sich modernisiert, desto mehr polarisiert sie. Der erste Kampf dreht sich um das Denken einer anderen Gesellschaft. Nicht in dem Sinne, dass das jetzige Unten einfach nach Oben gekehrt werden soll, sondern in einem zivilisatorischen Horizont; dafür muss das Denken dekolonisiert werden.

Die Zapatistas und der Staat

U.B.: Kommen wir zur Frage des Staates. Die Zapatistas wollen zwar nicht die Staatsmacht erobern, aber sie rufen den mexikanischen Kongress an, dass er seine Rolle richtig ausfüllen soll. Oder sie handeln mit dem Staat die Abkommen von San Andrés aus. Inwieweit müssen sie sich als radikaler Akteur auf den Staat beziehen?

J.H.: Da ist wieder diese unvermeidbare Widersprüchlichkeit. Wenn sie an den Kongress appellieren, dann ist das sehr traditionell.

U.B.: Ist das notwendig?

J.H.: Nein. In San Andrés haben sie gesagt, dass sie nicht mit der Regierung verhandelten, sondern mit ihr im Dialog standen. Und sie haben betont, dass ihnen der Dialog mit der Zivilgesellschaft wichtiger war als der mit der Regierung. In allen Dialogen war das Wichtige die Form, mit der die Verbindungen zur Zivilgesellschaft, also den kämpfenden Menschen aufgebaut wurden. Die Foren zu indigenen Rechten oder zur Staatsreform, die im Rahmen der Verhandlungen von San Andrés stattfanden, zeigen das deutlich. Am Forum zur Staatsreform nahmen über eintausend Menschen teil, das war unglaublich.

AE.C.: Die Zapatistas machen Politik, die sich an der Gesellschaft ausrichtet, nicht am Staat. Aber der Staat kann natürlich nicht einfach ignoriert werden, es gibt ihn ja. Ihre Vorstellungen gesellschaftlicher Transformation konzentrieren sich auf die Möglichkeit, etwas von unten zu verändern. Diese Möglichkeit wird das Verhältnis von Gesellschaft und Staat verändern – so

weitgehend, bis es keinen Staat mehr gibt. Aber das wird sich auf dem Weg zeigen.

U.B.: Wie beziehen sie sich also auf den Staat, was heißt für sie »Staat«?

J.H.: Alle ihre Praktiken sind anti-staatlich in dem Sinne, dass sie niemals die Verhaltensformen akzeptiert haben, die die Existenz des Staates implizieren. Während der Dialoge in San Cristóbal⁷ und San Andrés drehten sich viele Konflikte darum, wie man sich verhält. Die Zapatistas haben die Spielregeln, die die Staatsvertreter ihnen aufzwingen wollten, nicht akzeptiert. Selbst wenn sie hier also mit den Staatsrepräsentanten im Dialog waren, so waren ihre Praktiken dennoch anti-staatlich.

U.B.: Die staatlichen Praktiken unterminierend...

J.H.: ... sich über sie lustig machend. Und das mit großem Erfolg.

U.B.: Würdet ihr dafür den Begriff der Gegenmacht verwenden?

AE.C.: Nein, sondern den der Anti-Macht. Denn mit dem Begriff der Gegenmacht bewegen wir uns wiederum auf demselben Terrain der Macht. Auch wenn ich verstehe, dass viele Bewegungen, die mit den Zapatistas sympathisieren, von Gegenmacht sprechen.

J.H.: Eine wichtige Lehre der Zapatistas ist ja, dass der Kampf nicht in den Begriffen geführt werden kann, die der Feind nutzt. Sie sind sehr wendig: Immer wenn die Regierung eine Initiative ergreift, sind die Zapatistas plötzlich in einer anderen Dimension; von Anfang an. Ich denke, dass hier das Geheimnis ihrer breiten Unterstützung liegt. Jetzt zum Beispiel schlägt der neue Präsident einen Dialog vor, und sie sagen: »Wir gehen nach Mexiko-Stadt«. Das verändert die Spielregeln vollständig.

U.B.: Wir können aber heute sehen, dass die Macht sehr gut mit der Anti-Macht leben kann in dem Sinne, dass die Marginalisierten ihre Räume bilden, um ihre Misere zu verwalten. Und viele Kämpfe sind heute defensiv, wollen zunächst einmal Schlimmeres verhindern. Wenn wir uns eine andere Gesellschaft vorstellen, dann ist das ja ein Prozess, zu dem dieses »ya basta!« gehört.

AE.C.: Es wird auf zwei Feldern gekämpft. Der zentrale Vorschlag lautet: »Schaffen wir eine neue Welt«. Und das geschieht nicht durch die Macht, sondern durch die Gesellschaft. Wenn es aber darum geht, neue Räume für eine neue Welt zu schaffen, dann geht es um eine Konfrontation mit dem, was das verhindert. Hier kann man vielleicht von Gegenmacht sprechen, populärer Macht, auch Anti-Macht. Mein Eindruck ist, dass das eine Frage

⁷ Erste Friedensverhandlungen 1994.

der politischen Praxis selbst ist. Daher treibt mich weniger um, wie wir das nennen, sondern mehr, wie diese Terrains zu gewinnen sind.

U.B.: In Europa meint man teilweise, dass die Zapatistas mit Machtfragen überhaupt nichts zu tun haben wollen.

AE.C.: Was in Europa oft falsch verstanden wird, ist das Nationale. Die Forderung der Zapatistas nach Autonomie ist zentral. Aber das fordern sie nicht als isolierte Autonome, sondern als autonome Gemeinden, die ihre eigenen Organisationsformen entwickeln und ihr eigenes Recht ausüben wollen. Auf nationaler Ebene sind sie jedoch Teil einer größeren Gesellschaft und daher auch Element der dortigen Kämpfe, ganz zu schweigen von der internationalen Ebene. Innerhalb ihrer Autonomie bestimmen sie, aber nach außen sind sie nicht die einzigen. Daher die Debatten um die Schaffung und Ausfüllung von Räumen und um den Austausch mit der übrigen Gesellschaft.

U.B.: Auch wenn der Staat als ein Herrschaftsverhältnis verstanden wird, der vor allem die Reproduktion der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sichert, stellt sich dennoch die Frage, welche Instanz Rechte und gesellschaftliche Regeln sichert.

J.H.: Man sollte dabei nicht ans Recht denken, denn es gestaltet die gesellschaftlichen Verhältnisse auf eine Weise, welche die Gesellschaft spaltet. Das Recht ist eine spezifisch kapitalistische Form wie der Staat. Beide basieren auf der Negation gesellschaftlicher Selbstbestimmung.

U.B.: Termini wie Nation oder Heimatland und Symbole wie die nationale Fahne spielen bei den Zapatistas eine wichtige Rolle. Verwenden sie das taktisch, oder geht es ihnen wirklich darum, die »Nation aufzubauen« (construir la nación)?

AE.C.: Die Zapatistas drücken etwas aus, was die Europäer nur mit Mühe verstehen, was aber allen Ländern der Dritten Welt gemeinsam ist. Diese Länder haben das Problem, dass sie gleichzeitig vom Kapitalismus und vom Imperialismus beherrscht werden. Es kann keinen anti-imperialistischen Kampf geben, der nicht auch anti-kapitalistisch wäre. Das meinen die Zapatistas, wenn sie sich nationaler Symbole bedienen. So kommunizieren sie mit der gesamten mexikanischen Gesellschaft. Denn die Verteidigung des Heimatlandes ist ein populäres Gefühl; es bedeutet immer, sich dem Staat und der Herrschaft entgegen zu stellen. In unseren Ländern gibt es einen externen Kapitalismus, der mit den Staaten verbunden ist.

J.H.: Mich und viele Europäer störte auf dem Intergalaktischen der Gebrauch der Fahne durch die Zapatistas. Von Beginn an denken sie ihren Kampf als nationale Befreiung. Doch das ist absurd. Andererseits sehe ich auch, dass

es etwas komplizierter ist, weil es ja die Idee gibt, die Nation gegen den Staat zu verteidigen. Die Idee einer nationalen Befreiung ist nicht die der Befreiung der Mexikaner, sondern jeder Gesellschaft in der Welt. Es ist die Verteidigung gegen das Kapital und gegen den Staat. Dennoch gefällt mir die Idee nicht. Praktisch ist es sehr schwierig, Staat und Nation zu trennen. Und man gerät in eine gefährliche Doppeldeutigkeit, weil die Menschen anfangen, zwischen mexikanischem und US-amerikanischem Kapital zu unterscheiden, was keinen Sinn macht.

Die Rolle von Theorie

U.B.: John, Dein Buch: »Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« (Münster 2002) wird in Lateinamerika stark diskutiert. Was wäre heute der Beitrag einer vom Zapatismus beeinflussten Theorie zu anderen radikalen sozialen Praxen? Besteht er darin, als Teil einer kritischen Theorie, das Innovative radikaler Bewegungen herauszuarbeiten, oder geht es darüber hinaus?

J.H.: Die Theorie hat notwendiger Weise die praktischen Erfahrungen dieser und anderer Bewegungen zum Ausgangspunkt. Gleichzeitig muss sich Theorie als theoretische Praxis, als Teil der Bewegung verstehen. Im letzten Jahrhundert wurde der Begriff der Revolution mit der Übernahme staatlicher Macht identifiziert. Der Fall der Mauer von Berlin hat diese Idee beendet. Das Problem heute ist: Wie kann ein Begriff der Revolution auf den Trümmern der Staatsillusion zurückgewonnen werden? Hier haben die Zapatistas einen wichtigen Beitrag geleistet hinsichtlich der Formen und der Sprache, die mit der etatistischen Vision der Revolution brechen.

AE.C.: Wir erleben einen Moment, in dem sich Theorie und Praxis gegenseitig bereichern. Es gibt einige Kommuniqués, die provokativ und reich sind, nicht nur analytisch, sondern auch hinsichtlich der Dekolonisierung des Denkens. Sie konfrontieren dich mit dir selbst, mit deinen Praxen. Natürlich gibt es auch Leute, die dasselbe machen wie vorher und dennoch sagen: »Wie die Zapatistas sagen, sollten wir unsere Meinung nicht den anderen vorschreiben«. Aber es gibt eine Bewegung, vor allem von jungen Menschen, die mit dem Zapatismus entsteht, die ihre Praxen an den von den Zapatistas entwickelten Ideen ausrichtet. Und sie tragen natürlich selbst zu dem bei, was den Zapatismus ausmacht. Oder die Intellektuellen, die den Zapatistas nahe stehen und die neuen sozialen Bewegungen untersuchen. Auch unsere Zeitschrift »Chiapas« trägt dazu bei, dass wir unsere eigenen theoretischen Prinzipien oder jene, die uns nie gefallen haben und die wir dennoch beibehielten, in

Frage stellen. Damit brechen wir jetzt. Was das konkret bedeutet, kann ich dir nicht sagen, denn dazu ist es noch zu früh.

U.B.: Die Zapatistas können interpretiert werden als eine Praxis der Negation, aber natürlich auch ganz anders. Könnte es nicht der Beitrag theoretischer Arbeit sein, bestimmte Aspekte stark zu machen? Denn es gibt ja keinen objektiven Kern des Zapatismus, sondern er entwickelt sich durch sehr verschiedene Resonanzen und Rezeptionen hindurch. Wäre also nicht auch hier eine starke Interaktion notwendig, natürlich nicht verstanden als Theorie einer Avantgarde?

J.H.: Wie du sagst, ist der Zapatismus ein weites Feld von Kampf und Debatte. Oft sind sie selbst sehr konfus. Theoretische Arbeit hat daran ihren Anteil; sie trägt dazu bei, die revolutionären und negierenden Aspekte der zapatistischen Bewegung heraus zu stellen und zu filtern.

U.B.: Wie seht ihr heute die theoretische Debatte um den Zapatismus? Aus meiner Sicht weigert sich ein großer Teil kritischer Theorie, die neuen Bewegungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. In Deutschland zumindest ist das sehr deutlich.

J.H.: Die Zapatistas stellen eine theoretische Herausforderung dar. Sie brechen mit den alten Schemata der Linken. Die Antwort darauf war in der Tat zweideutig: Auf der einen Seite der Versuch, die Zapatistas nach alten Schemata zu klassifizieren. Mein Lieblingsbeispiel ist ein sehr bekannter Trotzkist, der sagte: »Die Zapatistas sind sehr gut, aber es fehlt ihnen die theoretische Reife, denn sie haben kein Übergangsprogramm«. Auf der anderen Seite gibt es eine Suche nach neuen Formen, um die Dinge anders zu verstehen. Die Jüngeren scheinen im Allgemeinen offener.

U.B.: Wo seht ihr die kritischen Aspekte und Gefahren der Zapatistas in den letzten Jahren?

AE.C.: Die Frage der Macht ist wirklich sehr schwierig. Viele Leute, die zapatistisch sind und von Beginn an mit den Aufständischen sympathisierten, gehören zur linksliberalen Partei der Demokratischen Revolution (PRD). Daher gibt es Konflikte, was unter Politik verstanden wird. Es gibt sehr viele, die sagen: »Ja, ich bin Zapatista, aber jetzt kommen Wahlen, die wichtig sind und in denen ich mich voll engagiere«. Davon abgesehen, gibt es eine starke Diskussion in der Linken darüber, was die revolutionäre Partei bedeutet, ob es eine solche geben sollte, was die beiden Horizonte eines großen Veränderungsprojektes einerseits und von alltäglichem Handeln und der Öffnung von Räumen andererseits bedeuten, wie sie kombiniert werden können. Es ist eine neue Phase, weil es der weitgehendste Versuch ist, Frieden zu

schaffen und den Krieg als Herrschaftsinstrument zu zerstören. Keiner weiß, was daraus entsteht. Aber die Zapatistas haben immer gesagt, dass sie eine Armee sind, die dafür kämpft, dass es keine Armeen mehr gibt. Das ist eine Herausforderung für die nationale und internationale Zivilgesellschaft. Schaffen wir es, dass die Politik der Raum ist, in dem Konflikte ausgetragen werden und wo eine neue Gesellschaft geschaffen wird, die wir wollen? Wenn wir das nicht schaffen, dann können wir zu den Waffen greifen oder einen kollektiven Selbstmord begehen.

U.B.: Habt ihr eine Idee, wie sich das entwickeln wird?

AE.C.: Nein, das kann man nicht wissen. Wenn so gekämpft wird wie heute, dann sind alle Akteure. Dann wird Zukunft ausgehend von der Konfrontation, dem Kampf selbst, geschaffen.

Literatur

- Boris, Dieter (1996): Gesellschaftliche Hintergründe des Aufstandes in Chiapas, in: *Leviathan*, Nr. 3, 395-411.
- Brand, Ulrich/Ceceña, Ana Esther (Hrsg., 2000): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis, Münster.
- Brand, Ulrich (2000): Grenzüberschreitungen. »Chiapas« und emanzipatorische Politik in den Metropolen, in: ders./Ceceña, Ana Esther (Hrsg.), 8-25.
- Brand, Ulrich (1998): Die demokratische Frage, gestellt »aus den Bergen im mexikanischen Südosten«. Chiapas und die Möglichkeiten radikaler Politik, in: Görg, Ch./Roth, R. (Hrsg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster, 462-483.
- Das Argument (2003): 20/10 Jahre. Aufstand der Zapatisten. Schwerpunktheft, Nr. 253, 6/2003.
- Dietz, Gunther (1996): Indianische Bewegungen und »Zapatismo« im ländlichen Mexiko, in: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*, Nr. 24, 67-88.
- Durán de Huerta, Martha (2001): Yo Marcos. Gespräche über die zapatistische Bewegung, Hamburg.
- Gabbert, Wolfgang (1997): Chiapas – die Grenzen der Kooptation und der Aufstand von 1994, in: *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Nr. 21, 162-178.
- Haug, Wolfgang Fritz (1999): Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. 4. und 7. Kapitel, Hamburg.
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster
- Huffschmid, Anne (Hrsg., 1995): Subcomandante Marcos. Ein maskierter Mythos, Berlin.
- Huffschmid, Anne (2004): Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn, Heidelberg.
- Huffschmid, Anne (2000): Spinnen im Netz. Zapatismus als Maskerade und para-

- doxe Politik, in: Brand, Ulrich/Ceceña, Ana Esther (Hrsg.), 136–176.
- Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hrsg., 2004): *Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Münster.
- Kanzleiter, Boris/Pesara, Dirk (1997): *Die Rebellion der Habenichtse*, Berlin.
- Kerkeling, Luz (2003): *La lucha sigue. Der Kampf geht weiter. Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*, Münster.
- Montemayor, Carlos (1998): *Krieg im Paradies*, Hamburg.
- Muñoz Ramírez, Gloria (2003): *EZLN: 20 + 10. Das Feuer und das Wort*, Münster.
- REDaktion (Hrsg., 1997): *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*, Köln.
- Schmidt, Gerold (1996): *Der Indio-Aufstand in Chiapas. Versuch einer demokratischen Revolution*, München.
- Siller, Nikola (2003): *Die Bedeutung des Zapatistischen Aufstandes für die Antiglobalisierungsbewegung*. Magisterarbeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
- Simmen, Andreas (Hrsg., 1994): *Mexico. Aufstand in Chiapas*, Berlin/Amsterdam.
- Subcomandante Insurgente Marcos (1996): *Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald*, Hamburg.
- Subcomandante Marcos (1997): *Geschichten vom Alten Antonio*, Hamburg.
- Topitas (Hrsg., 1994): *Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas*, Hamburg.
- Vázquez Montalbán, Manuel (2001): *Marcos. Herr der Spiegel*, Berlin.
- Winter, Jens (1999): *Zur Genese und gesellschaftstransformatorischen Reichweite des »Ejército Zapatista de Liberación Nacional« (EZLN) in Mexiko*, in: *Peripherie*, Nr. 76.

**Alternativen –
welche Alternativen?**

Unilaterale oder multilaterale Weltordnung?

Die Debatte um *Global Governance*

Einer der neokonservativen Vordenker der Bush-Regierung, Robert Kagan, weist in seinem vieldiskutierten Buch »Macht und Ohnmacht« (2003) darauf hin, dass die Differenzen zwischen »Europa« und »Amerika« in der unterschiedlichen Geschichte begründet seien. Die Erfahrung erfolgreicher internationaler Kooperation und die Bändigung deutscher Großmachtansprüche sei nach dem Zweiten Weltkrieg für Westeuropa entscheidend gewesen. Hier hätte sich unter dem Schutz und zur Freude der USA die Welt eines »Kantischen Friedens« verwirklicht.

Kagan hat Verständnis für die europäische Position – nicht aufzurüsten und unilaterale Politiken zurückzuweisen –, die auf militärischer Schwäche basiere: Wer schwach ist, habe kein Interesse an militärischen Auseinandersetzungen, sondern setze auf internationale Kooperation. Ganz anders aber die USA: Sie sei weiterhin dafür zuständig, in der anarchisch-gewalttätigen Welt für Ordnung zu sorgen. Dies sei eine Bedingung dafür, *dass* in Europa Frieden herrsche. Da die europäische Bevölkerung nicht bereit sei, zusätzliche Militärausgaben zu Lasten der Sozialbudgets zu akzeptieren, müsse die USA das alleine schultern. Seine *message* lautet sinngemäß: »Liebe Europäer, schön, was ihr – durch uns – erreicht habt, aber die Welt um euch herum ist halt nicht so friedlich. Und da ihr nicht wollt, machen wir (die USA) das und sorgen für Ordnung.«

Zuvorderst müssen die konservativen Annahmen eines Denkers wie Kagan freigelegt werden (vgl. etwa Steffens 2003). Bei ihm wird der »Rest der Welt« zu einem Hort von Chaos und potentiell Terrorisimus gestempelt, in dem nur mit Waffengewalt für Ordnung gesorgt werden könne. Die konkreten Lebensverhältnisse von 80 Prozent der Menschheit interessieren ihn nicht. Die Welt wird von ihm zudem nur durch eine sicherheits- und militärpolitische Brille betrachtet und dabei die wachsende USA-Europa-Differenz gesehen. Damit bleibt ausgeblendet, dass in vielen Fragen wie etwa handels- und finanzpolitischen die europäischen Regierungen ja nicht gegen die US-amerikanischen agieren, sondern mit ihr zusammen globale Herrschaft organisieren. Sozio-ökonomische Aspekte interessieren die Neokonservativen aber erst, nachdem militärisch Ordnung geschaffen wurde. Wie etwa der Reichtum in den USA geschaffen wird, damit gegenwärtig die Hälfte der

weltweiten Rüstungsausgaben dort getätigt werden können, bleibt unbeachtet.

Und dennoch besticht das Argument Kagans nicht nur durch seine Suggestivkraft und macht das herrschende Denken in den USA verständlich, sondern weist in der Tat auf eine historische Besonderheit hin. Der gegenwärtige Unilateralismus der US-Regierungen in einigen Bereichen und seine breite Akzeptanz durch die Bevölkerung liegt in der Tat darin begründet, dass die USA bereits im Ersten Weltkrieg sowie später im und nach dem Zweiten Weltkrieg Weltmacht waren, die sich auf ihre militärische Stärke verlassen musste (wie Großbritannien im 19. Jahrhundert). Kagan ist auch deshalb interessant, da er in eine wichtige Debatte um internationale Politik interveniert, nämlich jene um die Chancen eines Multilateralismus.

Allerdings fügt er sich hier in eine Diskussion ein, die oft schlecht abstrakt bleibt. Er begründet den Unilateralismus mit sicherheitspolitischen Notwendigkeiten und blendet die vielen multilateralen Beziehungen etwa in der WTO, IWF und Weltbank aus. Umgekehrt wird seit etwa zehn Jahren eine Diskussion geführt, die auf die Vorzüge des Multilateralismus hinweist, sich aber auch wenig um dessen konkrete Inhalte kümmert. Der prominenteste Begriff hierfür ist *Global Governance*. Synonym verwandt werden Begriffe wie Re-Regulierung (der Weltwirtschaft) oder eben Multilateralismus.

Wenn man sich die Diskussion genauer ansieht, dann wird deutlich, dass es nicht per se um einen »guten Multilateralismus« gegen einen »schlechten Unilateralismus« geht. Die im Titel gestellte Frage ist also irreführend. Die konkreten politischen Strukturen und Inhalte, die dahinter stehenden Problemdeutungen und Interessen sind entscheidend. Dasselbe gilt für sozio-ökonomische und kulturelle Entwicklungen. Aus emanzipativer Perspektive muss zudem gefragt werden, inwieweit aktuelle multilaterale Politiken Spielräume öffnen, um gegen die herrschenden neoliberalen und neoimperialen Strategien vorzugehen. Um es vorwegzunehmen: Die aktuellen Prozesse hin zu einer »Global Governance-Architektur« sichern, trotz aller positiven Verbesserungen in einzelnen Bereichen, generell die dominante Weltordnung und dahinter stehenden Interessen ab. Dennoch muss auch in der internationalen Politik immer wieder nach Ansatzpunkten und Spielräumen für Alternativen gesucht werden.

Was ist *Global Governance*?¹

Eine zentrale Annahme der Global Governance-Diskussion lautet folgendermaßen: Die aktuellen Strukturveränderungen des Kapitalismus generieren Krisen, die es auch den herrschenden politischen und ökonomischen Akteuren unheimlich werden lassen: Die Krise des Europäischen Währungssystems 1992, in Mexiko Ende 1994, anschließend in Asien, Russland und Argentinien sowie das Ende der New Economy sind deutliche Indikatoren. Aber auch Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Drogenhandel oder Migration sind Krisen, die bearbeitet werden müssen. Wie nun also mit der offensichtlichen Krisenhaftigkeit der neoliberalen Globalisierung umgehen? Unter dem Label Global Governance sollen notwendige politische Veränderungen entworfen werden, um Krisen zu begegnen.

Ernst-Otto Czempiel und James Rosenau analysierten frühzeitig eine *governance without government* (1992) in der internationalen Politik. Rosenau (1995: 18-12) hat die Forschungsperspektive eines *postnational paradigm* entwickelt, das neben einer staatszentrierten auch eine multizentrierte Perspektive einnehmen müsse. Prominenz erlangte der Begriff in den letzten zehn Jahren im Umfeld der Politikwissenschaft, um zu beschreiben, wie sich nach dem Ende der US-Hegemonie der Nachkriegszeit ein internationales *system of rules* etabliert hat und was die Formen und Bedingungen kollektiven Handelns auf internationaler Ebene sind.

Zentral für die internationale Diskussion ist der Bericht der UN Commission on Global Governance (1996), die den Begriff über die wissenschaftliche Fachdebatte hinaus bekannt machte und gleichzeitig die wissenschaftliche Diskussion stimulierte. Governance »ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen und öffentliche wie private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen

¹ An anderer Stelle wurde untersucht, inwieweit Global Governance als Diskurs verstanden werden kann, der die gegenwärtigen Entwicklungen in der internationalen Politik »rahmt« über ein bestimmtes Verständnis von Globalisierung, Problemen und den Formen, damit umzugehen (Brand 2003).

werden.« (CGG 1996: 4) Im Kern geht es um effizientere und kooperative Politik angesichts der gegenwärtigen Strukturveränderungen des Kapitalismus. Allerdings ist der Begriff Global Governance keineswegs einheitlich definiert, sondern ist Gegenstand heftiger Definitionskämpfe.

Ohne den Begriff explizit zu verwenden, hat auch die Gruppe von Lissabon (1997) mit ihrem Bericht »Grenzen des Wettbewerbs« einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Re-Regulierung der Weltwirtschaft gebracht. Für die deutschsprachige Diskussion sind die Beiträge von Dirk Messner und Franz Nuscheler vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) zentraler Referenzpunkt (Messner/Nuscheler 1996, Hauchler et al. 2001). Politisch ranghoch verhandelt wurde der Begriff in der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft« des Deutschen Bundestages. 2001 wurde ein Zwischenbericht und 2002 ein Abschlussbericht vorgelegt (Enquete-Kommission 2001, 2002; zur Einschätzung Brand/Brunnengraber 2002).

Auch in den eher randständigen wissenschaftlichen Diskussionen wie der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie findet der Global Governance-Begriff verstärkt Verwendung (Altvater/Mahnkopf 2004, Prakash/Hart 1999, Scherrer 2000a). Feministische Autorinnen versuchen an den Begriff Global Governance anzuschließen, weil er die Möglichkeit eröffne, die »realistische« Staatsfixierung und die darin angelegte geschlechterblinde Konzeptualisierung internationaler Politik zu durchbrechen (Ruppert 2000: 50-57, Wichterich 2000: 274-276, Ruf 2000: 174ff.). Beiträge aus »südlicher« Perspektive sind bislang eher die Ausnahme.

Was sind nun die aus den verschiedenen Beiträgen heraus destillierbaren »Kernelemente« von Global Governance? Verallgemeinernd wird *erstens* davon ausgegangen, dass sich viele gesellschaftliche Prozesse, damit einhergehende Probleme und Politiken internationalisiert haben. Dies wird mit dem Begriff der Globalisierung gefasst, die als zuvorderst ökonomische interpretiert wird. Dieser an sich positive, wohlstandssteigernde und unhintergehbare Prozess zeitige Instabilität und Krisen, daher müsse durch multilaterale Politik, insbesondere im Rahmen der UNO, politisch gegengesteuert werden. »Auf den einfachsten Nenner gebracht bedeutet ›Global Governance‹, den Prozess der Globalisierung politisch zu begleiten.« (Enquete-Kommission 2002: 415) Gegen globale Probleme und Krisen soll Ordnung gesetzt werden, was etwa in der deutschen Übersetzung des Berichtes der CGG als »Weltordnungspolitik« deutlich wird. Global Governance ist gleichzeitig ein Diskurs politischer Gestaltung, der das Politische und dessen Veränderung

gen thematisiert und dort intervenieren will. Dabei überwiegt die doppelte Perspektive, Global Governance als einen Prozess zu verstehen, der (a) die internationalen Verhältnisse in eine wünschbare Richtung politisch gestaltet, nämlich in Richtung eines möglichst krisenfreien Prozesses von internationalem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, und mittels dessen (b) die »negativen Folgen der Globalisierung« bearbeitet werden sollen. Am dezidiertesten konstatiert die Gruppe von Lissabon, dass es um menschlichen Wettbewerb und gegen die aggressive Wettbewerbsideologie gehe.

Die entstehenden Probleme werden *zweitens* als »Weltprobleme« konzeptualisiert, deren Charakteristikum darin besteht, dass sie alle Gesellschaften und Menschen in ähnlicher Weise betreffen und folglich alle ein Interesse an ihrer effektiven Bearbeitung haben müssen. Neben der Begründung internationaler Politik durch gemeinsame Interessen geht es normativ um die Herausbildung eines »Weltethos« bzw. universeller Rechte sowie um die Notwendigkeit neuer Visionen zur Bearbeitung der Weltprobleme.

Diese Bearbeitung der Probleme soll *drittens* kooperativ und dialogisch erfolgen. Fundamentale Interessendifferenzen kommen nicht vor, sondern unterschiedliche Akteure mit ihren Interessen sind vor dem Hintergrund schwerwiegender Weltprobleme sowie durch die Einsicht der Akteure in die Vorteile der Kooperation kompromissbereit. Es werden allgemein und in einzelnen Policy-Feldern »win-win-Situationen« konstatiert. Zudem spielen Experten, die über ein überlegenes Problembewusstsein und Kompetenzen zur Bearbeitung verfügen, eine wichtige Rolle. Ihr Wissenstypus und ihre Herkunft sind vor allem »westlich« geprägt.

Problembearbeitung kann *viertens* nicht durch das jeweilige nationalstaatliche Institutionensystem erfolgen, weil letzteres im Globalisierungsprozess in zentralen Bereichen seine Steuerungsfähigkeit verloren hat, nämlich zur Bearbeitung der immer wichtiger werdenden grenzüberschreitenden Probleme. Die Beiträge zu Global Governance machen nun Vorschläge, wie mit dem Steuerungsverlust umgegangen werden könnte: Dies solle durch internationale Kooperation und den Aufbau eines adäquaten internationalen Institutionensystems erfolgen, wobei das bestehende als unzureichend erachtet wird.

Bei Messner/Nuscheler ist dies die »Global Governance-Architektur«, bei der CGG bekommt ein zu gründender Rat für Wirtschaftliche Sicherheit eine große Bedeutung. Beiträge aus Deutschland sind staatszentrierter als internationale, die UN Commission konzentriert sich natürlich auf die UNO (CGG 1996: 8).

Als *fünfter* Aspekt wird der »Zivilgesellschaft«, d.h. nicht-staatlichen Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen und privaten Unternehmen ein wichtiger Stellenwert bei der Artikulation und Bearbeitung von Problemen beigemessen; nicht mehr nur das staatliche Institutionensystem macht Politik oder soll sie machen. Teilweise wird sie auf die Funktion einer »Korrekturinstanz« reduziert (Messner/Nuscheler 1996: 4), in anderen Beiträgen wird sie emphatischer gesehen im Sinne von Selbstorganisation und Kreativität (CGG 1996: 369).

Und *schließlich* wird ein Demokratiedefizit auf internationaler Ebene festgestellt. Die Gruppe von Lissabon konstatiert, »dass Verfahren der repräsentativen Demokratie auf globaler Ebene außer Kraft gesetzt werden. Das globale System wird durch oligarchische Machtstrukturen gelenkt, die dazu neigen, zu immer effizienteren und besser integrierten Netzwerken zu verschmelzen, die die nationalstaatlichen Regierungen umgehen.« (1997: 178) Dem soll mit verstärkter Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure begegnet werden; Partizipation selbst wird daran gemessen, was sie zur effektiven Problemlösung beizutragen hat. Insgesamt herrscht in der Global Governance-Diskussion ein deliberativer Demokratiebegriff vor, wonach verschiedene gesellschaftliche Gruppen die Probleme der Welt gemeinsam verhandeln und nationale Staaten wie internationale Institutionen mit der Problembearbeitung befasst sind (eine Ausnahme stellt hier die CGG dar, die sich teilweise an einem System von »checks and balances« orientiert).

Global Governance als Alternative zur neoliberalen Globalisierung?

Welches Potential bieten nun der dominante Begriff und die damit verbundenen politischen Denk- und Handlungsformen aus globalisierungskritischer Perspektive?²

Feministische Positionen kritisieren *erstens* die Blindheit der dominanten Beiträge zur Global Governance-Debatte gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnissen und Problemen (vgl. etwa Ruf 1996, Wichterich 1998, insbes. S. 218ff., Holland-Cunz/Ruppert 1999). In der Tat spielen weder im Bericht der Commission noch in den INEF-Vorstellungen die patri-

² Vgl. zu einzelnen Aspekten etwa Mürle 1998, Brunnengräber/Stock 1999, Scherrer 2000b, Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl 2000, Brand/Scherrer 2002, Behrens 2002, Behrens 2004.

archalen Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine Rolle. Die feministischen Beiträge, die sich auf den Global Governance-Begriff beziehen, versuchen dennoch an ihn anzuschließen. Insbesondere die internationale Frauenbewegung wird in den feministischen Beiträgen als Akteurin identifiziert, die schon längst und erfolgreich – und ohne notwendig auf den Begriff zu rekurrieren – Formen von Global Governance praktiziere.

Die Verkürzungen der dominanten Debatte bestehen *zweitens* in einer völlig unzureichenden Problemanalyse. Sie gehe von bestehenden Problemen aus, ohne nach deren – materialer wie symbolischer – Konstitution zu fragen. Um wessen Probleme es sich handelt, sozusagen die Definitionsmacht darüber, spielt dann keine Rolle. Das Konzept basiert »auf der Annahme, dass die von deren Vertretern formulierten globalen Probleme als solche von allen Staaten wahrgenommen werden, ihnen ein vergleichbarer Stellenwert beigemessen wird und somit ein entsprechendes gemeinsames Interesse der Staatenwelt zur Problemlösung besteht.« (Behrens 2004: 116) Die Protagonisten gehen vom »Megatrend« der Globalisierung aus, der eben gewisse Probleme mit sich bringe, die der Bearbeitung bedürften. Die Annahme, dass es offenbar objektive Probleme und Problemdruck zu ihrer Lösung gebe, impliziert, dass »neutrales« Wissen um komplexe Sachverhalte und deren Bearbeitung zentral seien. Dies betrifft nicht nur die Inhalte, sondern auch die Form des Wissens. Experten (Politiker, Wissenschaftler, meist männlich und aus der Ersten Welt) sind jene, die wissen, wo die Probleme liegen und wie sie zu lösen sind. Sie suggerieren, dass es meist die eine Lösung gibt, die *best practice*. Andere Wissensformen und Vorschläge werden damit systematisch entwertet. Den Experten widersprechende Perspektiven werden als »ideologisch« und partikularistisch zurückgewiesen. Global Governance ist ein Expertendiskurs, der einen bestimmten Typus westlich-überlegenen Wissens privilegiert. Die dominanten Vorstellungen von Global Governance werden vor allem von Intellektuellen in den kapitalistischen Metropolen formuliert und haben einen affirmativen Bezug zu den bestehenden Nord-Süd-Verhältnissen. Der wachsenden Ungleichheit zwischen den verschiedenen Weltregionen soll den Protagonisten zufolge mit Wirtschaftswachstum weltweit, Umverteilung und Hilfe begegnet werden. Zu einer Infragestellung des Nord-Süd-Verhältnisses kommt es nicht.

Kritisiert werden muss *drittens*, und hier anschließend an den ersten Aspekt, eine weitgehende Ausblendung von Macht- und Herrschaftsaspekten bzw. der herrschaftsförmigen Gesellschaftstransformation im Rahmen neoliberaler Globalisierung. Vielmehr dominieren technokratische und steue-

rungsoptimistische Annahmen zum Umgang oder gar zur Lösung von »Weltproblemen«. Die Wiedererlangung einer veränderten staatlichen Steuerungsfähigkeit ist der Fluchtpunkt der Politikvorstellungen. Timothy Sinclair formuliert in der Einleitung zu seiner breiten Übersicht in Bezug auf Global Governance: »Auch wenn der Global Governance-Diskurs die Notwendigkeit beträchtlicher Reformen deklariert, stärkt er doch ein beachtliches Vertrauen in das bestehende Institutionensystem und privilegiert kooperative Politikbegriffe als einzig legitime. Verschiedene Interessen werden als grundlegend versöhnbar angenommen. Zudem tendiert die Einbeziehung privater Akteure dazu, politische Prozesse zu entpolitisieren, da private Akteure meist als ›unpolitisch‹ angesehen werden.« (Sinclair 2003: 8; Übers. ub). Fragen einer demokratischen Gestaltung der (welt-)gesellschaftlichen Verhältnisse treten demgegenüber in den Hintergrund. Die Protagonisten der Global Governance-Debatte unterschlagen damit einen zentralen Aspekt der Veränderung des Staates und des internationalen Staatensystems oder knüpfen affirmativ an ihn an. Staaten orientieren sich heute zentral an der Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dann ist aber fraglich, ob nationalstaatliche Akteure oder quasi-staatliche Akteure auf internationaler Ebene überhaupt gegen den neoliberalen Globalisierungsprozess bzw. seine negativen Konsequenzen in Anschlag gebracht werden können. »Politik« gegen »ökonomische Globalisierung«? Dort wo heute internationale (politische) Kooperation stattfindet, trägt sie eher zur Absicherung der neoliberalen Globalisierung bei (etwa in der WTO) und weicht keinesfalls die asymmetrischen Interessen und Machtverhältnisse auf. In den Beiträgen zur Global Governance-Debatte wird dieser Aspekt schlicht unterschlagen oder zu wenig ernst genommen. Das neoliberale Verhältnis von Politik und Ökonomie ist dann genauso wenig ein Problem wie der neoliberale Wettbewerbsimperativ.

Viertens: Viele Beiträge zu Global Governance betonen »utopische« Aspekte bzw. die notwendige Entwicklung einer »neuen Vision« (CGG 1996). Ideen und Anstöße sind zweifellos in allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig und sinnvoll; Intellektuelle spielen hier eine wichtige Rolle. Wichtig ist jedoch, *was* unter »Utopie« verstanden wird. Denn deren Notwendigkeit wird vor dem Hintergrund der oben skizzierten Unhintergebarkeit zentraler gesellschaftlicher Entwicklungen konstatiert. Entsprechend dominieren realpolitische Ansätze, *leadership* und die wichtige Rolle von Experten. Mit Theodor W. Adorno könnte man die dominante Perspektive also eine »technokratische Utopie« nennen. Der dramatischen Situationsbeschreibung ent-

sprechen recht bescheidene Politikvorstellungen, was wiederum damit zusammenhängt, dass der Konstitution der Probleme kaum Beachtung geschenkt wird. Der postulierte umfassende Anspruch auf tiefgreifende Veränderungen geht mit der weitgehenden Akzeptanz der Verhältnisse einher. Neben dem recht begrenzten Bereich politischer Gestaltung stehen nicht konkret-utopische, sondern Ordnungsvorstellungen im Zentrum von Global Governance: Es geht darum, innerhalb der bestehenden *realen* Verhältnisse, die von Krise oder gar »Chaos« bedroht sind, Ordnung zu erhalten bzw. zu schaffen.

Schließlich steht im Hintergrund des dominanten Global Governance-Diskurses ein Verständnis, dass es um (welt-)gesellschaftliche Allgemeininteressen gehe. Dass dieses Allgemeininteresse immer ein gesellschaftliches Konstrukt als Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und Kompromissbildungsprozesse ist, dürfte kaum jemand bestreiten. Gleichwohl wird in den meisten Global Governance-Beiträgen diese Konstruiertheit nicht weiter hinterfragt. In dreifacher Hinsicht wird damit an dominante Perspektiven angeknüpft: Staat kann derart zur Verkörperung eben dieses Allgemeininteresses werden, womit die Notwendigkeit staatlicher Steuerungsfähigkeit begründet wird. Die Frage nach den konkreten Prozessen und Inhalten staatlicher Politik kann getrost zurückgestellt werden, denn als Ausdruck des Allgemeininteresses bedarf sie a priori keiner Begründung. Und zum anderen können auch hier gesellschaftliche Konflikte als grundsätzlich versöhnbar dargestellt oder – politisch schärfer – bestimmte politische Selbstverständnisse und Strategien delegitimiert werden. Und schließlich wird ein »weltgesellschaftliches« Allgemeininteresse stark aus der Perspektive der »OECD-Welt« formuliert, die nicht nur weiß, wo die Probleme liegen, sondern auch die Mittel der Bearbeitung zur Verfügung hat (explizit Gruppe von Lissabon 1997: 27; zu einer kritischen Diskussion der Nord-Süd-Aspekte vgl. Ziai 2003).

Sinclair nennt die heute vorherrschenden Formen eine *management vision of global governance*. »Der Begriff wurde gewählt, da er die politische Konnotation von »Regierung« vermeidet und die noch negativeren Implikationen von Begriffen wie Macht oder Autorität. Er bietet eine Sprache ohne Pathos, in der die wichtigsten Angelegenheiten sozialer Herrschaft von Experten und Staatsbediensteten verhandelt werden können, ohne explizit zu machen, was in der Idee von Global Governance enthalten ist. Global Governance ist risikolos, ausgewogen und neutral.« (2003: 9; Übers. ub) Die Sozialwissenschaftlerin Ngaire Woods (2002) spricht von einer »technokratischen Netzwerk-Governance«, die sich dadurch auszeichne, dass sie ge-

genüber verschiedenen Interessen selektiv sei und sich nicht aufgrund demokratischer Prozesse, sondern wegen effizienter Ergebnisse rechtfertige. Ausgeblendet blieben dabei meist die Frage, wer eigentlich die Ergebnisse und Regeln der Governance-Prozesse definiere und kontrolliere.

Jenseits eines technokratischen Verständnisses

Gezeigt werden sollte, dass das dominante Verständnis von Global Governance keineswegs per se in Widerspruch mit den dominanten Formen und Verständnissen von Politik steht (eine andere Einschätzung vertritt Hummel 2002: 117). Selbst wenn Fragen von Hegemonie weitgehend ausgeblendet bleiben bzw. im Begriff des Allgemeininteresse verschwinden, ist der Global Governance-Diskurs de facto Teil von Auseinandersetzungen um Hegemonie; letztere verstanden als widersprüchlicher Prozess, spezifische Sichtweisen und Interessen zu verallgemeinern. Ein Kriterium für den hegemonialen Charakter von Global Governance zumindest in Europa liegt darin, ob es ökonomischen und politischen Eliten von EU-Europa gelingt, ihre Interessen als Allgemeininteressen zu definieren und mit dem Begriff generelle Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung und Entwicklung zu fassen.

Aus der skizzierten Perspektive wird offensichtlich, warum Global Governance derart attraktiv ist. Die damit verbundenen Vorstellungen akzeptieren weitgehend die seit der Krise des Fordismus stattgefundenen Veränderungen, sie werden vorangetrieben und für die damit verbundenen »Probleme« plausible »Antworten« angeboten.

Unklar bleibt, ob und wie progressive politische Positionen an den Global Governance-Begriff anknüpfen sollen. Wird selbst mit der kritischen Bezugnahme auf den Begriff nicht schon eine Problemperspektive eingenommen, nämlich die notwendiger internationaler Regulierungen, die eventuell an den Problemen vieler Menschen vorbeigehen? Wer hat denn »globale Probleme«, wer definiert Krisen, wer Vorstellungen von Ordnung? Symptomatisch ist daher die Ausblendung von alternativen Akteuren und Graswurzel-Initiativen aus dem Global Governance-Diskurs.

Bietet Global Governance also die Chancen zu einer Auf- und Neubewertung gesellschaftlicher Prozesse (so etwa Ruppert 2000: 56)? Dies kann nicht abstrakt entschieden werden. Als Kontrapunkt zum US-Unilateralismus ist dies sicherlich denkbar und heute dringend notwendig. Lothar Brock und Stephan Hessler (2002) weisen darauf hin, dass die Selbstbindung der

Staaten durch Normen historisch eine große Errungenschaft und zukünftig einen wichtigen Bezugspunkt darstellt. Dies ist aus globalisierungskritischer Perspektive zu unterstreichen. Der Entwicklungstheoretiker Wolfgang Hein formuliert als zentrales Ziel, dass es »um die Handlungen und Mittel zur Förderung kollektiven Handelns und zur Erzielung kollektiver Lösungen« gehe. Wie kann vor diesem Hintergrund gesellschaftlicher Wandel in Richtung auf kollektiv festgelegte Ziele eingeleitet werden, in die auch die Interessen schwächerer Gruppen der (Welt-)Gesellschaft einfließen? (Hein 2004: 337) Inwieweit Global Governance zu emanzipativem Wandel beiträgt, hängt nicht nur von Deutungskämpfen ab, sondern ist auch eine Frage internationaler wie innergesellschaftlicher sozialer Auseinandersetzungen um institutionelle Entwicklungen, materielle Zugeständnisse, konkrete Alternativen etc.

Die Debatte um Globale Governance ist noch relativ jung. Wie in der Diskussion um »nachhaltige Entwicklung« oder »Zivilgesellschaft« gab und gibt es zu Beginn eine breite und hitzige Debatte – mit allen Überspitzungen und (Distinktions-)Zwängen –, die sich dann mit zunehmender Konkretisierung »beruhigt«. Übrig bleiben zwar keine Begriffsschärfung, aber inhaltliche Klärungen – und das ist nicht zu unterschätzen. Insofern handelt es sich um »Containerbegriffe«, denn mit der Aneignung durch dominante Akteure und der Gerinnung hegemonialer Diskurse wird deutlich, was für den Container zugelassen ist und was nicht – grundlegend kritische Positionen meist nicht. Das lehrt die Diskussion um nachhaltige Entwicklung, denn der Begriff ist heute weitgehend seines kritischen Potentials beraubt und ein Synonym dafür, dass in der kapitalistischen Restrukturierung die »ökologische Frage« kompatibel mit den herrschenden Verhältnissen effektiv bearbeitet wird: Mit nicht weiter hinterfragten dramatischen Situationsbeschreibungen (außer in Sonntagsreden), mit technologischer Effizienz (oder gar »Effizienzrevolutionen«), institutionellen Innovationen und einem weitgehend akzeptierten Nord-Süd-Verhältnis. Dem Global Governance-Begriff wird ähnliches passieren: Von einer UNO-Kommission in eine Fachöffentlichkeit getragen, von Intellektuellen in metropolitanen Ländern in »Masterpläne« gegossen und gleichzeitig zu einer Form schwacher Kritik geworden. Jetzt springen auch diejenigen auf, die wesentlich dafür verantwortlich sind, dass es überhaupt derartige Probleme zu bearbeiten gilt. Der Begriff diffundiert aber auch in andere Weltregionen, staatliche Akteure im Süden müssen aufspringen, um wahrgenommen zu werden und um Gelder zu erhalten. Begriffe und Konzepte werden globalisiert. Aber gerade deshalb sollte das Debattenfeld nicht verlassen werden.

Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2004): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster, 6. Auflage.
- Behrens, Maria (2004): Global Governance, in: Benz, Arthur (Hrsg.), 103-124.
- Behrens, Maria (Hrsg., 2002): Global Governance: Probleme, Konzepte, Kritik. Studienbrief der FernUniversität Hagen.
- Bello, Walden (2001): Prospects for Good Global Governance: The View from the South. Bericht an den Bundestag, 25.10.2002, Manuskript.
- Benz, Arthur (Hrsg., 2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden.
- Brand, Ulrich (2003): Nach dem Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10 (1), 143-168.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster.
- Brand, Ulrich/Scherrer, Christoph (2002): Contested Global Governance. Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung, in: Behrens, Maria (Hrsg.), 77-93.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim (2002): Auf der Suche nach einer anderen Globalisierung. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, 192-201.
- Brock, Lothar/Hessler, Stephan (2002): Normen in der internationalen Politik: Geschichte, Bestimmungsfaktoren und Wirksamkeit, in: Behrens, Maria (Hrsg.), 53-76.
- Brunnengräber, Achim/Stock, Christian (1999): Global Governance. Ein neues Jahrhundertprojekt?, in: Prokla 116, 445-468.
- CGG – Commission on Global Governance/Kommission für Weltordnungspolitik (1996): Nachbarn in einer Welt, hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Czempiel, Ernst-Otto/Rosenau, James (Hrsg., 1992): Governance without Government: Order and Change in World Politics, Cambridge.
- Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft (2001): Zwischenbericht, Berlin (BT-Drucksache 14/6910).
- Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft (2002): Schlussbericht, Berlin (BT-Drucksache 14/9200).
- Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs, München.
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (2001): Global Governance. Notwendigkeit – Bedingungen – Barrieren, in: dies. (Hrsg.) Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt/M., 11-37.
- Hein, Wolfgang (2004): Governance und gesellschaftliche Entwicklung, in: nord-süd-aktuell, 394-410.
- Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hrsg., 2000): Frauenpolitische Chancen

- globaler Politik, Opladen.
- Hummel, Hartwig (2002): Global Governance als neue große Debatte, in: Behrens, Maria (Hrsg.), 113-120.
- Kagan, Robert (2003): Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, München.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Policy Paper, Nr. 2 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Mürle, Holger (1998): Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen. INEF-Report, Heft 32, Duisburg.
- Prakash, Assem/Hart, Jeffrey A. (Hrsg., 1999): Globalization and Governance, London/New York.
- Rosenau, James N. (1995): Governance in the Twenty-First Century, in: Global Governance 1: 1, 13-43.
- Ruf, Anja (1996): Weltwärts, Frauen! Von der Weltfrauenkonferenz in die globaler Zukunft, Bonn.
- Ruf, Anja (2000): Kritische Anmerkungen zu Global Governance, in: Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hrsg.), 169-177.
- Ruppert, Uta (2000): Global Governance: Das Ende der Illusionen oder ein neues Ideal internationaler Frauenpolitik?, in: Barbara Holland-Cunz/Ruppert, Uta (Hrsg.), 45-66.
- Scherrer, Christoph (2000a): Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus, in: Prokla 118, 13-38.
- Scherrer, Christoph (2000b): Die Spielregeln der Globalisierung ändern? Global Governance – zu welchem Zweck?, in: Kommune 9, 50-55.
- Sinclair, Tomothy J. (2003): »General Introduction«, in: ders. (Hrsg.): Global Governance: Critical Concepts in Political Science, London/New York.
- Gerd Steffens (2003): Der Weltbürger als Untertan, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11, 1333ff.
- Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Bericht aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek.
- Wichterich, Christa (2000): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Glokalisierung von Frauenbewegungen, in: Lenz, Ilse/Mae, Mickiko/Klose, Karin (Hrsg.): Frauenbewegungen weltweit, Opladen, 257-280.
- Woods, Ngaire (2002): Global Governance and the Role of Institutions, in: David Held, Anthony McGrew (Hrsg.): Governing Globalization. Power Authority and Global Governance, London, 25-45.
- Ziai, Aram (2003): Globale Strukturpolitik oder nachhaltiger Neoliberalismus? in: Peripherie 90/91, 152-170.
- Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt/M.

Globale Öffentliche Güter

Alternative zur neoliberalen Globalisierung?¹

In den Diskussionen um die »Gestaltung der Globalisierung« sind verschiedenste Konzepte im Angebot, die sich auf ähnliche Sachverhalte beziehen. *Global Governance* kennzeichnet analytisch wie normativ eine Struktur von Institutionen, die den internationalen politischen Rahmen für ökonomische und soziale Prozesse bereitstellen sowie krisenvermeidend wirken sollen (CGG 1996, Messner/Nuscheler 1996). *Global public policy* thematisiert die politischen Formen und Inhalte öffentlicher Politik, die im Zeitalter der Globalisierung in wesentlichen Bereichen jenseits einzelner Nationalstaaten organisiert werden müssen. Konkretisiert wird dieser Ansatz etwa in so genannten *global public policy networks* von staatlichen Akteuren, NGOs, Unternehmen und internationalen Organisationen. Diese Netzwerke werden als geeignete Kooperationsmuster angesehen, um Probleme effektiv zu bearbeiten (Reinicke 1998, Reinicke et al. 2001). Schließlich verweist der Begriff der *global public goods* – Globale Öffentliche Güter (GÖG) – auf einen Gegenstandsbereich von Gütern, die es kollektiv herzustellen und zu verbrauchen gilt (Kaul et al. 1999).

Sehen wir einmal von akademisch-politischen Distinktionsverfahren und damit verbundenem Prestige ab – Global Governance wird in der deutschsprachigen Diskussion mit den Namen Dirk Messner und Franz Nuscheler verbunden, bei *public policy networks* erscheint der Name Wolfgang Reinicke in Klammern, bei GÖG Inge Kaul –, so verweisen die Begriffe und mehr noch ihre Prominenz auf den Legitimationsverlust neoliberaler Projekte. Angesiedelt sind sie und damit verbundene Vorschläge in einer Diskussion, die zwar den Verlust nationalstaatlicher Steuerungsfähigkeit in vielen Bereichen konstatiert, gleichwohl in einigen Bereichen den Markt und die damit verbundenen privatkapitalistischen Kräfte als nicht problemadäquat ansieht.

Um jedoch Missverständnisse zu vermeiden: Trotz der folgenden Bemerkungen, die sich mit dem Begriff GÖG auseinandersetzen (zu Global Go-

¹ Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Werner Raza und Detlef Sack. Einige Überlegungen wurden erstmals bei einer Veranstaltung zur Emeritierung von Elmar Altver im September 2003 in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin vorgestellt. Auch für die dortigen Anregungen sei herzlich gedankt.

vernance vgl. Brand/Brunnengräber et al. 2000, Brand 2003), handelt es sich nie um präzise Definitionen. Die Begriffe deuten Richtungen an, schaffen Diskursterains und legen Korridore ihres Verständnisses fest, aber sie bleiben in ihrer analytischen, normativen und vor allem in ihrer konkreten politischen Bedeutung durchaus umkämpft.

Genau dieser Sachverhalt fordert dazu heraus, sich aus einer emanzipativen und herrschaftskritischen Perspektive mit den Begriffen und damit verbundenen Vorstellungen und Vorschlägen auseinanderzusetzen. Denn in einer Frage scheint es einen gewissen Konsens gegenüber dem immer noch herrschenden Denken zu geben: Das neoliberale Modell der Globalisierung, das seine Dynamik aus dem Machtgewinn des transnational agierenden Kapitals, der Delegitimierung und dem Umbau des Staates, der Privatisierung vormals öffentlicher Bereiche sowie der verschärften Konkurrenz zwischen Kapital, Standorten und vor allem Lohnabhängigen bezieht, erzeugt massive Probleme und Krisen. In diese Legitimationskrise stoßen diverse Vorschläge: Etwa aus staatlichen Institutionen oder andere, um die es hier nicht gehen wird, von kritischen Intellektuellen und aus den globalen sozialen Bewegungen. Die genannten Begriffe gehen von einer recht dramatischen Gesellschaftsdiagnose aus – nämlich einer zunehmend krisenhaften, Umweltzerstörung und für viele Menschen Armut produzierenden Globalisierung. Wenn der Anspruch dieser Positionen, tiefgreifende gesellschaftliche Probleme zu lösen, ernst genommen wird, dann muss nach den gesellschaftlichen Ursachen und Strukturen, nach Interessen und Kräftekonstellationen gefragt werden.

In diesem Beitrag konzentriere ich mich auf den Begriff der Globalen Öffentlichen Güter (GÖG), die großgeschrieben werden, um darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um »objektive« physische soziale Einheiten handelt, sondern um umkämpfte Begriffe. Achim Brunnengräber (2003: 26) betont, »dass der noch junge Begriff seine politische Relevanz vor allem als theoretisches wie politisches ›Gegenkonzept‹ zur fortschreitenden Privatisierung und Deregulierung erhält, die heute zum globalen Prinzip erhoben wird.«

Hier liegt in der Tat einiges an Potenzial. Im ersten Teil skizziere ich knapp, was unter GÖG verstanden wird, im zweiten Teil des Beitrages soll dieses Potenzial kritisch ausgeleuchtet werden.

In weiteren Arbeiten müsste zudem der Diskurs der GÖG genauer analysiert werden, insbesondere die konkreten Modi seiner institutionellen und Handeln anleitenden Wirkungen. Denn Diskurse sind selektiv, ziehen Grenzen und konstituieren ein Wissen darum, wie gesellschaftlich »richtig« ge-

dacht und gehandelt wird. Die Konstitution von Diskursen erfolgt in umkämpften Prozessen. Sie bilden gleichzeitig »Orte« und »Spielregeln«, an bzw. nach denen Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Dies ist in der gegenwärtigen Konstellation, in der angesichts des Legitimationsverlustes eines Fetischismus des Marktes und der zunehmenden Krisenhaftigkeit des globalen Kapitalismus um die »Gestaltung der Globalisierung« gerungen wird, nicht zu unterschätzen.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der dominante Diskurs um GÖG erfüllt nur teilweise, was er verspricht. Trotz des »post-neoliberalen« Anscheins, nämlich die Allzuständigkeit des Marktes infrage zu stellen, wird mit zentralen Annahmen der gegenwärtigen Veränderungen nicht gebrochen, und damit bleiben wichtige Aspekte de-thematisiert. Es handelt sich in Absetzung von einer *kritischen Theorie* um eine *Problemlösungstheorie* (Cox 1986: 208). Der Imperativ von Denken und Vorschlägen ist ihr politischer »Nutzen«, praktisch meist für staatliche Akteure und begründet als Beitrag zum Allgemeinwohl. Die gegenwärtigen Veränderungen des globalen Kapitalismus sowie damit verbundenen grundlegenden (und zu kritisierenden) Herrschaftsformen geraten damit nicht in den Blick.

Zum Begriff Globale Öffentliche Güter

Der Begriff des öffentlichen Gutes ist integraler Bestandteil der liberalen Wirtschaftstheorie (vgl. zum Überblick Martens/Hain 2002; Kaul et al. 1999 und Altvater 2003). Ein solches Gut, nicht unbedingt als physisches zu verstehen, zeichnet sich dadurch aus, dass es eine *Nicht-Rivalität des Konsums* gibt, d.h. der Verbrauch durch eine oder mehrere Personen schließt andere von der Nutzung nicht aus. Selbst die Nutzung durch sehr viele Personen vermindert nicht die Qualität. Prominentes Beispiel ist ein Leuchtturm, ein anderes Wissen. Zum anderen können andere, zumindest im Prinzip, *von der Nutzung nicht ausgeschlossen* werden. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Landesverteidigung, die aus Steuern finanziert wird und auch von jenen genossen werden kann, die keine Steuern bezahlen.

Damit ist eine wichtige Abgrenzung zu privaten Gütern vorgenommen, deren Konsum andere ausschließt und rivalisierend stattfindet. Eine weitere Abgrenzung wird teilweise zum Begriff der Gemeingüter (*commons*) vorgenommen, wobei darunter bereits existierende, d.h. nicht erst herzustellende Güter gemeint sind. Allerdings wird diese Unterscheidung oft nicht einge-

halten. In der aktuellen Diskussion werden in der Regel Gemeingüter als öffentliche Güter bezeichnet. Allerdings sollten diese Kategorien heuristisch verstanden werden, nicht als »objektive« Tatsachen. Denn ein Merkmal von GÖG liegt genau darin, dass umstritten ist, wer diese definiert, wer sie schützt und wer sie bereitstellt (Brunnengräber 2003).

Altwater (2003: 182ff.) typologisiert vier Arten öffentlicher Güter:²

1. natürliche öffentliche oder Allmende-Güter (*commons*);
2. kulturelle Gemeingüter in Musik, Architektur, Wissenschaft etc. als kulturelles Erbe der Menschheit;
3. öffentliche Güter und Dienstleistungen, meist steuer- oder abgabenfinanziert, aber nicht um des Profits willen;
4. Regeln und Institutionen zur Herstellung von Sicherheit, Frieden, Stabilität.

Warum werden öffentliche Güter produziert? Die übliche wirtschaftswissenschaftliche Antwort lautet, weil der Markt dazu nicht in der Lage ist, d.h. sich die Produktion bestimmter Güter privatkapitalistisch nicht rechnet. Meist fällt dann die Bereitstellung in das Tätigkeitsgebiet des staatlichen Institutionensystems, was auch bedeutet, dass staatliche oder intergouvernementale Akteure öffentliche Güter in Kooperation mit Privaten bereitstellen können. Autoren der Politischen Ökonomie wie Adam Smith oder Karl Marx wiesen darauf hin, dass der Kapitalismus »allgemeine Produktionsbedingungen« benötigt, die für die Reproduktion des Kapitals wichtig sind, aber nicht privatkapitalistisch produziert werden können. Hier handelt es sich um die unter (3) genannten Güter, man könnte aber auch die anderen dazu zählen, wenngleich etwa Natur nicht nur als Bedingung für Kapitalakkumulation gestaltet wird.

Welche Güter öffentlich sind, ist historisch variabel. Denn »der Erfindungsreichtum ist groß, um den »marktwirtschaftsfremden« Zustand der Nicht-Ausschließbarkeit zu überwinden und exklusive Eigentumsrechte zuzuteilen.« (Altwater 2003: 177) Es geht also nicht um »objektive« technische oder natürliche Eigenschaften, sondern öffentliche Güter sind Folge und Teil sozialer, juristischer, technologischer, ökonomischer, politischer und auch militärischer Entwicklungen – und damit von Interessen und Kämpfen.

Deshalb muss die gegenwärtige Diskussion um (Globale) Öffentliche Güter im Kontext der neoliberalen Gesellschaftstransformation, der Interessen des Kapitals an neuen Anlagesphären, des hochgradig selektiven Umbaus nationalstaatlicher wie auch des Aufbaus internationaler politischer Institutionen gesehen werden.

Der Begriff *Globale Öffentliche Güter* wird seit Ende der 1990er Jahre in einer historischen Konstellation wichtig, in der das Vertrauen in die Marktkräfte durch Krisen und Kritiken erschüttert wird. In einer weiten Definition sind »all die Dinge und Sachverhalte als öffentliche Güter zu definieren, die sich de facto in der öffentlichen Domäne befinden und alle betreffen oder allen zur Verfügung stehen. Die erweiterte Definition gestattet es dann, die Frage ›Was ist ein öffentliches Gut?‹ nicht nur als ein technisches, sondern auch als ein politisches Problem zu sehen und die Rolle des Staates nicht nur als eines ›Nachtwächters‹, sondern vielmehr als die eines aktiven Komplements zum Markt zu verstehen.« (Kaul et al. 2003: 55)

Allerdings geht es nicht um eine Fundamentalkritik, sondern zunächst darum, im herrschenden (neoliberalen) Diskurs wahrgenommen zu werden. »Das Neue am Konzept der Globalen Öffentlichen Güter besteht nun darin, den Fokus auf globale Probleme mit der Legitimation von staatlichem Handeln zu verbinden und sich dabei der ökonomischen Begrifflichkeiten zu bedienen. Damit ist man an den Diskurs der weiterhin tonangebenden Kräfte von Weltbank bis Wall Street anschlussfähig.« (Martens/Hain 2002: 10)

Umstritten bleibt, was als GÖG bezeichnet werden sollte. In einer Studie für das schwedische Außenministerium haben die Wissenschaftler Francisco Sagasti und Keith Bezanson (2001) eine umfangreiche Liste vorgelegt, die diverse Themen umfasst, die jeweils unter drei Gebiete subsumiert werden:

- a) 17 Themen in Bezug auf internationale und globale Gemeinschaftsgüter wie z.B. die Reduktion der Treibhausemissionen oder des sauren Regens und der Erhalt von Naturparks;
- b) 15 Themen in Bezug auf internationale und globale politische Ergebnisse wie z.B. die Absicherung finanzieller Stabilität und die Vermeidung von Krisen, die Verhütung tödlicher Konflikte, die Ausweitung des internationalen Handels und die wirtschaftliche Integration oder die Steigerung globaler Gerechtigkeit;
- c) 6 Themen in Bezug auf internationales und globales Wissen wie z.B. der Erhalt der biologischen Vielfalt in ihrem potenziellen Nutzen für die Menschheit oder die Schaffung von Impfstoffen für in tropischen Gebieten endemische Krankheiten.

Martens und Hain problematisieren diese »shopping list« dahingehend, dass die Kriterien GÖG, nämlich die genannten drei Dimensionen von Öffentlichkeit, für die Ausweitung des Welthandels oder die Absicherung finanzieller Stabilität nicht zuträfen.

Eine enger gefasste Auflistung findet sich in der so genannten Millenniums-Erklärung der UNO aus dem Jahr 2000. Sie enthält als eine Art Minikatalog eine Top 10-Prioritätenliste GÖG, über die ein gewisser internationaler Konsens herrscht (UNO 2000):

- a) *vom Menschen geschaffene GÖG*: Frieden und internationale Sicherheit; Internationale Rechtstaatlichkeit/Völkerrecht; Schutz der Menschenrechte; Chancengleichheit und internationale Gerechtigkeit; Gesundheit, insbesondere Schutz vor HIV/AIDS und andere schweren Infektionskrankheiten sowie Wissen und Information;
- b) *natürliche GÖG*: Schutz der Erdatmosphäre/des Klimas; der Biodiversität; der Wälder; der Meere.

Differenzen dürften dann deutlich werden, wenn es um konkret zu formulierende, zu finanzierende und zu implementierende Politiken geht. Gerade wegen der angesprochenen Umstrittenheit, d.h. ihres nicht-objektiven Charakters, spielen normative Aspekte eine große Rolle.

Inge Kaul vom UNDP schlägt vor, den Begriff der (Globalen) Öffentlichen Güter um Kriterien der Öffentlichkeit zu ergänzen (Kaul et al. 1999). Sie geht damit über die technischen Debatten über öffentliche Güter bzw. GÖG hinaus. Es gehe bei GÖG insbesondere auch um die Öffentlichkeit des Konsums (d.h. der klassischen Merkmale von Nicht-Rivalität und Nicht-Ausschließbarkeit), die Öffentlichkeit der Entscheidung über die Bereitstellung des Gutes (dies impliziert Fragen von Partizipation und Demokratie) sowie die Öffentlichkeit der (möglichst gleichmäßigen) Verteilung der aus dem Gut erwachsenden Vorteile.

Interessanterweise wird bei Kaul et al. der Begriff der Öffentlichkeit sehr eng an den der Globalität gebunden. Die Nationalstaatlichkeit »stellt, aus globaler Sicht gesehen, eine Art Privatheit dar, die aufgehoben und in mehr Öffentlichkeit verwandelt wird – und zwar in dem Maße, in dem nationale Grenzen nicht mehr separierend wirken« (Kaul et al. 2003: 42). Die entscheidende Entwicklung besteht in der Internationalisierung sozialer Prozesse. Diese können durch einzelne Nationalstaaten nicht mehr reguliert werden, weshalb es internationaler Kooperation bedarf. Dies ist die Essenz des herrschenden Globalisierungsverständnisses. Aus der Konstatierung eines »Mega-Trend« Globalisierung, der zudem positiv besetzt wird, ergibt sich, dass die Existenz der Nationalstaaten als veraltet und nicht wünschbar, da den Problemen nicht mehr angemessen, gefasst wird.

Auch Martens und Hain (2002: 14) betonen, dass der Begriff notwendigerweise eine normative Komponente umfasst, denn es ist nun einmal keine

technische Frage, welche Güter wie zur Verfügung gestellt und wie verteilt werden. Es geht eben nicht um ein scheinbar objektives Marktversagen, sondern immer auch um soziale Auseinandersetzung darum, was überhaupt produziert werden kann und soll, inwiefern das aus privatkapitalistischem Antrieb erfolgen soll oder anders. Altvater (2003) führt als normatives Kriterium »menschliche Sicherheit« ein, was heißt Freiheit von Furcht und Freiheit von Mangel im Kontext von menschlicher Entwicklung und Menschenrechten. Natürlich ist der Begriff der menschlichen Sicherheit hochgradig dehnbar und umstritten. Wenn man ihn jedoch als demokratisch gestaltete Verhältnisse versteht, die allen Menschen ein materiell zufriedenstellendes Leben ermöglichen, ist er ein wichtiger Ausgangspunkt. Damit kann er verdeutlichen, dass die profitorientierte und marktförmige Bereitstellung von Gütern – und damit verbunden: von notwendiger Kaufkraft, um diese nachzufragen – in vielen Fällen eben nicht die menschliche Sicherheit erhöht.

Zum gesellschaftskritischen Potenzial des GÖG-Begriffs

Zunächst einmal ist es ein Gewinn, in Zeiten des neoliberalen Einheitsdenkens wieder den Blick dafür zu öffnen, dass es unterschiedliche und umstrittene Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung gibt und dabei normative Fragen eine Rolle spielen. Zudem ist nicht zu unterschätzen, einen Begriff des Öffentlichen zurückzugewinnen gegen das Ökonomisch-Private, das de facto das privatkapitalistische meint und nicht andere Formen etwa solidarischer Privatproduktion. Dasselbe gilt für den Staat, der eben nicht mehr als Quelle allen Übels und ineffizienter Moloch gegen vermeintlich effiziente Märkte ausgespielt wird. Des Weiteren werden wichtige Diskussionen ermöglicht gegen die Loslösung demokratischer Fragen von ökonomischen wie etwa in den Debatten um eine kosmopolitische Demokratie (David Held, Ulrich Beck). Anstatt Demokratie mit materiellen Rechte und sozio-ökonomischen Reproduktionsprozessen rückzukoppeln, erfolgt eine Engführung demokratischer Fragen auf solche der Partizipation. Damit einher geht eine recht naive teleologische Interpretation der Globalisierung sowie die Ausblendung materieller Fragen im Horizont sozialer Demokratie. Schließlich erweitert die Diskussion um GÖG den Kreis der als relevant eingeschätzten Probleme über die »harten« Standort- und Wettbewerbsfragen hinaus.

Dennoch wirft die gegenwärtig dominante Debatte um GÖG einige Probleme auf. Meines Erachtens hat sie bislang nicht das Potenzial, ein »post-

neoliberaler« Diskurs – im Sinne eines Handlungen legitimierenden und orientierenden Wissens – zu sein. An einigen Punkten soll dies, keineswegs erschöpfend, verdeutlicht werden. Abschließend erfolgen tastende Bemerkungen, wie denn mit dem Begriff und dem sich um ihn organisierenden Diskurs aus kritisch-emanzipativer Perspektive umgegangen werden könnte.

GÖG, Markt und Staat

Die Attraktivität des Begriffs öffentliche Güter liegt bislang darin, dass er anschlussfähig an aufgeklärt-etatistischen Positionen der Suche nach Alternativen zur neoliberalen Globalisierung wie auch dem neoliberalen Mainstream ist. Die oben bereits genannte Anschlussfähigkeit an den herrschenden Diskurs wird dadurch ermöglicht, dass es nicht um eine Verschiebung zu mehr Staat geht, sondern dass der Staat GÖG *gewährleisten* soll (in diversen wissenschaftlichen Diskursen wird hierfür der Begriff des Gewährleistungsstaates verwendet). Die *Erbringung* soll vornehmlich über private Akteure oder *private public partnerships* erfolgen. Werner Raza et al. (2004) halten genau dies für ein Kennzeichen eines »sozialliberalen Diskurses«, dass er nämlich stärker trennt zwischen dem Staat als Garant bzw. Gewährleister des öffentlichen Interesses und dem Markt als – unter staatlicher Aufsicht tätigen – operativen Erbringer von öffentlichen Dienstleistungen. Darin spiegelt sich zudem ein Staatsverständnis, das den Staat als technokratisch-neutralen Apparat begreift. Es geht nicht um die Sedimentierung asymmetrischer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in der staatlichen Apparatur. Interessanterweise geht es lediglich in der internationalen Politik um »enorme Machtdifferenzen« (Kaul et al. 2003: 45), jedoch nicht auf den privaten Märkten und nicht beim homogenen, rationale Interessen verfolgenden nationalen Staat.

Die in der neoliberalen Gesellschaftstransformation sich vollziehende Verschiebung hin zu »mehr Markt«, d.h. der profitorientierten Erbringung von Leistungen im öffentlichen Interesse oder der Inwertsetzung von Natur, wird damit eher abgesichert denn infrage gestellt.

Den meisten Beiträgen zur Diskussion öffentlicher Güter ist implizit, dass diese nicht ausschließlich vom Staat oder intergouvernementalen internationalen Institutionen bereitgestellt werden sollen, dennoch sollen diese daran beteiligt sein. Damit wird ein Problem reproduziert, das m.E. in der kritischen Globalisierungsdiskussion – zu der ja die GÖG-Debatte zweifellos gehört – hartnäckig unterschätzt zu werden scheint. Die Herrschaftsförmigkeit von staatlichen Terrains (auch des internationalisierten Staates), ihre stra-

tegische Selektivität hinsichtlich Responsivität gegenüber verschiedenen sozialen Kräften und Regulierungsinhalten, die organisierende Rolle für herrschende und desorganisierende Rolle für beherrschte Kräfte etc. werden dabei ausgeblendet. Es wird gleichsam mit dem Begriff GÖG symbolisch ein Terrain eingegrenzt, in dem Staat in spezifischen Bereichen (und in anderen nicht) regulierend und in Kooperation mit privaten Unternehmen und der Zivilgesellschaft aktiv werden soll – zum Wohle der Gesellschaft. Es wird damit möglich, ein gesellschaftliches Allgemeininteresse zu suggerieren und für dessen Verwirklichung zu kämpfen. Wir wissen jedoch seit Gramsci, dass solch ein Allgemeininteresse immer hegemonial – also herrschaftsförmig, in Einklang mit den Reproduktionserfordernissen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften und den durchaus kontingenten Interessen der herrschenden Kräfte, an die Beherrschten Zugeständnisse machend – hergestellt werden muss. Damit stellt die Etablierung von Hegemonie im Kern die Universalisierung partikularer, heute zuvorderst weltmarktorientiert-neoliberaler Interessen dar. Mit dem Begriff der GÖG ein (welt-)gesellschaftliches Allgemeininteresse konstituieren zu wollen, ist daher zweischneidig. Zum einen soll es gegen die neoliberale Verallgemeinerung gehen. Zum anderen muss das sich herausbildende dominante Verständnis des Begriffs an herrschende Interessen anschlussfähig sein, sonst hat er keine Chance auf die Integration dieser Interessen, und damit auf Akzeptanz im herrschenden Diskurs.

Es bleibt jedoch unterbestimmt, wie die Veränderung des Staates sowie sein Verhältnis zur Ökonomie genauer begriffen werden kann. Aus regulationstheoretischer Perspektive möchte ich nur zwei Dimensionen andeuten: Die Transformation hin zu einem »nationalen Wettbewerbsstaat« sowie der international entstehende »globale Konstitutionalismus«. Damit kommt man zu einer etwas anderen Einschätzung der Rolle des Staates und der GÖG.

In der Krise des Fordismus, d.h. der in den 1970er Jahren instabil werdenden gesellschaftlichen Entwicklungskonstellation, die sich etwa in geringeren Wachstumsraten, zunehmender Arbeitslosigkeit oder dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems äußerte, fanden intensive Auseinandersetzungen auf technologisch-ökonomischer, soziokultureller und politischer Ebene um die Neuausrichtung der Gesellschaften statt. Zentral war die Internationalisierung sozialer Prozesse, die zu abnehmender nationalstaatlicher Regulierungsmöglichkeit führte. Internationalisierung bedeutete – grob gesprochen – für dominante Akteure aufgrund ihrer höheren Mobilität eine bessere *exit option*. Bestimmte Kapitalgruppen können sich seither eher sozialen Forderungen und politischen Regulierungen entziehen, die aus ihrer

Perspektive gegen ihre Interessen stehen, oder aber die Drohung des »exit« in politischen Auseinandersetzungen, beispielsweise um die Steuerpolitik, einsetzen. Als Teil und Folge dieser Auseinandersetzungen, in der neoliberale Kräfte mit ihren Projekten die Oberhand gewinnen, transformiert sich der Staat in einen »nationalen Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch). Dadurch ändern sich die überragenden Kriterien politischen Handelns: Der Primat internationaler Wettbewerbsfähigkeit, ökonomischer Effizienz und der notwendigen »freien Entfaltung der Marktkräfte« sowie, damit verbunden, Realpolitik werden zu den Imperativen politisch-sozialen Handelns. Die Internationalisierung wichtiger gesellschaftlicher Prozesse – als nicht-intendierte Folgen vielfältiger intentionaler Strategien zur Überwindung der Krise des Fordismus – wirken damit als »Sachzwänge« zurück, die wiederum in ihrer konkreten Bedeutung umkämpft sind. Es kommt zu einer sich durchaus unterschiedlich vollziehenden »Interiorisierung« internationaler Verhältnisse in nationale Gesellschaften. Insbesondere die Privatisierung vormals öffentlicher Aufgaben und die Kommerzialisierung von Politik schränken politisch-staatliche Spielräume und Steuerungsmöglichkeiten ein und erzeugen spezifische Widersprüche, die gleich genannt werden. Allerdings ist in bestimmten Bereichen wie Migrations-, Militär- oder Sicherheitspolitik eine Zunahme von Regulierung zu beobachten. Es handelt sich also nicht pauschal um verringerte Regulierungskompetenzen der nationalstaatlichen politischen Institutionen, sondern um eine selektive Transformation.

Während des Fordismus fand internationale Politik zwischen den beiden konkurrierenden Blöcken wie auch innerhalb der Blöcke statt. Innerhalb der Blöcke setzte die jeweilige Hegemonialmacht, durchaus in Abstimmung mit und durch Zugeständnisse an die Verbündeten, wesentliche Standards internationaler Kooperation und Konkurrenz durch. Besonders deutlich war das in der Währungspolitik mit dem US-Dollar als Leitwährung innerhalb der westlichen Welt. Die Krise des Fordismus war auch eine Krise der Hegemonialmächte und ihrer normsetzenden Funktion. Internationale Politik wird zu einem komplizierteren Aushandlungsprozess, der in verstärkte ökonomische und politische Konkurrenz eingebettet ist. Dominant wurde in den letzten Jahren ein »globaler Konstitutionalismus« (Stephen Gill), dem zufolge die zentrale Orientierung internationaler Politik in der Sicherung des Privateigentums durch internationale Normsetzung besteht. Auch das internationale Institutionensystem ist wesentlich damit befasst, durch hochgradig machtförmige Kämpfe hindurch Akkumulations- und Konkurrenzprozesse politisch-institutionell abzusichern. Liberale Verfassungsvorstellungen sol-

len international gelten, was sich in Institutionen wie der WTO und dem dort angesiedelten TRIPS-Abkommen oder den Vorschlägen zu einem multilateralen Investitionsabkommen (MAI), das 1998 an internationalen Protesten und dem Dissens südlicher Regierungen vorläufig scheiterte, zeigt.

Auch die GÖG-Beiträge nehmen Machtasymmetrien in den Blick. Allerdings geht es zuvorderst um Machtverhältnisse in konkreten Policy-Prozessen, weniger um gesellschaftliche Macht. Ein Blick auf letztere stellt heraus, dass soziale Kämpfe und fundamentale gesellschaftliche Interessenunterschiede eine wichtige Rolle spielen. Verschiedene gesellschaftliche Kräfte kämpfen um die Verallgemeinerung, d.h. gesellschaftliche Legitimität wie auch politisch-institutionelle Absicherung, ihrer Interessen. Zudem verweisen diese Beiträge auf einen wichtigen Aspekt, der in der »post-neoliberalen« Diskussion teilweise unterschätzt wird: Die Frage des Eigentums bzw. der Verfügung über Kapital und mögliche Investitionen. In der von Kaul et al. repräsentierten und vorangetriebenen dominanten Diskussion geht es um die natürlich wichtige Frage, wie Güter ökonomisch oder politisch möglichst effizient bereit gestellt werden – und wie damit von relevanten Akteuren als relevant erachtete gesellschaftliche Probleme lösbar werden.

Die Perspektive der *Problemlösungstheorie* wird auch verstärkt durch die Diagnose, ein Hindernis bei der Etablierung bzw. Aufrechterhaltung von GÖG sei »das nicht ausreichende Vorhandensein von Managern, die die jeweils notwendigen, unterschiedlichen Politikstränge und Ressourcen zusammenbringen und in gezielter Weise für die Produktion globaler öffentlicher Güter bündeln könnten.« (Kaul et al. 2003: 47) Das erinnert an Elemente des Global Governance-Diskurses, in dem immer wieder fehlende *leadership* als Problem angesehen wird. Der Begriff GÖG eröffne, um ein anderes Beispiel zu nennen, unter anderem »eine neue, praktisch-politische Sichtweise von global governance und vom Implementierungsprozess internationaler Verträge und Resolutionen.« (Kaul et al. 2003: 54) Das Problem dieser Perspektive ist dabei m.E. nicht, dass der Fokus auf zu lösenden Problemen liegt, sondern dass dieser Typus der Begriffs- und Theoriebildung im Sinne der vorgebrachten Kritik nicht weiter reflektiert wird. Damit bleiben die Macht- und Interessenlagen des kapitalistischen Staates bei der Formulierung von Politikvorschlägen außen vor.

GÖG in Zeiten der Ökonomisierung sozialer Verhältnisse

Kaul et al. docken mit einer weiteren zentralen Annahme an den dominanten Globalisierungsdiskurs an. Von Garrett Hardin (1968) übernehmen sie die 35 Jahre alte These, dass es eine »Tragödie der Gemeinschaftsgüter« gebe, da letztere überbeansprucht würden. Sie beziehen das auf »globale Gemeinschaftsgüter« und diagnostizieren: »Doch je besser wir die den öffentlichen Gütern zugrunde liegenden Anreizstrukturen und auch die Funktionsweise verschiedener *ökonomischer* Instrumente (wie etwa die Kreation neuer Märkte) verstehen, desto mehr kristallisieren sich auch geeignete Wege zur Verhinderung dieser Tragödie heraus.« (Kaul et al. 2003: 43; Hvh. UB) Auch Hardin sah damals die Lösung in der Schaffung angemessener Eigentumstitel.

Eine andere wichtige Annahme besteht darin, dass »rational handelnde« Akteure (Unternehmen und Staaten) versuchen, ihren Nutzen zu maximieren. So verwenden Kaul et al. (2003: 44) den Begriff der »internationalen Politikmärkte«. Andere soziale Organisationsformen, nämlich gemeinschaftliche, die weder markt- noch staatsförmig organisiert werden (können) noch auf die Maximierung des eigenen Nutzens zielen, bleiben unterbewertet oder ausgeblendet. In der Diskussion um natürliche (globale) Gemeingüter bzw. (*global commons*), die in vielen Gesellschaften der Welt noch eine wichtige Realität sind, geht es um Fragen von Kollektiveigentum oder gemeinschaftlichem Zugang (was nicht dasselbe ist wie öffentlicher Zugang). Baylor Johnson und Faye Duchin (2000: 36ff.) weisen auf die Aspekte von self-governance hin wie auch auf den Sachverhalt, dass es in vielen Gesellschaften Rechtsverständnisse gibt, die nicht von der Übertragbarkeit von Rechten ausgehen. Ohne unzulässig verallgemeinern zu wollen, stellen sie fest, »in some cases, common-property rights can be less costly to establish and enforce, provide greater security to the ensemble of right holders, and permit more efficient utilization of resources than would private- or state-property rights.« (ebd.: 40) Zu lange sei dies unterschätzt worden – und wird bis heute unterschätzt (ebd.: 45).

Eine gewisse Ökonomisierung des Denkens wird auch beim Begriff der Zivilgesellschaft deutlich. Diese wird etwa bei Kaul et al. rein funktional dahingehend bewertet, dass sie ein »verstärktes politisches Gewicht« habe und eine erhöhte politische Mitsprache und Transparenz fordere. Ökonomische Prozesse bleiben jedoch eine Angelegenheit von Markt oder Staat. Prozesse materieller Produktion und Reproduktion jenseits von Markt und Staat bleiben im Diskurs um GÖG ausgeblendet.

Ein »post-neoliberaler« Diskurs?

Mich interessiert vor allem, welchen Beitrag ein *Diskurs* über GÖG – im Sinne realer und möglicher Denkformen und institutioneller Praxen – zur Delegitimierung des neoliberalen Einheitsdenkens (als »Trojanisches Pferd« bei Martens und Hain) beiträgt und inwieweit er emanzipative Perspektiven und Praxen fördert. Dann kommen Fragen staatlicher Tätigkeiten und der Finanzierung in den Blick, aber nicht als technischer Prozess, sondern als Teil sich verändernder »zivilgesellschaftlicher« Verhältnisse, insbesondere der Zurückdrängung von Kapitalmacht. Dasselbe gilt für internationale Institutionen. Es geht also darum, inwieweit ein materiell werdender Diskurs zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse beiträgt.

Ich würde daher den Optimismus der GÖG-Diskussion gegenüber Politiknetzwerken teilen, wenn sie in der Lage wären, herrschende Interessen einzuhegen. Ich würde ihren Regulierungsoptimismus teilen, wenn Regulierungen weniger der politisch-institutionellen Absicherung von Kapitalinteressen dienen und dem ex post-Umgang mit Krisen, sondern Lebensverhältnisse wirklich gestaltbar machen *gegen* Kapitalinteressen und deren autoritär-staatliche Absicherung.

Meine eher knappe und fragende Einschätzung des Begriffs GÖG möchte ich mit einer Analogie zum Global Governance-Begriff und in Anlehnung an Timothy Sinclair zuspitzen. Sinclair formuliert in der Einleitung zu seiner breiten Übersicht zu Global Governance, jedoch m.E. übertragbar auf GÖG: Obwohl der »discourse declares a considerable need for reforms, it strengthens a quite considerable trust in the existing system of institutions and privileges cooperative concepts of politics as the only legitimate ones. Different interests are regarded as basically reconcilable. Moreover, the involvement of private agents tends to de-politicise processes because in the commonsense understanding of private actors they are ›by nature technical‹.« (Sinclair 2003: 8). Sinclair nennt dies eine *management vision of global governance*. »It has become the term of choice because it avoids the unequivocally political connotations of ›government‹, and the even worse implications of other labels such as power and authority. It provides a non-emotive language in which major issues of societal rule can be deliberated by experts and officials without making explicit what is implicit in the idea of global governance. Global governance is safe, balanced and neutral.« (ebd.: 9)

Ich halte die Ausarbeitung von Begriffen in herrschaftskritisch-emanzipativer Absicht für wichtig, wenn sie bestehende und entstehende kritische Praxen in sich aufnehmen und diesen wie potenziellen Praxen Orientierung

liefern. Das Spannende am Begriff GÖG liegt vor diesem Hintergrund darin, dass der Begriff mit dem neoliberalen Markt- und Effizienzdenken um die je konkrete Ausgestaltung spezifischer Bereiche ringt. Er ist im Kontext des herrschenden liberalen Diskurses legitim und nicht so unseriös wie »Kapitalismuskritik« oder »Autonomie« oder »gegen die Herrschaft der Konzerne«. Darauf weisen auch Jens Martens und Roland Hain (2002: 10) in ihrem exzellenten Überblick hin.

Dennoch sollte gegenüber dem Begriff der GÖG Skepsis angebracht sein. Er kommt aus den aufgeklärten UNO-Kreisen, die sich zwar von neoliberalen Positionen abgrenzen, aber weder bestehende Herrschaftsstrukturen noch die tiefgreifende Veränderung von *gesellschaftlichen* Kräfteverhältnissen thematisieren. Der Begriff suggeriert, dass alles in konsumierbare Güter verwandelt werden kann. Und er suggeriert, Baustein eines Masterplans sein zu können. Insgesamt ist Skepsis angebracht gegenüber vermeintlichen Großbegriffen, lauten sie nun nachhaltige Entwicklung, Global Governance oder Globale Öffentliche Güter. Aber auch seine Interpretationsoffenheit kann angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse problematisch sein.

An eigenen Forschungen, deren Gegenstandsbereich prominent in der GÖG-Debatte ist, kann man das gut nachvollziehen (vgl. Brand/Görg 2003). Während biologische Vielfalt als GÖG deklariert wird und dies auch politisch praktisch in Form von Nationalparks oder Öko-Regionen umgesetzt wird, findet dennoch die Privatisierung ihrer ökonomisch nutzbaren Teile, nämlich der genetischen Ressourcen statt. Dies steht der Ausweitung von Naturschutzgebieten aber gerade nicht entgegen.

Notwendig ambivalente Diskursstrategien

An eine solch verhaltene Einschätzung schließen sich strategische Fragen an: Inwieweit macht etwa eine Arbeitsteilung zwischen reformorientierteren und radikaleren Beiträgen Sinn? Schwächt eine pauschale Ablehnung, sich auf die GÖG-Diskussion einzulassen, nicht insgesamt linke Kräfte? Das ist immer eine Gefahr und daher würde ich auch nicht für eine Ablehnung plädieren, sondern zunächst für eine kritische Bezugnahme.

Meine eigene Erfahrung aus den Debatten um *Global Governance* und *nachhaltige Entwicklung* ist zunächst, dass von »sozial-liberaler« Seite eine solche »Arbeitsteilung« kaum gewollt ist in dem Sinne, dass andere Perspektiven akzeptiert, Stärken und Schwächen ausgelotet und damit Reflexion ermöglicht werden. Kritik wird zumindest belächelt, manchmal denunziert oder brüsk zurückgewiesen. Dennoch sollten Diskursterrains nicht einfach auf-

gegeben werden, denn Diskurse sind nie geschlossen. Weitergehende Ziele sind ja zumindest als Anspruch in links-liberalen Diskussionen enthalten und können in spezifischen Situationen immer wieder Denken und Handeln öffnen.

So wichtig es ist, an »Diskursrändern« kritisch zu intervenieren und normativ begründet die herrschenden politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen Institutionen an die permanente Nichterfüllung ihrer Ansprüche zu erinnern (vergessen wir nicht, dass auch die Weltbank gegen Armut und Ungleichheit agiert) – dennoch sollten wir uns nicht zu sehr an herrschendem Gedankengut abarbeiten. Wichtig scheint mir derzeit, sich nicht auf eine *magic bullet* zu fixieren, sondern in die diversen Prozesse zu intervenieren, in denen dominante Kräfte eine neue politisch-ökonomisch-kulturell-militärische Ordnung festzurren.

Meines Erachtens geht es derzeit auch darum, dass in einer neuen Runde sozialer Auseinandersetzungen die herrschaftskritischen Kräfte *eigene* Begriffe und Orientierungen ausbilden. Das ist kein Argument gegen Kooperation, Verhandeln, strategisches Agieren – sehr wohl aber, sich Begriffe vorgeben zu lassen. Es stehen ja andere und teilweise eindeutiger Begriffe bereit wie De-Privatisierung, De-Globalisierung, soziale Rechte, menschliche Sicherheit, De-Kommodifizierung, aber auch Freiheit und Gerechtigkeit.

Zudem sollten wir eine Perspektive in unserer Diskussion nicht vergessen: Wie beziehen sich eigentlich die vielfältigen emanzipativen Bewegungen auf den Begriff? Inwieweit bringt er *existierende* oder sich herausbildende *Praxen* »auf den Begriff«? Inwieweit kann er für herrschaftskritische Kämpfe orientierend wirken?

In den intellektuellen und politisch-praktischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre wird sich herausstellen, welchen »Stallgeruch« der Begriff GÖG bekommt und worin sein politisch-strategischer Wert liegt. Dass die gegenwärtige Diskussion aus dem UNO-Establishment kommt, spricht nicht gegen ihn, sollte aber vorsichtig machen gegenüber einer vorschnellen Übernahme. Wie so oft gilt: Die Diskussion über analytische Annahmen, normative Vorstellungen, Ziele, Akteure und Bündnisse, Mittel und Wege kann dazu beitragen, Handlungsspielräume genauer auszuloten.

Literatur

- Altvater, Elmar (2003): Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden?, in: *Peripherie* 90/91, 171-201.
- Brand, Ulrich (2003): Ordnung und Gestaltung. *Global Governance* als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10 (1), 143-166.
- Brand, Ulrich/Christoph Görg (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter 2000: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?*, Münster.
- Brunnengräber, Achim (2003): Global Public Goods – Global Public Bads. Wer definiert sie, wer schützt sie, wer stellt sie bereit?, in: ders. (Hrsg.), *Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck*, Münster, 26-38.
- CGG – Commission on Global Governance/Kommission für Weltordnungspolitik (1996): *Nachbarn in einer Welt*, hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Cox, Robert W. (1986): *Social Forces, States and World Orders*, in: Keohane, Robert O. (1986), *Neorealism and its Critics*, Princeton, N.J.
- Hardin, Garrett (1968): *The Tragedy of the Commons*, in: *Science*, Dezember, 162. Jg., 1243-1248.
- Johnson, Baylor/Duchin, Faye (2000): *The Case for the Global Commons*, in: Harris, Jonathan M. (Hrsg.), *Rethinking Sustainability. Power, Knowledge, and Institutions*, Ann Arbor, 33-49.
- Kaul, Inge/Grunberg, Isabell/Stern, Marc (1999): *Global public goods: international cooperation in the 21st century*, New York et al.
- Kaul, Inge/Kocks, Alexander (2003): *Globale öffentliche Güter. Zur Relevanz eines Begriffs*, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.), *Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck*, Münster, 39-56.
- Martens, Jens/Hain, Roland (2002): *Globale Öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit?*, WEED/Böll-Stiftung, Berlin.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): *Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Policy Paper, Nr. 2 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Raza, W. et al (2004): *Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Eine konzeptuelle, begriffliche und rechtliche Einführung ins Thema*. Schriftenreihe Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, Band 1, AK Wien.
- Reinike, Wolfgang H. (1998): *Global Public Policy. Governing without Government?*, Washington: Brookings Institution Press.
- Reinike, Wolfgang H./Brenner, Thorsten/Witte, Jan Martin (2001): *Global Public Policy: Globalisierung gestalten durch globale Politiknetzwerke*, in: Oberreuther, Heinrich (Hrsg.), *Global Denken. Mensch – Recht – Staat. Ein Dreiecks-*

verhältnis der internationalen Politik im Umbruch, München.

Sagasti, Francisco/Bezanson, Keith (2001): Financing and Providing Global Public Goods. Expectations and Prospects. Report Prepared for the Ministry of Foreign Affairs Sweden, Brighton: Institute of Development Studies at Sussex University.

Sinclair, Timothy J. (2003): »General Introduction«, in: ders. (Hrsg.), Global Governance: Critical Concepts in Political Science, London/New York.

UNO (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Abschluss des vom 6.-8. September 2000 abgehaltenen Millenniumsgipfels in New York; www.uno.de/sg/millennium/millenniumerklaerung.pdf

»De-Globalisierung«

Walden Bellos Vorschlag ist auch eine Kritik an Vorstellungen eines globalen Keynesianismus

Mit der Kritik der neoliberal-neoimperialen Globalisierung geht ein ungleich schwierigeres Unterfangen einher, nämlich die konzeptionelle wie politisch-praktische Öffnung hin zu alternativen und emanzipativen Handlungs- und Vergesellschaftungsweisen.

Vorschläge wurden natürlich immer gemacht, kritisches Denken und Handeln war auch in den tiefsten Tiefen neoliberaler Hegemonie Mitte der 1990er Jahren nicht vollständig verschwunden. Es war jedoch besonders marginalisiert. In den letzten Jahren ist eine doppelte Verschiebung festzustellen: Im Rahmen der Delegitimierung des neoliberalen Projektes werden zum einen alternative Denk- und Handlungsangebote wieder stärker entwickelt und rezipiert, insbesondere in den Bewegungen selbst, aber durchaus bis in die links-liberale Öffentlichkeit. Zum anderen können die Beiträge stärker auf die Erfahrungen der letzten zehn Jahre zurückgreifen – von den unzähligen und wenig sichtbaren lokalen Ansätzen über die Zapatistas, viele spezifische politische Kampagnen und die Kämpfe gegen das Multilaterale Investitionsabkommen 1997/1998 bis hin zu »Seattle«, »Genua«, den diversen Sozialforen und »Cancún«.

In dieser Konjunktur wurde in den letzten drei Jahren der Begriff »De-Globalisierung« wichtig, den der Direktor der »Süd-Denkfabrik« *Focus on the Global South*, Walden Bello, in die Diskussion brachte. In Porto Alegre auf dem 2. Weltsozialforum im Jahr 2002 bekam ich selbst einen Eindruck davon, wie attraktiv dieser Begriff für viele zu sein scheint. Und zwar m.E. nicht, weil er klug inszeniert wurde, sondern offenbar die Erfahrungen vieler AktivistInnen trifft und ihnen *eine* (nicht als einzige) strategische Orientierung zu geben vermag.

Man könnte eine schiefe Analogie zum Buch »Empire« von Michael Hardt und Antonio Negri (dt. 2002) oder »Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« von John Holloway (dt. 2002) herstellen, die offenbar auch den Wunsch nach Befreiung analytisch wie politisch produktiv aufnehmen und weitertreiben, also auch in einer bestimmten politischen Konjunktur etwas »treffen« – wenn auch recht voluntaristisch. Die Differenz liegt darin, dass Bello zum einen genauer analysiert; das ist aber kein grundsätzliches

Argument gegen »große Würfe« wie denjenigen von Hardt/Negri oder Holloway, denn Bello nimmt dafür wichtige Entwicklungen nicht in den Blick. Das Buch zeichnet sich dennoch dadurch aus, dass es – im Gegensatz zu Entwürfen wie »Empire« oder Holloways radikale Machtkritik – die aktuellen institutionellen Formen globaler Herrschaft in den Blick nimmt sowie Analyse und Strategie zu verbinden versucht.

Vor allem aber verklärt Bello kein der Multitude entsprechendes neues historisches Subjekt und bringt für reale Bewegungen, die Kämpfe innerhalb konkreter nationalstaatlicher verfasster Gesellschaften ernst nehmen, nicht das Prädikat des Reaktionären in Anschlag – so wie dies in »Empire« der Fall ist.

Bello analysiert nicht »die Welt«, sondern konzentriert sich auf die herrschenden Institutionen wirtschaftlicher Global Governance, nämlich Weltbank (WB), Internationaler Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO). In der Einleitung der aktualisierten Ausgabe geht er auf die international zunehmend gewaltförmige Politik der US-Regierung unter George W. Bush ein. Zum einen identifiziert er eine *Legitimationskrise des neoliberalen Projektes* nach der Asienkrise 1997, der daran sich anschließenden Kritik aus dem Establishment an den neoliberalen Strukturanpassungen (J. Stiglitz, G. Soros), den Protesten seit Seattle 1999, der Kritik an transnationalen Konzernen und dem Zusammenbruch der New Economy 2001. Theoretisch begründet er die Krise damit, dass sich der globale Kapitalismus in der letzten Abschwungphase eines großen Kondratieffschen Zyklus befinde, die New Economy der letzte kleine Aufschwung innerhalb des Zyklus gewesen sei. Im Kern gebe es eine enorme Überproduktionskrise. Die USA hätten aber auch ihre Legitimität der Nachkriegszeit verloren, die auf der Ausdehnung der liberalen Demokratie und einer multilateralen Global Governance basierte. Heute gebe es keine moralische Vision mehr, sondern ein zunehmend mit Gewalt durchgesetztes neoliberales Projekt. Das »nette neutrale Wort« Governance diene der Hegemonie des globalen Kapitalismus und der Vorherrschaft jener Staaten und ökonomischer Interessen, die vor allem davon profitierten.

Unter George W. Bush, gestützt vom militärisch-ökonomischen Komplex, und nach dem 11. September werde der Bruch von einem neoliberalen Multilateralismus hin zum US-amerikanischen Unilateralismus, zum »imperialen Management« deutlich. Die USA würden multilaterale Politiken nur unterstützen, wenn sie dem globalen Kapital nützten. Gleichwohl würde das Pentagon durchaus eigene Interessen verfolgen.

In weiteren Kapiteln analysiert Bello kenntnisreich die Marginalisierung des globalen Südens. In den 1970ern gab es im Kontext der Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung, steigende Ölpreise, Zollpräferenzen und die Stabilisierung der Rohstoffpreise ein Aufbegehren progressiver südlicher Regierungen und Kräfte. Die rechte Antwort seit den 1980er Jahren war die Dämonisierung des Südens, ein neoliberales Management der Schuldenkrise, Veränderungen des UNO-Systems, hier insbesondere die Schwächung der UNCTAD – und die Einrichtung der WTO ab 1995, die neben der 1975 gebildeten Gruppe der 7 und WB/IWF zur zentralen neoliberalen Bastion wird. Allesamt genügen sie noch nicht einmal den mindesten formalen Anforderungen an eine Staaten-Demokratie, wie an dem berühmt gewordenen »Green Room«-Mechanismus gezeigt wird (benannt nach dem Büro des WTO-Direktors in Genf). »Konsens« bedeutet in der WTO nämlich, dass sich ausgewählte Gruppen von 20 bis 30 Delegierten informell treffen, um Entscheidungen vorzubereiten. Bello nennt das *informal power* unter den formalen Bedingungen *one-country-one-vote*. Es wird nämlich nie abgestimmt (übrigens auch im Gatt-Abkommen seit 1959 nicht mehr!), sondern immer schon vorab Konsens über die Regeln hergestellt. Das wissenschaftliche und politische Zauberwort der »Kohärenz«, die – normativ hoch aufgeladen – zwischen den internationalen Institutionen herzustellen sei, stellt Bello in seinen historischen Kontext. Die WTO hat in ihrer Gründungserklärung eben diese Kohärenz angemahnt: und zwar zwischen WTO, WB und IWF und in Richtung Freihandel und Absicherung von Kapitalinteressen.

Die durch die Kritik indizierten Reformen ab 1998, die die Legitimität erhöhen sollten, wie die Entschuldungsinitiative HIPC (*highly indebted poor countries*), die Armutsreduzierungsstrategien PRSP (*participatory rural strategy papers*) der Weltbank, so Bello, waren Rhetorik, mehr nicht.

In einem Kapitel zu den kursierenden Vorschlägen, wie die »heilige Dreieinigkeit« reformiert werden könnte, skizziert er die derzeit im Mainstream kursierenden Vorschläge eines UN-Wirtschaftssicherheitsrates, in dem die Macht konzentriert sein sollte, die Ergebnisse der eher politisch rechten Enquete des US-Kongresses, die so genannten Meltzer-Kommission oder jene von dem reformorientierten Multimilliardär George Soros.

Viele Vorschläge linksliberaler Provenienz von Stiglitz (zurückgetretener Chef-Ökonom der WB), Dani Rodrik (Harvard) u.a. gehen in Richtung von mehr Transparenz und Verantwortlichkeit der *holy trinity*, einer größeren Anteilnahme der Südländer, internationale wie nationale Kapitalverkehrskontrollen, Tobin-Steuer. Diese Position nennt er die »zurück zum alten Bret-

ton Woods-System«- Schule, hier siedelt er auch die Perspektive eines globalen Keynesianismus an. Trotz aller Differenzen ist ihnen gemeinsam, dass sie nach mehr oder weniger dramatischen Beschreibungen der Ineffizienz von IWF und Weltbank diese eben nur effizienter machen wollen.

Bello weist die linksliberalen Reformvorschläge hin zu einem globalen Keynesianismus nicht zurück, zweifelt aber daran, ob Weltbank & Co. so verändert werden können, dass differente Entwicklungswege akzeptiert würden. Wären sie denn geeignet für eine grundlegend andere internationale politische Ökonomie? – Die Frage ist rhetorisch gemeint. Zudem hält er eine Rückkehr zum Vor-1980er-System regulierter nationaler Kapitalismen für wenig wünschenswert.

Umriss einer De-Globalisierung

Sein Vorschlag der »De-Globalisierung« speist sich insbesondere aus den Kämpfen gegen WTO, WB und IWF auf internationaler Ebene sowie aus den Erfahrungen insbesondere in jenen asiatischen Ländern, in denen durch den Finanzkollaps 1997 Hunderte Millionen Menschen in die Armut getrieben wurden. Es handle sich heute um eine systemische Krise, der mit gutgemeinten institutionellen Reformen nicht beizukommen sei. Allerdings müsse in der aktuellen Legitimationskrise durch Visionen und kluge Strategien das Bestehende »dekonstruiert« und etwas Neues *rekonstruiert* werden – und zwar, angesichts vieler Entwicklungen nach rechts, in emanzipativer Richtung.

Es gehe dabei um ein *dismantling* von IWF, WB und WTO, was phantasiaanregend mit auseinandernehmen, zerlegen, demontieren ins Deutsche übersetzt werden kann. Dabei müssten Strategien sich den aktuellen Konjunkturen versichern. Die Dynamik der immer weiteren Durchsetzung von Freihandel und Marktprinzip müsse gebrochen werden. Bello verwendet die unter AktivistInnen bekannt gewordene Fahrrad-Metapher von C. Fred Bergsten: Freihandel und WTO müssten immer weiter getrieben werden, denn wenn sie sich nicht vorwärts bewegten, fielen sie um.

Das Neue nun denkt Bello nicht »von oben«, sondern aus den spezifischen sozialen Kontexten heraus. Die »doppelte Bewegung der De-Globalisierung« müsse plurale Wirtschaftsverhältnisse zulassen und diese international absichern. Es müsse Raum entstehen für eigenständige, kulturell eingebettete Praktiken. Es gehe nicht um naive Autarkievorstellungen, sondern

um eine Reorientierung materieller Produktion auf lokale Märkte. Dies impliziert Veränderungen von Kreditbeziehungen, Land- und Einkommensverteilung, Abwendung vom Wachstumsdogma, eine Demokratisierung der Wirtschaftsbeziehungen und anderes mehr. Die »Wiedereinbettung« wirtschaftlicher Verhältnisse in soziale, die eben nicht nur international gedacht wird, führe auch zu einem anderen Verständnis von Effizienz – die sich fundamental von der herrschenden mikroökonomischen unterscheidet.

De-Globalisierung ist eher eine Perspektive, die je spezifisch gefüllt werden muss. Und sie muss in harten Kämpfen gegen andere Interessen verbreitert, durchgesetzt und abgesichert werden. Das bestehende zentralisierte System solle nicht durch ein anderes ersetzt werden, so Bello auch mit Blick auf einen »linken Gigantismus«. Natürlich benötigt eine globalisierte Welt internationale Institutionen. Diese sollten aber vielfältig und flexibel sein, einzelne für verschiedenste Fragen zuständig sein sowie in einem Verhältnis von *checks and balances* zueinander stehen. Deshalb müsse nicht alles neu gemacht werden, sondern einige Institutionen könnten in diese Richtung verändert werden, wie etwa lokale Wirtschaftsblöcke zwischen südlichen Ländern.

Das Buch wurde erstmals vor der 5. Ministerkonferenz in Cancún veröffentlicht. Bello entwirft daher spannende und sehr konkrete strategische Überlegungen, wie die Konferenz zum Scheitern gebracht werden könnte. Es gehe darum, eine Ausweitung der Verhandlungen genauso zu verhindern wie eine Mandats- und Machterweiterung der WTO (die progressiven Südregierungen waren für eine Umsetzung der erreichten Verhandlungen – insbesondere Umsetzungen in den nördlichen Ländern selbst, die sich nämlich an viele Abmachungen gar nicht hielten). Es sollte ein Keil zwischen USA und EU getrieben, Regierungen von Entwicklungsländern kompetent beraten, nationale Bewegungen sowie internationale Proteste gestärkt werden. Das vermeintliche »Konsensprinzip« der WTO könne so zur Achillesferse werden. Die Strategie ging, zumindest in Cancún, bekanntlich auf. War Seattle 1999 für die WTO ein Desaster, von der sie sich 2001 auf der 4. Ministerkonferenz in der Wüste Katars zu erholen schien, so zeigte Cancún noch deutlicher, dass die WTO ein Instrument der herrschenden Kräfte und gründlich delegitimiert ist.

Die Potenziale des Begriffs

Die mit De-Globalisierung verbundenen analytischen und strategischen Perspektiven haben einige Schwächen, was teilweise mit den populärwissenschaftlichen Intentionen erklärt werden kann, teilweise aber sicherlich der Überzeugung Bellos entspricht.

Zum einen steht er in einer »tiersmondistischen« Tradition, in der die Entwicklungsländer als Gesellschaften und Regierungen darin als weitgehend einheitlich verstanden werden, dass sie vom Norden ausgebeutet werden. Der Nord-Süd-Konflikt scheint aus dieser Perspektive die Welt zu dominieren. Es ist zwar mal von »Eliten« die Rede, aber die Frage, ob es über den von außen induzierten Neoliberalismus hinaus andere, eben innergesellschaftliche Durchsetzungsmodi gibt, wird nicht gestellt. Auch die immensen Interessendifferenzen zwischen südlichen Regierungen – in Cancún deutlich sichtbar – übergeht er. Das suggeriert einen »Durchgriff« der internationalen neoliberalen Organisationen wie der USA auf den globalen Süden. »Washington« wird zum Weltakteur.

Bello kritisiert knapp und luzide die Reformvorschläge eines globalen Keynesianismus (vgl. dazu auch Sauer 2004). Gleichzeitig führt er aber nicht aus, dass diese nicht nur aus dem linksliberalen Establishment kommen, sondern auch aus den– vor allem nördlichen – Teilen der globalen sozialen Bewegungen.

»De-Globalisierung« ist kein theoretisches Buch. Gleichwohl wird hier deutlich, wie dringend kritisch-staatstheoretische Überlegungen für die internationale Politik fruchtbar gemacht werden müssten. Bello kritisiert in einem Teil die US-Regierung und ihre Hinwendung zum Unilateralismus. IWF, Weltbank und WTO scheinen ein reines Instrument zu sein (»Der IWF ist das Anhängsel des US-Finanzministeriums.«), die US-Regierung wiederum vertritt die Interessen des transnationalen Kapitals. Die US-Regierung scheint nach Belieben zu dominieren, jene in EU und Japan werden eher für ihre abweichenden Positionen positiv hervorgehoben. Andererseits konzentriert er sich in seiner Analyse eben nicht auf diese Verbindungen, sondern fokussiert die Politiken der internationalen Institutionen.

Worin bestehen aber nun die Entwicklungsdynamiken und Konfliktlinien? *The people/international civil society* gegen die *corporate-driven globalization*, die eigentlich guten, aber unter Druck stehenden Süd-Regierungen gegen die im Norden, Letztere nur Büttel des Kapitals? Bello bleibt unklar, denn Hauptgegner müssten doch Konzerne und US-Regierung sein. Hier

kommt man analytisch – samt strategischer Implikationen – nur weiter, wenn Staaten und internationale Institutionen komplexer begriffen werden. Bello gibt viele Beispiele wie etwa die Abwertung der UNCTAD, die strategischen Überlegungen vor Cancún. Internationale Beziehungen als *komplexe Hegemonial- und Kräfteverhältnisse* in den Blick zu nehmen würde die Analyse »realistischer« machen. Internationale Institutionen sind eben nicht nur Instrumente herrschender Staaten, sondern erlangen durchaus eine »relative Autonomie«.

Ein Blick über vereinheitlichende Konfliktlinien hinaus müsste Fragen der Hegemonie im Sinne Gramscis thematisieren. Denn das analytische wie politisch-strategische Problem heute für Alternativen hierzulande liegt doch darin, dass das *globale* neoliberale Projekt, insbesondere die konkrete Integration der metropolitanen Gesellschaften in Weltmarkt und -politik, kaum infrage gestellt wird. Selbst die jüngsten und natürlich völlig legitimen Proteste gegen Sozialabbau problematisieren kaum die Form der Einbindung der deutschen/westeuropäischen Gesellschaft in den Weltmarkt und die Rolle internationaler neoliberal-neoimperialer Politik.

M.E. kann weltweit weiterhin von einer »fragmentierten Hegemonie« gesprochen werden. Im Nord-Süd-Verhältnis besteht eine solche in entscheidenden Fragen nicht, im Nord-Nord-Verhältnis aber sehr wohl. Die konsensualen Stabilitätsreserven hierzulande, gepaart mit Zwang, sind nicht zu unterschätzen. Das hängt eben auch mit den fehlenden oder nicht zur Kenntnis genommenen Alternativen zusammen. Und genau hier liegt wiederum der Wert der Analyse von Walden Bello: Den Blick zu öffnen auf die internationale Verfasstheit des Kapitalismus – das ist so banal wie politisch-strategisch vertrackt in einer immer noch ziemlich reichen Gesellschaft, in der auch die Subalternen auf eine noch besser funktionierende Weltmarktintegration und politische Beherrschung anderer Teile der Welt hoffen.

Dennoch: Neben der Zuspitzung, Verständlichkeit und empiriegesättigten Argumentation besticht das Buch insbesondere durch seinen »südlichen Blick«. Aus der Analyse folgt insgesamt konsequent, dass es auch um eine Abschaffung oder zumindest radikale Schwächung der drei Institutionen geht.

Das Buch könnte Einfluss auf die strategische Debatte haben, wie die Bewegungen sich zu den neoliberalen internationalen Wirtschaftsinstitutionen verhalten: Deren Reform oder deren dezidierte Schwächung und Abschaffung zu fordern. Bello argumentiert für Letzteres, weiß aber um die Notwendigkeit von Taktiken und Bündnissen. Bedeutsam scheint mir sein Vorschlag hinsichtlich eines allgemeinen Perspektivenwechsels in der Diskussi-

on um Alternativen. Es geht ihm eben nicht um ein globales Umverteilungsprogramm und »gute« zentralisierte internationale Institutionen, sondern um den pluralen Aufbau und die Absicherung von Alternativen, die je spezifisch die Imperative kapitalistischer Verwertung und damit verbundener Macht- und Herrschaftsverhältnisse infrage stellen. Hier, so Bello, beginnt erst die eigentliche Arbeit.

Literatur

- Bello, Walden (2004: *Deglobalization. Ideas for a New World Economy*, London u.a. (erstmalig 2002).
- Bello, Walden (2005): *De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung*, Hamburg.
- Sauer, Thomas (2004): *Globaler Keynesianismus versus De-Globalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen*, in: Adelheid Biesecker/Martin Büscher/Thomas Sauer/Eckhard Stratmann-Mertens (Hrsg.): *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*, Hamburg.

»WTO abschaffen!« bleibt eine legitime Forderung

Die politische Forderung, die WTO oder andere internationale wirtschaftspolitische Institutionen abzuschaffen, wirkt heute absolut unsinnig und wie linker Schnee von gestern. In der Tat ist eine Perspektive verkürzt, die meint, das Böse (WTO & Co) sei die Wurzel allen Übels und mit ihrer Abschaffung ginge die Überwindung globaler Macht- und Ausbeutungsverhältnisse einher. Wenn nur erst die internationalen Machtapparate wegfielen, könnten sich – insbesondere die peripheren Länder – zur Freude aller entwickeln. Nur, das behauptet ohnehin kaum jemand.

Vielmehr ist zu fragen: Für was steht die WTO (wie auch Weltbank oder IWF), warum wird ihre Reform gefordert – und wer fordert sie wie? Eine progressive Position muss einige Sachverhalte und Ambivalenzen klären.

Erstens und vor allem sind WTO, IWF und Weltbank weiterhin Ausdruck eines neoliberalen Gesellschaftsumbaus – was insbesondere bedeutet: die Unterordnung sozialen Handelns unter den Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit und die Nicht-Infragestellung kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Die realen negativen Auswirkungen der Handelsliberalisierung im Agrar-, Textil- oder Gesundheitssektor sind weitgehend bekannt. In den letzten Jahren wird zudem deutlich, dass diese Entwicklungen mit offener Gewalt einhergehen.

Zweitens: Internationale Institutionen sind selbst Akteure. Die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank in peripheren Ländern haben ganz erheblich zur Durchsetzung des Neoliberalismus beigetragen. Die WTO als »Kind der 90er Jahre« ist *die* neoliberale Institution schlechthin. Die neoliberalen Institutionen haben zunehmend Legitimitätsprobleme. Daher der jüngste Weltbank-Schwenk zur Armutsbekämpfung und *Comprehensive Developments Frameworks* oder der WTO zu einer so genannten Entwicklungs-Runde. Die diversen »Umorientierungen« geschehen allerdings unter klaren Vorzeichen – nämlich ohne die neoliberalen Verhältnisse in Frage zu stellen.

Drittens: Gerade auf internationaler Ebene erleben wir heute eine »Refeudalisierung der Politik«, d.h. demokratische Entscheidungsprozesse, Transparenz und eine politische Öffentlichkeit fehlen fast vollständig. Das euphorische Gerede um Netzwerke ist unsinnig, solange nicht beachtet wird, dass

die Internationalisierung politischer Prozesse vor allem in Grauzonen und weitgehend ohne Durchsichtigkeit stattfindet. Ein Beispiel sind die Streit-schlichtungsverfahren der WTO selbst, die »Daumenschraubenpraktiken« und *green room*-Verhandlungen bei WTO-Ministerkonferenzen.

Ein Aspekt ist wichtig, um politische Gestaltungsspielräume einschätzen zu können: Eine Reformperspektive droht *viertens* – strategisch oder aus Überzeugung – dem Glauben aufzusitzen, die aufgeklärten Eliten von einem notwendigen Politikwechsel überzeugen zu können. Dahinter steht eine derzeit sehr wirkungsmächtige Annahme, nämlich dass »die« Politik den ökonomischen Globalisierungsprozess einzubetten habe. Damit stellt sich aber die Frage, welche Rolle Politik in den jüngsten Veränderungen spielt. Sie hat den neoliberalen Prozess aktiv mit vorangetrieben. Auch staatliches Handeln (und mehrheitlich zivilgesellschaftliches) misst sich an der Herstellung von internationaler Wettbewerbsfähigkeit des »eigenen« Standortes.

Gerade deshalb reicht der Appell an die herrschenden Kräfte, nun beim UNO-Entwicklungsgipfel einen »Neuanfang zu machen« und die »Chance zu nutzen«, nicht. Die neoliberalen Regierungen wissen genau, was sie tun. »Entwicklung«, »Umwelt« und »Armutsbekämpfung« ist etwas für Präambeln und Sonntagsreden. Im Kern geht es darum, die kapitalistische Eigentumsordnung weltweit abzusichern, Investitions- und Planungssicherheit zu schaffen und immer neue Bereiche der Kapitalverwertung zu erschließen. Die KleinbäuerInnen im Süden werden allenfalls als Kollateralschäden gesehen.

»WTO abschaffen!«

Die globalen sozialen Bewegungen sind weiterhin recht erfolgreich in der Delegitimierung der herrschenden neoliberal-militaristischen Globalisierung. Sie können sich auf die Fahnen schreiben, die festgefügtten Machtverhältnisse zu politisieren. Um dies voran zu treiben, ist m.E. eine gut politisierbare Forderung jene nach der Abschaffung der Welthandelsorganisation WTO (und/oder von Weltbank und Weltwährungsfonds). Auch wenn das zunächst ziemlich unrealistisch ist, können hiermit Argumente über die Verfasstheit des internationalen Systems transportiert werden. »Eine andere Welt ist möglich!« – aber das geht nicht mit WTO, IWF und Weltbank. Die hochgradig vermachteten Organisationen repräsentieren einen Politiktypus, der suggeriert, dass Probleme am besten »von oben« gelöst werden. Damit kommen all jene Kräfte unter Argumentationszwang, die meinen, diese Institutionen

seien reformierbar. Marita Wiggerthale schreibt im Hinblick auf den vielfach verteidigten Multilateralismus der WTO, diese deshalb zu unterstützen »ohne ihre neoliberale Ausrichtung kritisch zu hinterfragen, ist kurzsichtig und entwicklungspolitisch fatal.« (*Frankfurter Rundschau*, 30.12.2004). Und in der Tat scheint heute vielen BeobachterInnen, die die WTO noch vor wenigen Jahren scharf kritisierten, angesichts des US-Unilateralismus die WTO als »kleineres Übel«.

Neben ihrer materiellen Macht – über finanzielle Ressourcen oder Rechtssetzungskompetenz – sind diese Organisationen auch »organische Intellektuelle« des Neoliberalismus. Denn hegemoniale, d.h. auch von den Beherrschten akzeptierte Verhältnisse müssen immer wieder hergestellt werden, was nicht zuletzt heißt: Kritik partiell aufzunehmen und zum dynamischen Moment zu machen, jedoch zur und unter Beibehaltung grundlegender Machtverhältnisse. Die immer wieder formulierten und trügerischen Reformhoffnungen von NGOs werden zur Legitimationsfolie von WTO & Co. Denn offenbar sitzt ja die »globale Zivilgesellschaft« mit am Tisch, zeternd zwar, aber dennoch hoffend, vorschlagend, sich einladen lassend. Aus einer radikalen Reformperspektive geht es zuerst darum, Spielräume zu öffnen, auch über Zuspitzungen. So verstanden ist die Forderung, WTO, IWF und Weltbank abzuschaffen, legitim und wichtig. Von diesen Organisationen ist aus kritisch-emanzipativer Perspektive nichts zu erwarten. Im Gegenteil, ihre Abschaffung könnte Teil eines Prozesses sein, die bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und ihre aktuelle neoliberale Ausformung umfassend zu verändern. Neben der Kritik muss insbesondere die Diskussion um Alternativen intensiviert werden. Emanzipative soziale Bewegungen sollten sich dabei nicht an das Schmieden alternativer Masterpläne machen. Genauso wenig sollten sie sich in die Lage von PolitikerInnen oder bürgerlichen Medien begeben und darauf beschränken, realpolitisch durchzudeklinieren, was die konkreten Für und Wider von WTO-Politiken sind. Vielmehr geht es darum aufzuklären, Denk- und Handlungsräume zu öffnen, das offenbar Unsagbare zu formulieren, Sachverhalte auch mal provokativ zuzuspitzen, Menschen von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen und eigenem Engagement zu überzeugen. Denn die Debatte um die WTO darf sich nicht darin erschöpfen, wie vielleicht doch der ein oder andere Aspekt »reinverhandelt« werden kann oder die RegierungsvertreterInnen »eigentlich« Interesse an Umwelt und Entwicklung haben müssten. Die gesamte institutionelle Struktur und die darin geronnenen grundlegenden Orientierungen sind das Problem.

Nach dem Neoliberalismus

Perspektiven radikaler Veränderungen

Geschichte ist ein offener Prozess. Wenn es aus globalisierungskritischer Perspektive wichtig ist, Denk- und Handlungsräume zu öffnen und damit gegen die dominierende Alternativlosigkeit und Resignation anzugehen, dann sollten mögliche zukünftige Entwicklungen bei der Entfaltung eigener Strategien beachtet werden. Denn die »Risse« (Erhard Crome 2004: 105ff. in Anlehnung an Immanuel Wallerstein) in der aktuellen Welt-Unordnung werden transparenter und können politisch zunehmend mehr funktionalisiert werden. Am symbolträchtigsten ist derzeit der Riss zwischen »Davos« und »Porto Alegre«, der durch die massiven Proteste gegen den Irak-Krieg in Februar 2003 eine neue Dimension gewonnen hat. Die globalisierungskritischen Bewegungen, die »Bewegung der Bewegungen«, haben einen wichtigen Teil zur Delegitimierung des neoliberalen Modells beigetragen.

Und dennoch ist die Unterwerfung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter die Markt- und Profitlogik nicht gestoppt. Die propagierten »Reformen« haben gesellschaftliche Spaltungen, weltweite Verarmung, Umweltzerstörung und ähnliche Phänomene nicht aufhalten können, eine sich öffnende emanzipative Perspektive scheint in weite Ferne gerückt. Stattdessen sind weiterhin Prozesse wie eine »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2004, 2005), die Entwicklung eines »autoritären Neoliberalismus« (Candeias 2004) oder eines »neoimperialen Neoliberalismus« (Rilling 2004) zu beobachten. In Anlehnung an Claude Serfati kann von einem »bewaffneten Arm der Globalisierung« gesprochen werden (in Zeller 2004). Allen Begriffen ist gemeinsam, dass sie die zunehmende offene Gewalt und Repression auf internationaler wie innergesellschaftlicher Ebene betonen. Die unsichtbare Hand des Marktes paart sich mit einer mehr oder weniger sichtbaren, meist staatlich geballten Faust.

So wichtig es ist, den Krieg im Irak und den Rüstungswahn der US-Regierung und des sie stützenden militärisch-industriellen Komplexes zu kritisieren und zu stoppen, so wenig handelt es sich um »den« Konflikt schlechthin, so Intellektuelle der Bewegungen wie etwa Immanuel Wallerstein. Vielmehr ist die gegenwärtige Konstellation gerade dadurch gekennzeichnet, dass hegemoniale Verhältnisse im Sinne Gramscis sehr umfassend in vielen Lebensbereichen existieren – und dementsprechend an vielen gesellschaftlichen Or-

ten infrage gestellt und praktisch verändert werden müssen. Gleichwohl umstritten ist, ob wir gegenwärtig über eine Legitimationskrise hinaus eine »reale Funktionskrise des neoliberalen Modells« erleben (Wahl 2003), oder ob wir es mit einer durchaus »offenen Situation« zu tun haben, in der insbesondere angesichts des Widerspruchs zwischen herrschender Politik und alltagsnormativen Vorstellungen vieler Menschen der Unmut aufgrund fehlender Alternativen zunimmt und sich nicht politisiert (Brie/Klein 2003). Mit einem kritischen Hegemonie-Verständnis kann in den Blick geraten, warum selbst in »Krisenmomenten« die neoliberal-neoimperiale Entwicklung über Stabilitätsmomente verfügt – und wo sie aufbrechen können. Allerdings ist Vorsicht geboten bei der Analyse von Hegemonie, wenn sie »(in)stabile Strukturen« feststellt, aber die konkreten und umkämpften Durchsetzungsmodi sowie Widerstände unberücksichtigt lässt.

Post-neoliberale Ansätze

Krisen, große und alltägliche Katastrophen der neoliberal-neoimperialen Weltordnung sowie die wachsende Kritik aus den Bewegungen und im Establishment selbst kennzeichnen die vielstimmige Auseinandersetzung, was auf den Neoliberalismus, verstanden als enorme ideologische und institutionelle Aufwertung des Marktes und des Profitstrebens, folgen könnte. Ein Element ist bereits sichtbar: Mehr Repression und offene Gewalt. Die kapitalistische Wachstumsmaschinerie wird durch die Produktion von Waffen und Kontrollregimen in Gang gehalten, um den Luxuskonsum der weltweit Reichen – auch hierzulande – und die dafür notwendige weltweite Ressourcenbeschaffung zu sichern. Neoliberale Elemente werden mit staatlich-keynesianischen kombiniert, wie beispielsweise der kostspieligen so genannten Sicherheitspolitik.

Momente der post-neoliberalen Debatte trachten danach, den Staat auf nationaler und internationaler Ebene wieder zu stärken. Dies ist durchaus in kritischer Absicht zu herrschenden Entwicklungen gemeint und muss daher von den emanzipativen Bewegungen ernst genommen werden. Die dominante Debatte um eine »post-neoliberale Agenda« oder einen »Post-Washing-

¹ In Anlehnung an den neoliberalen »Washingtoner Konsens« von Weltbank, IWF und US-Regierung in den 80er Jahren.

ton-Consensus«¹ wird etwa in der Weltbank, dem wirtschaftspolitischen Zusammenschluss der mächtigsten Industrieländer OECD, aber auch im Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) geführt.² Auch die vor einigen Jahren geführte Diskussion um sozialdemokratische »Dritte Wege« zeigen in diese Richtung (Bischoff 2003: 176ff.). Im Kern soll hier die Dynamik von (Welt-)Märkten »sozial nutzbar« gemacht werden, um die Akkumulations- und Wachstumsschwäche der kapitalistischen Weltwirtschaft und einzelner Volkswirtschaften zu überwinden. Gegenüber südlichen Staaten bedeutet das etwa, die Exportorientierung und Privatisierungen um jeden Preis beizubehalten. Im Rahmen dessen soll der – neoliberal umstrukturierte – Staat zum einen möglichst gute Bedingungen für private Wirtschaftsakteure schaffen, zum anderen die Arbeitskräfte organisieren (»fördern und fordern«) und zudem die negativen Konsequenzen, Verarmung und Krisen verwalten. Nicht eine Infragestellung von Kapitalmacht, die (Selbst-)Ökonomisierung der Gesellschaft oder die bestehenden Nord-Süd-Verhältnisse stehen im Zentrum, lediglich die »Auswüchse« der gegenwärtigen Entwicklungen, die vielen Krisen und Katastrophen sollen vermieden oder zumindest besser gemagt werden.

Was heißt das *aus* globalisierungskritischer Perspektive und *für* globalisierungskritische Perspektiven? Zum einen ist in den aktuellen und auf uns zukommenden Diskussionen, Strategieentwicklungen und Handlungen Vorsicht geboten, wenn neoliberale Politiken kritisiert werden. Zum anderen sind die Positionen nicht klar voneinander zu trennen. Die Stärke der in ihrem Anspruch nicht auf Gewalt und Repression, sondern auf Kooperation setzenden post-neoliberalen Agenda liegt gerade darin, dass Kritik berücksichtigt wird. So spielen etwa Partizipation oder nationale Handlungsspielräume für Regierungen durchaus eine Rolle in internationalen entwicklungspolitischen Debatten (vgl. etwa Jacobeit 2000).

Radikale gesellschaftliche Veränderung bedeutet weiterhin die auf Befreiung und gerechte Verhältnisse abzielende Infragestellung grundlegender Strukturmerkmale bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung. Letztere umfassen die mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung einhergehende soziale Herrschaft, privatkapitalistisches Eigentum und die sich historisch verändernden Akkumulationsimperative. Einher gehen damit vielfältige Spaltungen und Konkurrenzen, patriarchale Geschlechterverhältnisse, der bürgerlich-kapitalistische Staat und die Rechtsverhältnisse, macht- und interessen-

² Vgl. Burchardt 2004: 12. Kapitel; zur allgemeinen Debatte vgl. etwa Braig 2000.

förmig strukturierte Öffentlichkeiten, die ethnische Sortierung von Menschen, eine auf Herrschaft beruhende Naturaneignung u.a. Lern- und Erfahrungsprozesse, im Ergebnis grundsätzlich offene Auseinandersetzungen, die Anerkennung von Differenzen und Ambivalenzen und die immer in konkreten Kontroversen zu überwindenden Spaltungen sowie Selbstkritik sind wesentlicher Bestandteil des Befreiungsprozesses. Aber die konkreten Formen dieser Veränderung, d.h. das vielfältige sich Widersetzen, intentionales Handeln, Organisierung als Bewegungen, geschicktes Ausnützen von plötzlichen Brüchen im Herrschaftsgefüge, kritische institutionelle Praxen u.a., bleiben ein komplexer Prozess.

In den kommenden Jahren wird es daher um sorgfältige strategische und taktische Diskussionen gehen, um den herrschenden post-neoliberalen Agenden etwas entgegensetzen zu können (unter Berücksichtigung von Verschiebungen dort). Benötigt werden hierfür Ideen, Publikationen für eine breitere LeserInnenschaft und Studien, Diskussions- und Reflexionsräume über Kongresse, kleine Workshops und Bildungsveranstaltungen etc. Wenn zu Beginn des Buches vermutet wurde, dass die globalen sozialen Bewegungen sich in einem Strategie- und Motivationsloch und wir uns am Ende eines Bewegungszyklus befinden (Rätz 2005), dann folgt daraus natürlich, dass Strategiediskussionen wichtiger werden, um die Bewegungen zu verstetigen und zu verbreitern.³

Post-Neoliberalismus 1: Aufklärung und Handlungsfähigkeit

Ein zentrales Problem der aktuellen Bewegungen ist die fehlende oder schwierige Vermittlung ins politische System hinein (Leggewie 2003: 168ff.), denn die Abschottungstendenzen gegenüber kritischen Kräften sind offensichtlich, demokratische Prozesse laufen zunehmend leer. Gegenüber den Erfolgen in der Aufklärungsarbeit, so Elmar Altvater (2005), bleibt der politische Einfluss der Bewegungen dramatisch zurück. Die Nichtbeachtung der Proteste im Sommer 2004 seitens der Regierung (und deren Denunziation durch die meisten Medien), die politische Weiterführung und Durchsetzung trotz massiver Stimmverluste der SPD bei einigen Landtagswahlen im selben Jahr

³ In der deutschsprachigen Diskussion ist hier mit der Flugschrift »Sand im Getriebe« ein wichtiges Forum etabliert worden (www.attac.de), aber es gibt zahlreiche ältere und neuere Medien und Räume.

weisen auf die fehlende Vermittlung hin. Gegenwärtig münden einige Kräfte so in einer neuen Parteigründung. Klärungsprozesse hinsichtlich der herrschenden Zustände wie auch strategische Diskussionen sind also notwendig, um die je konkreten »Möglichkeitsfenster« in den Blick zu bekommen und Handlungsspielraum auszuloten.

Kurzfristig ist die Einschätzung wohl richtig, dass es derzeit keinen Punkt gibt, an dem Protest oder Widerstand gebündelt werden könnten.⁴ Die EU-Verfassung hätte ein solcher Kristallisationspunkt sein können. Doch der SPD-Chef Franz Müntefering hat mit seiner nicht ernstgemeinten, aber strategisch klugen Ankündigung im Sommer 2004, man müsse über ein Referendum nachdenken, beginnenden kritischen Diskussionen das Ferment genommen. Die aktuellen Auswirkungen, dass die Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 insgesamt nicht erfolgreich waren, sind spürbar.

Daher muss in der aktuellen Situation mit dem häufig konstatierten Strategie- und Motivationsloch vorsichtig umgegangen werden. Es kann darauf nicht aktionistisch mit einer »großen Aktion« geantwortet werden. Die politisierenden Folgen der Ereignisse in Genua oder die großen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg (Februar 2003) sowie gegen Sozialabbau am 1. November 2003 und 3. April 2004 können nicht einfach wiederholt werden, noch kann sich Bewegungspolitik darin erschöpfen. Die »Gärungsarbeit« muss weitergetrieben werden: Aufklärung und Bildung, Politisierung und Organisierung im »Kleinen« und an vielen Orten, ein eigenes politisches Selbstverständnis entwickeln und reflektieren, die Ausarbeitung von alternativen wissenschaftlichen und Alltagsperspektiven. Geplante Kampagnen, symbolische und inhaltliche Gegengipfel zu politischen Großveranstaltungen und die »breite Öffentlichkeit« bleiben wichtig, um dort die verschiedensten Anliegen der Bewegungen plausibel und legitim zu machen. So könnte beispielsweise der nächste Weltwirtschaftsgipfel der »Gruppe der 8« in Deutschland der Mitte 2007 in Heiligendamm bei Rostock stattfinden wird, ein Kristallisationspunkt für die globalen sozialen Bewegungen hierzulande und für Bewegungen aus angrenzenden Ländern sein.

Viele aktuelle Auseinandersetzungen sind notwendig defensiv und wehren sich gegen den Abbau sozialer und politischer Rechte sowie gegen die Entpolitisierung der öffentlichen Diskussion. Entpolitisierung, autoritäre Regierungsformen und für viele Menschen immer »flexiblere« Lohnarbeit

⁴ Für einen Überblick über die aktuell als am drängendsten empfundenen Themen, v.a. auf internationaler Ebene, vgl. Versammlung der sozialen Bewegungen 2005.

gehen Hand in Hand, die Menschen sollen ihren eigenen (ökonomischen) Interessen nachgehen und ansonsten die Eliten walten lassen. »Offensive« Aspekte müssen m.E. eine stärkere Rolle spielen, also Perspektiven und Vorschläge jenseits von vormals geltenden Standards, die verteidigt oder zurückgewonnen werden sollen (siehe unten), um jeglicher Entpolitisierung wirklich entgegen wirken zu können.

Gegen-hegemoniale Perspektiven nehmen das politische »Vorfeld« in den Blick und gehen davon aus, dass nicht zuletzt hier Handlungsfähigkeit im weiten gesellschaftlichen und im engeren politischen Sinne zurückgewonnen werden muss. Gegen-hegemoniale Strategien und Kämpfe haben notwendig eine begrenzte Reichweite, müssen sich bereits in naher Zukunft der gesellschaftlichen Veränderungen, gemachten Erfahrungen und ihrer eigenen Orientierung vergewissern.

So wichtig politische Kristallisationspunkte sind (die nicht aktionistisch hergestellt werden können), so sehr bedarf es einer gegen-hegemonialen Perspektive, die viele Felder der Auseinandersetzungen im Blick hat. Eine breitere Debatte über Alternativen zur gegenwärtigen Politik wäre beispielsweise an den Hochschulen notwendig, in der Energiepolitik müssten Konzepte und Strategien für ein »post-fossilistisches Energiesystem« (Altwater 2005) entwickelt werden, denn das gegenwärtige zerstört nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern ist wesentlicher Teil des Irak-Konflikts und zukünftiger Kriege. Die Liste der Notwendigkeiten ist lang.

Weit angelegte Bildung und Aufklärung sind nach einem »Vierteljahrhundert neoliberaler Gehirnwäsche« (Bischoff et al. 2003) zentrale Bedingung sich verstetigender und wachsender Bewegungen. Insbesondere der »ökonomische Analphabetismus« (Pierre Bourdieu), der dazu führt, dass mit den unsinnigsten und empirisch falschen Argumenten die herrschenden Entwicklungen legitimiert werden, ist zu überwinden. Die aktuellen Bewegungen müssen neben politisch-strategischen und intellektuellen Auseinandersetzungen Bildungsarbeit betreiben, kompetent in vielen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen sein. Nur dann kann die neoliberale und neoimperiale Deutungshoheit infrage gestellt werden und Raum für andere Paradigmen entstehen (vgl. auch Faschingeder/Strickner 2003).

Ein weiteres Feld, das am Rande des Weltsozialforums 2005 immer wieder diskutiert wurde, ist die notwendige Herstellung internationaler Handlungsfähigkeit; für die hiesigen Verhältnisse hieße das zuvorderst: europäisches Handeln. Bislang sind die Bewegungen noch stark an nationalen Themen und Mobilisierungszyklen orientiert (Wahl 2005). Internationales Handeln bleibt bislang auf spezifische Themenfelder und Kampagnen beschränkt.

Internationale Sozialforen sind hierfür kein Ersatz, sondern ein Teil. In Zukunft müssen »eigene«, sich verdichtende Diskussionsstrukturen entstehen, um Erfahrungen auszutauschen, Anregungen zu vermitteln, eigene Sichtweisen und Handlungen kritisierbar zu machen.

Post-Neoliberalismus 2: Unterschiedliche Interessen anerkennen und Streitkultur entwickeln

Emanzipative Akteure sind nicht abstrakt und vorher bestimmbar (etwa qua »objektiver« Lage als subalterne Klasse oder als »dreifach unterdrückte« farbige Frauen in südlichen Ländern), sondern schaffen sich in ihrem Kampf gegen herrschende Verhältnisse und Institutionen buchstäblich selbst (vgl. die aktuelle Einschätzung von Hildebrandt 2004). Es sind bewusste Entscheidungen, alternative und gegen herrschende Institutionen gerichtete Erfahrungs- und Kommunikationszusammenhänge zu schaffen oder aber innerhalb von Institutionen kritisch zu agieren, ihre Entwicklungsrichtung und »Logiken« zu verändern. »Veränderung ist auf Bewegung angewiesen. Aber auch wer Veränderung »von unten« – und das ist ein unverzichtbarer sowohl »heuristischer« wie praktischer Blickwinkel – denken will, befindet sich nicht auf sicherem Grund.

Der soziale Antagonismus existiert nur im Plural, verfügt über kein einheitliches Subjekt und kann sich auf kein per se »unschuldiges« oder aus sich heraus sozialrevolutionäres »Unten« stützen. Unterdrücktsein ist kein privilegierter Ort, dem die Tendenz zur Befreiung immanent wäre.« (Bruns 2003: 8) Das zeigen der Nationalsozialismus, aber auch aktuelle rechte Bewegungen. Tendenziell bilden sich Hierarchien, Macht und Herrschaft in Bewegungen heraus.

Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass verschiedene Spektren eine teilweise sehr unterschiedliche soziale Basis haben. So sind die Mitglieder von Attac in Frankreich und der Schweiz vor allem Angestellte im öffentlichen Dienst (in Frankreich sind etwa die Hälfte der Mitglieder LehrerInnen und bereits in einem fortgeschrittenen Alter). Die Interessen und Weltansichten hier sind teilweise unterschiedlich von anderen gesellschaftlichen Gruppen, die etwa von Gewerkschaften repräsentiert werden oder sich selbst organisierende MigrantInnen sind. Im weltweiten Maßstab wird es noch mal komplexer.

Diese realexistierenden Differenzen verschwinden oft hinter dem Begriff des Pluralismus; konkrete und durchaus legitime Interessen werden so über-

gangen. Unterschiedlich sind Interessen etwa dahingehend, dass einigen Menschen flexiblere Arbeitsformen entgegen kommen und ihnen mehr Gestaltungsspielraum geben, für andere das aber intensivere Ausbeutung und eingeschränkte Möglichkeiten bedeutet. Der Erhalt oder Ausbau sozialstaatlicher Elemente basiert nicht zuletzt auf der teilweise vorteilhaften Integration der nordwestlichen Gesellschaften in den Weltmarkt.

Daher müssen m.E. neben Solidarität und anerkannter Pluralität Veränderungen auch derart angegangen werden, dass sich gerade in den nordwestlichen Ländern materielle Verhältnisse, Identitäten und Sichtweisen schrittweise verändern, sich andere Interessen und Weltsichten formieren, die überhaupt eine radikale Veränderung globaler Verhältnisse ermöglichen.

Deshalb ist ein Austausch über die verschiedenen Lebensrealitäten wichtig, um sie anerkennen und verändern zu können. In einigen Bereichen wird das mit bewusster Ent-Privilegierung einhergehen (müssen). Ein Bestandteil solcher Entwicklungen ist eine entwickelte Streitkultur.

Die Frage unterschiedlicher Interessen wie auch von Pluralismus und Diskussionskultur betrifft einen weiteren Aspekt: Thomas Seibert weist in seinem »Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke« (2003) darauf hin, dass es natürlich immer entschiedenere Menschen und Kollektive in Bewegungen gibt, jene, die nach Potenzialen der Radikalisierung und nach neuen Wegen suchen. Historisch hat sich hier die Vorstellung einer Avantgarde, insbesondere organisiert in einer Partei, durchgesetzt. Die Erfahrungen lehren, dass ein solches Verständnis schnell an Grenzen stößt.

Dennoch bleibt das Problem bestehen. Bewegungen entwickeln sich ja nicht gleichlaufend, sondern durchleben Zyklen, stehen vor Entscheidungen, die Aktiven und Spektren haben unterschiedliche Grundhaltungen, konkrete Ziele und Strategien. Die »entschiedensten Teile« in einem radikalen, d.h. an die Wurzeln gehenden, weitertreibenden Sinne müssen heute, so Seibert, von den Bewegungen gleichsam selbst geschaffen werden. Es geht eben nicht in einem den Bewegungen äußerlichen Avantgardismus, sondern als Teil von ihnen. Deshalb sind Austausch und Streit wichtig. Und deshalb könnte ein Grund für das gegenwärtig zu beobachtende Strategie- und Motivationsloch darin bestehen, dass es eine unterentwickelte Streitkultur gibt, »Pluralismus« mit nebeneinanderstehenden Positionen oder gar Ignoranz gleichgesetzt wird und die herrschenden medialen und politischen Kräfte sehr wohl wissen, wie die Bewegungen gebremst und gespalten werden können.

Post-Neoliberalismus 3: Aspekte einer emanzipativen politischen Ökonomie

Strategien bedürfen natürlich gesellschaftspolitischer Substanz, d.h. konkreter Vorschläge, die zum einen an den aktuellen Entwicklungen, Kräftekonstellationen und emanzipativen »Bedürfnisse« ansetzen, andererseits aber im Horizont umfassender gesellschaftlicher Veränderungen entworfen und angegangen werden. Daher sollen einige Aspekte entwickelt werden, die für eine Diskussion einer *globalisierungskritischen post-neoliberalen Agenda* m.E. wichtig sind. Das geschieht weder erschöpfend noch mit dem Anspruch, den Stand »der« Diskussion wiederzugeben.

Ein zentrales mittelfristiges Ziel besteht darin, unter Bedingungen der neoliberalen Globalisierung überhaupt wieder soziale Sicherheit für viele Menschen und soziale wie politische Gestaltungschancen, gerade gegenüber der Ökonomie, zurückzugewinnen. Insofern ist es m.E. richtig, dass sich die *globalen* sozialen Bewegungen lokal, regional und auf nationaler Ebene engagieren. Kritik, Protest und Alternativen müssen an die je eigenen Lebensverhältnisse rückgebunden werden. Das schließt natürlich nicht aus, Verhältnisse anderswo scharf zu kritisieren.

Diese Position ist keinesfalls unumstritten. Innerhalb von Attac gibt es Stimmen, die wieder zum »Kernanliegen«, nämlich der Regulierung internationaler Finanzmärkte und internationale Wirtschaftspolitik, zurück möchten. Der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) wurden Ende 2004 die Gelder vom Evangelischen Entwicklungsdienst gestrichen, u.a. mit dem Argument, die BUKO habe sich zu sehr in die innenpolitischen Auseinandersetzungen um Hartz IV eingemischt und das Feld der Entwicklungspolitik verlassen (www.buko.info). Gegen diese Position sollten die globalen sozialen Bewegungen die Durchsetzung der kapitalistischen Globalisierung in vielen Bereichen thematisieren, kompetent kritisieren und Alternativen entwickeln.

Soziale Sicherheit und Gestaltungsspielraum meint nicht die Instandsetzung eines neo-fordistischen Wohlfahrtsstaates, sondern ein Neudenken von sozialer Sicherung und Gestaltung, von materieller Reproduktion und gegenseitiger Anerkennung. In vielen Regionen der Welt bedeutet das auch, Rechtsstaatlichkeit herzustellen, offene Gewalt zu beenden und Formen ziviler Konfliktaustragung zu etablieren. Hierzulande umfasst das ein Zurückdrängen immer repressiverer Sozialpolitiken. Es liegen viele Vorschläge vor, wie etwa die sozialen Sicherungssysteme von den Erwerbseinkommen ent-

koppelt werden können.⁵ Auch im Hinblick auf dringend zu entwickelnde internationale Sozialpolitiken, die mehr als Ressourcentransfers umfassen, bestehen viele Vorschläge.⁶ Eng damit verbunden sind Fragen demokratischer Wirtschaftspolitik und die Reform der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere der Finanzmärkte, wozu einige Ansatzpunkte entwickelt worden sind.⁷ Eine Voraussetzung dafür ist die Infragestellung der derzeit enormen Kapital- und Unternehmensmacht und der *shareholder*-Dominanz, die sich auf Unternehmensebene und in staatlichen Politiken, in neoliberalen Geschlechterverhältnissen, in Alltagsorientierungen auswirken. Allerdings wird hier besonders deutlich, dass die vorgegebenen Referenzrahmen verschoben werden müssen, da sonst die Gefahr besteht, sich zu sehr auf die neoliberale rot-grüne Politik einer »Gestaltung des sozialstaatlichen Rests« (Rätz 2005) einzulassen. Teil gegen-hegemonialer Strategien ist es daher auch, die herrschenden politischen Diskussionen, Terrains und Sichtweise infrage zu stellen.

Bislang dominiert jedoch eine andere Perspektive: An der Frage, wie ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum wieder erreicht werden kann, müssen sich offenbar alle wirtschafts- und sozialpolitischen, aber auch umwelt-, einwanderungs- etc.-politischen Themen messen lassen. Fehlendes Wachstum dient als Begründung für den Sozialstaatsumbau und für die Senkung der direkten Löhne. In der dominanten Diskussion einer post-neoliberalen Agenda wird wirtschaftliches Wachstum nicht infrage gestellt, sondern im Gegenteil eine stärkere Rolle des Staates damit begründet, dass damit eher die institutionellen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum geschaffen werden. Aber auch in links-keynesianischen, globalisierungskritischen Ansätzen spielt Wachstum, gekoppelt an effektive Nachfrage und damit Lohneinkommen, eine wichtige Rolle. Die Orientierung an ökonomischem Wachstum ist tief in die Institutionen und Denkweisen kapitalistischer Gesellschaften eingelassen. Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, Verteilungsspielraum u.a. hängen stark von einem größer werdenden weltweiten oder zumindest volkswirtschaftlichen »Kuchen« ab.

⁵ Vgl. zum Beispiel Christen/Michel/Rätz 2003.

⁶ Vgl. etwa Scherrer et al. 1998, Kohlmorgen 2000, Fues 2000, Burchardt 2004.

⁷ Vgl. etwa Young 2004, Huffschmid 1999: 214ff., Bischoff 2003: 6. Kapitel, die Skizze einer alternativen Weltwirtschaftsordnung: vgl. www.attac.de/awwo und die Diskussion in Biesecker et al. 2004, Husson 2004, Walden Bellos Konzept der De-Globalisierung: Bello 2005, Giegold 2003.

Ein zentrales Terrain, auf dem post-neoliberale Agenden miteinander konkurrieren, ist daher die Ökonomie oder besser gesagt: die politische Ökonomie. Zu den jüngsten Veränderungen ist viel geschrieben worden, nicht nur in diesem Buch.⁸ Ich möchte hier lediglich vier Aspekte hervorheben, die m.E. stärker beachtet werden müssten: Zum einen die Notwendigkeit einer radikalen Wachstumskritik, zweitens die feministische, sozial-ökologische und kulturelle Dimension von Ökonomie, drittens – wenn politische Ökonomie nicht unabhängig von Kräfteverhältnissen gedacht wird – die Rolle der Gewerkschaften und schließlich jene des Staates. Diese Sichtweisen sind alles andere als Kosens in den aktuellen Bewegungen, vielmehr bestehen zwischen verschiedenen Positionen durchaus Spannungen. Eine politische Perspektive könnte sich in den kommenden Jahren etwa unter dem Schlagwort der »solidarischen Ökonomie«, also materielle Reproduktion jenseits von Profitlogik oder gar von Geldverkehr, öffnen, das die genannten Aspekte konzeptionell und praktisch umarbeiten könnte. Ergänzt werden müsste dies durch eine »Demokratisierung der (formellen) Wirtschaft« (vgl. etwa Beerhorst 2004).

Wachstumskritik

Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegungen müsste m.E. verstärkt eine wachstumskritische Diskussion geführt werden (so auch Stratmann-Mertens 2004, Thomas Coutrot von Attac-Frankreich bei einem Strategieworkshop im Februar 2005 in Hannover). Dies sollte nicht abstrakt geschehen (»weniger Wachstum ist besser«), sondern es sollten darüber die tief verankerten gesellschaftlichen Sinnzusammenhänge (etwa an Auto-Mobilität) und Interessenlagen (nicht nur der Kapitalbesitzer, sondern auch eines Großteils der Gewerkschaften und Lohnabhängigen) thematisiert werden. Dies gilt auch für die Orientierung an der Lohnarbeit und Vollbeschäftigung (»Arbeit, Arbeit, Arbeit« und der repressive Umgang mit den »Ausgeschlossenen« als Bittsteller und Überflüssige) als offenbar einzig glücklich machender und ein auskömmliches Leben sichernder Tatbestand. In einer breiter werdenden Diskussion könnte zudem aufgezeigt werden, wie unproduktiv

⁸ Vgl. etwa Huffschmid 1999, Hirsch 2002, Altvater/Mahnkopf 2002, Dörre/Röttger 2003, Scharrenberg/Schmidtke 2003, Bischoff 2003, Haug 2003, Rilling 2004, Candéias 2004, Zeller 2004, zu Konturen eines »neuen Imperialismus« Kößler 2003, Heinrich 2003, Görg 2004, zu Kriegen und Ressourcenfragen Haydt et al. 2003, Azzellini/Kanzleiter 2003, Massarrat 2003, Wolf 2003.

das bestehende Wirtschaftssystem ist – allem Effizienz- und Leistungsdenken zum Trotz –, wenn man als Kriterium nicht die Verwertung von Kapital und die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für einen kleinen Teil der Menschheit nimmt.

Notwendig wird es sein, aus einer Wachstumskritik heraus alternative Orientierungen und Praktiken zu entwickeln. Hier ist in der sozial-ökologischen Diskussion unter dem Begriff der »neuen Wohlstandsmodelle« schon einige Arbeit geleistet worden. Allerdings bleibt diese Diskussion oftmals getrennt von den aktuellen neoliberalen Entwicklungen sowie Macht- und Kräfteverhältnissen. Die Diskussion steht m.E. noch am Anfang. Unklar ist bislang die Dimension, wie sozio-ökonomische Produktivität und Innovationsfähigkeit organisiert werden können jenseits privatkapitalistischer Konkurrenz und zentralstaatlicher Planung (vgl. Brie/Klein 2004: 13ff.).

Dasselbe gilt für eine Dimension, die zwar in den globalen sozialen Bewegungen präsent ist, aber selten als Problem genauer umrissen wird: Die Frage weltweiter Gerechtigkeit. Die Kritik des globalen Kapitalismus speist sich nicht zuletzt aus den menschenverachtenden Folgen für Menschen und Natur in Teilen des Globalen Südens. Die Diskussionen um Alternativen verlaufen bislang noch stark in nationalstaatlichen Bahnen.

Letztendlich geht es darum, den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« bzw. den »Sachzwang Weltmarkt« in einen Prozess stärkerer Planung zu überführen, in der unterschiedliche Eigentumsformen zugelassen sind (vgl. auch Burchardt 2004: 14. Kapitel). Wie das konkret aussehen soll, das muss sich in den kommenden Jahren zeigen. Man darf es sich hierzulande jedoch nicht zu einfach machen und bei der Suche nach Alternativen die produktive Einbindung dieser Gesellschaft in den Weltmarkt außen vor lassen. Produktivität hierzulande beruht über den Weltmarkt und die Weltpolitik nicht zuletzt auf desaströsen und permanent krisenhaften Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt.

Zurück zum Hauptwiderspruch?

Die Frage der politischen Ökonomie stellt sich auch aus einer anderen Perspektive. In der gegenwärtigen Globalisierungskritik dominiert eine Perspektive, die Globalisierung als zuvorderst ökonomischen Prozess begreift. Ökonomie wird hier als ein gesellschaftlicher Bereich verstanden, in dem formell Waren und Dienstleistungen gegen Geld produziert und verkauft werden. Das transnationale Kapital und insbesondere die Finanzmärkte geben demzufolge den Rhythmus der gegenwärtigen Entwicklungen vor. Es wird eine

Art neuer »Hauptwiderspruch« privilegiert, nämlich die unregulierte ökonomische Globalisierung gegen Gesellschaften und Natur, weshalb es zu einer »Wiedereinbettung« der Ökonomie kommen müsse. So wichtig diese Entwicklungen sind, so sehr drohen dabei wichtige analytische und politische Fortschritte der letzten drei Jahrzehnte wieder an den Rand gedrängt zu werden. Zum einen haben insbesondere Feministinnen darauf hingewiesen, dass das Ökonomische nicht nur aus der formellen Ökonomie besteht, sondern die Reproduktionssphäre konstitutiv ist – und damit aktuell integraler Bestandteil der neoliberalen Veränderungen. »Die Herstellung der Geschlechterverhältnisse ist ein zentrales Moment des globalen und kriegerischen Neoliberalismus, das Schweigen darüber auch.« (Brensell in dies./Pühl 2003: 87; vgl. auch F. Haug 2001, Bergeron 2003, Wichterich 2003). Dies auszublenden hat Konsequenzen dafür, wie globalisierungskritische Strategien konzeptualisiert werden, nämlich zuvorderst als (staatliche) Re-Regulierung der formellen Ökonomie. Geschlechterverhältnisse innerhalb der formellen Ökonomie wie auch als Bestandteil anderer gesellschaftlicher Verhältnisse, d.h. als Produktionsverhältnisse (Frigga Haug), bleiben dem nachgelagert und werden als weniger wichtig erachtet. Fragen neoliberaler Hegemonie im Sinne Gramscis müssen jedoch die Geschlechterverhältnisse als integralen Bestandteil in den Blick nehmen (Brensell/Pühl 2003).

Ähnlich verhält es sich mit sozial-ökologischen Aspekten. In der Folge der ökologischen Krise seit den 1970er Jahren wurde zwar ein breites Bewusstsein dafür entwickelt, dass die kapitalistische Form der Produktion und Konsumtion die materiellen Lebensgrundlagen infrage stellt und massive Konflikte um den Zugang zu Ressourcen sowie um »Senken« hervorbringen wird. Im Prozess neoliberaler Globalisierung werden Umweltkonflikte eher verschärft, da immer mehr Räume aufgrund ihrer natürlichen Ressourcen »in Wert« gesetzt werden (Altwater/Mahnkopf 2002). Von einem Großteil der »nördlichen« Globalisierungskritik wird dies jedoch wenig beachtet (Görg 2003) und bleibt von Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen getrennt (Sachs 2002, Katz et al. 2004).⁹ Es ist ein großes Verdienst von Attac-Deutschland, zusammen mit BUND, Greenpeace und dem Wuppertal-Institut den Kongress »McPlanet.com« im Juni 2003 organisiert zu haben, um diese falsche Trennung anzugehen (dokumentiert in Bello et al. 2003). Dennoch domi-

⁹ In vielen Ländern des Globalen Südens wird das Umwelt-Thema ganz anders behandelt, da es eng mit Ressourcenfragen verknüpft ist und daher sehr offensichtlich Bestandteil von Weltmarkt und neoliberaler Politik.

niert weiterhin ein zumindest impliziter Produktivismus, insbesondere im gewerkschaftlichen Spektrum, der auf eine neue Runde dynamischen Wirtschaftswachstums setzt und sich um die sozial-ökologischen Voraussetzungen und Folgen wenig Gedanken zu machen scheint.

Auch das Feld des Kulturellen wird in dieser Wahrnehmung eines Zentralkonflikts – gesellschaftliche Einbettung bzw. politische Regulierung von Kapitalmacht und der formellen Ökonomie – unterschätzt. Wenn es aber auch darum geht, die alltägliche »Plausibilität« und Alternativlosigkeit infrage zu stellen und hierüber gegen-hegemoniale Strategien zu entwickeln, dann sind kulturelle Praxen wichtig.¹⁰ Im Feld des Kulturellen in einem weiteren Sinne entstehen Handlungs- und Politikfähigkeit sowie die Fermente rebellischen Bewusstseins (siehe unten). Damit ist es Teil einer kritischen politischen Ökonomie. Das betrifft auch die eigene »politische Kultur« innerhalb der verschiedenen Bewegungen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungshintergründen sowie Politik- und Organisationserfahrungen. Die rechten und reaktionären bis offen gewalttätigen Antworten auf die aktuellen Verwerfungen schaffen sich sehr bewusst das »zivilgesellschaftliche Vorfeld«, um in den politischen Raum im engeren Sinne zu wirken.

Ein Feld dieser kulturellen Auseinandersetzungen ist jene um Begriffe, die selbst Teil gegen-hegemonialer Strategien sind. Notwendig sind daher Begriffskritik (vgl. von Braunmühl 2004) und die Entwicklung eigener Vorstellungen, die sich in Begriffen verdichten. An Begriffen können »disparate Dinge sich organisieren« (Theodor W. Adorno), erst mit ihnen klärt sich die verwirrende Vielfalt der Welt. In Begriffe gehen bestehende Erfahrungen und Sichtweisen ein, sie generieren aber auch neue. Zu bestimmten Zeitpunkten »treffen« Begriffe etwas, sie bilden »Terrains«, auf denen um Bedeutungen gerungen wird. Es geht bei ihnen darum, warum und wie bestimmte Sichtweisen als plausibel oder »wahr« gelten können. Hinter den Begriffen stehen spezifische Kritiken, Forderungen und Kampagnen – und damit mögliche und reale gesellschaftliche Veränderungen. Begriffe können etwas auf den Punkt bringen, die Debatte darum, was mit ihnen gemeint ist, treibt notwendige politische Klärungsprozesse voran. Nicht zuletzt deshalb können sie unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

¹⁰ Vgl. etwa www.gocreateresistance.de oder Badura 2005, der von notwendiger »dekonstruktiver Kritik« spricht, um die »ökonomiezentrierte konstruktive Kritik« zu hinterfragen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die jeweils dominierende politische Ökonomie besteht aus konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Es sind heute die transnational agierenden Banken, institutionellen Anleger und produzierenden Unternehmen, die Vermögensbesitzer und sie stützenden politischen Kräfte, die den Ton angeben. Andere Kräfte wurden in den letzten 30 Jahren massiv geschwächt – allen voran die Gewerkschaften. Zentral für die herrschenden Vorstellungen bleiben schwache Gewerkschaften, damit die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Absenkung der Lohnneben- und Lohnkosten vorangetrieben oder zumindest nicht umgekehrt werden kann. Das bedeutet nicht, dass die Gewerkschaften überhaupt keine Rolle mehr spielen. Im Gegenteil: Die rot-grüne Regierung hat die sich in der Defensive befindenden Interessenvertretungen der Lohnabhängigen durchaus eingeladen, mitzumachen. Allerdings geschah und geschieht dies um den Preis, die Grundpfeiler des neoliberalen Umbaus nicht infrage zu stellen (vgl. Riexinger/Sauerborn 2004, Deppe 2003, Sablowski 2004). Viele Gewerkschaften haben mitgemacht und den aktuellen Strukturbruch nicht realisiert. Zudem sind sie aufgrund eines dramatischen Mitgliederverlustes nicht nur konzeptionell, sondern auch organisatorisch in der Krise. Die historische Erfahrung des Nachkriegskapitalismus, nämlich Teil einer korporatistischen Konstellation zu sein, sitzt bis heute tief in den Köpfen der Funktionäre und Organisationen. Dazu kommt, dass es auf betrieblicher Ebene mitunter zu Bündnissen von Unternehmensleitungen und Betriebsräten gegen die Gewerkschaften kommt, um die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Deshalb sind die Gewerkschaften bis heute unentschieden, wie sie mit den veränderten Kräftekonstellationen umgehen sollen: Mitmachen, die Belegschaften der konkurrenzfähigen Betriebe vertreten und damit die rot-grüne Regierung nicht gefährden oder neue Formen von Autonomie und Gegenmacht entwickeln. Dieses Dilemma drückt sich etwa in der teilweise progressiven Rhetorik aus (ver.di, IG Metall), die sich in den konkreten Politiken nicht unbedingt wiederfindet und zudem die Mobilisierungsschwäche nicht überwindet. Ausdruck dessen ist auch der geringe Stellenwert, den prekär beschäftigte Lohnabhängige haben.

Eine Umorientierung hin zu einer »Reaktivierung und Erweiterung des politischen Mandats« beinhaltet einen Bruch mit der historisch engen Verbindung zur Sozialdemokratie und eine stärker internationale Ausrichtung, um »transnationale Handlungsfähigkeit« zu gewinnen (Riexinger/Sauerborn 2004: 31-36). Diese Entwicklungen würden Gewerkschaften zu einem mög-

lichen Teil der globalisierungskritischen Bewegungen machen (Dörre 2002); andere Akteure wie Attac können dabei die kritischen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften stärken (Wahl 2005).

Allerdings stellt sich hier das Problem, dass die Gewerkschaften immer noch vergleichsweise stark sind und daher andere Akteure tendenziell deutlich dominieren (das gilt auch für Bündnisse mit Parteien). Daher geht es bei Bündnisfragen immer auch um jene der Autonomie der einzelnen Spektren und Akteure.

Den post-neoliberalen Staats- und Politikbegriff hinterfragen

An verschiedenen Stellen dieses Buches wurde auf den Staat eingegangen (vgl. etwa das Kapitel »Seattle 1999« und das Kapitel zur Staatstheorie ab Seite 45ff.). Seine Rolle wird durch die aktuellen Diskussionen um eine post-neoliberale Agenda gestärkt werden. Denn hier geht es zuvorderst um eine Stärkung des Staates gegen die negativen Folgen des Marktes. An dieser Stelle soll, gerade nach den Diskussionen auf dem Weltsozialforum 2005, lediglich daran erinnert werden, dass eine theoretisch angeleitete Analyse der aktuellen Veränderungen von Staat und Politik unumgänglich bleibt.

Zusammengefasst: Insbesondere auf dem Feld der (globalen) politischen Ökonomie in diesem weiten Sinne könnte das notwendige *agenda-setting* (so Christa Wichterich [2005] im Hinblick auf die Situation in Deutschland sowie Karin Küblböck und Cornelia Staritz für Österreich bei besagtem Strategieworkshop im Februar 2005) betrieben werden, damit die Bewegungen sich nicht nur an den herrschenden Agenden abarbeiten (was natürlich wichtig bleibt).

Post-Neoliberalismus 4: Es gibt viele Vorschläge – ein Masterplan ist nicht notwendig

Die bislang genannten Aspekte müssten m.E. in den Diskussionen um eine globalisierungskritische post-neoliberale Agenda berücksichtigt werden. Doch die Diskussion beginnt nicht bei Null. Die aktuellen emanzipatorischen Bewegungen führen ein große Zahl an Kampagnen durch, unterbreiten Vorschläge, entwickeln praktische Alternativen. Es ist unmöglich, hier auf all diese Vorschläge einzugehen. Und es wäre überheblich, sie auch noch einschätzen zu wollen. Zu viele Erfahrungen und Wissen stecken hinter jeder Forderung, Kampagne oder Projekten alternativer Ökonomie (vgl. die

facettenreichen Reflexionen und die Verdichtung der Erfahrungen im Weltsozialforum in Anand et al. 2004).

Wichtig ist heute, emanzipative Veränderungen und Erfahrungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und zu reflektieren, um daraus zu lernen. Es kann nicht den neo-liberalen oder herrschenden post-neoliberalen Ansätzen eine Art Masterplan gegenübergestellt werden. Entwicklungen hin zu einer freien und friedlichen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft können nicht von den jeweils konkreten Lebensumständen und den dort bestehenden Ambivalenzen abstrahieren. Sonst schlägt emanzipatives Denken wieder in eine vermeintliche »Wahrheit« um, die vorgibt, auf alles eine Antwort zu haben.

In dieser »lernenden Perspektive« liegt aber auch ein Paradox: Genau das macht die Entwicklung von Alternativen langwieriger und schwieriger, und zwar in einer Situation, in der viele Probleme drängen, Lösungen dringend sind. Meines Erachtens muss dieses Paradox ausgehalten werden. Für viele Probleme gibt es in der Tat ja praktikable Vorschläge und ihre Umsetzung scheitert an der gegenwärtigen Machtkonstellation. Für andere Probleme müssen erst Alternativen entwickelt werden, wie etwa im Spannungsfeld von Umwelt und Wirtschaftswachstum oder hinsichtlich weltweiter Gerechtigkeit. Daher spielen Ideen und alternative Wissensproduktion eine große Rolle (vgl. auch Becker et al. 2003).

Hier sollen beispielhaft und knapp einige anregende Vorschläge skizziert werden, denen allen gemeinsam ist, konkrete Vorschläge zu formulieren, *um* damit weitreichende Veränderungen heute und zukünftig anzustoßen, d.h. konkrete Reformperspektiven werden verbunden mit Perspektiven radikaler Transformation.¹¹

»Einstiegsprojekte«

Innerhalb der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird um Dieter Klein und Michael Brie herum ein Ansatz diskutiert, der »transformatorische Reformen« ermöglichen soll (Klein 2004, Brie/Klein 2004). Voraussetzung dafür ist, selbst den aktuell neoliberalen Kapitalismus nicht als geschlossenes System zu begreifen, sondern mit Rosa Luxemburg als ein System, das immer auch auf nicht-kapitalistischen Verhältnissen aufruht. Daher könne der herrschenden Kapitallogik, der gegenwärtigen Aneignung von oben, eine Art Soziallogik

¹¹ Vgl. dazu allgemein Wissen/Habermann/Brand 2003; zur Perspektive eines »radikalen Reformismus« vgl. etwa Esser/Görg/Hirsch 1994, Brand 2001.

entgegengestellt werden. Zudem sei Neoliberalismus nicht lediglich Markt-dominanz, sondern gehe einher mit Enteignung, Entmachtung, Entfremdung und Entzivilisierung. Letztere gelte es, auch unter den gegenwärtig ungünstigen Bedingungen, gegen die Dominanz der Kapitalverwertung zu stärken. Transformatorische Politik impliziert dabei drei sich wechselseitig bedingende Prozesse, um Macht- und Eigentumsverhältnisse infrage zu stellen (wobei ein weiter Eigentumsbegriff verwendet wird, nicht lediglich die Verfügung über Produktionsmittel): Die Veränderung der Hegemonie, der Kräfteverhältnisse sowie – und das macht den Ansatz interessant – so genannte Einstiegsprojekte in einen anderen Entwicklungspfad. Diese Einstiegsprojekte, so der Anspruch, müssten *erstens* wesentliche ungelöste Probleme in der Gesellschaft aufnehmen; *zweitens* realistisch, d.h. in absehbarer Zeit durchsetzbar sein und zu Verbesserungen für Lohnabhängige und andere Benachteiligte führen; sie könnten *drittens* mobilisierend wirken aufgrund von Erfahrungen, dass es viele und realistische Alternativen gibt; und sie könnten *viertens* Perspektiven weiterreichender Entwicklungen öffnen, nämlich der Zurückdrängung der Kapitaldominanz, der Demokratisierung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse und der Zivilisierung auszutragender Konflikte. »Solche Einstiegsprojekte werden nicht an Schreibtischen und schon gar nicht in Zentralen von Parteien oder Gewerkschaften erfunden. Sie entstehen dort, wo Menschen Widerstand leisten und ihr Leben gemeinsam mit anderen in die eigenen Hände nehmen. Aber ihre Initiativen und Bewegungen bedürfen der Beobachtung und Unterstützung auch auf theoretischer und strategischer Ebene und bei der Vernetzung zu einem größeren Strom des sozialen Wandels.« (Klein 2004: 4) Als entscheidende Perspektive wird hierfür die (Wieder-)Aneignung der Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens für jede und jeden formuliert. Als Beispiele für solche Einstiegsprojekte werden eine solidarische Ökonomie von unten oder die bedarfsorientierte Grund-sicherung und solidarische Bürgerversicherung für die Gesundheit genannt.

»Sozialpolitik als Infrastrukturpolitik«

Die Arbeitsgruppe links-netz.de in Frankfurt/M. wählt einen anderen Weg. Es geht um einen sehr weitreichenden Vorschlag in einem bestimmten Politikfeld, nämlich der Sozialpolitik. Diese soll vor allem als »Bereitstellen von gesellschaftlicher Infrastruktur« verstanden werden. Im Gegensatz zu den eben skizzierten »Einstiegsprojekten« geht es zuvorderst darum, Gesellschaft in einem zentralen Bereich völlig anders zu denken. »Emanzipative Gesellschafts-veränderung, und sei sie auch nur schrittweise, ist ohne das Denken in

radikalen Alternativen nicht möglich.« (AG links-netz 2003: 1) Den Hintergrund bildet die Diagnose, dass sich einerseits die traditionellen Formen staatlicher Sozialpolitik erschöpft haben, insbesondere deren Bindung an die Lohnarbeit, und neo-keynesianische Ansätze weder möglich noch erwünscht sind. Andererseits sind in den reichen Gesellschaften die Möglichkeiten vorhanden, allen Mitgliedern ein auskömmliches Leben ohne Arbeitszwang zu sichern. Daher wird vorgeschlagen, jenseits der Diskussionen um Mindest- und Grundeinkommen das »Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von kollektiver Produktion und kollektivem Konsum« neu zu justieren, indem vor allem das Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen erweitert wird (Hirsch 2003). Die Grundidee lautet: »Statt einer selektiven und gruppenspezifischen Sozialpolitik wäre die Entwicklung einer gesellschaftlichen Infrastruktur voranzutreiben, die ein vernünftiges gesellschaftliches Leben für alle möglich macht. Dies bedeutet die Mobilisierung und Bereitstellung institutioneller und materieller Ressourcen, die für die anerkannten sozialen Aktivitäten nötig sind und die von den einzelnen nicht selbst hergestellt werden können oder sollen.« (AG links-netz 2003: 4) Das ist zum einen die eigene Reproduktion und zum anderen die Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Entwicklung. Soziale Infrastruktur wird auf verschiedenen Ebenen gedacht, gesamtgesellschaftlich, regional, lokal, für Haushalte und andere Zusammenschlüsse und nur zu einem geringen Teil auf das Individuum bezogen. Finanziert wird sie vor allem aus Steuern (nicht aus der Versicherung der einzelnen), die auch nur dafür Verwendung finden, und gilt für jede und jeden. Angewendet wird der Vorschlag auf das Gesundheits- und Bildungssystem. Es handelt sich um keine »Blaupause für eine andere Gesellschaft«, sondern um einen Vorschlag, über gesellschaftliche Entwicklungen und Institutionen ganz anders nachzudenken. Er soll diskutiert, ergänzt, erweitert sowie im Lichte aktueller Erfahrungen angegangen werden (ebd.: 1).

Auch in anderen politischen Zusammenhängen wird zunehmend die Perspektive kritisiert, die »Ausgeschlossenen« über Lohnarbeit wieder in die Gesellschaft »einzuschließen« (vgl. zum Thema Prekarität Pelizzari 2004, Fantômas 2004/05, Zattler 2005). Hier laufen Diskussionen über Prekarisierung, Existenzgeld und Grundeinkommen etwa in Erwerbslosen-Initiativen, im neugegründeten »Netzwerk Grundeinkommen« oder in der Attac-Kampagne »Genug für alle«, die auch davon ausgeht, dass in den reichen Ländern genug Mittel vorhanden sind, um die sozialen Sicherungssysteme zu erhalten und auszubauen (www.attac.de/genug-fuer-alle).

Die Diskussion um »globale soziale Rechte« und »Aneignung«

Eine gemeinsame Klammer vieler Bewegungen könnten die perspektivierenden Begriffe »globale soziale Rechte« und »Aneignung« sein. Globale soziale Rechte sind zunächst ein normativer Anspruch, nämlich allen Menschen zu ermöglichen, dass sie satt werden und wohnen, gesund und mobil sind, Zugang zu Bildung und anderen Bereichen haben, um ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse zu befriedigen. Das Recht auf Rechte nimmt zudem in den Blick, dass es immer auch um die institutionalisierte Absicherung emanzipativer Ansprüche und Entwicklungen geht. Wer aber von Rechten spricht, muss auch die Rolle des Staates thematisieren, der ja in komplexen Gesellschaften Rechte zuvorderst sichert. In welchem Verhältnis stehen etwa relativ autonom entwickelte Lebensverhältnisse (z.B. in einem anderen Land leben zu wollen oder zu müssen und dort auch de facto hinzugelangen oder Land gegen bestehendes Recht zu besetzen, um leben zu können) zur nachträglichen rechtlichen Absicherung? Welchen Stellenwert haben Forderungen an den Staat? Hier stehen noch wichtige theoretische und politische Debatten sowie die Verarbeitung von praktischen Erfahrungen an.

In den letzten Jahren wurde hierzulande versucht, mit dem Begriff der Aneignung neue analytische und politische Perspektiven zu öffnen. Eine wichtige Rolle spielt die These des US-amerikanischen Geographen David Harvey, der aufgrund der Verwertungsprobleme des Kapitals von einer »Akkumulation durch Enteignung« spricht (2004, 2005). Nicht mehr das »kapitalistische Normalgeschäft« der intensiven Akkumulation stehe im Mittelpunkt, sondern Formen der extensiven Akkumulation, was die Erschließung neuer Räume in der Natur oder den menschlichen Körper oder die Verlängerung der Arbeitszeit bedeute. Der Schweizer Ökonom Christian Zeller hat mit seinem Buch »Die globale Enteignungsökonomie« (2004) verschiedene Perspektive zusammengebracht. Auch das Netzwerk »Privatisierung – Öffentliche Güter – Regulation« führt Debatten um den Begriff der Aneignung herum (www.wem-gehört-die-welt.de).

Dieser »Aneignung von oben« haben verschiedene Gruppen eine Perspektive der »Aneignung von unten« entgegengestellt. Thomas Fritz (2004) hält den Begriff der Aneignung für die geeignete Ergänzung zu den aktuellen Praktiken der Delegitimierung. Aus dem Unwohlsein heraus, dass ein großer Teil der globalisierungskritischen Bewegungen sich auf veränderte staatliche Politiken konzentriert, soll der Blick dafür geöffnet werden, dass sich Menschen in Krisensituationen das zum Leben nehmen, was sie dafür als notwendig erachten. So entstanden in einigen bundesdeutschen Städten so ge-

nannte Umsonst-Kampagnen, um die ohnehin massenhaft stattfindenden Aneignungen (Schwarzfahren, Klauen etc.) zu politisieren und in einen größeren Kontext zu stellen (Hamburg umsonst 2004). »Der Begriff der Aneignung könnte ... ein Korrektiv bilden, das dazu beiträgt, eine etatistische Engführung der Debatte über soziale Rechte zu verhindern ...« (ASWW/arranca 2004: 6; vgl. auch Klein 2004). Ingo Stützle und Silke van Dyk schlagen vor, in der Diskussion von drei Annahmen auszugehen, um über den Aneignungsbegriff einen Perspektivwechsel zu erreichen: Es gehe darum, »die Suche nach einer widerständigen Praxis (zu) strukturieren und zugleich zahlreiche Fragen und Probleme auf(zu)werfen: 1) Aneignungspolitik setzt beim Subjekt an, ohne dessen strukturelle Eingebundenheit zu verkennen; 2) Aneignungspolitik stellt herrschende Spielregeln und Eigentumsordnungen in Frage; 3) Aneignungspolitik konzentriert sich auf selbstbestimmte Bedürfnisbefriedigung.« (Stützle/van Dyk 2004: 3) Damit könnte eine interessante Öffnung in der Diskussion um globalisierungskritische Strategien erfolgen. Es geht vor allem darum, die vielfältigen und alltäglichen Formen der Verweigerung und Aneignung in gesellschaftlich relevante Prozesse zu überführen. Dirk Hauer (2004) nennt das eine »kollektiv-kommunistische Form Aneignung«, die sich gegen die kapitalistisch stellt und über subversiv-rebellische, d.h. zuvorderst individuelle Formen hinausgeht.

Auch die Diskussion um »Aneignung von unten« steht noch am Anfang, hat sich aber in den letzten beiden Jahren recht dynamisch entwickelt und zur Klärung beigetragen. Auf dem Jahreskongress der BUKO im Mai 2004 in Kassel wurde versucht, den Aneignungsbegriff zu füllen. Interessante Perspektiven könnten sich öffnen, wenn der Aneignungsbegriff mit der Zeitdiagnose der Prekarisierung und der Forderung nach Globalen Sozialen Rechten verknüpft wird (so der Vorschlag von AStA Uni Hamburg 2004).¹² Zudem lohnt hier sicherlich ein Blick in andere Länder und die dort gemachten Erfahrungen.

¹² »Prekarisierung beschreibt die für alle wahrnehmbare Entrechtung, Vereinzelung, Demoralisierung und allgemeine Verunsicherung unserer Leben und Kämpfe. ... Das Erkennen von Prekarisierung macht Grenzen deutlich und artikulierbar.« (Engelmann et al. 2004: 7) Der Begriff soll nicht nur ökonomische, sondern auch kulturelle (etwa Verunsicherung) und politische (wie die dominierenden individuellen Umgangsweisen mit Krisenerfahrungen) Dimensionen betonen und gegen eine Hierarchisierung von Kämpfen arbeiten (ebd.: 8f.).

Post-Neoliberalismus 5 und zum Schluss: Grundlage ist eine rebellische Subjektivität

Notwendig ist daher auch etwas, was ich vorläufig und sicherlich ungenau als »rebellisch-globalisierungskritische Orientierungen« bezeichnen würde. Das subversive Element in den Bewegungen und die vielen lokalen Praktiken müssen stärker beachtet werden. Denn gesellschaftliche Tristesse, politische Resignation und vermeintliche Alternativlosigkeit zeichnen die neoliberale Hegemonie aus, die sich bei vielen als Ignoranz und Gleichgültigkeit, Selbstgefälligkeit oder gar Zynismus äußert. Gerade in einem kulturell konservativ und autoritär geprägten Land wie Deutschland scheint mir eine Voraussetzung zu sein, dass es in vielen gesellschaftlichen Bereichen wieder attraktiv wird, gegen die herrschenden Verhältnisse anzudenken und aufzusteigen. Die gegenwärtigen Veränderungen erzeugen Unsicherheit und Angst, nehmen vielen Menschen ihre Selbstachtung und bestätigen damit die autoritären Orientierungen in einem großen Teil der Bevölkerung. Das äußert sich als Fremdenfeindlichkeit bis hin zu Pogromen, als Ellbogenmentalität, als »rette sich wer kann«-Einstellung und als permanent Kosten und Nutzen abwägende Alltagshaltung. Der Abbau institutionalisierter Solidarität und die Durchsetzung des Marktes setzt genau dort an: JedeR soll für sich selbst sorgen, sich seine soziale Sicherheit kaufen (können oder müssen). Der *shareholder*-Kapitalismus gewinnt nicht zuletzt hier seine Kraft. Alle sollen VermögensbesitzerInnen werden und Interesse an hohen Profiten haben, um sich Gesundheit und Rente leisten zu können – selbst wenn dabei der eigene Arbeitsplatz wegrationalisiert wird.¹³

Wie wird dieses Mitmachen, das ja unter realen Zwängen stattfindet, aber eben auch Spielraum lässt, moralisch und handelnd aufgebrochen? »Es reicht!« – diese Stimmung ist in vielen Fällen ein Punkt, an dem Menschen anfangen, in ihren Institutionen und Alltagspraxen nachzudenken und anders zu handeln, oder sich neue Zusammenhänge schaffen. Bei diesen Fragen können am wenigsten klare Strategien entwickelt werden. Gleichwohl ist es wichtig, diesen Aspekt zu vertiefen und, wie gesagt, das Feld des Kulturellen und des Alltags stärker zu bearbeiten. Das macht eine Analyse und Veränderung großer Politik nicht unwichtig, ist aber m.E. eine entscheidende Erweiterung.

¹³ Michael Brie und Dieter Klein (2003) weisen zu recht darauf hin, dass wir den »Alltagsverstand« und die Mechanismen der Bewusstseinsbildung besser verstehen müssen, an die die herrschenden Vorschläge andocken.

Eine bescheidene Konsequenz wäre, sich in den eigenen politisch-sozialen Praxen dieser kulturellen Dimensionen bewusst zu werden, sich daher nicht immer auf die bestehenden Regeln einzulassen, sich über Macht und Anmaßung der Herrschenden – auch im eigenen Umfeld in der Schule, Uni, im Betrieb – mitunter lustig zu machen. Darüber hinaus ist es wichtig, ein historisches Bewusstsein von emanzipativen Kämpfen, ihrer Verläufe und Innovationen, Denk- und Aktionsformen, Grenzen und Fehler zu gewinnen (vgl. für die internationalistische Bewegung Hierlmeier 2002).

Mit solch einer Perspektive können die Bewegungen verstetigt und verbreitert werden. Denn wer wollte bestreiten, dass der politisch-alltägliche Umgang mit undogmatisch denkenden und handelnden, sich auf Widersprüche einlassenden, eine andere Welt wollenden und schaffenden Menschen eine Bereicherung ist – in und außerhalb von Institutionen. Darüber können sich Verbindlichkeit, Lernprozesse und kollektive Identitäten ausbilden, die nicht zu Gruppenzwang und politischem Soldatentum werden. Das ist nicht naiv-romantisch gemeint, sondern unser aller Erfahrung. Mit der Betonung rebellischer Aspekte können auch die immer wieder auftauchenden Tendenzen eines links-technokratischen Politikverständnisses innerhalb der Bewegungen hinterfragt werden. Denn, um auf einen Ausgangspunkt des Buches zurück zu kommen, das derzeit wahrgenommene Strategie- und Motivationsstief in einigen Teilen der Bewegungen hängt auch damit zusammen, dass derzeit Expertise und politische Ausgefuchstheit – so wichtig sie sind – gegenüber dem Ausprobieren, der Emphase und dem Erfahrungswissen dominieren. Rebellische Subjektivität, das Nicht-mehr-Mitmachen, die Suche nach Neuem, der Wunsch, selbstbestimmt zu leben, ist eben nicht planbar, sondern Teil umfassender und durchaus suchender Prozesse, die gegebenenfalls größere gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen. Vielleicht können derart »Identifikationsdynamiken« entstehen (Engelmann et al. 2004: 10). Zentral sind hierfür alltägliche Nahverhältnisse, in denen sich rebellisches Denken und Handeln entwickeln und rückversichern kann, Vereinzelung, Unsicherheit und Angst aufgebrochen werden. Dabei spielen Erfahrungen und deren Reflexion, Expertise und durchdachte Strategien, politische und soziale Bündnisse, konkrete Alternativen und politische Erfolge sicherlich eine Rolle. Aber solch eine massenhafte rebellische Subjektivität kann nicht einfach »hergestellt« werden.

Es war nicht die Absicht des Schlusskapitels, einen umfassenden Überblick über notwendige Strategien zu geben. Noch weniger sollten »nächste Schritte« angedacht werden. Zudem bleiben am Ende eines solchen Buches

viele Fragen, laufend kommen neue hinzu, türmen sich gedanklich auf. Die Versuchung ist groß, sie en passant zu »beantworten«, ohne dass ausreichend über ihre Tragweite nachgedacht und mit anderen diskutiert wurde. In diesem letzten Kapitel sollten einige Dimensionen benannt werden, die mir aufgrund der gemachten Erfahrungen in der nächsten Zeit wichtig, d.h. diskussions- und entwicklungsfähig scheinen. Daraus – und aus vielen hier ungenannten Aspekten wie etwa die Rolle von Kirchen und Sozialverbänden, die Rolle der Öffentlichkeit, die zunehmende Militarisierung der Welt – könnte ein praktisches und theoretisches Potenzial entstehen, das nicht nur auf dem Feld des Post-Neoliberalismus relevant wird, sondern grundlegend kapitalismuskritische Perspektiven zu entwickeln in der Lage ist. Und darum geht es letztendlich: Emanzipative und gegen-hegemoniale Handlungsfähigkeit in unübersichtlichen Zeiten gewinnen, welche die kurzfristige Verbesserung von Lebensverhältnissen für viele Menschen mit langfristigen tiefgreifenden Veränderungen verbindet – denn eine freie, gerechte, friedliche und nachhaltige (Welt-)Gesellschaft, die demokratisch gestaltet wird, ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich.

Literatur

- AG links-netz (2003): Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur. Textfassung von Hirsch, Joachim/Steinert, Heinz, in: www.links-netz.de, September.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit, Münster.
- Altvater, Elmar (2005): Strategische Dilemmata von attac. Manuskript zum Strategieworkshop des wissenschaftlichen Beirates von Attac am 24./25. Februar in Hannover.
- Anand, Anita/Escobar, Arturo/Sen, Jai/Waterman, Peter (Hrsg., 2004): Eine andere Welt. Das Sozialforum, Berlin.
- Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der BUKO/Arranca-Redaktion (2004): Aneignung. Anmerkungen zu einem ambivalenten Konzept, in: *arranca!* 29, 3-5.
- AStA Uni Hamburg (Hrsg., 2004): Bausteine für eine interventionistische Linke. Prekarisierung, Aneignung, Globale Soziale Rechte, Hamburg.
- Azzellini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hrsg., 2003): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, Berlin u.a.
- Badura, Jens (2005): Eine andere Kritik ist möglich! Abstract für die e4globe-Konferenz 2005; http://www.e4globe.org/e4globe/downloads/de/badura_0411.pdf.
- Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Alternative Wissensproduktion und gesellschaftsverändernde Praxis, in Faschingeder, Gerald et al. (Hrsg.),

137-155.

- Bello, Walden/Bullard, Nicola/Sachs, Wolfgang/Shiva, Vandana u.a. (2003): Die Umwelt in der Globalisierungsfalle, Hamburg.
- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.
- Bergeron, Suzanne (2003): Polit-Ökonomische Diskurse über Globalisierung und feministische Politik, in: Albert Scharenberg/Oliver Schmidtke (Hrsg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster, 55-77.
- Beerhorst, Joachim (2004): Demokratisierung der Wirtschaft – theoretische Desiderate und politische Erinnerung, in: ders. et al. (Hrsg.), 354-583.
- Beerhorst, Joachim/Demirovic, Alex/Guggemos, Michael (Hrsg., 2004): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M.
- Biesecker, Adelheid/Büscher, Martin/Sauer, Thomas/Stratmann-Mertens, Eckhard (Hrsg., 2004): Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún, Hamburg.
- Bischoff, Joachim (2003): Entfesselter Kapitalismus. Transformation des europäischen Sozialmodells, Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Lieber, Christoph/Müller, Bernhard/Siebecke, Gerd (2003): Zur Strategie der Sozialbewegungen, in: Sozialismus 267, Juni.
- Braig, Marianne (Hrsg., 2000): Staat und Markt im Entwicklungsprozess, Hamburg.
- Brand, Ulrich (2001): Radikaler Reformismus im globalisierten Kapitalismus. Neubestimmungen nach »Seattle« und »Genua«, in: ila 248.
- Brensell, Ariane/Pühl, Katharina (2003): Hegemoniale Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus oder Geschlechterverhältnisse als neoliberale Hegemonie?, in: BUKO (Hrsg.), 84-100.
- Brie, Michael/Klein, Dieter (2003): »Alle Entwicklungspfade sind offen!«, in: Sozialismus 267, Juni.
- Brie, Michael/Klein Dieter (2004): Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen. Manuskript für das Seminar »Reform oder Revolution« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Laboratório de Políticas Públicas im Juni 2004 in Rio de Janeiro (Spanisch in Rosa-Luxemburg-Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas, 205-239).
- Bruns, Theo (2003): radikal global. Eine Einleitung, in: BUKO (Hrsg.), 7-18.
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus (Hrsg., 2003): Radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Herausgegeben von Theo Bruns, Moe Hierlmeier, Alexander Schudy und Markus Wissen, Berlin.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2004): Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg/Berlin.

- Christen, Christian/Michel, Tobias/Werner Rätz, Werner (2003): Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den »Reformen« profitiert, Hamburg.
- Crome, Erhard (2004): O mundo que queremos mudar, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas (Hrsg.), 95-109.
- Deppe, Frank (2003): Gewerkschaften unter Druck. Autonomie und außerparlamentarische Bewegung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2003.
- Dörre, Klaus (2002): Globalisierung und Globalisierungskritiker, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8.
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (Hrsg., 2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg.
- Engelmann, Lukas/Fricke, Lutz/Bitzer, Max/Buntzel, Paul (2004): Wir wollen alles! Aneignung im Kontext von Prekarisierung und Globalen Sozialen Rechten, in: AStA Uni Hamburg (Hrsg.), 7-10.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg., 1994): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Schlusskapitel »Von den Krisen der Regulation zum radikalen Reformismus«, Hamburg.
- Fantômas. Magazin für linke Debatte und Praxis (2004/05): Schwerpunkt Nr. 6 »Prekäre Zeiten«, Hamburg.
- Faschingeder, Gerald/Strickner, Alexandra (2003): (Volks-)Bildung in einer mediatisierten Welt. Wissenskritik, Gegenöffentlichkeit und alternative Vermittlungsformen, in: ders. et al. (Hrsg.), 156-171.
- Faschingeder, Gerald/Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Strickner, Alexandra (Hrsg., 2003): Bewegung macht Geschichte, Wien.
- Fues, Thomas (2000): Auf dem Weg zur Weltsozialordnung? Beiträge zur Debatte über globale Armutsstrategien, INEF Report 44, Duisburg.
- Fritz, Thomas (2004): »Der Kaiser ist nackt!« Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung, in: Biesecker, Adelheid et al. (Hrsg.), 147-159.
- Giegold, Sven (2003): Steueroasen: trockenlegen, Hamburg.
- Görg, Christoph (2003): Zurück zum Nebenwiderspruch? Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik, in: BUKO (Hrsg.), 70-83.
- Görg, Christoph (2004): Ein neuer Imperialismus?, in: www.links-netz.de und Alnasser, Sabah (Hrsg.): Jenseits der Kreuzzüge, Münster, 172-183.
- Hamburg umsonst (2004): Auf der Suche nach einer Aneignungspraxis, in: AStA Uni Hamburg (Hrsg.), 15-18.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des »neuen« Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung, in: Zeller, Christian (Hrsg.), 183-215.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Hauer, Dirk (2004): Wir wollen Alles – Supermärkte und Bäckereien. Einige Anmerkungen zum Thema Aneignung, in: AStA Uni Hamburg (Hrsg.), 19-22.
- Haug, Frigga (2001): Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse, in: Das Argument 243, 761-787.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): High-Tech Kapitalismus. Hamburg/Berlin: Argu-

ment.

- Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (2003): Globalisierung und Krieg, Hamburg.
- Hebel, Stephan/Kessler, Wolfgang (Hrsg., 2004): Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit, Oberursel/Frankfurt/M.
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie, in: Siegfried Schieder/Michaela Spindler (Hrsg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 279-307.
- Hierlmeier, Josef (Moe) (2002): Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua, Stuttgart.
- Hildebrandt, Cornelia (2004): Sujetos de la emancipación, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas (Hrsg.), 129-158.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2003): Eine andere Gesellschaft ist nötig: Zum Konzept einer Sozialpolitik als soziale Infrastruktur, in: www.links-netz.de, Oktober.
- Huffschmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.
- Husson, Michel (2004): Für die grundlegende Umgestaltung der internationalen Finanzinstitutionen, in: Sand im Getriebe 28, 24-26.
- Jacobeit, Cord (2000): Das Konzept der Weltbank für die Länderplanung, in: E+Z 9, 242-244.
- Katz, Christine/Müller, Christa/von Winterfeld, Uta (2004): Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse, Wuppertal: Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Klein, Dieter (2004): Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad. Manuskript für das Seminar »Reform oder Revolution« der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Laboratório de Políticas Públicas im Juni 2004 in Rio de Janeiro (Spanisch in Rosa-Luxemburg-Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas, 321-244).
- Kößler, Reinhart (2003): Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen, in: Prokla 133, 521-544.
- Kohlmorgen, Lars (2000): Sozialpolitik und soziale Entwicklung unter den Bedingungen der Globalisierung, in: nord-süd aktuell 14 (1), 70-94.
- Leggewie, Claus (2003): Die Globalisierung und ihre Gegner, München.
- Massarrat, Mohssen (2003): Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg.
- Pelizzari, Alessandro (2004): Prekarisierte Lebenswelten. Arbeitsmarktliche Polarisierung und veränderte Sozialstaatlichkeit, in: Beerhorst, Joachim et al. (Hrsg.), 266-288.
- Rätz, Werner (2005): Attac und andere globalisierungskritische Akteure im Strategieloch. Manuskript zum Strategieworkshop des wissenschaftlichen Beirates von Attac am 24./25. Februar in Hannover.
- Riexinger, Bernd/Sauerborn, Werner (2004): Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle. Vorwärts zu den Wurzeln! Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2004.

- Rilling, Rainer (2004): Outbreak. Let's take over. American Empire als Wille und Vorstellung; <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf>
- Rosa-Luxemburg-Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas (Hrsg., 2004): Reforma ou Revolução? (Reform oder Revolution? Jenseits des neoliberalen Kapitalismus: Konzepte, Akteure und Strategien). Sao Paulo: Expressão Popular. Deutschsprachige Version i.E.
- Sablowski, Thomas (2004): Gewerkschaften am Scheideweg, in: Prokla 137, 635-641.
- Sachs, Wolfgang (2002): Nach uns die Zukunft, Frankfurt/M.
- Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (Hrsg., 2003): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster.
- Scherrer, Christoph/Greven, Thomas/Frank, Volker (1998): Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel. Münster.
- Seibert, Thomas (2003): The People of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke, in: BUKO (Hrsg.), 57-69.
- Stratmann-Mertens, Eckhardt (2004): Entglobalisierung – Abschied vom Wachstum. Kritik der neo-keynesianischen Globalisierung, in: Biesecker, Adelheid et al. (Hrsg.), 37-52.
- Stützle, Ingo/van Dyk, Silke (2004): Alles umsonst? Linke Politik und Potenziale von Aneignungspraxen, Manuskript.
- Versammlung der sozialen Bewegungen (2005): Aufruf der Sozialen Bewegungen zur Mobilisierung gegen Krieg, Neoliberalismus, Ausbeutung und Ausgrenzung – für eine andere Welt. 5. Weltsozialforum, in: Sand im Getriebe 41, 15-17.
- von Braunmühl, Claudia (2004): Wie werden alternative politische Ideen praktisch?, in: Biesecker, Adelheid et al. (Hrsg.), 120-132.
- Wahl, Peter (2003): So viel Wechsel war nie! In: Sozialismus 267, Juni.
- Wahl, Peter (2005): Zwischenzeiten. Ein politischer Rückblick auf ATTAC im Jahr 2004. Manuskript.
- Wichterich, Christa (2003): Femme global, Hamburg.
- Wichterich, Christa (2005): Anmerkungen zur Strategiedebatte von Attac. Manuskript zum Strategieworkshop des wissenschaftlichen Beirats von Attac am 24./25. Februar in Hannover.
- Wissen, Markus/Habermann, Friederike/Brand, Ulrich (2003): Vom Gebrauchswert radikaler Kritik. Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis, in: BUKO (Hrsg.), 43-56.
- Wolf, Winfried (2003): Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft, das Öl, der Krieg, Hamburg.
- Young, Brigitte (2004): Können die internationalen Institutionen des Weltwirtschaftssystems reformiert werden?, in: Biesecker, Adelheid et al. (Hrsg.), 133-146.
- Zattler, Gregor (2005): die grenze des politischen überschreiten!, in: arranca! 31, 9-11.
- Zeller, Christian (Hrsg., 2004): Die globale Enteignungsökonomie, Münster.

Textnachweise

Bei fünf Kapiteln handelt es sich um Originalbeiträge, andere Teile basieren auf bereits veröffentlichten Texten und wurden für das Buch teilweise aktualisiert sowie erweitert oder gekürzt.

Glokale Resonanzen. Zum Weltsozialforum 2005 und zurück. Es handelt sich um eine überarbeitete Version eines Beitrages für die *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2005, verschiedene Fassungen erschienen anschließend in *www.rosalux.de*, *www.links-netz.de*, *Sand im Getriebe* 41 und in *Lateinamerika Nachrichten* 369, März/2005.

Den Staat als soziales Verhältnis denken. Nicos Poulantzas und die Reformulierung kritischer Internationaler Politischer Ökonomie. Eine gekürzte Version erscheint in: François Beilecke/Katja Marmetschke (Hrsg.): *Der Intellektuelle und der Mandarin*, Kassel 2005 (Kassel University Press). Es handelt sich um eine Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Manfred Bock.

»Nachhaltige Globalisierung?« Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens, zusammen verfasst mit Christoph Görg, erschien in einer ausführlichen Version in: Christoph Görg/Ulrich Brand (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio+10 und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*, Münster 2002.

Zwischen Co-Eliten und Alternativen. Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Biopolitik. Es handelt sich um eine stark gekürzte und um aktuelle Literatur ergänzte Version aus *Vorgänge* 151, Opladen.

»Seattle 1999« als erster Kristallisationspunkt. Gemeinsamkeiten, Differenzen und Ambivalenzen der aktuellen Bewegungen. Es handelt sich um eine aktualisierte und stark erweiterte Version eines Beitrages aus *Blätter des Informationszentrums 3. Welt*, Sonderheft »Gegenverkehr: Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus«, Freiburg und *www.links-netz.de*.

Demokratie in Zeiten »nachhaltiger Globalisierung« ist erstmals erschienen in: »Machtspiel Globalisierung. Pokern um Ökologie und Gerechtigkeit«, Schwerpunkt von *Politische Ökologie*, Sept./Okt. 2003, herausgegeben von Angela Oels, Tilman Santarius und Markus Steigenberger.

Suchprozesse emanzipativer Politik. Resonanzen des Zapatismus in Westeuropa, zusammen verfasst mit Joachim Hirsch, wurde erstmals publiziert in *Das Argument* 253, Heft 6/2003 und in gekürzter Version in *Lateinamerika Nachrichten* 354, Jan./2004 und *Tierra y Libertad* 54/2004.

Glokaler Widerstand. Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik: Gespräch mit Ana Esther Ceceña und John Holloway. Eine längere Fassung des Textes erschien in Heike Walk/Nele Boehme (Hrsg.): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster 2002; das Gespräch erschien erstmals in einer längeren Version in: *Das Argument* 241, Heft 3/2001.

Unilaterale oder multilaterale Weltordnung? Die Debatte um Global Governance. Einige Gedanken dieses Textes wurden bereits veröffentlicht in: Michael Berndt/Detlef Sack (Hrsg.): *Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung*, Opladen 2001 sowie in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Baden-Baden, 1/2003, 143-166.

Globale Öffentliche Güter als Alternative zur neoliberalen Globalisierung? zuerst erschienen in *Kurswechsel*, Schwerpunkt »Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen«, Heft 3/2004, Wien. Es handelt sich um die überarbeitete Version eines Beitrages für die von Achim Brunnengräber organisierte Tagung »Die globalen öffentlichen Güter unter Privatisierungsdruck«, die anlässlich der Emeritierung von Elmar Altvater im September 2003 in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin stattfand.

»De-Globalisierung«. Walden Bellos Vorschlag ist auch eine Kritik an Vorstellungen eines globalen Keynesianismus erschien erstmals in *Widerspruch* 47/2004 und www.links-netz.de.

»WTO abschaffen!« bleibt eine legitime Forderung erstmals publiziert in *Germanwatch* (Hrsg.): *Blickpunkt Welthandel* 1/2005.